
Überleben in Kriegen in Afrika

**Herausgegeben von
Helmut Bley und Gesine Krüger**



Leipziger Universitätsverlag 1998

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Comparativ : Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung / hrsg. im Auftr. der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e.V. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl.

Früher Schriftenreihe. – Früher außerdem hrsg. vom Interdisziplinären Zentrum zur Vergleichenden Erforschung Gesellschaftlicher Transformationen (IZT) i.G. an der Universität Leipzig.

ISSN 0940-3566

Jg. 8, H. 2. Überleben in Kriegen in Afrika. – 1998

Überleben in Kriegen in Afrika / hrsg. von Helmut Bley und Gesine Krüger. – Leipzig : Leipziger Univ.-Verl., 1998

(Comparativ ; Jg. 8, H. 2)

ISBN 3-933240-17-4

© Leipziger Universitätsverlag GmbH, Leipzig 1998

COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 8 (1998) 2

ISSN 0940-3566

ISBN 3-933240-17-4

Inhalt

<i>Helmut Bley</i>	Krisenkontinent Afrika?	7
<i>Gesine Krüger</i>	Der Deutsche Kolonialkrieg 1904–1907: Unterwerfung und Eigen-Sinn der Herero	10
<i>Frank Schubert</i>	„War came to our place“ – Der Bürgerkrieg im Luwero-Dreieck, Uganda 1981–1986	27
<i>Thorsten Meier</i>	Internationale Flüchtlingshilfe und afrikanische Flüchtlingsrealitäten am Horn von Afrika	43
<i>Frank Schubert/ Thorsten Meier/ Gesine Krüger</i>	Die Allmacht von Organisationen und die Würde der Einzelnen. Zur Sozialgeschichte von Krieg und Nachkriegszeit in Afrika. Gespräch mit Helmut Bley	57

Forum

<i>Hannes Siegrist</i>	Das Bürgertum als Gegenstand und Subjekt der italienischen Geschichte	71
<i>Oliver Janz</i>	Protestantische Pfarrer vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert. Deutschland und England im Vergleich	83

Mitteilungen und Berichte

<i>Axel Harneit-Sievers</i>	Neue Lokalgeschichtsschreibung in Afrika und Südasien/New Local Historiographies in Africa and South Asia	112
<i>Jacques Poumet</i>	Soziale Gruppen der neuen Bundesländer im Wandel	116

Buchbesprechungen

Michel Balard, <i>Autour de la première croisade</i> , Paris 1996 (<i>Pierre Vincent Claverie</i>)	120
--	-----

Jutta Heinz, Wissen vom Menschen und Erzählen vom Einzelfall. Untersuchungen zum anthropologischen Roman der Spätaufklärung, Berlin 1996 (<i>Ingrid Weber</i>)	121
Jürgen Osterhammel, Shanghai, 30. Mai 1925. Die chinesische Revolution, München 1997 (<i>Klaus Birk</i>)	123
Helga Bories-Sawala, „Franzosen im Reichseinsatz“. Deportation, Zwangsarbeit, Alltag. Erfahrungen und Erinnerungen von Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern, Frankfurt am Main 1996 (<i>Hans-Martin Moderow</i>)	125
Nobert Finzsch, Jürgen Martschukat, Reconstruction und Wiederaufbau in Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika 1865, 1945 und 1989, Stuttgart 1996 (<i>Jörg Roesler</i>)	127
Thomas Raabe, SED-Staat und katholische Kirche. Politische Beziehungen 1949–1961, Paderborn 1995 (<i>Martin Höllen</i>)	128
Andreas Malycha, Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Berlin 1996 (<i>Thomas Schaarschmidt</i>)	130
Christoph Meyer, Die deutschlandpolitische Doppelstrategie. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland (1954–1972), Landsberg am Lech 1997 (<i>Werner Bühner</i>)	132
Werena Rosenke, Thomas Siepelmeyer (Hrsg.), Afrika – der vergessene Kontinent? Zwischen selektiver Weltmarktintegration und ökologischen Katastrophen, Münster 1994 (<i>Ulrich van der Heyden</i>)	134
Ernest Gellner, Bedingungen der Freiheit. Die Zivilgesellschaft und ihre Rivalen, Stuttgart 1995 (<i>Wolfgang Fach</i>)	135
Resümees der Aufsätze	137
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	141

Helmut Bley

Krisenkontinent Afrika?

Es gibt die Klage der mit Entwicklung in Afrika professionell Befassten darüber, daß sich der Blick auf Afrika heute auf Krisenphänomene reduziert habe. Es gibt das im großen und ganzen durch die Statistiken – zumindest der achtziger Jahre – bestätigte Bild, daß Afrika weltwirtschaftlich marginalisiert worden ist und daher auch die Globalisierungsprozesse am Kontinent vorbeigingen. Wer sich in Afrika aufhält, wer sich mit Afrika beschäftigt, wird kaum die düsteren Aspekte historischer und gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklung mißachten können, zu denen auch eine Serie von Bürgerkriegen und extremen Repressionszeiten gehören. Allerdings sind auch ein hohes Maß an Überlebenskunst, vielseitige soziale Bewegungen, ja Lebensfreude neben all dem Katastrophischen anzutreffen. Auch weltwirtschaftliche Marginalisierung bedeutet nicht Isolation von weltweiten Entwicklungen. Eliten, Migranten, Waffenhändler, aber auch Radiohörer und Fernsehzuschauer in Afrika nehmen daran teil.

Vielleicht fehlt auch nur der historische Atem, um die enorme Bewegung in Afrika angemessen zu beurteilen. Der Kolonialismus erreichte die Menschen in Afrika, mit Ausnahme Südafrikas und einem dünnen Küstenstreifen in Westafrika, erst seit ca. 1890. Er wurde nach gut siebzig Jahren, also innerhalb von einem Menschenalter abgelöst. Die Befreiung der südafrikanischen Siedlerkolonien gelang dann zwanzig bis dreißig Jahre später und schloß mit dem historischen Kompromiß ab, der Nelson Mandela an die Macht brachte.

Als sehr viel schwächer erwies es sich nach der Dekolonisierung, in den wenig produktiven Agrargesellschaften eine moderne, vom Kolonialismus geprägte Staatsbildung zu sichern und auszubauen. Vieles von dem, was wir in Afrika als Krise wahrnehmen, ist Folge von Staatsbildungskrisen, die auch in Europa zu langen Phasen der Instabilität führten. In Asien spricht man von einem Jahrhundert der Chinesischen Revolution, das mit den Taiping-Aufständen in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts, die ungefähr 20 Millionen Menschen das Leben kosteten, begann und bis zur Kulturrevolution mit ihrem gesellschaftlichen Chaos andauerte.

Unter der Macht der Weltwirtschaft, der Interventionskraft der Großmächte und insbesondere der Herrschaftsinstrumente, die das 20. Jahrhundert den Machteliten in Afrika zur Verfügung stellt, sind Staatenbildungsprozesse sehr erschwert, insbesondere sind die Spielräume für gesellschaftliche, am Gemeinwohl orientierte soziale Bewegungen und politische Opposition sehr gering – und selbst die „Erziehungsdiktaturen“ scheiterten.

Es mag paradox erscheinen, aber um an einem Gegenentwurf zum Chaos-Bild Afrikas zu arbeiten, haben wir uns im zeitgeschichtlichen Arbeitsbereich Afrikanische Geschichte in Hannover vorgenommen, den Stier bei den Hörnern zu packen und Sozialgeschichte des modernen Afrikas dort zu betreiben, wo die politischen Umstände am schwierigsten sind, nämlich im Krieg selbst. Wir beschäftigen uns mit Systemen schwerster Repression wie in Uganda und in Südafrika, mit dreißigjährigen Kriegen wie in Eritrea und in Mosambik. Außerdem betrachteten wir die Überlebensstrategien und die erfolgreiche gesellschaftliche Rekonstruktion nach dem deutschen Genozid-Versuch an den Herero in Namibia 1904 bis 1907, als Beispiel kolonialer Kriege und dadurch verursachter tiefer gesellschaftlicher Krisen sowie deren Bewältigung.

Da die Kriegsursachenforschung einerseits in abstrakten Systemanalysen verdorrte und andererseits Kriege nicht zu verhindern waren, stand im Zentrum unserer Überlegungen eine neue Schwerpunktsetzung, die sich nicht so sehr mit den Ursachen, sondern mit den Folgen von Krieg auseinandersetzt. Wir haben uns mit dem Thema beschäftigt, was Krieg für die Menschen in Afrika bedeutet, denn eine weitere Ausgangsüberlegung bestand darin, daß die gesellschaftliche Rekonstruktionskraft auch in großen Krisen offensichtlich sehr ausgeprägt ist, und daher auch im Krieg Ansätze und Spielräume dafür zu finden sein müssen. Das Katastrophenbild der „Ruhe des Friedhofs“ oder die spendenwirksame Beschreibung totaler Agonie hilfloser Opfer verdecken hier mehr als sie nützten. Denn Kriege müssen beendet und Nachkriegszeiten müssen gestaltet werden und dabei steht die Frage im Zentrum, wie afrikanische Gesellschaften und die Menschen in Afrika mit diesen Problemen umgehen. Reißen doch Bürgerkriege besonders tiefe Wunden und ist es für die Ausbildung eines Staates besonders problematisch, wenn er selbst kriegführende Macht im eigenen Land ist. Ein besonders wichtiges Thema ist dabei das Verhältnis von Bauern und Staat im Krieg. Bauern in Afrika sind in Krisen besonders verwundbar, obwohl sie am ehesten über die Ressourcen verfügen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, wenn man sie denn ließe. Dabei haben Kriege, besonders Guerilla-Kriege häufig Kampagnencharakter mit Perioden relativer Ruhe, die es mitunter äußerst schwierig machen, zwischen Krieg und Frieden zu unterscheiden, besonders wenn es kaum Unterschiede zwischen Kriegsgewalt und alltäglicher Repression gibt.

Die Erforschung von Konfliktregulierung, Alltagsstrategien und Krisenbewältigung im Krieg und nach der Beendigung von Kriegen, berührt das wichtige Thema, dem Subjekt auch unter den schwierigsten Umständen von Repression und Krieg oder unter den Bedingungen der Apartheid, Würde und Eigenständigkeit zuzuschreiben. Wie im Gespräch am Ende des Heftes erörtert, spielt dabei das Problem der organisierten Hilfe, insbesondere der Flüchtlingshilfe und der Reintegration der KämpferInnen eine wachsende Rolle. Auch die von Nicht-Regierungsorganisationen geleitete Nothilfe sieht sich in ihrem Verhältnis zum Staat und zu den Kriegspartei-

en einem wachsenden Dilemma ausgesetzt. Wie weit lassen organisierte und in Modulen weltweit einsetzbare Hilfstechniken die Selbstbestimmung derer zu, denen geholfen werden soll? Haushaltslogik, Bürokratisierung, aber auch die (unvermeidbare) Rücksichtnahme auf die politischen Interessen von Nehmer- und Geberländern und auf die Konfliktparteien müssen bedacht werden. Es gibt häufig Spannungen zwischen einer verarmten einheimischen Bauernschaft und Flüchtlingen. Es gibt Grauzonen zwischen Flucht und Migration. Außerdem muß Nothilfe im Kontext ihrer Kurzfristigkeit und des Umstands gesehen werden, daß über achtzig Prozent der Hilfsbedürftigen sich selbst helfen müssen. Dies alles muß unter Betonung der betroffenen Subjekte mit einer ausreichenden historischen Dimension durchdacht werden, um eine Basis für solidarische Kritik an der gewiß komplizierten Arbeit der Hilfsorganisationen zu finden.

Die drei in diesem Heft vorgestellten Aufsätze, die auf eine Tagung des Vereins für Geschichte des Weltsystems e.V. in Barsinghausen zurückgehen, beschäftigen sich anhand des Kolonialkriegs in Südwestafrika (1904–1907), des Bürgerkriegs in Uganda (1981–1986) sowie ostafrikanischer Flüchtlingslager mit der Frage, wie Kriegs- und Nachkriegszeit aus einer Perspektive, die von den Subjekten her denkt, beschrieben werden kann. Dabei zeigt sich, daß dieser Blickwechsel Prozesse und Strategien kenntlich macht, die in generalisierenden oder schematischen Analysen von Kriegsfolgen verloren gehen.

Gesine Krüger

Der Deutsche Kolonialkrieg 1904–1907: Unterwerfung und Eigen-Sinn der Herero

In Mittelpunkt dieses Beitrags steht die Frage nach Überlebensstrategien und Rekonstruktionsprozessen innerhalb der vom deutschen Kolonialkrieg besonders betroffenen Hererogesellschaft.

Die Geschichte Nachkriegszeit und der Kriegsbewältigung ist bisher noch wenig untersucht worden¹, auch wenn in der Geschichtswissenschaft wie im Geschichtsverständnis Namibias weitgehend Übereinstimmung darüber herrscht, daß nicht nur der Kriegsverlauf an sich, sondern besonders die drastische Nachkriegspolitik der Deutschen Kolonialmacht ganz wesentlich die Geschichte des Landes geprägt hat. Um so wichtiger ist es, die Nachkriegszeit aus der Perspektive der afrikanischen Gesellschaften, die enteignet und militärisch besiegt aus dem Krieg hervorgegangen sind, zu untersuchen. Dabei muß zunächst einschränkend bemerkt werden, daß Kriegs- und Nachkriegszeit, jenseits der offiziellen Erklärung des Kriegsendes am 31. März 1907, nicht eindeutig zu unterscheiden sind. Der größte Teil der Herero war schon 1905 militärisch besiegt und zu diesem Zeitpunkt begann auch bereits die „Nachkriegspolitik“ der Deutschen mit der Einrichtung von Zwangsarbeitslagern.²

Als Südafrika 1915 die deutsche Kolonie besetzte, war die Militärregierung mit Hereroführern konfrontiert, die ihr Land und ein politisches Mitspracherecht zurückforderten. Was war in der Zwischenzeit geschehen? Wie kommt es, daß die Herero nach der katastrophalen Niederlage in so relativ kurzer Zeit wieder einen Machtfaktor im Land darstellten? Auch zur Beantwortung dieser Frage ist es notwendig, die Nachkriegszeit zu untersuchen.

1 Dagegen ist der Kriegsverlauf immer wieder dargestellt und besonders unter militärgeschichtlichen Aspekten untersucht worden. Siehe z.B. J. M. Bridgman, *The Revolt of the Herero*, Berkeley 1981; das eher populärwissenschaftliche Buch von W. Nuhn, *Sturm über Südwest. Der Hereroaufstand von 1904*, Koblenz 1989; sowie K. Zirkel, *Militärische Struktur und politische Führung im Deutsch-Südwestafrika-Krieg 1904–1907*, Magisterarbeit Universität Düsseldorf 1989. Zur Nachkriegszeit siehe: G. Krüger, *Kriegsbewältigung und Geschichtsbewußtsein. Zur Realität, Deutung und Verarbeitung des deutschen Kolonialkriegs 1904–1907*, Dissertation Universität Hannover 1995 (Drucklegung in Vorbereitung).

2 Die Kriegsgefangenschaft für die Herero wurde am 27. Januar 1908 aufgehoben.

1. Zur Historiographie des Krieges

Nicht nur Kriege und Konflikte haben eine lange Geschichte in Afrika, sondern auch die vielfältigen, eigen-sinnigen³, widerständigen und oft auch verzweifelte Versuche der Menschen, sich zu wehren, Normalität wieder herzustellen oder zumindest das eigene Leben zu sichern. In der Geschichtswissenschaft werden Kolonialkriege jedoch vor allem unter dem Gesichtspunkt der endgültigen Eroberung fremder Territorien, der Unterwerfung der autochthonen Bevölkerung betrachtet. Dies gilt in besonderem Maße für den Deutschen Kolonialkrieg von 1904 bis 1907, der vom größten Teil der modernen Geschichtswissenschaft als Genozid, oder zumindest als Genozidversuch, an der Nama- und Hererobevölkerung bewertet worden ist.

Diese Kennzeichnung des Krieges ist ein Grund dafür, daß die Geschichte der Nachkriegszeit, der Kriegsfolgen und Überlebensstrategien der Bevölkerung bisher kaum untersucht worden sind. Die Debatte konzentrierte sich vielmehr – insbesondere nachdem Ende der sechziger Jahre die beiden kritischen Arbeiten zunächst von Horst Drechsler⁴ und kurze Zeit später von Helmut Bley⁵ erschienen waren – auf die Frage der Einordnung des Krieges als erstem Völkermord der deutschen Geschichte. Die zunehmende Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus Ende der sechziger Jahre führte fast zwangsläufig dazu, zunächst den Blick auf die Untersuchung der strukturellen und moralischen Voraussetzungen totalitärer Herrschaft in den Kolonien zu richten. Dabei fiel die Perspektive den Herero zunächst aus dem Blick, d.h. die Beschreibung der vielfältigen Reaktionen der afrikanischen Bevölkerung auf die Vernichtungs-, Kontroll- und Zwangsarbeitspolitik der deutschen Kolonialmacht, die bereits im Krieg begann und bis lange nach Kriegsende fortgesetzt worden ist.

Auf Seiten kolonialapologetischer Schriftsteller ist die Genozidabsicht stets geleugnet worden. Sowohl die Zahlen⁶, als auch das Verhalten der deutschen Soldaten sprächen gegen eine solche Wertung des Krieges und der Naehkriegszeit, der Befehl zur Vernichtung „des gesamten Stammes“ sei als psychologische Kriegsführung zu verstehen und die tatsächlich verübten Grausamkeit durch die Schutztruppe schließlich müßten als (verständliche) Reaktion auf die von Herero begangenen „Greuelthaten“

3 Ich übernehme diesen Ausdruck von Alf Lüdtke, siehe: A. Lüdtke, *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Hamburg 1993. Zur Genese des Begriffs siehe: ebenda, S. 9–10.

4 H. Drechsler, *Südwestafrika unter deutscher Kolonialherrschaft*, Berlin/DDR 1966.

5 H. Bley, *Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika 1894–1914*, Hamburg 1968.

6 In der Literatur wird davon gesprochen, daß 60 bis 80 Prozent der Herero im Krieg getötet worden oder umgekommen seien. Es gibt allerdings sowohl für die Zeit vor dem Krieg wie nach dem Krieg nur Schätzungen über Bevölkerungszahlen.

verstanden werden.⁷ In der nationalistischen Geschichtsschreibung dagegen wurde die Kontinuität des Kolonialismus zum deutschen Faschismus betont, zeitweilig der deutsche Kolonialismus sogar als „präfaschistisch“ gekennzeichnet.⁸ Gegen eine solche, teleologische, Einordnung wendet sich die sehr viel differenziertere These von Helmut Bley, daß die Übertragung europäischer Problematiken auf die Kolonie zu einer Politik führte, die „die Schwelle des Totalitären bereits überschritten“ hatte und wiederum auf das Mutterland zurückwirkte. Die rigorosen „Eingeborenenverordnungen“ von 1906/07, die auf eine völligen Entrechtung und Enteignung der afrikanischen Gesellschaften abzielten, waren Bestandteil dieser Kolonialpolitik.

In der Kolonie müssen auf deutscher Seite zwei Interessenlagen unterschieden werden.⁹ Während die militärische Führung einen Sieg um jeden Preis anstrebte und die physische Vernichtung des Gegners nicht nur billigend in Kauf nahm, sondern offen proklamierte, waren die Farmer und Siedler am Erhalt der afrikanischen Arbeitskraft interessiert. Sowohl die (zeitweilig drohende) Vertreibung größerer Bevölkerungsteile über die Grenze nach Südafrika, als auch die Vernichtung der Herero in Arbeitslagern und durch Strafkommandos sollte vermieden werden. Unterstützung erhielten die Siedler dabei von der Mission, die aus humanitären und rationalen Gründen ebenfalls gegen eine „maßlose“ Strafpolitik optierte. Aus den zeitgenössischen Quellen geht eindeutig hervor, daß die Absicht zum Völkermord bestanden hat und als solche wahrgenommen worden ist und zwar nicht nur von den Missionaren und Siedlern vor Ort.

2. Krieg und Nachkriegspolitik

Die Diskussion über den Genozid ist auch eine Diskussion über den „Charakter des Krieges“ und dies beinhaltet Frage nach dem Kriegsverlauf sowie den Kriegsursachen und den Kriegszielen auf beiden Seiten. Auch eine Untersuchung der Nachkriegszeit muß im Kontext dieser Fragen stehen und kann nicht auf eine Bestimmung der Kriegsursachen verzichten.

Bis heute ist umstritten, ob der Krieg von langer Hand vorbereitet wurde, oder als spontane Erhebung in einer Situation zunehmender ökonomischer, sozialer und politischer Entmachtung der Herero, zu sehen ist.¹⁰ Oh-

7 Siehe z.B.: G. Spraul, Der „Völkermord“ an den Herero. Untersuchungen zu einer neuen Kontinuitätsthese, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 12 (1988), S. 713-739.

8 L. Helbig, Der koloniale Frühfaschismus, in: N. Mbumba/H. Patemann/U. Kajivena (Hrsg.), Ein Land. Eine Zukunft. Namibia auf dem Weg in die Unabhängigkeit, Wuppertal 1988, S. 102-118.

9 Auch in Berlin herrschte keine Einhelligkeit darüber, wie der Krieg zu führen sei. So schrieb z.B. Bülow in einem Brief vom 22. November 1904 an den Kaiser, daß die Kriegsführung allen christlichen und humanen Grundsätzen widerspräche.

10 Zur Diskussion dieser Frage siehe etwa: T. Sundermeier, Die Mbanderu. Studien zu ihrer Geschichte und Kultur, St. Augustin 1977.

ne Frage waren jedoch die Umverteilung des Landes, eine immer stärker deutlich werdende koloniale Überheblichkeit auf Seiten der Siedler, Händler und Beamten sowie die sukzessive Entmachtung der *chiefs* wichtige Kriegsgründe. Samuel Maherero, von den Deutschen als „Oberhäuptling“ anerkannt, war weder Willens noch in der Lage, die Interessen der *chiefs* und ihrer Klientel gegenüber der deutschen Kolonialregierung zu schützen. Die Vorbereitungen zum Eisenbahnbau quer durch zentrale Weidegebiete im Hereroland, Gerüchte über die Einrichtungen von Reservaten und der Erlaß einer Kreditverordnung, deren Effekt eine überstürzte und teilweise gewaltsame Eintreibung von Schulden durch die Händler war, führten dann im Januar 1904 zum Kriegeentschluß.¹¹

Der relativ unkoordinierte „Aufstand“ verschiedener *clans* im zentralen Hereroland war vermutlich als begrenzter Kriegszug geplant, der die Machtbalance noch einmal zugunsten der Rinderzüchter verschieben sollte. Gezielt wurden zunächst die deutsche Farmen überfallen, Frauen und Kinder, Missionare und „Ausländer“ jedoch verschont. Samuel Maharero, bisher loyaler Gefolgsmann des Gouverneur Leutwein, und nicht einer der radikalen *chiefs* der „Kriegspartei“, wurde als oberster Feldherr der Herero eingesetzt. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, daß von den Herero ein Verhandlungsfrieden angestrebt wurde.

Der Aufstand unter der Führung von Samuel Maharero verwandelte sich innerhalb weniger Monate jedoch in einen landesweiten Krieg, der die gesamte Bevölkerung betraf und mit modernster Technik auf deutscher Seite geführt worden ist. Trotz einer umfangreichen Mobilmachung und Materialschlacht dauerte der Krieg bis 1907. Und auch nach dem offiziellen Kriegsende 1907 wurden noch jahrelang Patrouillenritte in wenig zugängliche Teile des Landes gegen „Banden von Viehdieben und Marodeuren“ durchgeführt. Am Ende des Krieges waren auf deutscher Seite ungefähr 14.000 Soldaten eingesetzt worden. Die Kosten des gesamten Krieges beliefen sich auf 600 Millionen Goldmark.¹² Wieviele Herero an aktiv den Kampfhandlungen beteiligt waren, ist nicht bekannt.

Der Hererokrieg war durch ein hohes Ausmaß von Grausamkeit gekennzeichnet. Von deutscher Seite – und insbesondere von Generalleutnant von Trotha, der ab Juni 1904 das Kommando über die Schutztruppe führte – wurde der Krieg als „schicksalhafter Rassenkampf“ gedeutet, der mit erbarmungsloser Härte geführt werden müsse. Er richtete sich nicht nur gegen bewaffnete Hererotruppen, sondern auch gegen die gesamte Zivilbevölkerung. Während die Siedler schnell erkannten, daß die Arbeitskraft der Herero, aber auch ihre Kompetenz als Viehzüchter, wichtige Faktoren für die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie waren, hatte Trotha die kultu-

11 Eine andere Interpretation zu Kriegsursachen und Kriegsbeginn verfolgt: J. B. Gewalt, *Towards Redemption. A socio-political history of the Herero of Namibia between 1890 and 1923*, Leiden 1996, Kapitel 5.

12 Siehe: W. Nuhn, *Sturm* (Anm. 1), S. 315; H. Drechsler, *Südwestafrika* (Anm. 4), S. 218, J. M. Bridgeman, *Revolt* (Anm. 1), S. 164.

relle, wirtschaftliche und politische Vernichtung der Herero zum Ziel. Seine Pläne für die Entscheidungsschlacht am Waterberg beschrieb er in seinem Tagebuch folgendermaßen:

„Mein anfänglich gefasster und immer festgehaltener Plan für die Operation war der, die Hereromasse [Männer, Frauen und Kinder, G.K.], die am Waterberg sass, zu umklammern, und die Masse durch einen gleichzeitig geführten Schlag zu vernichten, dann einzelne Stationen zu bilden, um die abgeströmten Teile zu suchen und zu entwaffnen, durch Preise auf die Köpfe der Capitäne diese später im meine Gewalt zu bringen, und zum Schluss mit dem Tode zu bestrafen.“¹³

Für die deutsche Soldaten war es häufig schwer zu unterscheiden, ob es sich bei ihrem Gegenüber um ein friedliches Dorf, um Flüchtlinge, oder um einen Kampfverband handelte. Dies lag auch an der besonderen Kriegsführung der Herero, die zum Teil mit ihrem gesamten Troß, mit Frauen, Kindern und Rinderherden in den Krieg zogen. Die Soldaten wußten allerdings ohnehin, daß kein Pardon gegeben werden sollte, denn Trotha hatte die Absicht, mit „krassem Terrorismus gegen jeden sich zeigenden Herero“ vorzugehen, und sie mit „Strömen von Geld und Blut“ zu vernichten.¹⁴ In ihren Tagebüchern berichteten die Soldaten entsetzt und freimütig darüber, wie sie unbewaffnete Frauen, Kinder und Alte niedergemetzelt haben. Der Befehl zur Vernichtung des Feindes ist also im Sinne einer tatsächlichen physischen Vernichtung zu verstehen und nicht Element psychologischer Kriegsführung gewesen.

Die bewußte und absichtliche Tötung von Zivilisten widersprach zwar dem Ehrenkodex der preußischen Armee, war aber durch einen nahezu ungebrochenen Rassismus legitimiert. So verstanden sich die deutschen Soldaten als Träger und Vertreter der Zivilisation; sie kämpften nicht nur gegen eine feindliche Armee, sondern gegen ein gefährliches Barbarentum, das ohnehin der höheren Kultur zu weichen habe. Die Rede vom „Untergang der Naturvölker“, war ein gängiger Topos um die Jahrhundertwende. Bei aller zugegebenen Grausamkeit handelte es sich bei dem Krieg aus Sicht der Soldaten also um einen Schicksalskampf, um die Erfüllung eines höheren göttlichen und zugleich geschichtlichen Auftrags. Die Kriegspropaganda in Deutschland und in der Kolonie flankierte mit bewußt lancierter Hetze diese Legitimation. Herero hätten deutsche Frauen und Kinder geschändet, Soldaten verstümmelt und mit ihrem Barbarentum den friedlichen Aufbau einer blühenden Kolonie gefährdet. Die Afrikaner waren also in doppelter Weise schuldig geworden: durch den Kriegsende und durch ihr „anders sein“.

13 Tagebuch von Trotha, o.D., nach G. Pool, Samuel Maharero, Windhoek 1991, S. 268.

14 Siehe H. Drechsler, Südwesafrika (Anm. 4), S. 164.

Dies entsprach auf Seiten der Siedler, die schon lange im Land waren, der Auffassung daß der Krieg ohnehin und auch ohne die Kriegserklärung von Samuel Maharero kommen mußte. Der Kolonialismus, so argumentierten sie, liefe auf einen „Rassenkampf“ hinaus, die Frage „wir oder sie“, und daher sei eine strikte Unterwerfung der Afrikaner unausweichlich. Dahinter standen auch massive wirtschaftliche Interessen, denn die Herero waren Konkurrenten um das Land. Die ideologische Rechtfertigung des Krieges rekurrierte allerdings gerade darauf, die Wirtschaftsweise der Herero als irrational zu denunzieren, als unwirtschaftlich und damit überflüssig.

Während die militärische Führung darüber stritt, ob eine totale physische Vernichtung und Verreibung des Hererovolkes strategisch überhaupt möglich und außenpolitisch vertretbar sei, drängten die Mission und einige altgediente Offiziere auf eine Form der Unterwerfung, die die gegnerische Seite zumindest in Ansätzen als Verhandlungspartner anerkannte. Die Siedler wiederum waren für den Wiederaufbau der Wirtschaft auf afrikanische Arbeitskräfte angewiesen und erhoben aus diesem Grund Bedenken gegen eine kompromißlose Vernichtungspolitik. Die selbständigen Viehzüchter sollten als Arbeiter auf den Farmen ihren Platz in der kolonialen Ordnung einnehmen. Allen Standpunkten gemeinsam war die Haltung, Afrikaner als rechtlose Objekte der Kolonialpolitik zu betrachten, die sich ohne eigenständige wirtschaftliche Grundlage einer neuen Ordnung zu fügen hätten.

Für die überlebende Bevölkerung wurden ab Januar 1905 Konzentrationslager eingerichtet und alles Land und Vieh wurde formal enteignet. Die politische Führung der Afrikaner war zum großen Teil umgekommen, geflohen oder zum Tode verurteilt. Mit dem Vieh- und Landverlust ging eine tiefe kulturelle Krise einher, denn Vieh war nicht nur die ökonomische Basis der Viehzüchtergesellschaft, sondern ebenso eine entscheidende rituelle und soziale Ressource. Das ganze Beziehungsgeflecht der Familien, Nachbarschaften und Verwandtschaften war nicht nur durch Krieg und Flucht zerrissen, sondern auch durch den Viehverlust nachhaltig erschüttert.¹⁵ Diese Fragmentierung der Gesellschaft wurde durch die Einführung eines Zwangsarbeitssystems und eine umfassende Kontrollpolitik zementiert. Die kolonialen Allmachtsphantasien gingen so weit, daß es Pläne gab, die Bevölkerung vollständig umzusiedeln und mit nicht zu entfernenden Paßmarken zu versehen. Die Herero sollten in den Süden und die Nama in das Zentrum deportiert werden, um so jegliche Verbindung und Verwurzelung mit der Heimat zu zerstören. Ein Plan, der jedoch nie zur Ausführung kam.

Gerade weil der koloniale Zugriff mit dem Plan totaler Kontrolle auch auf eine psychologische und symbolische Unterwerfung der afrikanischen

¹⁵ Alle wichtigen Stationen des Lebens, wie Geburt, Eheschließung, Gründung eines Haushalts, oder Tod geht in Viehzüchtergesellschaften mit der Schlachtung rituell bedeutsamer Rinder und der Umverteilung von Vieh einher.

Bevölkerung abzielte, ist es notwendig, Afrikaner als Subjekte ihrer eigenen Geschichte zu zeigen, individuelle Erfahrungen und Strategien des Alltags sichtbar zu machen und kolonialen Allmachtsphantasien entgegenzusetzen. Auch auf der Ebene der faktischen Politik war die Herrschaft nicht total, wie sich bald zeigen sollte. Das Verfahren, Handlungsspielräume deutlich zu machen, soll keineswegs das Ausmaß tatsächlicher Gewalt und Unterdrückung nach dem Krieg abschwächen. Es soll jedoch der Tendenz entgegenwirken, durch eine generalisierende und summarische Beschreibung der Nachkriegszeit die Herrschaftsphantasien der Kolonialherren ungewollt zu reproduzieren, in denen Afrikanerinnen und Afrikaner als Subjekte ihrer eigenen Geschichte keinen Platz mehr hatten. Die Beschäftigung mit Einzelschicksalen und Alltagsgeschichte ist eine der Voraussetzungen dafür, den Blick zu differenzieren. Auch werden so erst Handlungsmuster und Strategien sichtbar, die von der „großen Geschichte“ wenig beachtet werden, und die dennoch wichtige Aufschlüsse über historische Prozesse geben.¹⁶

3. Afrikanische Strategien

Bereits unter den Bedingungen von Kriegsgefangenschaft und Zwangsarbeit wehrten sich Herero gegen die Pläne der Kolonialregierung, sie in ein „homogenes Proletariat“ – ein zeitgenössischer Begriff – umzuwandeln. Die Rückgewinnung von Vieh, die Knüpfung neuer sozialer Netzwerke und der Versuch, in das alte Hereroland zurückzukehren, waren zentrale Gegenstrategien.

3.1. Gefangenenlager und Zwangsarbeit

Ab Januar 1905 wurde auf Weisung des Reichskanzlers Gefangenenlager eingerichtet von denen aus die arbeitsfähigen Menschen – Männer, Frauen und Kinder – als Zwangsarbeiter an Farmen, Privatleute und Betriebe verteilt worden sind.¹⁷ In allen größeren Orten des Landes befanden sich Gefangenenlager für Herero: in Omaruru, Windhoek, Okahandja, Karibib, Lüderitz, Swakopmund und Keetmanshoop. Darüber hinaus wurden Kriegsgefangene auch in halb-privaten Lagern auf Farmen und beim Eisenbahnbau interniert, und die Militäretappen hatten ebenfalls Lager für Kriegsgefangene eingerichtet, die entweder direkt beim Militär arbeiteten

¹⁶ In der Geschichtsschreibung Namibias wird Initiative von afrikanischer Seite erst wieder sichtbar, als sich Herero nach dem Zweiten Weltkrieg gegen die Inkorporation Namibias in das Staatsgebiet Südafrikas wehrten und das *Herero Chiefs Council* Petitionen an die UNO schickte. In der nationalistischen Geschichtsschreibung wird die Zeit zwischen den Weltkriegen denn auch als „Ghetto kultureller Latenz“ bezeichnet und der Historiker Horst Drechsler prägte den Begriff der „Ruhe des Friedhofs“ für die Nachkriegszeit des Hererokrieges. Scheinbar hatten sich die Überlebenden Herero gefügt.

¹⁷ Bereits ab Mai 1904 existierte ein Internierungslager in Okahandja.

oder in die großen Lager an der Küste und im Inland weitergeschickt wurden.

Zum einen sollten die Lager der möglichst vollständigen Erfassung und Kontrolle der überlebenden Herero dienen, die hier nach Name, Alter, Familien- und Clanzugehörigkeit registriert wurden, zum anderen waren sie Verteilungsstelle für Arbeitskräfte und wurden daher strategisch in der Nähe von Farmen und Ortschaften angelegt. Die Kolonialregierung versprach sich von Gefangenschaft und Zwangsarbeit auch einen „pädagogischen Effekt“. So schrieb der von Trotha eingesetzte Regierungsrat von Tecklenburg 1905:

„Unsere eigentlichen kriegserischen Erfolge haben geringeren Eindruck auf sie [die Herero] gemacht. Nachhaltigere Wirkung verspreche ich mir von der Leidenszeit, die sie jetzt durchmachen.“¹⁸

Der gesundheitliche Zustand der Kriegsgefangenen war größtenteils verheerend und in den Lagern herrschte eine große Sterblichkeit. Auch die Beschwerdebriefe von Privatleute und Firmen zeigen, in welchem Zustand selbst die ihnen zugewiesenen Zwangsarbeiter waren. So schrieb die Firma Bödiker & Co im Mai 1905:

„(wir) teilen (...) ergeben mit, dass wir nur 20 Kriegsgefangene hier haben. Darunter 7, die nicht instande sind, die geringste Arbeit zu leisten, die teils nicht einmal fähig sind, sich vom Boden zu erheben. Das Kaiserliche Bezirksamt wird nicht von uns verlangen, dass wir für diese 7 Personen, denen wir Essen und Kleidung geben, auch noch eine Abgabe bezahlen, (...)“¹⁹

Aufgrund der Interventionen von Seiten der Mission und weil die Kolonialwirtschaft dringend auf Arbeitskräfte angewiesen war, konnte die Leidenszeit, von der Tecklenburg sprach, nicht unendlich ausgedehnt werden. Schon im März 1906, also zwei Jahre vor dem offiziellen Kriegsende, stellte Gouverneur von Lindequist die Frage, „(...) wie sich am besten die gesonderte Kontrolle der Kriegsgefangene und der übrigen Eingeborenen zu einer einheitlichen Regelung verschmelzen läßt.“²⁰

Die Gefangenen sollten nach einer „Bewährungszeit“, zumindest theoretisch, einen geringen Lohn und von Januar 1907 an dieselbe Verpflegung wie freie Arbeiter erhalten.²¹ In zynischem Ton wurde die Kriegsgefangenschaft als Vorbereitung auf ein künftiges Leben in Abhängigkeit von der weißen Ökonomie verstanden, wie etwa aus einem Artikel der Deutschen Kolonialzeitung hervorgeht:

18 Tecklenburg an das Reichskolonialamt 3.7.1905, zitiert nach: H. Drechsler, Südwestafrika (Anm. 4), S. 206.

19 NAN BSW 48, XVII c: Brief der Firma Carl Bödiker & Co an das Kaiserliche Bezirksamt Swakopmund vom 30.5.1905.

20 NAN BSW 48, XVII d.: Von Lindequist an das Bezirksamt Swakopmund 26.3.1906.

21 NAN BSW 48, XVII s.: Insrerat. Alleinstehenden Frauen stand bei „angemessener Arbeit“ die halbe Portion zu.

„Die Heranziehung der Hereros zur Arbeit während der Kriegsgefangenschaft ist für sie sehr heilsam; ja es muß geradezu als ein Glück für sie bezeichnet werden, daß sie arbeiten lernen, bevor die volle Freiheit ihnen wiedergegeben wird. Aller Voraussicht nach würden sie sonst ihren arbeitsscheuen, nomadischen Lebenswandel wieder aufgenommen haben.“²²

Es herrschte nicht nur ein Arbeitskräftemangel, sondern auch ein Mangel an „Arbeitsbewußtsein“. Trotz der als überragend anerkannten Fähigkeiten der Herero als Viehzüchter wurde ihre Wirtschaftsweise als minderwertig und als Bedrohung europäischer Werte angesehen. Gerade die Farmer, die durch den Krieg große Verluste erlitten hatten und versuchten eine kommerzielle Viehzucht aufzubauen, besaßen keine Toleranz gegenüber dem differenzierten Wirtschaftssystem der Herero, das nicht an Profitmaximierung orientiert war, sondern ein komplexes gesellschaftliches Geflecht sozialer, ökonomischer, religiöser und politischer Beziehungen darstellte. Die Zugeständnisse, die Farmer ihren aufbegehrenden Arbeitern machen mußten, legten aber noch während den letzten Jahren der deutschen Kolonialzeit den Grundstock für den Wiederaufbau von Herden.

3.2. Die Rückgewinnung von Vieh

Der Wiederaufbau der Farmen nach dem Krieg war nur mit der Kooperationsbereitschaft der Arbeiter möglich. Daher mußten sich Farmer zu Konzessionen bereit erklären und das bedeutete neben einer einigermaßen guten Behandlung auch die Entlohnung in Vieh. Ab Januar 1908 wurde es Herero auch offiziell gestattet, wieder eine begrenzte Menge Kleinvieh zu halten. Die Überlassung von Kleinvieh sollte Afrikaner davon abhalten, in den Minen Südafrikas Arbeit zu suchen. Viele Farmer verfügten ohnehin nicht über genug Bargeldeinkommen, um ihre Arbeiter zu entlohnen und mußten schon aus diesem Grund einen Teil des Lohns mit Naturalien und Kleinvieh begleichen. Die Farmerschaft war dadurch in einer paradoxen Situation, weil sie einerseits versuchte, Afrikaner in der Viehzucht als Konkurrenten dauerhaft auszuschalten, andererseits darauf angewiesen war, Vieh als Bezahlung einzusetzen.²³

Nach der Machtübernahme der Südafrikaner 1915 zeigte sich dann, wie zielstrebig und erfolgreich die afrikanischen Arbeiter Herden aufgebaut hatten. Dies belegt eine Äußerung von Gustav Schaeffer vom Verband der Verwertungs-Vereinigungen in Windhoek. Er schrieb daß aufgrund der

²² Deutsche Kolonialzeitung 16 (1907) 24, Sonderbeilage S. 158.

²³ P. Prein, *Guns and Top Hats. African Resistance in German South West Africa, 1907–1915*, in: *Journal of Southern African Studies*, 22 (1994), S. 109.

Konkurrenz durch Afrikaner „gewisse Betriebszweige in vielen Farmbetrieben aufgegeben werden mussten, wie z.B. die Kleinviehzucht.“²⁴

Neben dem legalen Aufbau von Herden, gab es noch weitere Möglichkeiten, sich in den Besitz von Vieh zu bringen. Viehdiebstahl war weit verbreitet und oft die einzige Möglichkeit für sogenannte „unabhängige Werften“, also Herero, die nicht in Arbeitsverhältnissen standen, zu überleben. Auch für Farmarbeiter war Viehdiebstahl häufig eine Notwendigkeit, um die unzureichende Ernährung auszugleichen.²⁵ Darüber hinaus wurde Viehdiebstahl aber auch vermutlich als gerechte „Umverteilung“ von Vieh betrachtet. Dazu noch einmal der bereits zitierte Gustav Schaeffer:

„Die eingeborenen Viehwächter sind unzuverlässig und verlieren tagsüber auf Weide bis zu ganzen grossen Teilen der ihnen anvertrauten Herden. Diese werden eigens so bemessen, dass sie leicht noch zu übersehen sind. Trotzdem die Eingeborenen gute Spurenleser sind, gelingt es ihnen selten, die verlorenen Tiere wieder aufzufinden. Mit oder ohne Einverständnis der Hirten wurden diese eben von Angehörigen sogenannter freier Werften abgetrieben und abgeschlachtet.“²⁶

Viehdiebstahl kann zwar als Widerstand gegen die weißen Farmer betrachtet werden, da aber die Hirten meist mit empfindlichen Strafen zu rechnen hatten, trifft hier der Begriff Eigen-Sinn, wie er von Lütke eingeführt wurde, häufig besser.²⁷

Neben den Versuchen, Vieh durch Diebstahl oder als Arbeitslohn zu erhalten gab es auch noch eine dritte Form in den Besitz von Rindern zu gelangen. Arbeiter, die einen Bargeldlohn erhielten, legten diesen zusammen, um Rinder zu kaufen und bauten so gemeinsam Herden auf. Bereits 1913 befanden sich neben 25 Prozent des Kleinviehbestands bereits wieder mehr als 20.000 Rinder im Besitz von Afrikanern.

24 NAN ADM 43, 567/2 (v 3) 1918-1920: Brief von Gustav Schaeffer vom Verband der Verwertungs-Vereinigungen in Windhoek, an den Secretary for the Protectorate Major Herbst vom 7.1.1920, S. 1.

25 H. Bley, Kolonialherrschaft (Anm. 5), S. 287 ff.

26 Brief von Gustav Schaeffer, S. 2. In diesem Zitat wird geradezu beispielhaft der Blick von Farmern deutlich, die es für notwendig befanden, Herden „übersichtlich“ zu halten, obwohl andererseits immer wieder berichtet wurde, daß Herero-Hirten ohne Probleme auf den ersten Blick das Fehlen eines Rindes aus einer mehrere hundert Stück zählenden Herde erkennen würden.

27 „Fragen nach dem ‚Eigensinn‘ brechen mit dieser Logik, in der nur das entweder-oder von Gehorchen oder Widerstehen gilt. Beobachtungen, die die Distanz Einzelner nicht nur gegen ‚oben‘, sondern auch gegen Gleiche zeigen, weisen die Richtung.“ A. Lütke, Eigen-Sinn (Anm. 3), S. 10.

3.3. Heimat – Rücksiedlung – Land

Mit der Einführung eines Paßsystems²⁸ und den Zwangsarbeitsregelungen sollte theoretisch die gesamte Bevölkerung lückenlos erfaßt und der weißen Ökonomie zugänglich gemacht werden. Ausnahmen vom Arbeitszwang mußten auch nach der Aufhebung der Kriegsgefangenschaft beantragt werden, anderenfalls drohte die Verhaftung wegen Herumtreiberei. Trotz massiver Drohungen war die Flucht aus Dienst- oder Zwangsarbeitsverhältnissen aber ein beständiges Ärgernis nicht nur für Farmer, sondern auch für Privatleute und Firmen. Entweder suchten entflozene Arbeiter bessere Bedingungen auf anderen Farmen, in urbanen Gebieten oder im industriellen Sektor, oder sie versuchten dem Lohnarbeitssystem gänzlich zu entkommen. Ein Hinweis darauf ist die *saisonale* Flucht von Arbeitern in guten Regenjahren, wenn die Möglichkeit bestand, zumindest zeitweise vom Jagen und Sammeln zu leben.

Aus zahllosen Klagen von Farmern über ihre Arbeiter geht hervor, daß diese trotz ihrer abhängigen Situation versuchten, Arbeitsbedingungen auszuhandeln und dabei oftmals erfolgreich waren. Unter dem Titel „Beschwerden. Entlaufene Arbeiter“ legte allein das Distriktamt Windhuk zwölf Bände Akten an, wobei „Weglaufen“ einer der häufigsten Beschwerdegründe war. Ursache für die Flucht waren Gewalt, unzureichende Ernährung und die Verweigerung von Lohn. Farmer, die für gute Lebensbedingungen sorgten, hatten weniger Probleme, Arbeiter zu rekrutieren. Neben Klagen über „Faulheit“, „Frechheit“ und „Unbotmäßigkeit“, die sich nach dem Krieg häuften, beschwerten sich Farmer auch darüber, daß Verwandte ihrer Arbeiter „die Farm überschwebmen würden“, wie es hieß. All diese Klagen sind nicht nur Ausdruck einer hysterischen Stimmung unter der weißen Bevölkerung, sondern ein Indikator dafür, daß die Arbeiter sich nicht einfach fügen und zudem eigene Strategien verfolgten.²⁹

In den kontinuierlichen Beschwerden über Arbeiter zeigen sich mehrere Tendenzen. Einmal wehrten sie sich gegen unzumutbare Lebensbedingungen, zum anderen versuchten sie Vieh zu erlangen und drittens versuchten die über das ganze Land verteilten Herero, sich möglichst an bestimmten Orten zu sammeln, d.h. soziale Netzwerke (wieder) aufzubauen und der Vereinzelung und Isolation zu entkommen. So klagten Arbeitgeber häufig darüber, daß sie ihre Leute nicht halten könnten, wenn sie nur ein oder zwei Arbeiter beschäftigten. Bardowski vom Swakopmunder Bürgerver-

28 „Die Verordnung des Gouverneurs von Deutsch-Südwestafrika, betreffend die Paßpflicht der Eingeborenen. Vom 18. August 1907“, in: G. D. L. McGregor /H. H. P. Häberling, Die Eingeborenen Passmarken von Deutsch Südwest Afrika, Windhoek 1991, S. 24-28.

29 NAN BWI 40-42, E.2.f. (1-12): Gleichzeitig spiegeln diese Akten aber auch das extrem gewalttätige Klima wieder, wenn beispielsweise selbst der physische Zusammenbruch als Unbotmäßigkeit angesehen wird.

ein schrieb in einem Brief an das Kaiserliche Bezirksamt Swakopmund vom 4. September 1907:

„dass die Eingeborenen stets nach solchen Arbeitsstellen strebten, wo ihrer eine grössere Anzahl und möglichst Stammesgenossen beschäftigt werden und daher bei erster Gelegenheit wegliefen, ohne dass es in den meisten Fällen möglich ist, die Leute wiederzufinden und zur Arbeit zurückzuführen.“³⁰

Ein Motiv für die Flucht aus Arbeitsverhältnissen und die Weigerung Kontrakte zu erneuern, war also das Bestreben von Herero, nach dem Krieg Verwandte wiederzufinden und in die Heimat zurückzukehren. Nach der Aufhebung der Zwangsarbeit 1908 fand eine merkliche Migration in das alte Hereroland statt. Farmer, die hier siedelten, und auf deren Farmen sich Mitglieder der führenden Herero-Familien niedergelassen hatten, konnten meist ausreichend Arbeitskräfte anwerben und dauerhaft halten. Helmut Bley hat diesen Prozeß zutreffend die „Nichtanerkennung der Landenteignung“ genannt. In wie großem Ausmaß gerade die Landenteignung von Herero nicht anerkannt wurde, zeigte sich in den folgenden Dekaden.

Die von Bley konstatierte „Nichtanerkennung der Landenteignung“ erhielt 1915 mit der Machtübernahme durch die Südafrikaner eine neue Dimension. Es setzte eine zweite Migrationswelle in das zentrale Hereroland ein. Traugott Maharero, ein Bruder von Samuel Maharero, sammelte Leute in Okahandja, dem alten Zentrum des Maharero *clans*.³¹ Das Gebiet am Waterberg wurde erneut von Mitgliedern des Kambazembi *clans*, die nach dem Krieg nach Südafrika geflohen waren, in Besitz genommen³² und *chief* Kavezemba (alias Daniel Kariko) kehrte aus dem fernen Norden, dem Ovamboland zurück.³³ Gleichzeitig wurde eine „spontane Bewegung der Bevölkerung zu diesen traditionellen Zentren“ beobachtet, wie der namibische Historiker Ngavirue schreibt.³⁴ So stellte der Militär-Magistrat in Grootfontein fest, daß Herero aus den nördlichen Distrikten in Richtung Süden wanderten und berichtete in einem Schreiben:

„es ist deutlich, daß diese Menschen hoffen, letztendlich die Erlaubnis zu erhalten, wenigstens einen Teil des Landes wieder in Besitz nehmen zu dürfen von dem sie durch die deutsche Regierung vertrieben worden waren. Es scheint die momentane Situation zu sein, daß große

30 NAN BSW 47, XVII, Bd. 4: Brief Bardowskis, Swakopmunder Bürgerverein an das Kaiserliche Bezirksamt Swakopmund vom 4.9.1907.

31 W. Werner, „Playing Soldiers“. The Truppenspieler Movement among the Herero of Namibia, in: *Journal of Southern African Studies* 16 (1991) 3, S. 479.

32 O. Köhler, *A Study of Otjiwarongo District*, Pretoria 1959, S. 48.

33 D. Henrichsen, Interview No 47, 22.5.1990. Ich danke Herrn Henrichsen für die Erlaubnis, die Abschriften der Interviews einzusehen.

34 Z. Ngavirue, *Political Parties and Interest Groups in South West Africa: A Study of a Plural Society*, Ph.D. Thesis St. Anthony's College, Oxford 1972, S. 249.

Teile des Stammes ihren Dienst auf Farmen und anderswo verlassen haben und sich in Werften konzentrieren, entweder in der Nähe von Dörfern oder auf Privatbesitz, was zu einem höchst problematischen und unerwünschten Zustand führt.³⁵

Die Herero erwarteten nach der Entmachtung der Deutschen eine baldige Rückgabe oder zumindest Teilung des Landes. Diese Erwartung wurde durch die Einrichtung von „temporary reserves“ durch die Militärregierung noch gefördert.³⁶ Die Südafrikaner waren allerdings keineswegs als Befreier gekommen und hatten nicht vor, daß enteignete Land zurückzugeben. Vielmehr richteten sie ein Reservatssystem ein, daß einer ähnlichen Logik wie die deutsche Kolonialpolitik folgte: Afrikaner waren in erster Linie Arbeitskräfte.

3.4. Neue Institutionen

Nach der Machtübernahme durch die Südafrikaner beschwerten sich die deutschen Farmer bei der Militärregierung wie gewohnt über die „Freiheit“ der Arbeiter und deren Tendenz wegzulaufen.³⁷ Darüber hinaus berichteten sie jetzt aber auch von nächtlichen Zusammenkünften der Arbeiter, bei denen „militärische Übungen“ abgehalten wurden. Wie heute bekannt ist, wurden auf verschiedenen Farmen bereits in der deutschen Zeit heimlich Festplätze angelegt, die diesen Zusammenkünften dienten. Besonders betroffen waren Farmen, auf denen Mitglieder der alten Hereroelite als Arbeiter lebten. Hinweise auf die militärischen Übungen finden sich jedoch erst in den Akten der südafrikanischen Militärregierung.

Der Militär-Magistrat von Okahandja, Major Thomas, stellte im Juni 1916 eine Untersuchung über diese Vorgänge an und erklärte dem 1916 eingesetzten *headman* von Okahandja Traugott Maharero, daß die Zusammenkünfte sofort aufzuhören hätten. Überrascht stellte Major Thomas ein Jahr später fest, daß die Bewegung immer noch bestand. Er hatte eine Reihe von Farmen besucht und hier durch Befragungen herausgefunden, daß offenbar alle „Eingeborenen“, wie er schrieb, mit dieser Bewegung in Kontakt stünden. Nachts und an Sonntagen würden an entlegenen Stellen auf Farmen Zusammenkünfte stattfinden, zu denen auch Arbeiter von

35 NAN ADM 76, 1534. Office of the Military Magistrate, Grootfontein to the Secretary for the Protectorate, Windhoek, 4.3.1916.

36 Von der Militärregierung wurden zwanzig Übergangsreservate eingerichtet, um zum einen das „squatting – the official term for reclaiming ancestral land“ einzudämmen und zum anderen Arbeitskräfte auf dem Land zu halten. Siehe: W. Werner, A Brief History of Dispossession in Namibia, paper prepared for the National Conference on Land Reform and the Land Question, Windhoek, Namibia, 26.6 – 1.7.1991, S. 6.

37 NAN ADM 43, 567/2 (v 3). Brief des Deputy Commissioner, South West African Police to the Secretary for the Protectorate, 7.5.1920: „a universal complaint made to me by every Section of the white population at every place I visited without exception and that is the attitude of the Natives as regards work, his insolent demeanour, laziness, unreliability and thieving propensities.“

Nachbarfarmen kämen, um hier Märsche und Drillübungen abzuhalten, und zwar in einem Ausmaß, daß sie tagsüber nicht mehr arbeitsfähig seien.³⁸

Diese Bewegung, deren Existenz Farmer und Regierung beunruhigte, wir in der Literatur häufig als „Truppenspielerbewegung“³⁹ bezeichnet, die Männer nannten sich selbst zu dieser Zeit *otruppa*. Die Behörden versuchten, sich über den Charakter der Bewegung klar zu werden. Handelte es sich um einen alten Soldatenbund von ehemaligen Hererokriegern und sogenannten „Truppenbambusen“, die auf deutscher Seite gekämpft hatten, war das Drillen eine rein sportliche Vergnügung, Keimzelle für einen erneuten Aufstand, oder als Reorganisation des „Stammes“ zu betrachten?

Obwohl die Südafrikanische Bürokratie weniger beunruhigt war als die deutschen Farmer, wurde in Okahandja eine Hausdurchsuchung bei einem Mitglied der *otruppa* vorgenommen, und eine Reihe von Papieren beschlagnahmt. Aus diesen Papieren ging hervor, daß es die Behörden offensichtlich mit einer wohlorganisierten Bewegung zu tun hatte, die Arbeiter im gesamten Land umfaßte. Okahandja, die ehemalige Residenz des Maharero-*clans* und inzwischen als weißes Gebiet deklariert, war das Hauptquartier der Bewegung. Der Führer in Okahandja war Edward Maharero, ein Bruder des von den Südafrikanern eingesetzten *headman* und Verwandter von Samuel Maharero. Edward Maharero trug den Titel Kaiser und stand an der Spitze eines Stabes von sieben „Offizieren“. Ihm untergeordnet waren Frederick aus Okahandja mit dem Titel Gouverneur von Deimling, ein Arbeiter aus Waldau mit dem Titel Staatssekretär Heighler, ein Eisenbahnarbeiter aus Okahandja mit dem Titel Schatzmeister von Minstermann, vier weitere Männer aus Okahandja mit den Titeln Oberstleutnant Leutwein, Franke und von Estorff sowie Major Müller. Hauptmann und Adjutant des Stabes war ein sogenannter „Mischling“ namens Fritz, der den Titel Schmetterling von Preußen trug.⁴⁰ Die Männer trugen nicht nur deutsche Namen und Titel, sondern zu besonderen Gelegenheiten auch Uniformen, wie ein Beamter berichtete, der sich gewaltsam Zutritt zu einer Versammlung in Okahandja verschafft hatte.⁴¹

Major Thomas befragte zwei der Männer und fand heraus, daß die Bewegung nach deren Auskunft bereits seit 1905 bestand. Er selbst vermutete, daß sie aus einer von den Deutschen aufgestellten „Hererotruppe“ aus

38 NAN SWAA 432 A 50/59 Vol.I Major Thomas, Military Magistrate Okahandja to The Secretary for the Protectorat Windhoek, Okahandja, 19.5.1917, S. 1.

39 Siehe z.B.: R.F. Lehuann, Geschichte der „Truppenspieler“ unter den Herero in Südwestafrika, unveröffentlichtes Manuskript, ohne Jahr.

40 NAN SWAA 432 A 50/59 Vol.I. Major Thomas, Military Magistrate Okahandja to The Secretary for the Protectorat Windhoek, Okahandja, 19.5.1917. Auch die südafrikanische Verwaltung nahm für sich das Herrenrecht der Namensgebung in Anspruch und kümmerte sich nicht sonderlich um die richtigen Namen der „Natives“. Das führte zu der hübschen Marginalie, daß Major Thomas in seinem Bericht über die Männer deren Titel anführte, um kenntlich zu machen, wen er meinte: „Gustaf (Major Müller)“.

41 Ebeida.

Outjo oder Karibib hervorgegangen sei, die während des Krieges desertiert, auf Seiten der Herero gekämpft und die Schutztruppe aufgrund ihrer deutschen Sprachkenntnisse in einem Gefecht überlistete haben soll. Diese Geschichte wird bis heute kolportiert⁴² und beruht vermutlich darauf, daß Herero-Polizisten aus Windhøk nach Kriegsausbruch 1904 desertierten und Herero während der Gefechte deutsche Uniformen und Kommandos benutzten, was tatsächlich der Irritation der deutschen Soldaten diene. Für die Existenz dieser Hererotruppe gibt es jedoch keinerlei Belege.

Die anderen beschlagnahmten Dokumente waren Anweisungen für Exerzierübungen und Paraden, Empfehlungsschreiben für Mitglieder der Organisation an Offiziere in anderen Distrikten, „Militärpässe“, Aufzeichnungen über Geldtransaktionen und eine Benachrichtigung der Organisation über das von Major Thomas 1916 ausgesprochene Verbot der Bewegung. Weitere Gruppen, oder „Regimenter“, der *otrappa* existierten in Karibib, Waterberg, Omaruru, Otjiwarongo, Outjo, Swakopmund, Keetmanshoop und Lüderitz. Die Sektionen Windhoek trug den Namen „machine gun“, die Sektion Okahandja hieß „paradise“.⁴³ Sprechende Namen, die auf den Krieg und eine erhoffte Erlösung von der Kolonialherrschaft verweisen. Alle Sektionen hatten ihre eigene Hierarchie, mit hohen Offizieren an der Spitze, und agierten unabhängig voneinander. Die Empfehlungsschreiben weisen aber darauf hin, daß ein enger Kontakt unter den Gruppen bestand, und daß Mitglieder einer lokalen Gruppe in anderen lokalen Gruppen aufgenommen und unterstützt worden sind. Insofern waren die Regimenter nicht Bestandteil einer zentralisierten Organisation, sondern ein „Netzwerk“, das Herero in verschiedenen Landesteilen sowie ländlichen und städtischen Gebieten miteinander verband.

Aus den Dokumenten ging ebenfalls hervor, daß innerhalb der Bewegung Geld gesammelt wurde, um Beerdigungen und Feste auszurichten und Witwen von Mitgliedern zu unterstützen. Darüber hinaus zahlte die „Regimentskasse“ Geldstrafen ihrer Mitglieder, sofern diese nicht für Diebstahlsdelikte verurteilt worden waren, was auf einen besonderen Ehrenkodex verweist. Major Thomas hielt die ganze Angelegenheit für ein „kindisches Spiel“, wie er im Bericht an den höchsten südafrikanischen Beamten im Mai 1917 schrieb, bat aber um weitere Instruktionen, weil er eine potentielle Gefahr nicht ausschließen wollte.⁴⁴

Die Uniformen und das militärische Gepränge der bis heute existierenden Truppenspieler-Bewegung wurde von den Beamten und später auch von vielen Wissenschaftlern als Indiz dafür gedeutet, daß die Herero das Trauma des Krieges durch eine Imitation des deutschen Militärs auf einer Ebene kindlicher Nachahmung verarbeiten und ohne eigene kulturelle

42 K. Poewe, *The Namibia Herero. A History of their Psychological Disintegration and Survival*, Lewiston, N.Y., 1985.

43 R. F. Lehmann, „Truppenspieler“ (Anm. 38), S. 33.

44 NAN SWAA 432 A 50/59 Vol. I. Major Thomas, Military Magistrate Okahandja to The Secretary for the Protectorat Windhoek, Okahandja, 19.5.1917.

Wurzeln auf Symbole der überlegenen Macht zurückgreifen würden. Eine Analyse der vielen Vernehmungsprotokollen mit Truppspielern zeigt jedoch, daß sie selbst eine ganz andere Interpretation hatten. Die Aneignung deutscher Uniformen geht bereits auf das 19. Jahrhundert zurück, als Herero-chiefs Uniformen als Geschenke erhielten und in ihre eigenen Herrschaftssymbole einfügten.⁴⁵ Die scheinbar deutschen Uniformen sind in ihrer Wahrnehmung Hererouniformen, die darüber hinaus an siegreiche Gefechte im Krieg erinnerten, bei denen deutsche Uniformteile erbeutet worden sind. Das zeigt sich auch bei Festen der Truppspieler, der *otji-serandu*, wie sie sich heute selbst nennt, bei denen bis in die sechziger Jahre Gefechte aus dem Hererokrieg nachgespielt wurden, die immer mit einem Sieg für die Hererokämpfer endeten.⁴⁶

Bei diesen Festen, und besonders beim jährlichen Hererotag in Okahandja, wird nicht nur an die traumatischen Aspekte des Krieges erinnert, sondern durch die Zusammenkunft von Herero aus allen Landesteilen die Einigkeit des Volkes bekräftigt. Diese Feste dienen auch dem Geschichtsunterricht der jungen Leute. In Preisliedern, Rezitationen und Gebeten wird an die vorkoloniale Geschichte erinnert, an den Krieg und die vielen Toten, die nicht bestattet werden konnten, aber auch an erfolgreiches Überleben.

4. Zusammenfassung

Hinter dem widersetzlichen Verhalten gegen die Farmer nach dem Krieg stand nicht nur ein Aufbegehren gegen schlechte Arbeitsbedingungen, sondern es lassen sich Muster erkennen. Der Versuch Land und Vieh zurückzugewinnen als Grundlage einer vom Kolonialismus unabhängigen Lebensweise, konnte nur wenigen Herero gelingen, wobei allerdings vermutlich mehr „freie Werften“ existierten, als die Kolonialherren wahrhaben wollten. Auch Herero, die sich dem Zwangsarbeitssystem nicht entziehen konnten, versuchten wieder in den Besitz von Vieh zu gelangen. Mit der Sammlung auf Farmen im Hereroland knüpften sie an alte verwandtschaftliche Netzwerke an und schufen gleichzeitig neue soziale Bindungen.

Offener, militanter Widerstand gegen die Kolonialherren war nicht mehr möglich. Dennoch fügten sich die Herero nicht einfach der neuen kolonialen Ordnung. Sie versuchten Verhandlungsspielräume auszuloten, sich zu

45 Zur Geschichte der Herero im 19. Jahrhunderts siehe besonders: D. Henrichsen, *Herrschaft und Identität im vorkolonialen Zentralnamibia. Das Damaraland im 19. Jahrhundert*, Dissertation Universität Hamburg 1997.

46 Die Feste finden an Orten im alten Hereroland statt, die nach dem Krieg weißes Farmland geworden sind. Dies kann als symbolische Landbesetzung gedeutet werden. Siehe dazu: D. Henrichsen/G. Krüger, „We have been captives long enough, we want to be free.“ Land, Uniforms and Politics in the History of Herero during the interwar period, in: P. Hayes u.a. (Hrsg.), *Trees never meet* (im Druck).

entziehen und entwickelten neue Formen der Gegenwehr, wenn etwa heimlich auf weißen Farmen Festplätze angelegt wurden und damit die „Nichtanerkennung der Landenteignung“ durch eine symbolische Landbesetzung bekräftigt wurde.

Der Zusammenschluß von Farmarbeitern in der *otruppa* und die daraus hervorgegangene *otjiserandu*, können in mehrfacher Weise als Form der Kriegsbewältigung verstanden werden. Unmittelbar nach dem Krieg hat die Organisation viele soziale und rituelle Verpflichtungen übernommen, die nicht mehr von Altersklassen oder dem ehemals engen Netzwerk des Verwandtschaftssystems aufrechterhalten werden konnten. Sie bot eine Form der verlässlichen gegenseitigen Hilfe und entwickelte neue kulturellen Ausdrucksformen, wie die Hererofeste an den Gräbern wichtiger *chiefs*, die die Hererogemeinschaft mit ihrer Geschichte verband und zugleich den neuen Kolonialherren Stärke und Einigkeit des Volkes signalisierte. Sowohl traditionell legitimierte Führer, als auch „Aufsteiger“ leiteten die verschiedenen Sektionen, die im ganzen Land entstanden waren. Als 1923 der im Exil verstorbene Samuel Maharero in Okahandja bestattet wurde, zeigte sich die Organisation zum ersten mal öffentlich und in offizieller Funktion. In aller Stille, „hinter dem Rücken“ der Farmer und außerhalb der Kontrolle der deutschen und später südafrikanischen Beamten, hatten sich die überlebenden Herero einen kulturellen, sozialen und spirituellen Rahmen geschaffen, der ihnen erneut auch politisches Gewicht verlieh.

Frank Schubert

„War came to our place“ – Der Bürgerkrieg im Luwero-Dreieck, Uganda 1981–1986

Kriege sind ein wesentlicher Bestandteil des Bildes vom „Katastrophenkontinent Afrika“ in der postkolonialen Zeit. Vor 1990 wurden einige dieser Kriege als „Stellvertreterkriege“ in den globalen Kontext des Kalten Krieges eingeordnet. Die meisten Kriege aber wurden und werden als Konflikte rivalisierender politischer Gruppen mit vorwiegend ethnischer Basis dargestellt, mitunter als unvermeidliche afrikanische „Stammeskriege“. Die Betrachtungen von Kriegen im postkolonialen Afrika basieren in der Regel auf Informationen von Beteiligten auf der Kommandoebene in Politik und Militär oder von Hilfsorganisationen. Dies gilt sowohl für die Berichterstattung während des Krieges als auch für die Aufarbeitung danach.

Zivilisten haben in diesem Bild vom Krieg in Afrika – sofern sie nicht als willfähiges Gefolge einer Kriegspartei gesehen werden – die Rolle des Opfers, daß die Schrecken und Leiden des Krieges zu ertragen hat. Unbestritten ist, daß Zivilisten die Hauptleidtragenden von Kriegen im postkolonialen Afrika sind. Die große Mehrzahl der Kriegstoten sind Zivilisten, die durch Gewalt, an Hunger oder Krankheiten starben. Die Überlebenden mußten zumeist aus ihrer Heimat fliehen, haben ihre materiellen Lebensgrundlagen verloren und sind – scheinbar vollständig und auf längere Zeit – auf Hilfe von außen angewiesen. Vernachlässigt wird bei dieser Betrachtung oftmals das Verhalten der Zivilisten und deren eigenen Versuche, ihr Überleben zu sichern, sich Kriegsgewalt und Not zu entziehen, sich im Krieg „zurechtzufinden“ und individuelle Handlungsspielräume im Verhältnis zu den Kombattanten zu finden.

So sind Zivilisten zwar zumeist Opfer des Krieges, aber selten passiv oder gar apathisch. Dieser Beitrag ist ein Versuch, Krieg aus der Perspektive der Zivilbevölkerung zu betrachten. Zivilisten sind Akteure im Krieg, selbst in einem sehr gewaltreichen Krieg.

1. Der Krieg im Luwero-Dreieck und sein historischer Hintergrund

Der hier behandelte Krieg war ein solcher Krieg mit großer Gewaltintensität. Er begann am 6. Februar 1981 mit einem Überfall auf eine Kaserne der ugandischen Armee durch 27 Rebellen der bis dahin unbekannten *People's Resistance Army*, aus der wenig später die *National Resistance Army* (NRA) hervorging. Bei diesem Überfall erbeuteten die Rebellen Waffen

Am Ende des Krieges stand ein eindeutiger militärischer Sieg der NRA. Im April 1986 war das gesamte Land militärisch erobert. Bereits am 26. Januar 1986 hatte die NRA die Hauptstadt Kampala eingenommen, ihr Anführer Yoweri Museveni wurde als Präsident Ugandas vereidigt. Erst im Mai 1996 wurde er durch Wahlen in seinem Amt bestätigt. Mit der NRA hatte erstmals in der Geschichte des nachkolonialen Afrikas eine Rebellenbewegung in einem Bürgerkrieg ohne nennenswerte Unterstützung aus dem Ausland gesiegt und die Macht übernommen. Im Luwero-Dreieck war der Krieg im Januar 1986 beendet. Die neue Regierung Museveni war aber auch in den folgenden Jahren mit militärischem Widerstand im Norden und Osten des Landes konfrontiert, der teilweise bis heute andauert.²

Bei der Diskussion der Ursachen des Krieges steht für viele Historiker die historische Entwicklung regionaler Disparitäten im Mittelpunkt, die die politische Entwicklung Ugandas geprägt haben. Dies zeigte sich auch in den Auseinandersetzungen verschiedener politischer Gruppen nach dem Sturz Idi Amins im Jahre 1979, die wiederum ein Auslöser des Krieges im Luwero-Dreieck waren.³

Die britische Kolonialherrschaft seit 1893 stützte sich vor allem auf das Königreich Buganda, ein zentralisiertes Königreich mit ausgeprägten Verwaltungsstrukturen. Aus Sicht der Briten waren die Baganda ein „zivilisierter Stamm“, besonders im Vergleich zu den Völkern Nord- und Ostugandas. Zu den Privilegien Bugandas im Kolonialismus gehörte die Beibehaltung des Königtums mit einer relativ weitgehenden inneren Autonomie.

Buganda mit der Hauptstadt Kampala wurde zum politischen und wirtschaftlichen Zentrum Ugandas. Andere Landesteile vor allem im Norden und Osten blieben im Vergleich zu Buganda marginalisiert, wurden aber spätestens seit den dreißiger Jahren zum Hauptrekrutierungsgebiet für die koloniale Armee und Polizei.⁴ Politische Organisationen auf nationaler Ebene wurden von der Kolonialregierung lange unterbunden. Die Kolonialverwaltung basierte auf realen oder vermeintlichen ethnischen Grenzen. Wie in anderen Kolonien auch, wurden somit ethnische Identitäten verstärkt und politisiert und damit ein langfristig wirksames Konfliktpotential geschaffen.

Politische Parteien gründeten sich ab den fünfziger Jahren zumeist entlang ethnisch-regionaler und religiöser Zuordnungen. Nach der Unabhän-

2 Vgl. hierzu und zur politischen Neuordnung Ugandas nach 1986: F. Schubert, Uganda – Der schwierige Weg zum Frieden, in: V. Matthies (Hrsg.), Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung, Bremen 1995, S. 225–248.

3 R. Hofmeier, Uganda: Niedergang und Wiederaufbau der einstigen „Perle Afrikas“, in: R. Hofmeier/V. Matthies (Hrsg.), Vergessene Kriege in Afrika, Göttingen 1992, S. 135–172. Für die ugandische Diskussion: A. B. K. Kasozi, The Social Origins of Violence in Uganda 1964–1985, Montreal 1994; P. Mutibwa, Uganda since Independence. A Story of Unfulfilled Hopes, Kampala 1992; S. Karugire, Roots of Instability (Anm. 1).

4 Zur Geschichte des ugandischen Militärs seit dem frühen Kolonialismus, siehe: A. Omara-Otunnu, Politics and the Military in Uganda 1890–1985, London 1987.

gigkeit Ugandas im Oktober 1962 kam es im Rahmen eines Mehrparteiensystems zu einer Allianz der von anglikanischen Christen dominierten UPC mit dem ebenfalls anglikanischen Königshaus Buganda gegen die katholisch geprägte *Democratic Party* (DP). Der aus dem Norden Ugandas stammende Obote wurde Ministerpräsident, König Mutesa II. von Buganda repräsentatives Staatsoberhaupt. Diese Allianz zerbrach bereits in den folgenden Jahren. 1966 schaffte Obote mit Hilfe der Armee das Königtum ab, setzte eine neue republikanische Verfassung durch und ernannte sich zum Präsidenten. Uganda wurde ein de-facto Einparteiensstaat mit schwachen politischen Institutionen. Präsident Obote regierte mittels eines Ausnahmezustandes und stützte sich vor allem auf die Armee.

Im Jahre 1971 wurde Obote durch einen Putsch des Armeechefs Idi Amin Dada entmachtlet. Unter Amins Militärregierung wurden politische Gegner rücksichtslos verfolgt und es kam zu einem allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Verfall. Für viele Europäer wurde Uganda zum Synonym für Chaos und Gewalt in Afrika. Erst nachdem die Armee Amins das Nachbarland Tansania überfallen hatte, wurde Amin 1979 durch eine Invasion der tansanischen Armee gestürzt.

Nach dem Sturz Amins kam es im Rahmen wechselnder Übergangsregierungen zu politischen Auseinandersetzungen, wobei die Armee als Schlüssel zur Macht angesehen wurde. Sowohl Obote-treue Generäle als auch eine Gruppe um Verteidigungsminister Museveni versuchten, durch eigene Rekrutierungen die Kontrolle über die Armee zu erlangen. Letztlich scheiterte Museveni und der UPC gelang es schließlich, unter den Augen internationaler Wahlbeobachter die Wahlen vom Dezember 1980 zu ihren Gunsten zu fälschen. Der DP unter Paul Ssemogerere wurde so der Wahlsieg genommen und Obote wurde erneut Präsident. Museveni hatte zwar 1980 eine neue Partei, Uganda Patriotic Movement (JPM), gegründet, die aber bei den Wahlen wenig Resonanz in der Bevölkerung fand. Dennoch setzte sich der aus dem Südwesten Ugandas stammende Museveni an die Spitze einer Guerilla, die vor allem auf Unterstützung in Buganda setzte, da hier die UPC und Obote seit der Verfassungskrise von 1966 über sehr wenig Anhänger verfügten.

Der Krieg im Luwero-Dreieck begann als Guerillakrieg im klassischen Sinne mit relativ wenig direkten Kampfhandlungen in den ersten beiden Kriegsjahren. Die NRA beschränkte sich zumeist auf Überfälle auf kleinere Armeestützpunkte und Armeetransporte, um Waffen und Ausrüstung zu erbeuten. Der NRA gelang es immer wieder, kleinere Gebiete zu kontrollieren und somit eine Operationsbasis zu errichten. Offene Gefechte mit der Regierungsarmee *Uganda National Liberation Army* (UNLA) wurden von der NRA bis Ende 1984 vermieden.

Die UNLA begann erst im Laufe des Jahres 1982 mit größeren militärischen Gegenmaßnahmen. 1983 wurden im südlichen Teil des Luwero-Dreiecks kleinere Militäreinheiten stationiert. Dadurch mußte sich die NRA zwar in nördlichere Gebiete zurückziehen, übte aber weiterhin Über-

fälle aus. Die Regierungsarmee antwortete hierauf mit Vergeltungsaktionen, die sich zumeist gegen die Zivilbevölkerung richteten und die Aktivitäten der NRA nicht verhindern konnten.

Die Erfolglosigkeit der Regierungsarmee verschärfte interne Spannungen. Ende 1983 wurde ein Hubschrauber mit Armeechef Oyite-Ojok vermutlich von eigenen Soldaten abgeschossen. Präsident Obote ernannte einen Nachfolger, den große Teile des Offizierskorps ablehnten. Die zentrale Kommandostruktur der Armee löste sich zusehends auf. Auch die Versorgung der Armee brach zusammen.

Mitte 1985 gelang es schließlich der NRA, ihr Einflußgebiet zu vergrößern und in den Westen des Landes vorzudringen. Gleichzeitig wurde Präsident Obote wie schon 1971 durch einen Militärputsch entmachteter. Unter dem neuen Machthaber Tito Okello ergab sich eine unübersichtliche Situation. Die neue Regierung versuchte, bewaffnete Gruppen, die im Krieg keine bedeutende Rolle gespielt hatten, in das Regime einzubinden, ohne aber eine zentrale Kontrolle zu errichten. So entstanden in Teilen Zentralugandas und auch in der Hauptstadt Kampala kleinere Einflußzonen, die von autonomen Armeeverbänden kontrolliert wurden und die sich durch Straßensperren und Plünderungen mit Geld und Nahrungsmitteln versorgten. Für einige Monate bestand die Regierung aus einer lockeren Koalition unabhängiger, bewaffneter Banden.

Die NRA lehnte das Angebot ab, sich in dieses System integrieren zu lassen. Nur widerwillig nahm sie an Friedensverhandlungen teil, die vom kenianischen Präsidenten Moi in Nairobi veranstaltet wurden. Währenddessen umschloß sie die letzten Regierungstützpunkte im Westen des Landes. Viele Regierungssoldaten liefen zur NRA über. Die NRA war nun stark genug, um eine Phase des konventionellen Kriegs zu beginnen. So eroberte sie im Januar 1986 Kampala und wenige Wochen später auch die Städte im Norden und Osten des Landes.

Der Krieg war weitgehend ohne schwere Waffen geführt worden. Die Regierungsarmee setzte nur wenige gepanzerte Wagen und Kampfhubschrauber ein. Die NRA nutzte anfangs vor allem die bei Überfällen erbeuteten Waffen. Darüber hinaus ließen sich Maschinengewehre problemlos auf dem internationalen Markt beschaffen. Beide Seiten konnten nur geringe materielle Ressourcen für die Kriegführung mobilisieren. Der Krieg im Luwero-Dreieck ist allerdings ein Beispiel dafür, daß auch ausgesprochen gewaltförmige Kriege ohne große Ressourcen geführt werden können. Ebenso wenig hat das geringe Ausmaß direkter Kampfhandlungen zu einer geringen Intensität der Gewalterfahrungen durch Zivilisten geführt. Wie in anderen Kriegen in Afrika waren die Zivilisten Hauptopfer des Krieges. Vermutlich waren bis zu 90 Prozent der Kriegstoten Zivilisten.

Im Gegensatz zur sehr medienwirksamen Diktatur Idi Amins, hat der Krieg im Luwero-Dreieck kaum internationale Aufmerksamkeit gefunden und

gehörte zu den weitgehend vergessenen Kriegen in Afrika.⁵ Auch nach Kriegsende hat es eine vergleichsweise geringe wissenschaftliche und publizistische Beschäftigung mit dem Krieg gegeben.

Aus Sicht der Regierung Obote war der Krieg eine Rebellion von Banditen gegen eine durch Wahlen legitimierte Regierung. Rechtfertigungsschriften von Seiten der UPC gibt es aber kaum.⁶ Die Sicht der NRA und damit das heutige offizielle Geschichtsbild wird besonders in den 1990 herausgegebenen Propagandaschriften, den *Resistance Letters* aus dem Krieg und in der 1997 veröffentlichten Autobiographie von Präsident Museveni deutlich.⁷ Diese Schriften versuchen, einen klassischen Guerillamythos auf die NRA zu übertragen und definieren den Krieg als einen vom Volk getragenen Befreiungskampf gegen eine Diktatur.

Schriftliche Quellen über den Krieg bestehen vor allem aus Akten internationaler Hilfsorganisationen. Aus diesen Quellen ist eine Reihe von Veröffentlichungen hervorgegangen, die die Leiden des Krieges aus der Sicht der Heifer, die Zerstörungen des Krieges sowie die Probleme des Wiederaufbaus nach Kriegsende dokumentieren.⁸

Hilfsorganisationen wie Kommandeure stellen ihre eigene Rolle in den Mittelpunkt. Will man in Zivilisten nicht nur die hilfsbedürftigen Opfer in den „killing fields“ Ugandas oder „das Wasser, in dem die Fische schwimmen“ sehen, müssen zusätzliche Informationsquellen genutzt werden. Eine solche Quelle sind Interviews mit Zivilisten, die den Krieg und ihre Kriegserlebnisse aus ihrer subjektiven Sicht schildern.⁹ Diese erfahrungsgeschichtlichen Interviews ergänzen nicht nur das bisher bekannte Bild vom Krieg im Luwero-Dreieck, sondern fügen ihm eine neue Perspektive hinzu.

5 Vgl. R. Hofmeier/V. Matthies, *Vergessene Kriege* (Anm. 3), S. 7f. Nur der britische Journalist William Pike hielt sich längere Zeit im Kriegsgebiet auf Seiten der NRA auf und berichtete in britischen Tageszeitungen. Nach dem Krieg wurde Pike Chefredakteur der neu gegründeten Regierungszeitung *New Vision*.

6 Es gibt lediglich ein kaum rezipiertes Memorandum des früheren Präsidenten Obote: M. A. Obote, *Notes on Concealment of Genocide in Uganda*, o.O. 1990.

7 NRM Secretariat, *Mission to Freedom – Uganda Resistance News 1981–1985*, Kampala 1990; Y. K. Museveni, *Sowing the Mustard Seed. The Struggle for Freedom and Democracy in Uganda*, London 1997.

8 Unter anderem C. P. Dodge/P. D. Wiebe (Hrsg.), *Crisis in Uganda – The Breakdown of Health Services*, Oxford 1985, sowie den umfassenden Bericht der Menschenrechtsorganisation *Minority Rights Group*: Ed Hooper, Uganda, MRG Report No. 66, 1989 (2. Aufl.).

9 Diese Interviews wurden in den Jahren 1993 bis 1995 im Rahmen des DFG-Projekts „Kriegsfolgen und -bewältigung in Afrika nach 1945“ geführt. Neben Zivilisten wurden auch Soldaten der unteren Ränge befragt.

2. Gewalt im Krieg und das Verhältnis der Zivilisten zu den Armeen

In der Bevölkerung des Luwero-Dreiecks nahm der ohnehin geringe Rückhalt der Regierung Obote und deren Armee im Laufe des Krieges weiter ab, zumal Regierung und Armee kaum Versuche unternahmen, ihre Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. Statt dessen hatte Präsident Obote bereits im August 1981 allen Distrikten mit Zerstörung gedroht, in denen sich Rebellen aufhielten.¹⁰ Die Armee – mehrheitlich bestehend aus Soldaten aus dem Norden Ugandas – betrachtete die Bevölkerung Zentrallugandas als potentielle Rebellen und antwortete auf Guerillaangriffe der NRA mit brutaler Vergeltung. Verdächtige – vor allem junge Männer – wurden gefoltert und ermordet. Dörfer wurden überfallen, ausgeplündert und zerstört. 1983 versuchte die Armee, die Bevölkerung in bewachte Lager umzusiedeln, um so ein „freies Schußfeld“ gegen die NRA zu bekommen und deren Sympathisanten in der Bevölkerung auszuschalten. Da die Armee die NRA-Guerilla nicht stellen konnte, wurde die Zivilbevölkerung nicht nur das Hauptopfer des Krieges, sondern auch der Hauptgegner in den Operationen der Regierungsarmee.

Auch die NRA-Guerilla ging mit Gewalt gegen jene Zivilisten vor, die im Verdacht standen, die andere Seite mit Informationen zu versorgen. Dennoch war aus Sicht der meisten Zivilisten die NRA im Vergleich zur Regierungsarmee berechenbarer und in diesem Sinne auch disziplinierter. Diese Einschätzung bedeutete aber nicht, daß sich die meisten Zivilisten als Teil der NRA sahen. Das Verhältnis der Bevölkerung zur NRA war deutlich distanzierter, als es der Guerilla-Mythos von der NRA als einer „Armee aus dem Volke“ und einem „Fisch im Wasser“ vermittelt.

Zu Kriegsbeginn wurden die wenigen in Wäldern und Sümpfen versteckten Guerillakämpfer von vielen Zivilisten vermutlich gar nicht ernst genommen und nur geduldet. Auch im weiteren Kriegsverlauf versuchte sich die Mehrheit der Bevölkerung nicht nur von den Kampfhandlungen, sondern auch von den Soldaten beider Seiten fernzuhalten.

Nennenswerte Unterstützung aus der Bevölkerung erhielt die NRA erst nachdem die Regierungsarmee in großem Ausmaß Gewalt gegen Zivilisten ausübte. Die Unterstützung der Bevölkerung für die NRA war daher nicht vorrangig das Ergebnis einer gelungenen politischen Mobilisierung. Interviews mit Zivilisten verdeutlichten, daß sie sich zumeist nicht als überzeugte Kriegsteilnehmer betrachteten. Sie fühlten sich eher zwischen die Fronten geraten und entschieden sich in bestimmten Situationen für die Seite, die ihnen berechenbarer erschien. Dies war für die meisten Interviewpartner die NRA, obwohl in den Interviews durchaus betont wurde, daß es ja erst die NRA war, die durch ihre Aktionen die Vergeltung durch die Regierungsarmee ausgelöst hatte, die den Krieg in das Dorf gebracht und so eine Mitschuld an der Gewalt hatte, unter der die Bevölkerung litt.

¹⁰ Uganda Times, 4.8.1981.

Im Laufe des Krieges wurden den meisten Interviewpartnern deutlich, daß die NRA keinen wirksamen Schutz gegen Übergriffe durch Regierungseinheiten bieten konnte. Die NRA wollte dies vermutlich auch nicht, da sie hierdurch zu offenen Gefechten gezwungen gewesen wäre. Bei Angriffen von Regierungseinheiten zog sich die Guerilla zumeist zurück und die Zivilisten blieben auf sich allein gestellt. Dennoch informierten Zivilisten die NRA über Bewegungen der Regierungsarmee und gaben ihr Nahrungsmittel, sofern diese vorhanden waren. Außerdem gelang es der NRA, viele Jugendliche zu rekrutieren, die auf ihre Zuverlässigkeit überprüft wurden und danach in den Verstecken eine kurze militärische Ausbildung erhielten.

In den von der NRA kontrollierten Gebieten bildeten Zivilisten auf Veranlassung der NRA *Resistance Councils* (RCs). Diese „Widerstandsräte“ standen unter Aufsicht der NRA. Sie sollten eine Form der Selbstverwaltung der Zivilbevölkerung sein. Die Hauptaufgabe der RCs bestand aber darin, Unterstützung für die Guerilla zu mobilisieren, sowie die Rekrutierung von Kämpfern, die Versorgung mit Nahrungsmitteln und die Bewachung von Straßen und Wegen zu organisieren.¹¹

Nach der permanenten Stationierung von Regierungstruppen im Luwero-Dreieck 1983 flohen viele Zivilisten in die Nähe der Rebellenbasen in Singo im nördlichen Teil des Luwero-Dreiecks. Doch auch hier ergab sich eher ein Nebeneinander als eine enge Zusammenarbeit von Guerilla und Bevölkerung. Außerdem wird Singo in den Interviews als Wüste bezeichnet. Es war zwar für die Regierungsarmee schwer zugänglich, bot aber weder ausreichende Nahrungsquellen noch genug Trinkwasser. Daher verließen viele Zivilisten Singo wieder und versuchten, in andere Gebiete zu gelangen, die zumindest vorübergehend mehr Sicherheit versprachen.

Aus Sicht der Zivilbevölkerung war der Krieg nicht durch die Kampfhandlungen der verschiedenen Armeen gekennzeichnet, sondern durch eine allgemeine und drastische Zunahme von Unsicherheit, Rechtlosigkeit und Gewalt, die von bewaffneten Verbänden ausging. Es war eine Zeit der Unübersichtlichkeit und Unberechenbarkeit, der Auflösung von legitimer Autorität und gesellschaftlicher Ordnungsmechanismen, der Regellosigkeit. Auch jene Menschen, die aus dem Kriegsgebiet in andere Landesteile geflohen waren, lebten in Unsicherheit, denn sie mußten ihre Herkunft verheimlichen, um Repressionen zu entgehen.

Angehörige der Lokalverwaltung verließen das Luwero-Dreieck während des Krieges und zivile staatliche Stellen lösten sich auf. An ihre Stelle traten in den von der Regierung kontrollierten Gebieten die Armee und die Geheimpolizei. Weder Regierung noch Armeeführung waren in der Lage, diese Einheiten zu kontrollieren. Die zentrale Kommandostruktur zerbrach.

11 E. Ddungu, *Some Constitutional Dimensions of Military Politics in Uganda*, Kampala 1994, S. 39f. Siehe auch: P. Tidemand, *The Resistance Councils in Uganda. A Study of Rural Politics and Popular Democracy in Africa*, Ph.D. Dissertation, Roskilde University 1994.

Der langsame aber stetige Zerfall der Regierungsarmee wurde im Mangel an Verpflegung, Medikamenten und Uniformen sichtbar. Ein weiterer Beleg hierfür war, daß viele Offiziere eigenständig und ohne Befehl neue Soldaten aus ihren Heimatgebieten oder aus den Armeerviarteln der Hauptstadt Kampala rekrutierten, um so ihre persönliche Gefolgschaft zu vergrößern. Aus Sicht der Bevölkerung waren viele Regierungssoldaten bereits von ihrer Herkunft her *bayaye*, ein Luganda-Wort für Gauner und Diebe.

Im Luwero-Dreieck wurden diese Militäreinheiten die zentralen Institutionen staatlicher Macht. Lokale Kommandeure waren de-facto autonome Herrscher in ihren Operationsgebieten. Diese *warlords* versuchten häufig gar nicht mehr, NRA-Gruppen zu finden und zu bekämpfen. Sie beschränkten sich mitunter darauf, ihre Einflußgebiete zu halten, und durch Plünderungen ihre Soldaten zu ernähren und selbst zu versuchen, zu schnellem Reichtum zu gelangen.

So entwickelte sich eine eigene Plünderökonomie, die wie auch in anderen Bürgerkriegen in Afrika zu einem Charakteristikum des Krieges wurde.¹² Der Krieg bringt eine eigene Wirtschaftsform hervor und kann sich unter Umständen für eine lange Zeit selbst „ernähren“. In dieser Wirtschaftsform spielt der Schmuggel mit Waffen eine wichtige, aber nicht die zentrale Rolle. Bedeutender ist der Raub und der Handel mit Nahrungsmitteln und Gegenständen des täglichen Gebrauchs.

Das Luwero-Dreieck bot einer solchen Wirtschaftsform bei Kriegsbeginn gute Voraussetzungen. Es war ein frachthares Gebiet, das vor dem Krieg durch den Kaffeeanbau eher zu den wohlhabenderen ländlichen Gebieten in Uganda gehörte. Viele Bauern hatten Vorräte an Kaffee und Nahrungsmitteln. Unter der Kontrolle der Armee wurden nicht nur diese Vorräte geplündert, sondern auch Haushalts- und Einrichtungsgegenstände bis hin zu Wellblechdächern und Fensterrahmen. Häufig wurden Zivilisten zur Arbeit bei Verladung und Transport gezwungen. Die Beute wurde vor allem in Kampala verkauft.

Die Plünderökonomie im Luwero-Dreieck erreichte ein Ausmaß, daß sie in relevantem Maße zur Aufrechterhaltung der Versorgung der Hauptstadt mit alltäglichen Gebrauchsgütern beitrug. Kennzeichen dieser Wirtschaftsform war außerdem, daß damit keine langfristige Umverteilung von Produktionsmitteln verbunden war. Sie brachte ihren Nutznießern nur kurzfristigen Reichtum, verursachte aber durchaus eine eigene Dynamik des allgemeinen Kriegsverlaufs. Besonders aus Sicht der Bevölkerung waren Plünderungen, Raubzüge und die damit verbundene Gewalt häufig bedrohlicher als die direkten Kampfhandlungen der beiden Armeen.

12 Vgl. P. Richards, *Rebellion in Liberia and Sierra Leone. A Crisis of Youth*, in: O. Furley (Hrsg.), *Conflict in Africa*, London 1995, S. 152ff.

3. Überlebensstrategien und innergesellschaftliche Konflikte im Krieg

Betrachtet man den Krieg entsprechend den Erfahrungen und Erinnerungen der Zivilisten als eine Zeit konkret erfahrener Unsicherheit und Gewalt, so gab es große räumliche und zeitliche Unterschiede in Kriegsintensität, Gewalterfahrung und damit auch der Überlebensstrategien. Dabei soll hier nicht vergessen werden, daß viele Menschen den Krieg nicht überlebten. Zehntausende starben an den direkten Folgen von Gewalt, an Hunger und Krankheiten – vor allem an Lungenentzündung und an Durchfallerkrankungen verursacht durch unreines Wasser. Die Kinder- und Säuglingssterblichkeit war mit ca. 30 Prozent erschreckend hoch.¹³

Viele Überlebende waren aus dem Kriegsgebiet geflohen und ließen sich in Nachhardistrikten oder der Hauptstadt Kampala nieder. Für die meisten Flüchtlinge waren Verwandte der erste Anlaufpunkt. Mitunter gaben die Verwandten den Flüchtlingen ein Stück Land, so daß diese selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen konnten. Doch Familienzusammenhalt und Gastfreundschaft waren nicht grenzenlos. Konnten die Flüchtlinge sich nicht selbst ernähren, kam es nicht selten zu familiären Konflikten. Der Aufenthalt bei Verwandten war daher oft nur von kurzer Dauer und viele Flüchtlinge versuchten, sich allein oder in der Kleinfamilie in den armen Vorstädten Kampalas durchzuschlagen.

Sehr viele Menschen blieben vorerst im Kriegsgebiet. Sie lebten in ihren Dörfern, versteckten sich wenn Soldaten oder Rebellen auftauchten, und versuchten danach wieder zu ihren Häusern zurückzukehren. Anfang 1983 wurde ein solches Verhalten immer schwieriger. Die Armee griff Zivilisten auf und brachte sie in Lager. Diese Lager befanden sich im Kriegsgebiet, in Marktflecken und in der Nähe von Militärstationen. Bis zu 10.000 Menschen lebten in diesen Lagern, zumeist in notdürftig errichteten Strohhütten und unter katastrophalen hygienischen Bedingungen. Erst im Mai 1983 wurden Hilfsorganisationen auf die Lager aufmerksam und begannen, die Lager mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser zu versorgen sowie Ansätze einer medizinischen Versorgung bereitzustellen. Das Rote Kreuz registrierte im Juni 1983 45.000 und im November bereits 123.000 Lagerinsassen.¹⁴

Die Lager boten den keine Sicherheit und waren aus Sicht vieler Regierungssoldaten Internierungslager. Mord, Folter und Vergewaltigung durch Soldaten fanden in großem Ausmaß statt. Alte Menschen, Frauen und Kin-

13 C. P. Dodge/P. L. Henderson, Recent Health Surveys. Towards a Morbidity and Mortality Baseline, in: C. P. Dodge/P. D. Wiebe, Crisis in Uganda (Anm. 8), S. 211.

14 Uganda Red Cross Society, Lagerlisten der Monate September, Oktober und November 1983. Neben dem ugandischen und dem internationalen Roten Kreuz, waren Oxfam, Save the Children Fund, UNICEF sowie mehrere kleinere Organisationen wie das Deutsche Notärztekomitee die Hauptbeteiligten an der Hilfsaktion im Luwero-Dreieck. Das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) war nicht beteiligt, da die Flüchtlinge keine internationale Grenze überschritten hatten und somit im Verständnis und in der Terminologie des UNHCR gar keine Flüchtlinge waren.

der stellten die große Mehrheit der Menschen in den Lagern, denn besonders Männer und männliche Jugendliche wurden verhaftet und erschossen. Daher blieben Männer häufig in ihren Verstecken außerhalb der Lager.

Die Versorgung der Lager mit Lebensmitteln war unzureichend. In einigen Lagern war der Anbau von Nahrungsmitteln auf Feldern in unmittelbarer Nähe gestattet. Zumeist aber mußten die Flüchtlinge außerhalb der Lager nach Trinkwasser und Nahrungsmitteln suchen und wurden bei diesen Wanderungen von Soldaten bewacht. Schon bald waren die Felder der Umgebung abgeerntet und die Menschen mußten Strecken bis zu 15 Kilometer zurücklegen, um noch etwas Eßbares zu finden.

Es war zwar die Absicht der Regierungsarmee, die Zivilisten zu kontrollieren und von der Außenwelt abzuschneiden. Dieses gelang jedoch kaum. Immer wieder konnten Lagerinsassen fliehen oder zu einem anderen Lager gehen, wo sie eine bessere Behandlung und Versorgung erwarteten.

Ende 1983 und Anfang 1984 löste die Regierungsarmee die Lager plötzlich auf. Die Lagerinsassen wurden weggeschickt und ihre Hütten zerstört. Einem Teil der Flüchtlinge gelang es, in ihre Dörfer zurückzukehren oder aber das Kriegsgebiet zu verlassen. Für die Mehrheit wurde die Lage aber noch unsicherer. Viele wanderten von einem Versteck zum anderen auf der Suche nach Nahrungsmitteln und legten dabei große Entfernungen zurück. Manche blieben in der Nähe der aufgelösten Lager, in der Hoffnung, bei den sporadischen Besuchen der Hilfsorganisationen Lebensmittel und Decken zu erhalten.¹⁵

Die dargestellten Lager stehen im Mittelpunkt der Berichte von Hilfsorganisationen. Dennoch sollte man sich bei der Beschreibung der Situation der Zivilisten nicht auf die Lager beschränken. Lager existierten nur vorübergehend (von 1983 bis Anfang 1984) und nur eine Minderheit der Bevölkerung war in ihnen zu finden.

Hilfsorganisationen waren nur für eine relativ kurze Zeit im Luwero-Dreieck aktiv. Von Mitte 1983 bis Mitte 1984 wurden Rationen für 100.000 bis 150.000 Menschen in das Kriegsgebiet geschafft. Die Kämpfer beider Seiten hatten Zugang zu Hilfsgütern, wenngleich unklar bleibt, in welchem Ausmaß die Armeen von den Hilfsgütern profitierten.¹⁶ Viele Zivilisten hatten keinen oder nur sehr unregelmäßigen Zugang zu Hilfsgütern. Häufig konnten nur halbe Rationen ausgegeben werden, d.h. 200 Gramm Maismehl und eine Handvoll Bohnen pro Tag und Person. Immer wieder konnten einzelne Lager tagelang oder sogar wochenlang nicht versorgt werden, weil die Regierungsarmee die Straßen sperrte. Auch stellten

15 A. Johnston, UNICEF Assistance to Luwero Displaced People, May 83–June 84, Kampala 1984, S. 6.

16 Die Vergabe von Hilfsgütern an Kombattanten widerspricht den Grundsätzen der Hilfsorganisationen, gehört aber in der Praxis zu den Kompromissen, die die Hilfsorganisationen mit den kriegführenden Armeen eingehen müssen, um ihre Aktionen durchführen zu können.

Hilfsorganisationen ihre Arbeit vorübergehend ein, wenn es zu Übergriffen gegen ihr Personal kam.

Die Bedeutung der Hilfsorganisationen für die Ernährung der Bevölkerung im Krieg sollte daher nicht überbewertet werden. Aus Sicht der Interviewpartner wurden die Leistungen der Hilfsorganisationen zwar sehr begrüßt, waren aber keine zuverlässige und sichere Quelle des Überlebens. Auch die Gewalt gegen Zivilisten in den Lagern wurde durch die Arbeit der Hilfsorganisationen nicht gemindert. Die Hilfsorganisationen hielten sich nur tagsüber in den Lagern auf. Gewalt, Verhaftungen und Plünderungen fanden zumeist statt, wenn die Helfer das Lager verlassen hatten.

Während des gesamten Krieges versteckten sich Menschen im Kriegsgebiet. Dabei wanderten sie oft von Ort zu Ort und versteckten sich zumindest tagsüber in Sümpfen und Wäldern. War der Nahrungsmittelanbau unmöglich und die Felder abgeerntet, lebten diese Menschen von Gräsern und Wurzeln. Anders als in ökologisch ungünstigen Gebieten, bot die Fruchtbarkeit der südlichen Teile des Luwero-Dreiecks die Möglichkeit, auf solche Weise zumindest für eine gewisse Zeit das bloße Überleben zu sichern.

Zivilisten suchten und fanden vorübergehend sichere Gebiete, kleine „Inseln des Friedens“. Überraschend bleibt, daß in einem relativ kleinen Gebiet große Unterschiede in der Lebenssituation bestanden. Einige Dörfer wurden frühzeitig und vollständig zerstört und waren für lange Zeit unbewohnt. In anderen Dörfern wohnten Menschen in zerstörten Häusern und bauten Cassava an, eine Pflanze mit geringem Arbeitsaufwand aber auch geringem Nährwert. Einigen Hirten gelang es sogar, ihre Herden im Kriegsgebiet zu behalten, obwohl Vieh ein begehrtes Plündergut war. In einigen Gebieten am Rande des Luwero-Dreiecks konnten Bauern schon ab 1984 ihre Felder bestellen und es wurden sogar Schulen und Gesundheitsstationen wieder eröffnet.

Mobilität und Flucht waren häufig die Voraussetzungen für das Überleben der Zivilisten. Weder Armee noch Guerilla waren in der Lage, die Bewegungen der Bevölkerung effektiv zu kontrollieren. Es gab keine klaren Frontlinien und auch keine festen Grenzen zwischen Regierungs- und Guerillagebieten sowie menschenleeren Gegenden. Ständig wanderten Menschen im Kriegsgebiet umher, von der Regierungsseite zur Guerilla und umgekehrt; aus dem Kriegsgebiet heraus aber mitunter auch wieder hinein, etwa um Familienangehörige zu suchen.

Durch Flucht und Gewalt wurden dörfliche Gemeinschaften vorübergehend auseinandergerissen. Die geschlossene Flucht ganzer Dörfer war die Ausnahme. Die Flucht erfolgte zumeist in kleinen Gruppen, die steh immer wieder trennten und neu zusammensetzten. Auch Familien wurden getrennt. Obwohl im Krieg soziale und verwandtschaftliche Netzwerke reaktiviert wurden, gab es eine Tendenz zur Individualisierung.

In vielen Guerillakriegen ist zu beobachten, daß die Kriegsparteien bereits vorhandene Konflikte in der Gesellschaft für ihre Zwecke nutzen –

oder andererseits, daß Einzelne oder Gruppen sich des Krieges bedienen, um mit Hilfe der Soldaten lokale, alltägliche Konflikte auszutragen. Der Krieg wird in diesen Fällen in die Gesellschaft hineingetragen, er wird auch zu einem Bürgerkrieg im wörtlichen Sinne.¹⁷

Die soziale Struktur des Luwero-Dreiecks bot einem solchen Szenario scheinbar einen günstigen Nährboden. Es gab relativ große soziale Unterschiede zwischen wohlhabenden Bauern und Kleinbauern, Landarbeitern und Viehhirten. So gab es denn auch Denunziationen durch Zivilisten zum Zwecke der Bereicherung oder um private Konflikte zu lösen. Dieses geschah aber in geringerem Ausmaß, als man hätte erwarten können. Landkonflikte z.B. spielten im Krieg keine Rolle, da Land angesichts der allgemeinen Unsicherheit vorübergehend seinen Wert verloren hatte.

Auch die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung im Luwero-Dreieck war sehr gemischt. Seit Anfang des Jahrhunderts waren Menschen aus anderen Teilen Ugandas und auch aus Ruanda und Burundi eingewandert. In manchen Gebieten stellten die Baganda nur die Hälfte der Bevölkerung.

Ethnische Betrachtungsweisen spielten bei den Kriegsparteien durchaus eine gewisse Rolle. Entsprechend der Geschichte von politisierter Ethnizität und Konflikte in Uganda waren „die Baganda“ für viele Soldaten der Regierungsarmee der kollektive Feind, obwohl die NRA-Führer gar keine Baganda waren. Die NRA-Guerilla stellte ethnische Fragen zwar nicht in den Mittelpunkt ihrer Propaganda. Sie verstand es aber durchaus, die seit dem Kolonialismus bestehenden Vorurteile der lokalen Bevölkerung gegen die vermeintlich wilden und unzivilisierten Völker in Norduganda – woher die meisten Regierungssoldaten kamen – zu nutzen.

Die Ethnisierung des Konflikts blieb auf der Ebene allgemeiner ethnischer Stereotype, die zwar bei Kombattanten wie Zivilisten in die Wahrnehmung des Krieges einfließen, aber innerhalb der Bevölkerung keine Konflikte zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen auslöste. Dies lag einerseits daran, daß sich die vermeintlich ethnischen Konfliktlinien des Krieges nicht auf ethnische Unterschiede im Luwero-Dreieck übertragen ließen. Andererseits versuchte weder die Regierungsarmee noch die Guerilla, ethnische Gruppen im Luwero-Dreieck gegeneinander auszuspielen.

Vielmehr brach ein anderer innergesellschaftlicher Konflikt hervor – ein Konflikt zwischen den Generationen. So gelang es vielen Jugendlichen, sich im Krieg der elterlichen Autorität zu entziehen, indem sie z.B. versuchten, allein die Hauptstadt Kampala zu erreichen. Andere Jugendliche wurden direkt von Gefolgsleuten der NRA angesprochen und schlossen sich der Guerilla an. Einige dieser Rekruten waren erst zwölf Jahre alt

17 Vgl. N. J. Kriger, *The Zimbabwean War of Liberation: Struggles within the Struggle*, in: *Journal of Southern African Studies*, 14 (1988) 2, S. 304-322.

oder sogar noch jünger.¹⁸ Eltern waren in der Regel dagegen, daß ihre Söhne oder gar ihre Töchter NRA-Soldaten bzw. Soldatinnen wurden. Daher gingen viele Jugendliche auf eigene Faust zu den Basislagern der NRA.

Auch die Regierungsseite hatte durchaus einen gewissen Erfolg bei der Mobilisierung der Jugend. Einige Jugendliche aus dem Kriegsgebiet schlossen sich den *Youth Wingers*, der Parteijugend der UPC an. Diese Jugendgruppen wurden von der Armee bei ihren Operationen benutzt und beteiligten sich an der Plünderökonomie. Sie spürten NRA-Sympathisanten auf und unterstützten die Regierungssoldaten bei Plünderungen – mitunter in ihren eigenen Heimatdörfern. Sie wurden durch ihre Verbindung zur Armee weitgehend unangreifbar und erhielten so eine für Jugendliche äußerst ungewöhnliche und attraktive Machtposition.

Diese ungewöhnliche Unabhängigkeit der Jugendlichen von den Erwachsenen, die sich mitunter in offenen Generationskonflikten äußerten, war ein Aspekt der von der Bevölkerung wahrgenommenen Auflösung gesellschaftlicher Autoritäten während des Krieges. Nach Kriegsende, so berichten ältere Interviewpartner, wurden die Jugendlichen wieder von der älteren Generation diszipliniert und damit in die Gesellschaft reintegriert.

Allerdings kehrten viele junge Menschen nach Kriegsende nicht in das Luwero-Dreieck zurück. Dies gilt besonders für jene, die sich an den Aktionen der *Youth Wingers* beteiligt hatten. Die jugendlichen NRA-Kämpfer blieben als reguläre Soldaten in der NRA und wurden ab 1986 häufig in den Kämpfen im Norden Ugandas eingesetzt. Viele kehrten erst nach der umfassenden Demobilisierung der NRA in den Jahren 1993 bis 1995, nunmehr als Erwachsene in ihre Heimatdörfer zurück.

4. Resümee

Der Krieg im Luwero-Dreieck ist ein Beispiel dafür, daß Zivilisten auch in sehr gewaltreichen Kriegen individuelle Handlungsspielräume suchen und nutzen. Diese Handlungsspielräume können sogar Chancen bieten, den eigenen sozialen Status und materiellen Wohlstand zu erhöhen. Während des in diesem Beitrag behandelten Krieges bestanden diese Möglichkeiten allerdings nur in sehr begrenztem Ausmaß. Sowohl die NRA als auch die UNLA behandelte die Bevölkerung mit Mißtrauen bzw. sogar Feindseligkeit. Für die Regierungseinheiten war Buganda Feindesland und Zivilisten potentielle Rebellen. Die NRA-Guerilla befürchtete eine Unterwanderung durch Agenten der Regierung und hielt daher Distanz zur Bevölkerung.

In den meisten Fällen war eine offene Kollaboration mit einer der Armeen nur für Jugendliche interessant, da sie sich so der elterlichen Kontrolle entziehen konnten. Außerdem versprachen sich jugendliche NRA-

18 Zum Thema Kindersoldaten vgl. C. P. Dodge/M. Raundalen, *Reaching Children in War. Sudan, Uganda, and Mocambique*, Bergen 1991; O. Furley, *Child Soldiers in Africa*, in: ders., *Conflict in Africa* (Anm. 12), S. 28-45.

Rekruten zumindest bei Eintritt in die Guerilla größere persönliche Sicherheit. Andererseits bot eine Beteiligung an der von Regierungseinheiten und *Youth Wingers* dominierten Plünderökonomie eine zumindest kurzfristige Aneignung von Reichtum, von vorübergehendem „high life“.

Für die große Mehrheit der Zivilisten waren ständige Flucht und Wechsel der Fronten ein entscheidender Aspekt ihrer persönlichen Überlebensstrategien. Weder Guerilla noch Regierungsarmee hatten die Kontrolle über die Bevölkerung. Die Regierung versuchte, durch eine Internierung der Bevölkerung in bewachte Lager das Luwero-Dreieck zu räumen. Diese Form der *counter-insurgency* scheiterte jedoch, da es vielen Zivilisten gelang, aus den Lagern zu fliehen. Die Kommunikationsnetze der Bevölkerung blieben innerhalb des Kriegsgebietes und in den Nachbardistrikten auch während des Krieges bestehen.

Auch die Hilfsorganisationen scheiterte in ihrem Versuch, eine regelmäßige und flächendeckende Versorgung sicherzustellen und für die Bevölkerung Wiederansiedlungsprogramme durchzuführen. Dies lag nicht nur an den Behinderungen durch die Armee und andere Regierungsstellen. Die Bevölkerung entschied sich durch Flucht selbst, ob und wo sie Hilfsgüter in Empfang nehmen wollte. Auch die Weitergabe von Hilfsgütern an Kriegsparteien – sei es freiwillig oder durch Zwang – war nicht kontrollierbar.

Darüber hinaus war das Verhalten der Bevölkerung auch für den militärischen Verlauf des Krieges relevant. Dies bezieht sich nicht nur auf die vor allem jugendlichen Zivilisten, die sich der NRA anschlossen. Entscheidender war, daß besonders in der Anfangsphase des Guerillakrieges die Bevölkerung die NRA zwar nicht massiv unterstützte, aber wenigstens nicht mit der Regierungsarmee in relevanten Umfang zusammenarbeitete. Trotz schwacher Organisation der Regierungsarmee, wäre die aktive Ablehnung der NRA durch weite Kreise der Bevölkerung das Ende des NRA gewesen, wie für viele andere Guerillabewegungen auch, die weder Unterstützung noch Duldung der Bevölkerung erreichen konnten.¹⁹ In diesem Zusammenhang war die offen feindselige Haltung der Regierungsarmee gegenüber der Bevölkerung eine Ursache ihres militärischen Scheiterns.

Die Eigenständigkeit der Bevölkerung war auch für den Wiederaufbau nach Kriegsende von entscheidender Bedeutung. Es gab dazu auch gar keine Alternative, denn die Hoffnung der Bewohner des Luwero-Dreiecks auf schnelle und umfangreiche Hilfen des Staates bei der Rehabilitation

19 Ein Beispiel hierfür in der jüngeren ugandischen Geschichte war das Uganda Freedom Movement (UFM), eine Widerstandsbewegung gegen Obote, die zeitgleich mit der NRA den Kampf aufnahm aber schon bald durch den Geheimdienst unterwandert und ausgeschaltet wurde. Auch das Holy Spirit Movement der Alice Lakwena, das 1986 im Norden Ugandas einen bewaffneten Kampf gegen Museveni begann, wurde im folgenden Jahr schnell aufgerieben, als sie Busoga im Süden des Landes erreichten, wo ihr die Unterstützung der Bevölkerung versagt blieb. vgl. H. Behrend, Alice und die Geister – Krieg im Norden Ugandas, München 1993, S. 105ff.

blieb unerfüllt, obwohl bis zu 90 Prozent aller Gebäude im Kriegsgebiet zerstört worden waren. Nach Kriegsende im Januar 1986 kehrten die meisten Überlebenden in ihre Dörfer zurück, ohne daß es staatliche Rückführungsprogramme gab. Hierbei kam es nur zu sehr wenigen Konflikten um Landbesitz. Nach wenigen Monaten war die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln in den meisten Gegenden wieder hergestellt, der Wiederaufbau der Infrastruktur und der marktorientierten Landwirtschaft geschah allerdings sehr langsam und ist bis heute, mehr als zehn Jahre nach Kriegsende, noch nicht abgeschlossen.

Thorsten Meier

Internationale Flüchtlingshilfe und afrikanische Flüchtlingsrealitäten am Horn von Afrika*

Das in Deutschland weitverbreitete Klischee, daß afrikanische Flüchtlinge generell abhängig von den mildtätigen Gaben der internationalen Flüchtlingshilfe sind, hat unter anderem mit dem Stand der Flüchtlingsforschung zu tun. Diese beschäftigte sich vorrangig mit Fragen über die Ursachen und den Verlauf von Flüchtlingsbewegungen in Afrika sowie deren juristische Handhabung. Als Erweiterung des Forschungsspektrums wurde danach die Interventionsfähigkeit der internationalen Flüchtlingshilfe und die Rolle der die Flüchtlinge aufnehmenden Gastgesellschaften nebst ihrer Regierungen untersucht. Allen diesen Forschungsrichtungen ist gemein, daß sie die Flüchtlinge selbst nicht ins Zentrum ihrer Betrachtung stellten, weshalb es nicht verwundert, daß auch Helfer, Spender und Politiker gleichermaßen afrikanische Flüchtlinge als Objekte behandelten. Diese blieben stets eine unbekannte, amorphe (Rand-)Erscheinung.

Der vorwiegend journalistischen Berichterstattung über afrikanische Flüchtlingskrisen war es somit freigestellt, das Vakuum zu schließen und die hiesigen Vorstellungen von afrikanischen Flüchtlingen zu prägen. Afrika ist so zu einem „Flüchtlingskontinent“ geworden, dessen Bewohner sich immer wieder auf grauenhaften Odysseen befinden, hoffend auf internationalen Schutz und flehend nach internationaler Hilfe.

Der vorliegende Artikel widerspricht dem Klischee vom durch und durch „abhängigen Flüchtling“. Natürlich gibt es viele Flüchtlinge, die auf die Leistungen der internationalen Flüchtlingshilfe angewiesen sind. Dabei handelt es sich vor allem um Flüchtlinge in extremen Notsituationen, einem Zustand, der für die Mehrheit der afrikanischen Flüchtlinge allerdings nicht zutrifft. Es ist das verrangige Anliegen des Artikels, die Lebensweise dieser von den Medien unbeachteten Flüchtlingen eine größere Aufmerksamkeit zuteil kommen zu lassen. Nachfolgend stehen daher ihre (Überlebens-)Strategien und Lebensplanungen im Mittelpunkt, die sie teils unabhängig von, teils in der Auseinandersetzung mit der internationalen Flüchtlingshilfe entwickelt haben. Sehr viele dieser Flüchtlinge meiden die angebotene Hilfe bzw. nehmen diese nur sehr selektiv an. Als Lebensgrundlage wäre sie ohnehin völlig untauglich. Allen und Turton betonen

* Der Verfasser dankt dem Projektverbund Friedens- und Konfliktforschung in Niedersachsen für die Förderung des Forschungsprojekts „Freiwillige Repatriierung von Flüchtlingen in Afrika“ an der Universität Hannover, in dessen Rahmen dieser Beitrag entstanden ist.

darüber hinausgehend: „Any displaced people in northeast Africa who become genuinely dependent on relief agencies are unlikely to survive long.“¹

1. Internationale Flüchtlingshilfe

Die internationale Flüchtlingshilfe befindet sich in einer fundamentalen Krise, die in den jährlichen Flüchtlingsstatistiken ihre banalste Ausdrucksform findet. Ihr Auftreten gegenüber den Flüchtlingen ist autoritär. „Empowerment“ ist zwar inzwischen fester Bestandteil der allgemeinen Hilfsrhetorik, doch die Praxis spricht eine andere Sprache. Die Hilfsprogramme ignorieren immer noch größtenteils die Fähigkeiten und Lebensplanungen der Flüchtlinge. Das von der internationalen Flüchtlingshilfe diagnostizierte „Abhängigkeitssyndrom“ der Flüchtlinge von internationaler Hilfe ist für die Mehrheit der afrikanischen Flüchtlinge unzutreffend. Statt dessen ist umgekehrt eine wachsende Abhängigkeit der „stehenden Hilfsbürokratien“ von ihrem Klientel, den vermeintlich „abhängigen“ Flüchtlingen, zu konstatieren.

Die internationale Flüchtlingshilfe steht vor zwei scheinbar unlösbaren Grunddilemmata:

1. Obwohl die Flüchtlingsbewegungen der Welt keine isolierten Phänomene sind, sondern Bestandteile von global ineinandergreifenden komplexen Prozessen, betrachtet die internationale Flüchtlingshilfe sie dennoch als singuläre und temporäre Ereignisse mit einer begrenzt regionalen Dimension.
2. Das Weltflüchtlingsproblem ist ein politisches Problem, das die internationale Flüchtlingshilfe mit den Mitteln der humanitären Hilfe zu lösen versucht. Dabei ist offensichtlich, daß die zur politischer Neutralität verpflichtete internationale Flüchtlingshilfe in einem Umfeld, das extrem politisiert ist, keine „unpolitische Hilfe“ leisten kann.

Diese Grundprobleme begründen die vorherrschende Strategie der internationalen Flüchtlingshilfe, Flüchtlinge zu versorgen, bis sie in ungewisser Zukunft in ihr Herkunftsland zurückkehren können. Dabei entstanden die bekannten städtegroßen Flüchtlingslager, in dem die Flüchtlinge scheinbar komplett von Hilfsorganisationen versorgt werden. Die Flüchtlingslager sind als „totale Institution“ beschrieben worden,² in denen die Hilfsorganisationen ein scheinbar „rationales“ Krisenmanagement auf der Grundlage einer Kosten-Nutzen-Analyse betreiben. Denken und Handeln der Hilfsorganisationen werden von der Vorstellung des mittellosen und zur eigenen

1 T. Allen/D. Turton, Introduction, in: T. Allen (Hrsg.), *In Search of Cool Ground. War, Flight and Homecoming in Northeastern Africa*, London 1996, S. 9.

2 Vgl. S. Waldron, *Blaming the Refugees*, in: *Refugee Issues*, 3 (1987) 3. Das Verhältnis von Helfern und Flüchtlingen ist in diesen „totalen Institutionen“ durch extreme soziale Distanz gekennzeichnet. Sie entsteht durch begrenzte Kontaktmöglichkeiten, feindliche Stereotypen und Gefühle von Über- bzw. Unterlegenheit.

Überlebensanstrengung nicht mehr fähigen Flüchtlings geleitet. Die Flüchtlingshilfe degradiert dadurch (gewollt oder ungewollt) die Flüchtlinge zu Objekten der Hilfe. Diese Entmenschlichung ermöglicht es, Hilfe in Modulen bereitzuhalten, die beliebig kombinierbar weltweit eingesetzt werden können. Platz für regionale Sonderfälle findet sich darin kaum, spezifische psychosoziale und kulturelle Bedürfnisse bleiben unberücksichtigt. Die Adressaten der Hilfe sind nur noch eine Randerscheinung.

Diese sehr kühle Politik der Hilfszentralen in New York, Genf, Paris und anderswo überträgt sich auf die Helfer vor Ort. Auch ihr Wissen über die Flüchtlinge ist oftmals erschreckend gering. Mitleid und Schuld sind die Triebkräfte, die zu der weitverbreiteten Überzeugung führen, „irgendwie Hilfe für Flüchtlinge leisten zu müssen“ und sei es auch nur für zwei Wochen, wie beispielsweise die sehr umstrittene CARE-Deutschland Operation in Zaire 1994 nach dem Genozid in Ruanda belegt.³ Die Qualifikation der Helfer für die Flüchtlingshilfe ergibt sich einzig aus ihrer beruflichen Kompetenz. Nur wenige verfügen über Arbeitserfahrungen im fremdkulturellen Bereich. Vorbereitende Trainingsprogramme, die darauf zielen, die Helfer für ihre Arbeit mit Flüchtlingen zu sensibilisieren, gibt es kaum. Der Glaube, daß Flüchtlinge mittels einer Sozialtechnik aus Belohnung und Sanktionierung in Sinne der Flüchtlingshilfe zu beeinflussen seien, bleibt dadurch unerschüttert. Der Drang nach sozialer Kontrolle ist sehr stark.

Die Flüchtlinge sind für die Helfer zumeist fremde Wesen. Ihre Wünsche, Bedürfnisse und Fähigkeiten bleiben unbekannt, weil sie schlicht und ergreifend nicht danach befragt werden. Daß Flüchtlinge ihre Situation realistisch einschätzen und beurteilen können, scheint außerhalb der Vorstellungswelt vieler Helfer zu sein. Besonders schwierig wird es, wenn der in der Flüchtlingshilfe weitverbreitete, an koloniale Überheblichkeiten erinnernde Paternalismus durch Flüchtlinge intellektuell herausgefordert wird. Typisch ist dann der Rückzug hinter die eigene moralische Integrität. Nur wenigen Helfern gelingt es, sich selbst zu hinterfragen und die etablierten Machtstrukturen der Flüchtlingshilfe abzustreifen.⁴ Ihr Auftreten hat deshalb meistens etwas gebieterisches.

3 Vgl. hierzu den Beitrag des ehemaligen Hauptgeschäftsführers von CARE-Deutschland, P. Molt, Internationale Katastrophenhilfe für Ruanda. Eine vorläufige Bewertung, in: R. Hanisch/P. Moßmann (Hrsg.), Katastrophen und ihre Bewältigung in den Ländern des Südens, Hamburg 1996.

Die mangelnde Professionalität wie das insgesamt zweifelhafte Vorgehen von CARE-D wird festgestellt in: Joint Evaluation of Emergency Assistance to Rwanda, The International Response to Conflict and Genocide: Lessons from the Rwanda Experience. Vol 3: Humanitarian Aid and Effects (Steering Committee of the Joint Evaluation to Emergency Assistance in Rwanda), Kopenhagen 1996, S. 74.

4 Zur „Ethnographie“ der Helfer und den psychologischen Belastungen ihrer Arbeit vgl. S. D. Stearns, Psychological Distress and Relief Work: Who Helps the Helpers?, in: Refugee Participation Network, 15 (1993). Das Scheitern der Flüchtlingshilfe wird zum

Die Spender verhalten sich ähnlich den Helfern und kommen zu vergleichbaren Einschätzungen. Die Versorgung der Flüchtlinge mit Hilfsgütern wird als großzügige karitative Leistung betrachtet. Ein darüber hinausgehendes Recht der Flüchtlinge auf eine Existenz, die im Einklang mit ihren sozio-kulturellen Werten steht, gilt als überflüssiger Luxus. Mitleid ist auch bei ihnen die Antriebsfeder ihrer Wohltätigkeit. Obwohl sie freiwillig erfolgt, ist sie nicht ohne Konditionen. Als Gegenleistung werden bestimmte Verhaltensweisen der Emplänger, vor allem Dankbarkeit, erwartet. Nicht selten jedoch, scheint es den Flüchtlingen Afrikas daran zu mangeln. Diese betrachten die Angebote der Spender oftmals mit Bedenken und Argwohn. Daraufhin wird die Bedürftigkeit der Flüchtlinge häufig bezweifelt, die Spender ziehen sich zurück.

2. Afrikanische Flüchtlingsrealitäten

2.1. Gastfreundschaft

Die internationale Flüchtlingshilfe, die mit jeder neuen „Flüchtlingskatastrophe“ so sehr ins Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung rückt, hat im Kontext der Geschichte von Fluchtbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent nur eine geringe Bedeutung. Ihre Reichweite wird auch für zeitgenössische Flüchtlingssituationen überbewertet. Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) schätzt, daß in Afrika nur ca. 25 Prozent der Flüchtlinge von externer Hilfe erreicht werden.⁵ Es sind demnach nicht die internationalen Hilfsprogramme, sondern die aufnehmenden Gastgesellschaften, die für das Überleben und die Integration der Flüchtlinge entscheidend sind.

Auch die Flüchtlingsliteratur betont die Gastfreundschaft afrikanischer Gesellschaften.⁶ Diese sollte jedoch im Kontext von Patronage und Klientelismus gesehen werden. Zwar ist Gastfreundschaft weit verbreitet, doch es gibt sie nicht umsonst. Die Flüchtlinge werden zu neuen Klienten lokaler Patrone. Das heißt, sie geraten in Abhängigkeitsverhältnisse, die nicht frei von Ausbeutung sind. Häufig finden Flüchtlinge eine Anstellung als Land- und Gelegenheitsarbeiter für schwere und niedrig bewertete Arbeit. Sie sind dabei viel eher bereit für Niedrigstlöhne zu arbeiten, deren Entlohnung teilweise sogar in Lebensmitteln erfolgt, als die einheimische Bevölkerung.

Wohl wissend um die Wirkungsweise dieses Janusgesichts aus Gastfreundschaft und Ausbeutung, ziehen Flüchtlinge dennoch mehrheitlich den Schutz eines lokalen Patrons dem der internationalen Flüchtlingshilfe vor. Ugandische Flüchtlinge im Südsudan beispielsweise protestierten An-

5 Vgl. B. Harrel-Bond, Background Paper for UK-Japan 2000 Group, Oxford 1992.

6 Vor allem die Ereignisse im ostafrikanischen Seenhochland nach dem Genozid in Ruanda von 1994 zeigen, daß diese Gastfreundschaft nicht mehr selbstverständlich ist. Vgl. M. Birnbaum, „Gejagte in ihren Gastländern“. UNHCR-Sprecher P. Kessler verurteilt Verstöße gegen die Flüchtlingsrechte, in: Süddeutsche Zeitung, 9.12.1997, S. 10.

fang der achtziger Jahre vehement gegen ihre von den Hilfsorganisationen beabsichtigte Verlegung in eine andere Region bzw. ihre Unterbringung in Flüchtlingslagern.⁷ Sie wurden darin von lokalen Dorf- bzw. Familienoberhäuptern unterstützt. Für diese hatten die Flüchtlinge zwar Arbeiten zu verrichten, umgekehrt sicherten sie ihnen jedoch Schutz zu. Zudem wurden die Flüchtlinge durch die Einfügung in bestehende lokale Machtverhältnisse schneller von der einheimischen Bevölkerung akzeptiert. Ein Leben an der unteren Skala der Gesellschaft, als Arbeiter, Diener oder auch als Kleinhändler wurde dadurch möglich. Konstante und berechenbare Beziehungen zur aufnehmenden Gastgesellschaft sowie ein eigener Platz darin waren den ugandischen Flüchtlingen wichtiger als ein Vertrauen auf die unsicheren Angebote und Leistungen der Flüchtlingshilfe.⁸

2.2. *Cross Border Communities*

Die internationale Flüchtlingshilfe richtet sich primär an die im juristischen Sinne anerkannten Flüchtlinge. Dies bedeutet oftmals, das gleichsam bedürftige Menschen, beispielsweise aus der lokalen Bevölkerung, von der Hilfe ausgeschlossen bleiben. Dabei ist eine klare Unterscheidung der Flüchtlinge von Vertriebenen, Rückkehrern und Einheimischen oftmals kaum möglich.⁹

In Afrika wird die Situation zusätzlich durch das Phänomen der grenzüberschreitenden Gemeinschaften verkompliziert. Die Berliner Afrikakonferenz 1984/85 hat dem Kontinent seine heute noch weitgehend gültigen Staatsgrenzen besichert. Die Folge war, daß zahlreiche afrikanische Gesellschaften auf verschiedene Staaten verteilt wurden. Diese Grenzen sind allerdings von *Cross Border Communities* in der Regel mißachtet oder sogar als wirtschaftliche Chance begriffen worden. Stets waren die in grenznahen Gebieten lebenden Menschen darum bemüht, grenzüberschreitenden Kontakt auch außerhalb der staatlichen Ein- und Ausreiseregularien aufrechtzuerhalten, um fortgesetzt Wanderarbeit und Handel, durchaus auch lukrativen Schmuggel, verfolgen zu können.

Viele Flüchtlingsgruppen konnten aufgrund dieser Beziehungen nach ihrer Flucht auf bereits bestehende und verlässliche soziale Netzwerke zurückgreifen. Die Beni Amer Eritreas beispielsweise sind von ihren „Verwandten“ im Sudan durch Außenstehende schwer zu unterscheiden.

7 Vgl. B. Harrel-Bond, *Imposing Aid. Emergency Assistance to Refugees*, Oxford 1986.

8 Die internationale Flüchtlingshilfe interveniert mit ihren enormen Ressourcen in lokale politische Machtverhältnisse. Sie tritt dadurch quasi als neuer Patron auf. Vgl. hierzu auch die Arbeit über mosambikanische Flüchtlinge in Swasiland von: J. McGregor, *People without Fathers: Mozambicans in Swaziland, 1988–1993*, Oxford 1995.

9 Vgl. UNHCR, *Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt. Erzwungene Migration: Eine humanitäre Herausforderung*, Bonn 1997. Das Mandat des UNHCR hat sich seit den neunziger Jahren erweitert und schließt inzwischen auch Menschen ein, die nicht Flüchtlinge im Sinne des Völkerrechts sind. Dazu zählen Binnenvertriebene, Asylsuchende, Staatenlose, Rückkehrer sowie die Zivilbevölkerung im Krieg.

Obwohl die sudanesishe Regierung eine „Naturalisierung“ der eritreischen Flüchtlinge stets zu unterbinden versuchte, ist es ihr im Falle der Beni Amer definitiv nicht gelungen. Die eritreischen Beni Amer verfügen in der Regel sowohl über die sudanesishe Staatsbürgerschaft, die ihnen Freizügigkeit und Arbeitserlaubnis erleichtert, als auch über einen Flüchtlingspaß, der ihnen Zugang zu den Leistungen der Hilfsorganisationen eröffnet. Beides setzen sie situationsabhängig, zu ihrem größtmöglichen Vorteil ein.

Ähnlich stellt sich die Situation für die Somali dar. Ihr Siedlungsgebiet reicht weit über die somalischen Staatsgrenzen hinaus nach Kenia, Äthiopien und Dschibuti. Viele Somali besitzen daher einflußreiche ethnische bzw. Clan-Netzwerke, die grenzüberschreitend wirksam sind. Während der achtziger Jahre beispielsweise waren in Somalia selbst hochrangige Posten im Staatsapparat von Flüchtlingen aus dem äthiopischen Ogaden besetzt.¹⁰ Während die *Cross Border Communities* fortgesetzt nicht nur Grenzen, sondern allgemein die Grundlagen des modernen Staatensystems in Frage stellen, operiert die Flüchtlingshilfe weiterhin im engen Korsett dieser Kategorien. Ungebrochen pathologisiert sie Migration als Entwurzelung von Menschen und setzt einseitig auf eine baldige Rückkehr und bis dahin auf die heilende Wirkung von Seßhaftigkeit in Flüchtlingslagern.¹¹

2.3. Flüchtlingszählungen

Das Wissen um die genaue Zahl der Flüchtlinge wird von den Hilfsorganisationen als Grundbedingung einer „ordnungsgemäßen“ Hilfsoperation angesehen. Dabei ist das Zählen von Flüchtlingen ist in Afrika eine heikle Angelegenheit. Die Flüchtlingssituation in Somalia in den achtziger Jahren dokumentiert dieses deutlich. Während die somalische Regierung von 1,3 Millionen Flüchtlingen sprach (einschließlich der Flüchtlinge, die außerhalb der Flüchtlingshilfe lebten), ging das UNHCR zusammen mit dem *World Food Programme* (WFP) von nur 450.000 Flüchtlingen aus. Der politische Kompromiß lag nach zähen Verhandlungen schließlich bei 700.000 Flüchtlingen, für die die internationale Flüchtlingshilfe aufkommen sollte.¹²

Aber nicht nur Regierungen können ein Interesse an überhöhten Flüchtlingszahlen haben. Auch die Flüchtlinge tragen zur Manipulation der Flüchtlingsstatistiken bei. Aufgrund ihrer oftmals vielfältigen Flüchtlings-

10 Vgl. S. Waldron/ N.A. Hasci, *State of Art Literature Review on Somali Refugees in the Horn of Africa*, Oxford 1994, S. 4f.

11 Vgl. T. Ranger, *Concluding Reflections on Cross-Mandates*, in: T. Allen (Hrsg.), *In Search of Cool Ground* (1), S. 321.

12 Vgl. T. Zitelmann, *Refugee Aid, Moral Communities and Ressource Sharing. A Prelude to Civil War in Somalia*, in: *Sociologus*, 41 (1991) 2, S. 122. Wieweit Flüchtlingszahlen auseinandergehen können, zeigte die Debatte um eine militärische Eingreiftruppe für Ostzair Ende 1996. Während das UNHCR von 700.000 in Ostzair verbliebenen und extrem gefährdeten Flüchtlingen sprach, vermerkten andere Organisationen „nur“ 100.000 Flüchtlinge.

erfahrungen schaffen sie es relativ leicht, in den Besitz mehrerer Bezugskarten für Hilfslieferungen zu kommen. Dieses erreichen sie, indem sie sich doppelt oder in mehreren Flüchtlingslagern registrieren lassen, zwischenzeitlich eine Bezugskarte „verlieren“, die Familiengröße übertreiben oder Todesfälle nicht berichten.¹³ Weil viele Flüchtlingsstatistiken sich an der Summe der verteilten Bezugskarten orientieren, ist ihnen mit äußerster Skepsis zu begegnen. Zwanzig bis dreißig Prozent „zuviel“ verteilter Bezugskarten sind zum Ärger der Hilfsorganisationen keine Seltenheit. Die so erzielten Überschußbestände werden auf Märkten verkauft, groteskerweise auch an das WFP.¹⁴

Das Zählen der Flüchtlinge durch die Hilfsorganisationen ist eine sich kontinuierlich wiederholende Prozedur, in der das gegenseitige Mißtrauen in seiner schärfsten Form zum Ausdruck gebracht wird. In den von Somali bewohnten Flüchtlingslagern Nordostkenias konnte 1994 eine solche Zählung nur unter Absicherung von Militär und Polizei durchgeführt werden. Alle Flüchtlinge aus drei dicht beieinander liegenden Flüchtlingslagern wurden zeitgleich nachts dazu gezwungen, zur Zählung in extra angelegte Absperungen zu gehen. Aus ihnen gab es jeweils nur eine sehr enge Ausgangsmöglichkeit. In einem internen UNHCR-Bericht zum Verfahren heißt es selbstkritisch:

„The idea of enclosures sounds a bit strange both for the refugees and the staff. While refugees look like animals in the enclosures, many staff members came back from the exercise with injuries, the result of scratches from the iron fence.“¹⁵

Zahlen und Statistiken sind zweifellos eine Passion der Flüchtlingshilfe. Ihre Realitätsnähe ist jedoch fragwürdig, zumeist gibt es nur ungesicherte Angaben über demographische Merkmale der Flüchtlingsbevölkerung. Immer wieder erstaunen Zahlen, wonach bis zu 90 Prozent der Flüchtlingshaushalte von Frauen geführt werden.¹⁶ Wo sind also die Männer? Weil Frauen als Haushaltsvorstände von der Flüchtlingshilfe als besonders gefährdet eingestuft werden, bekommen sie Sonderzuwendungen. In den „Genuß“ dieser Leistungen wollen jedoch auch Familien mit Männern kommen, weshalb die Männer „verschwinden“, zumindest für die Flücht-

13 Vgl. B. Harrell-Bond/E. Voutira/M. Leopold, Counting the Refugees: Gift, Givers, Patrons and Clients, in: *Journal of Refugee Studies*, 5 (1992) 3/4, S. 217, berichten von einer erfolgreichen Flüchtlingszählung, die von den Flüchtlingen selbst durchgeführt wurde.

14 Vgl. H. Bley/T. Meier, Flucht und Exil in Afrika nach 1967: Zur Reaktion internationaler Hilfsorganisationen auf Fluchtbewegungen verdeutlicht am ostafrikanischen Beispiel, in: G. Bierbrauer/ G. Schwarzer (Hrsg.), *Projektverbund Friedens- und Konfliktforschung in Niedersachsen*, Forschungsprojekte, Osnabrück 1996, S. 105.

15 Zitiert in: ebenda, S. 112.

16 G. Kibreab, The Myth of Dependency among Camp Refugees in Somalia 1979–1993, in: *Journal of Refugee Studies*, 6 (1993) 4, S. 327, schreibt, daß nach seinen Untersuchungen nur 37 Prozent anstatt der proklamierten 90 Prozent der Haushalte von Frauen geführt wurden.

lingshilfe. Manchmal leben sie unerkannt im selben Flüchtlingslager, oder sie kommen in anderen naheliegenden Flüchtlingslagern unter. Viele Männer bevorzugten ein Leben außerhalb der Flüchtlingshilfe und werden zu Arbeitsmigranten.

Zwar führte die oben genannte Zählung zu dem vom UNHCR gewünschten Ergebnis, denn die Bezugskarten für Flüchtlinge konnten um durchschnittlich ein Drittel reduziert werden. Dennoch muß gefragt werden, ob nicht der Einsatz anderer Zählverfahren ratsam gewesen wäre.¹⁷ Der Protest der Flüchtlinge gegen solche *head counts* resultiert weniger aus der Sorge anschließend weniger Hilfsgüter zu bekommen, sondern sie empfinden solche Verfahren als höchst unwürdig und ehrverletzend. Auch ihnen drängt sich der Vergleich zu Vieh an.

Das gleiche Prozedere scheiterte kurz danach in einem anderen Flüchtlingslager Kenias. Die dort lebenden sudanesischen Flüchtlinge rebellierten vehement. Sie zerstörten die Absperrungen und machten damit die Durchführung der Zählung unmöglich. Die Hilfsorganisationen stellten daraufhin wesentliche Programme ein, Wasserversorgung und medizinische Dienste ausgenommen. Auch aus den Flüchtlingslagern Ostzaires wurde 1996 ähnliches berichtet.¹⁸ Auch dort verhinderte massiver Widerstand der Flüchtlinge eine vom UNHCR beabsichtigte Zählung.

Der Widerstand der Flüchtlinge wurde in beiden Fällen durch starke politisch-militärische Gruppen organisiert. Die sudanesishe Volksbefreiungsarmee (SPLA) nutzt das kenianische Flüchtlingslager Kakuma mittlerweile seit Jahren zur ex-territorialen Rekrutierung von Soldaten. Darüber hinaus soll sie dort regelrechte Steuererhebungen durchführen. Erschöpfte oder verwundete Kämpfer, die vorgeben Flüchtlinge zu sein, nutzen die Leistungen der Flüchtlingshilfe zur Rekonvaleszenz. Die Instrumentalisierung der Flüchtlingshilfe für eigene politische Interessen ist in aller Zuspitzung erst in den von Hutus bewohnten Flüchtlingslagern Ostzaires deutlich worden. Die Flüchtlinge dort waren Geiseln und politisch-militärische Manövriermasse militanter Hutu-Milizen und dazugehöriger politischer Kader. Geblendet vom Grundsatz strikter politischer Neutralität, erleichterten viele Hilfsorganisationen die Reorganisation einer Herrschaftsclique, die für den Genozid in Ruanda von 1994 verantwortlich war. Die von humanitären Prinzipien geleitete Hilfe wollte nicht zwischen Tätern und Opfern unterscheiden und verlängerte damit den Konflikt.¹⁹

17 In UNHCR, *Handbook for Emergencies*, Genf 1982, S.180, wird hierzu vorgeschlagen: Die Flüchtlingszahl berechnet sich aus der Anzahl der Behausungen (der Einsatz von Luftaufnahmen wird empfohlen) multipliziert mit deren durchschnittlichen Bewohnerzahl.

18 Vgl. W. Kunath, Die Lage wird für die UN immer unübersichtlicher. Ein militärisches Eingreifen in Ruanda rückt in die Ferne, in: *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 26.11.1996, S. 3.

19 Vgl. R. Brauman, *Hilfe als Spektakel. Das Beispiel Ruanda*, Hamburg 1995 sowie das ZEIT-Gespräch mit Sadako Ogata, der Hohen Flüchtlingskommissarin von C. Bertram/C. Stelzenmüller, *Keiner kam zu Hilfe. Dem Uno-Flüchtlingshilfswerk wird vorgewor-*

2.4. Nahrungsmittelhilfe

Die gängige Nahrungsmittelhilfe des WFP besteht aus Mais, Bohnen, Öl und Salz. Diese Standardversorgung wird gelegentlich um Produkte wie Milchpulver, Hülsenfrüchte und Zucker erweitert. Fleisch und Gemüse gibt es kaum. Die monotone Nahrungsmittelversorgung führt von Seiten der Flüchtlinge häufig zu Beschwerden, die in der Regel unbeachtet bleiben. Um auch andere Nahrungsmittel zu erhalten, sind die Flüchtlinge gezwungen, Teile ihrer Nahrungsmittelhilfe einzutauschen. Nur so sind sie in der Lage, Unterernährung sowie typische Mangelkrankungen (beispielsweise Skorbut) zu vermeiden.

Die Nahrungsmittelversorgung der Flüchtlinge in Somalia zu Beginn der achtziger Jahre kann stellvertretend für viele andere Flüchtlingssituationen angesehen werden: Für Somalia gab es keine zuverlässigen Angaben über die Größe der Flüchtlingsbevölkerung, die Nahrungsmittelversorgung erfolgte sporadisch, unvollständig und entsprach in keiner Weise den eigenen Vorgaben der Flüchtlingshilfe. Während schätzungsweise zehn bis fünfzehn Prozent der Flüchtlinge keinen Zugang zur Nahrungsmittelhilfe hatten, waren andere Flüchtlinge in der Lage, Nahrungsmittel zu horten.²⁰ Die verteilten Nahrungsmittel waren den Eßgewohnheiten der Menschen und den Lebensbedingungen der Region nicht angepaßt. Der verteilte Mais mußte sehr lange gekocht werden, um bekömmlich zu sein. Dazu brauchte es Feuerholz, das rar und somit teuer war.²¹

In Norduganda wurden Flüchtlinge aus dem Südsudan 1994 ebenfalls vor allem mit Mais versorgt. Dieser mußte gemahlen werden, anderenfalls wäre er zum Verzehr nicht zu gebrauchen gewesen. Da die Flüchtlinge keine Mühlen besaßen, waren sie darauf angewiesen, daß die wenigen Mühlenbesitzer der einheimischen Bevölkerung ihnen den Mais mahlten. Für diese Dienstleistung mußten sie einen bestimmten Teil ihrer Nahrungsmittelhilfe an die Eigentümer der Mühlen abgeben. Obwohl die Flüchtlingshilfe davon wußte, war sie weder in der Lage, den Verlust an Nahrungsmitteln auszugleichen, noch den Flüchtlingen Mühlen bereitzustellen. Es wurde in Kauf genommen, daß die Nahrungsmittel nicht bis zur nächsten Verteilung ausreichen würden.

Der Handel mit Nahrungsmittelspenden dient allgemein dazu, Güter zu bekommen, die nicht Bestandteil der Hilfe sind. Dieses umfaßt so gut wie alle Dinge des alltäglichen Lebens: Küchenutensilien, gegebenenfalls Brennholz, Streichhölzer, Kerosin, Seife, Mühlen, Kleidung, Schuhe und vieles anderes mehr. Die Nahrungsmittelspende ist daher eine mit Verstand

fen, es habe sich zum Instrument der Kriegsparteien in Ruanda machen lassen, in: *Die Zeit*, 5.12.1997.

20 Vgl. H. Christensen, *Survival Strategies for and by Camp Refugees. Report on a Six-Week Exploratory Sociological Field Study into the Food Situation of Refugee Camps in Somalia*, Genf 1982, S. 22.

21 Vgl. S. Waldron, *Working in the Dark: Why Social Anthropological Research is Essential in Refugee Administration*, in: *Journal of Refugee Studies*, 1 (1988) 2, S. 156-161.

zu verwendende Hilfsquelle, aus der ein maximaler Nutzen gezogen werden muß. Folglich setzen die Flüchtlinge die Spenden ökonomisch sehr rational ein.²² Die Helfer indes interpretieren diese Maximierungsstrategie nicht selten als Diebstahl, mindestens jedoch als Mißbrauch bzw. Ausdruck des Mißtrauens in ihre Arbeit.

Die Flüchtlingshilfe scheitert in ihrem Bemühen, die Verteilung von Nahrungsmitteln, gemäß ihres Verständnisses, „gerecht“ vorzunehmen. Zum einen gibt es immer eine enorme „Inflationierung“ von Bezugskarten für Nahrungsmittel. Zum anderen offenbart die Verteilung von Nahrungsmitteln existierende Machtbeziehungen innerhalb der Flüchtlingsbevölkerung.²³ Einige Flüchtlinge sichern sich, teilweise unter Androhung oder Anwendung von Gewalt, mehr Anteile an den Nahrungsmitteln als andere Flüchtlinge.

2.5. Flüchtlingselend?

Die Hilfsorganisationen übersehen geflissentlich die bestehenden Machtstrukturen innerhalb der Flüchtlingsbevölkerung. Dabei flüchten Menschen in Afrika häufig in geschlossenen Gruppen. Soziale Beziehungen, die vor der Flucht bestanden, hörten nach der Flucht nicht auf zu existieren. Die Hilfsorganisationen indes operieren mit einem klischeehaften und undifferenzierten Flüchtlingsbild. Die gesonderte Beachtung besonders gefährdeter Gruppen (Alte, alleinerziehende Frauen/Witwen, Kinder/Waisen) ändert daran wenig. Flüchtlinge sind, so eine Grundüberzeugung der Flüchtlingshilfe, per se und ohne Unterschied hilfsbedürftig.

Ein Blick auf die Sozialstruktur von Flüchtlingen jedoch läßt erkennen, daß diese keine egalitäre Gemeinschaft in Armut konstituieren. Die Möglichkeiten, ein Leben im Exil zu führen, sind sehr unterschiedlich und werden nicht von der Flüchtlingshilfe determiniert. Entscheidend dafür sind vor allem die persönlichen Fähigkeiten und Lebensplanungen der Flüchtlinge sowie ihre soziale Eingebundenheit in familiäre Strukturen und Clan- bzw. ethnische Beziehungen.

Das Leben der Flüchtlinge im Exil wird zudem von sehr verschiedenen Ausgangspositionen fortgesetzt. Nicht alle Flüchtlinge retten sich ermattet und ohne jede persönliche Habe ins Asyl. Einige Flüchtlinge fahren mit eigenem Wagen nebst darin verstaumtem Besitzstand über die Grenze. Andere Flüchtlinge kommen womöglich mittellos, besitzen jedoch hervorragende fachliche Qualifikationen, auf die sie ihre Zukunft aufbauen können. Andere wiederum haben enormes ökonomisches Geschick und sind im Exil erfolgreiche Händler geworden. Und schließlich brachten sich auch

22 Vgl. G. Kibreab, *Refugees and Development in Africa: The Case of Eritrea*, Trenton 1987. Kibreab zeigt am Beispiel von eritreischen und äthiopischen Flüchtlinge in den sudanesischen Siedlungen um Qala en Nahal, wie erfolgreich Flüchtlinge im Handel sein können.

23 Vgl. J. Pottier, *Relief and Repatriation: Views by Rwandan Refugees; Lessons for Humanitarian Aid Workers*, in: *African Affairs*, 95 (1996).

schon ehemals staatstragende Eliten samt des Staatsschatzes in Sicherheit, wie 1991 nach dem Sturz und der Flucht des somalischen Präsidenten Siad Barre oder 1994 nach dem Flugzeugabsturz des ruandischen Präsidenten Juvenal Habyarimana. Letztere lebten selbstverständlich nicht in Flüchtlingslagern, sondern logierten in teuren Hotels und beschäftigten einheimisches Personal.

2.6. Abhängigkeit?

Ein Flüchtlingsdasein, daß von den internationalen Hilfsorganisationen in Flüchtlingslagern organisiert wird, gründet sich maximal auf die Sicherung des Elementaren. Die schulische und medizinische Versorgung der Flüchtlinge kann dabei im Vergleich zur Situation der einheimischen Bevölkerung durchaus besser sein. Ansonsten sind zehn, manchmal sogar zwanzig Jahre Daueralimentierung der Flüchtlinge durch die Hilfsorganisationen in Afrika keine Seltenheit gewesen. Die Flüchtlingshilfe praktizierte zumeist die Verwaltung der Flüchtlinge in kostspieligen Flüchtlingslagern. Eine auf die Integration der Flüchtlinge ausgerichtete Hilfe blieb größtenteils erfolglos, regionale Entwicklungsimpulse wurden kaum initiiert.²⁴

Unter diesen Bedingungen entstand die von Teilen der Flüchtlingshilfe unterstützte These vom *Dependency Syndrome* der Flüchtlinge. Sie besagt, daß Flüchtlinge sich quasi in einer schicksalhaften und unabänderlichen Abhängigkeit von der Flüchtlingshilfe befinden, sobald sie über einen längeren Zeitraum versorgt werden. Die Symptome wurden folgendermaßen beschrieben:

„[...] lethargy, lack of initiative, acceptance of hand-outs with little attempt at self-sufficiency. Frequent complaints, especially about the lack of generous outside help.“²⁵

Diese Symptome qualifizieren die Flüchtlinge bei manchen Hilfsorganisationen für Sonderzuwendungen und Spezialprogramme. Die von den Hilfsorganisationen gestellte Diagnose „Abhängigkeit“ ist daher für die Flüchtlinge durchaus attraktiv.

Ohne Zweifel werden kreative Elemente wie Innovation oder Selbstverantwortlichkeit in einem von Abhängigkeiten geregelten Kontext nicht gefördert. Dennoch sind Flüchtlinge nicht bereit, die Verantwortung über ihr Leben an die Flüchtlingshilfe abzutreten. Dieses ist auch für die in Lagern lebenden Flüchtlinge zutreffend, deren Leben besonders stark reglementiert wird. Widerstand gegen die Vorschriften der Flüchtlingshilfe ist dort weit verbreitet.

Die „permanenten Forderungen“ der Flüchtlinge, die so sehr von den Helfern beklagt werden, und ihre „geringe Bereitschaft zur Arbeit“, sollten

24 Vgl. B. Stein, Durable Solutions for Developing Country Refugees, in: International Migration Review, 20 (1986), 2, S. 273-277, der zahlreiche Gründe auflistet, warum Gastgesellschaften gegen eine auf Integration der Flüchtlinge zielende Politik sind.

25 L. Clark, The Refugee Dependency Syndrome, Washington 1985, S. 1.

nicht als „psychologischer Defekt“ bzw. als „untrügerisches Zeichen von Abhängigkeit“ interpretiert werden. Dieses Sich-Nicht-Einlassen auf die Regeln der Flüchtlingshilfe sollte statt dessen als Versuch der Flüchtlinge verstanden werden, ihre soziokulturelle Identität und persönliche Würde zu bewahren.

Die Flüchtlingshilfe übersieht, daß Flüchtlinge Lebensstile haben, die sie auch unter den Bedingungen der Flucht nicht ohne weiteres ablegen und eintauschen wollen. Selbst die Aussicht auf verbesserten Zugang zu Nahrungsmitteln, Wasser, Unterkünften, Schulen und medizinischen Diensten, also den Grundelementen der Flüchtlingshilfe, ändert daran kaum etwas. Somali beispielsweise kehrten selbst nach Jahren der erzwungenen Seßhaftigkeit in Flüchtlingslagern zum nomadischen Leben zurück.

2.7. „Dickköpfigkeit“

Ein anderer kritischer Punkt aus Sicht der Helfer ist die „Verschwendung“ knapper Ressourcen. Oftmals „zweckentfremden“ Flüchtlinge ihre wenigen Hilfsgüter ganz oder teilweise, um beispielsweise ihre Angehörigen angemessen begraben oder ihnen Opfergaben entrichten zu können. Um die Toten kleiden zu können, benutzten ugandische Flüchtlinge im Südsudan in den achtziger Jahren beispielsweise UNHCR-Decken. Beerdigungen sind darüber hinaus mit weiteren „Kosten“ und sozialen Verpflichtungen verbunden. Dabei handelt es sich aber aus der Sicht der Flüchtlinge um Grundelemente des Zusammenlebens. Häufig betonen sie, daß der Verzicht auf angemessene Beerdigungen zu gravierenden psychischen Belastungen führe, die nicht selten schwere Erkrankungen auslösen.

Die Flüchtlingshilfe nimmt kaum Rücksicht auf Sitten und Gebräuche, vor allem, wenn diese nach westlicher Perzeption kruder Aberglaube sind. *Burial Societies* stellen den gemeinschaftlichen Versuch dar, Beerdigungen entsprechend dieser Sitten und Gebräuche durchführen zu können. Diese Form der Selbstorganisation wird (wie jede andere auch) von der Flüchtlingshilfe mißtrauisch bəugt. Im Südsudan wurde einer solchen *Burial Society* das Zurückhalten von Nahrungsmitteln für die Beerdigungszeremonien verboten. Die Begründung lautete, sie würde damit Handel zum individuellen Eigennutz betreiben.²⁶ Die sozialen Beziehungen und kulturellen Praktiken der Flüchtlinge sind in einer Fluchtsituation demnach doppelt herausgefordert: einerseits durch einen Mangel an Ressourcen und andererseits durch die Flüchtlingshilfe, die diese mißachtet oder sogar versucht, sie zu unterbinden.

²⁶ Vgl. B. Harrell-Bond/K.B. Wilson, Dealing with Dying: Some Anthropological Reflections on the Need for Assistance by Refugee Relief Programmes for Bereavement and Burial, in: Journal of Refugee Studies, 3 (1990) 3, S. 236-237. Im UNHCR Field Handbook werden Sterben und Tod bezeichnenderweise im Kapitel „Sanitation and Environmental Services“ abgehandelt.

2.8. Überlebensstrategien

Neben dem Handel mit Hilfsgütern, versuchen viele Flüchtlinge durch Lohnarbeit aus ihrer oftmals bargeldlosen Situation herauszufinden. Dabei bieten sie ihre Arbeitskraft zu Niedrigstlöhnen an, sehr zum Leidwesen der lokalen Arbeitssuchenden. Die von den Flüchtlingen ausgeübten Tätigkeiten sind vielfältig. Sie arbeiten in Farm- und Weidewirtschaft, in Handel und Handwerk sowie im Häuserbau. Erstaunlich ist auch ihre Mobilität. Viele Flüchtlinge werden trotz Arbeitsverbot zu Arbeitsmigranten in den größeren Städten des Gastlandes. Dabei greifen sie oftmals auf bereits bestehende soziale Netzwerke zurück. Eastleigh beispielsweise, ein Stadtteil Nairobis, ist nach 1991 sehr stark von somalischen Flüchtlingen aufgesucht worden.²⁷ Somalis leben dort seit der Kolonialzeit.

Immer wieder setzen sich Flüchtlinge über die von der Flüchtlingshilfe aufgestellten Regeln hinweg. So ist es zum Beispiel verboten, zwischen den Flüchtlingslagern und den Herkunftsländern zu pendeln. Viele Flüchtlinge, vor allem die Männer, gehen, wenn es die Situation erlaubt, in ihre Heimat zurück, um die Felder zu bestellen. Es ist nicht selten, daß sie dort mehrere Monate, bis zur Ernte bleiben. Auch nomadische Flüchtlinge können nicht im Einzugsbereich der Flüchtlingshilfe verweilen, wenn sie noch Herden besitzen. Sie versuchen deshalb, soweit als möglich, ihren von Weiden- und Wasserstellen vorgegebenen Wanderungszyklus beizubehalten.

3. Resümee

Ohne Zweifel ist es richtig, daß viele Flüchtlinge auf ihrer Flucht alles Hab und Gut verlieren, schwerwiegenden Streßsituationen ausgesetzt sind und schlimme Traumata erleiden. In diesen extremen Notsituationen ist die Flüchtlingshilfe für die Flüchtlinge sehr wichtig, mitunter überlebenswichtig.

Für die Mehrheit der afrikanischen Flüchtlinge trifft diese Abhängigkeit von der Flüchtlingshilfe nicht zu. Die Bemühungen der Mehrheit der afrikanischen Flüchtlinge, ihre durch die Flucht verlorengegangene Unabhängigkeit wiederzugewinnen, ist erfolgreich. Dazu ist es erforderlich, sich zum einen von der „Umklammerung“ der Flüchtlingshilfe freizuhalten und zum anderen eigene Überlebensstrategien zu entwickeln. Zu letzterem gehört beispielsweise die Aneignung von Hilfsgütern, die mitunter sehr eigenwillig und jenseits der Regeln der Hilfsorganisationen erfolgen kann. Die Konflikte der Flüchtlinge mit den Vorstellungen der Helfer und den Regeln der Flüchtlingslager sind unter anderem deshalb zahlreich.

27 Über die Größe der Flüchtlingsbevölkerung Nairobis zu Beginn der neunziger Jahre, die sich dort größtenteils illegal aufhielt, gibt es sehr unterschiedliche Angaben. Während die kenianische Regierung von ca. 100.000 Menschen ausging, sprach das UNHCR von 10.000-20.000 Menschen.

Afrikanische Flüchtlinge verfolgen gegenüber der Flüchtlingshilfe subtile Verweigerungsstrategien (Widerspruch, Boykott etc.). Es hat den Anschein, daß sie dabei kollektiven Vergangenheitserfahrungen folgen, die afrikanische Gesellschaften generell seit dem Kolonialismus in der Auseinandersetzung mit den Mächtigen (Kolonisatoren, Missionare sowie deren Nachfolger) gemacht haben.

Selbst in einer Situation der vermeintlichen Unterlegenheit und unter den Bedingungen extremen sozialen Wandels unternehmen afrikanische Flüchtlinge größte Anstrengungen, eigene Elemente von Sozialorganisation beizubehalten. Sie versuchen, ihre Würde zu bewahren und ihre soziale Identität und ihre kulturellen Werte gegen die Eingriffe der Flüchtlingshilfe zu verteidigen. Solange sich diese jedoch weiterhin ignorant gegenüber Geschichte und Kultur der Flüchtlinge zeigt, wird sie weiterhin zur Zielscheibe bewußter Widerstandsformen der Flüchtlinge werden. Die verbreitetste Form ist das Ausbleiben erwarteter Verhaltensweisen, vor allem Dankbarkeit. Nicht selten schlägt Helfern offene Ablehnung und Feindschaft entgegen. Eine bessere Organisation der Flüchtlingshilfe wird daher solange scheitern, wie die soziokulturellen Lebensbedürfnisse der Flüchtlinge weiter mißachtet werden. Die Flüchtlingshilfe wäre effektiver, wenn sie den Wünschen und Initiativen der Flüchtlinge unterstützend nachginge und nicht, wie gegenwärtig, den Flüchtlingen neue Lebensstile verordnen wollte.²⁸

„The way forward must be to maximize the area within which people are able to make decisions for themselves. This means emphasizing their strengths rather than their needs. It means, for a refugee population, giving them as much control as possible over the allocation of scarce resources, including food, rather than ‘putting them to productive work’ and asking them what they would like others to do for, or to, them.“²⁹

28 Vgl. T. Ranger, *Studying Repatriation as Part of African Social History*, in: T. Allen/H. Morsink, *When Refugees Go Home*, London 1994, S. 292, schlägt vor: „Agencies must facilitate what returnees ‘want’ while realizing that the complex, conflictual and sometimes contradictory character of their desires. Usually it is better to let the returnees themselves work out the contradictions than to seek to tidy up from above.“

29 T. Allen/D. Turton, in: T. Allen (Hrsg.), *In Search of Cool Ground* (1), S. 10.

Die Allmacht von Organisationen und die Würde der Einzelnen. Zur Sozialgeschichte von Krieg und Nachkriegszeit in Afrika

Gespräch zwischen Helmut Bley, Gesine Krüger, Thorsten Meier und Frank Schubert

Bley: In den vorangegangenen Texten wird versucht, der Zivilbevölkerung und den von Krieg und Verfolgung Betroffenen Würde zu geben, Eigensinn und Eigenständigkeit zu betonen, ihre Überlebensstrategien in den Mittelpunkt zu rücken und von dort aus zu einer kritischen Reflektion über Kriegsregulierungs- und Flüchtlingsintegrationsstrategien zu kommen, hier vielleicht neue Wege zu weisen. Problematisch ist folgendes: Seit langem denken wir über Kriegsfolgen und Kriegsbewältigung nach und sagen, daß es eine Differenzierung in der Kriegserfahrung gibt. Es gibt im Kriege Nicht-Kriegszeiten oder schon Nachkriegszeiten, in denen andere noch mitten im Kriege sind. Es gibt eventuell geregelte oder halb-geregelte Beziehungen zwischen Soldaten und Bauern. Es besteht aber die Gefahr, daß dies alles zu einer Verharmlosung der Kriegsfolgen führt. Wenn man die Überlebensstrategien in den Mittelpunkt stellt und sagt, 75 bis 90 Prozent der Menschen helfen sich selbst, könnte der Eindruck entstehen, es sei alles gar nicht so schlimm. Das führt dazu, daß man wahrscheinlich noch gründlicher die Marginalisierungsgefahren schon im Normalfall und die besonderen Bedrohungen im Krieg und in Kriegszeiten behandeln sollte. Dabei bleibt aber das Thema, den Menschen ihre Würde zurückzugeben und ihre Spielräume zu erkennen. Außerdem haben mich die Aufsätze und Ansätze an Brigitte Erlers Buch „Tödliche Hilfe“ erinnert, in dem diskutiert wird, ob man denn nun mit der Entwicklungshilfe aufhören oder in Kenntnis all dieser Schwierigkeiten weitermachen sollte. Ich habe bereits an anderer Stelle gesagt, daß man natürlich weitermachen sollte, aber in einem intensiven Dialog mit den internationalen Hilfsorganisationen.

Schubert: Ich möchte beim Stichwort Normalfall weiterfragen. Ist mein Eindruck richtig, daß es in der Geschichtsschreibung oder auch bei der allgemeinen Behandlung von Konflikten eine klassische Einteilung in Kriegszeiten und Friedenszeiten gibt und daß der Krieg und die Kriegsfolgen eine ganz besondere Zeit sind, etwas, das „aus der Geschichte herausfällt“. Ich weiß nicht, ob uns dies gelingt, aber wir versuchen immer wieder über die chronologische Einteilung in Kriegszeiten und Friedenszeiten hinaus zu zeigen, daß Gewalterfahrungen oder auch andere gesellschaftliche Beziehungen sich in einer gewissen Kontinuität befinden, daß sie sich zwar verändern, aber daß es keinen absoluten Bruch gibt.

Bley: Ja, das kann man unterstützen, etwa mit den älteren Forschungen von Spittler über despotische Herrschaft in Agrargesellschaften. Hier wird beschrieben, daß der Staat mit seinen Erzwungungsinstrumenten von Zeit zu Zeit mit terroristischen und gewaltförmigen Mitteln eingreift, weil er sich anders nicht durchsetzen kann. Sicherlich haben viele der Patron-Klient Beziehungen, die in den Aufsätzen ja manchmal als sicherer erscheinen als die Angebote der Hilfsorganisationen, immer auch einen Gewaltcharakter und insofern ist der Krieg für manche Bauern auch nur eine Sonderform des Gewaltverhältnisses, in dem sie sich ohnehin heftigen. Allerdings ist Kontinuität fraglich, wenn Gewalt so eskaliert, daß pausenlos geplündert und getötet wird und Frauen vergewaltigt werden. Hier kann man dann doch fragen, ob es sich nicht um Zustände handelt, die einen Ausnahmefall darstellen.

Krüger: Welche Rolle hat die Erforschung von Kriegsursachen, vor allem aber von Kriegsfolgen im Kontext afrikanischer Geschichtsschreibung? Das hat ja in Deinen eigenen Fragestellungen in den letzten Jahren einen großen Stellenwert bekommen.

Bley: Die Ausgangsfrage war ja eine doppelte: Die Wahrnehmung Afrikas als von Kriegen und Krisen zerrissenem Kontinent war und ist so negativ, daß wir überlegt haben, das Thema direkt anzugehen. Die Lösungen afrikanischer Gesellschaften, aus diesen Kriegen wieder herauszukommen, sind ein in sich würdiges Thema, um das Bild von Afrika als Krisenkontinent zurechtzurücken. Das war ein ganz wichtiger Punkt. Nun sind wir ja von der Sozialgeschichte des Krieges und den unmittelbaren Kriegsfolgen zur Problematik der Reintegration von Flüchtlingen und Veteranen weiter gegangen. Hierbei ist wichtig, daß man ohne die Kenntnis der Sozialgeschichte des Krieges und der Differenzierungen, der Nachkriegszeiten im Kriege, der flächendeckenden Vernichtung und der Ausweichmöglichkeiten, die Nachkriegszeit nicht gut planen kann und auch der ganze Konfliktregulierungsprozeß illusorisch wird. Daher ist auch für die heute stark diskutierte Konfliktregulierungsfrage diese Untersuchung des Krieges mit seinen Ansätzen zur Selbsthilfe ein wichtiger Beitrag, trotz des Risikos, daß man mit einer differenzierten Sozialgeschichte des Krieges und seiner Nachkriegszeiten in der Gefahr steht, daß es wie eine Verharmlosung wirkt. Ich glaube, daß es allerdings sehr darauf ankommt, wie man mit Begriffen wie Not, Extremsituation, Gewalt, Krieg oder Selbsthilfe umgeht. Man sollte zur Veranschaulichung typische Biographien anhand der aufgenommenen Interviews lesen, um von der relativ hohen Datenaggregation, die sich auch in den vorliegenden Aufsätzen findet, zu den Einzelschicksalen überzugehen, anhand derer die ganze Härte des Krieges, z.B. der Verlust von Kindern oder Vergewaltigung, deutlich wird. Wenn man dann in diesem Kontext von Eigenständigkeit und Selbsthilfe spricht, wird klar, worum es geht.

Krüger: Ich verstehe durchaus, was Du mit Verharmlosung meinst, aber ich glaube doch, daß die Subjekte in den Blick genommen werden sollten,

gerade um den Krieg nicht zu verharmlosen. Für mich ist das interessante an diesen Projekten, daß hier anders als in der Friedens- und Konfliktforschung nicht versucht wird, Kriege zu typisieren und zu kategorisieren. Unsere Vorhaben haben einen radikal subjektiven Ansatz. Natürlich besteht die Gefahr, daß eine zu große Betonung der vorhandenen Handlungsspielräume verharmlosend wirkt. Andererseits entgeht man gerade mit dem subjektiven Ansatz der Verharmlosung durch Abstraktion, wo nur von Tausenden, Zehntausenden oder auch Hunderttausenden von Opfern gesprochen wird.

Bley: Da sind wir natürlich im heutigen grundlegenden Methodenproblem. Einmal ist der Blick vom Einzelnen her, sei es diskursanalytisch oder biographisch, ganz wichtig, macht aber nur dann Sinn, wenn auch die Rahmen- und Randbedingungen immer mit in den Blick genommen werden, d.h. der Krieg als ganzes, aber auch die Frage der Kontinuität von Gewalt in Kriegszeiten sowie Vor- und Nachkriegszeiten. Ich kann mir für Uganda vorstellen, daß die Massentötungen unter Amin und Obote zahlenmäßig möglicherweise größer waren als die Opfer der Kriege. Anhand dieser Gewalterfahrung und repressiver Herrschaft ist die Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden mitunter schwer möglich, besonders in Agrargesellschaften.

Krüger: Siehst Du eine besondere Chance darin, sich als Historiker mit der „extremen Zeitgeschichte“ zu beschäftigen?

Bley: Der Ausgangspunkt war natürlich eine, wenn man so will, politische Überlegung, über die ich eben schon gesprochen habe. Es geht darum, daß man das Negativimage „Krisen und Katastrophen in Afrika“ nur dann eingrenzen kann, wenn man über die Selbsthilfe der Menschen spricht, das ausdifferenziert und vor allem die Leistungen in Richtung Frieden und Überlebensstrategien betont. Dies war der politische Ausgangspunkt. Ich werde ja öfter gefragt, ob ich nun Historiker oder Sozialwissenschaftler bzw. Politologe sei. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Historiker ihre Tradition im Umgang mit dem empirischen Material und den Blick auf andere Gesellschaften einbringen können. Die Kriege umfassen mehrere Generationen. In Eritrea herrschte ein Dreißigjähriger Krieg, und auch die Konflikte in Uganda dauerten sehr lange. Deshalb kommen ja auch die Generationskonflikte dort besonders zur Geltung. Historiker haben den Vorteil des langen Atems, des Zugangs, quellenkritisch mit Material umzugehen, den Einzelnen nicht aus dem Auge zu verlieren und das ganze nicht einer strengen Theorie zu unterwerfen. Ich glaube, Historiker arbeiten mit Quellen, Material und Personen in einer bestimmten Weise. Und dabei geht es nicht darum, ob es sich um eine Zeit vor 20 Jahren oder vor 150 Jahren handelt. Das ist etwas, was Historiker in der jetzt von der Gegenwart überwältigten wissenschaftlichen Welt auch offensiv vertreten müssen: Wir haben mit unseren Methoden eine Kompetenz für die Gegenwart. Andererseits muß jede sozialwissenschaftliche Untersuchung einige Jahrzehnte zurückgreifen, ansonsten ist sie atemlos. Dies ist eine

grundsätzliche Frage und wir müssen uns denen entziehen, die uns ausschließlich mit der Vergangenheit in Verbindung bringen.

Schubert: Bei meiner Arbeit habe ich den Eindruck – ich weiß nicht, ob Du dem zustimmen würdest –, daß in allen Schilderungen auch aktueller Krisen durch Interviewpartner immer ein Bewußtsein von Geschichte mitspielt. Daß aber die Art und Weise wie Geschichte für die Konflikte und auch für die Wahrnehmung der Konflikte von Relevanz ist, wesentlich komplizierter ist als z.B. das Bild von den ethnischen Gegensätzen, daß für Afrika in der Regel in sehr vereinfachter Form benutzt wird. Deiner Anmerkung zu den Biographien würde ich zustimmen. Ich glaube ebenfalls, daß man anhand von Biographien eben nicht nur die Handlungsspielräume sieht, sondern auch die Bedrohungen und gleichzeitig dieses Auf und Ab des Krieges: die Phasen extremer Bedrohung und dann wieder Phasen der relativen Ruhe. Das interessante und teilweise erschütternde an diesen Biographien ist ja gerade, was die Menschen bereits als Ruhe betrachten bzw. als Entspannung oder leichte Verbesserung.

Bley: Ja, das sah ich auch in anderen Zusammenhängen, z.B. wenn ich die Anfänge der Kolonialzeit in Afrika und den Prozeß der Dekolonisation sehr nahe aneinander rücke. Jemand, der 1895 20 Jahre alt war, ist 1950 am Vorabend der Dekolonisation eben 75. Wir betonen häufig kurze periodische Abschnitte. Für uns sind ja die frühe Kolonialzeit, der entwickelte Kolonialismus und die Dekolonisation unterschiedliche Welten. Das sind Epochen, die genauso weit entfernt voneinander scheinen wie das Mittelalter von der Frühen Neuzeit oder Luther von der Französischen Revolution. Und doch geschieht dies in einem Menschenleben. Und wenn wir nun davon ausgehen, daß Großvater, Vater und Sohn eine erinnerungsmäßige Einheit darstellen, dann sind wir ja mühelos in den Zeiten des großen Mutes oder in der Zeit vor Haile Selassie. Und hierbei ist dieses Auf und Ab der Kriegs- und Friedenszeiten natürlich eine wichtige Erfahrung für diese Menschen.

Meier: Du hast eben angesprochen, daß ein langes Leben akkumulierte historische Erfahrung ist, speziell in Afrika mit den von Dir genannten Epochen. Dies bringt mich zu einem Punkt, den ich auch in meinem Resümee behandle. Dort versuche ich zu begründen, wie die Flüchtlinge und auch die Rückkehrer mit der Autorität der internationalen Flüchtlingshilfe umgehen. Ich sage dort ganz vorsichtig, daß es so aussieht, als würden die Menschen auf historisch überlieferte Verhaltensmuster im Umgang mit Autoritäten zurückgreifen. Würdest Du diese Einschätzung teilen?

Bley: Ja, das ist so schlüssig, daß man auf den Gedanken kommen könnte, es wäre eine Untersuchung wert, mal einem konkreten Fall nachzugehen. Kann man solche Verhaltenstechniken von Bauern gegenüber Herrschaft über lange Zeiträume untersuchen? Ein Vergleich mit der Frühen Neuzeit in Europa ergäbe sicherlich auch Hinweise auf solche traditionellen Verhaltensweisen. Andererseits muß man neue Gewaltformen berücksichtigen – sei es durch das Maschinengewehr oder durch Luftangriff-

fe. Man bedenke, daß im Biafrakrieg die Luftangriffe als sehr neue Erfahrung wahrgenommen worden sind, ebenso wie die von Volker Matthies beschriebene totale Ohnmacht bei Luftangriffen auf Hirten und ihre Herden. In diesen Fällen brechen historisch überlieferte Muster auch zusammen, da die Opfer gar nichts mehr machen können. Diese Aspekte des modernen Krieges muß man berücksichtigen. Außerdem agieren die Großorganisationen und diese riesigen Flüchtlingslager ja wohl auch in Größenordnungen, denen nicht mehr mit ganz normalen „patterns“ begegnet werden kann. Wenn die Großorganisationen vier Jahre bleiben, ist es schon eine lange Zeit, doch die Menschen müssen ein ganzes Leben lang aushalten, und so können sie sich letztlich nur auf ihre Verwandten verlassen und auf diejenigen, die man im ähnlichen Sinne als verlässliche Freunde deutet. Um durchhalten zu können, muß man wissen, auf welche Ressourcen man sich wirklich verlassen kann, wie z.B. den Zugang zu Land.

Krüger: Es hat sich ja gezeigt, daß selbst nach dem Herero-Krieg das stattfand, was ich Rekonstruktion nenne. Ich bin immer noch bei dem Thema Verharmlosung. Ich glaube, man muß zwei Dinge trennen. Einerseits gibt es die konkrete Not der Menschen. Andererseits ist es aber das Bild von Afrika, das gerade in der Betonung von Not, Entwurzelung und Zerstörung eine andere Form der Verharmlosung darstellt, du hier genaueres Hinschauen nicht mehr nötig ist und der Rekonstruktionsprozeß völlig aus der Geschichtsschreibung ausgeblendet wird.

Bley: Ja, da steht man ja auch erst einmal mit Verwunderung und Bewunderung vor dieser unglaublichen Rekonstruktionskraft und der sozialen Kohäsion, die diese Menschen zustande bringen. Das wirft natürlich ganz neue Fragen auf. Woher kommt eigentlich diese kulturelle und soziale Kontinuität? Ist sie in der Logik der Überlebensstrategien und der „essentials“, die sich aus der Agrargesellschaft ergeben, so klar verankert? Das Vieh muß überleben. Die Ernte muß eingebracht werden. Die Kinder müssen durchgebracht werden. Rührt die Kraft also in erster Linie aus den Kernpunkten der agrarischen Produktionsweise? Oder ist in diesen Agrargesellschaften eine Kultur der sozialen Beziehungen entstanden, die unter den schlimmsten Umständen offensichtlich zur Wiederanknüpfung geeignet ist? Möglicherweise ist es eine Mischung aus beidem. Wahrscheinlich zwingt die Frage uns dazu, auch Krieg in Metropolen und Großstädten mit großen Marginalisierungsräumen zu betrachten. Was passiert dort? Allerdings kommen die modernen Kriege an die Städte erst sehr spät heran. Das bedeutet dann eigentlich schon den Zusammenbruch der allgemeinen Autorität. Großstädte werden eigentlich einem richtigen Krieg gar nicht unterworfen. Insofern gibt es vielleicht gar keine guten Beispiele in diesem Zusammenhang. Vielleicht wäre der japanische Umgang mit den chinesischen Städten im Zweiten Weltkrieg ein solcher Fall.

Schubert: Ich möchte auf den Herero-Krieg zurückkommen. Kann man nicht sagen, daß sich Gesine Krügers Arbeit auch gegen eine Sichtweise richtet, die häufig mit dem falschen Bild der totalen Entwurzelung und

Zerstörung einhergeht. Es geht um einen europäischen Blick und eine europäische Sichtweise auf afrikanische Gesellschaften, gerade auf Gesellschaften im Krieg, die von sehr starken Allmachtsphantasien geprägt sind. So gab es doch bei den deutschen Kolonialherren in der Nachkriegszeit das Bewußtsein, nicht nur gesiegt zu haben, sondern im Grunde genommen auch das Schicksal der Herero zu bestimmen. Sie betrachteten sich als Herren eines Prozesses, in dem sie die Überlebenden des Krieges an einem bestimmten Platz in die koloniale Gesellschaft einordneten. Arbeiten wie die von Gesine Krüger weisen letztlich diese Allmachtsphantasien, aber auch das Bild der totalen Zerstörung zurück.

Bley: Ich glaube ja schon in meiner eigenen Arbeit gezeigt zu haben, daß selbst diese Allmachtsgefühle Risse hatten, so z.B. in Darstellungen sentimentaler Façon: „Ach, diese stolzen Menschen, wie elend sitzen sie da nun; sie waren doch mal Könige an ihrem heiligen Ahnenfeuer und in welchem Zustand sind sie nun.“ Trotz der Allmachtsphantasien gab es außerdem die Vorstellung, die Herero bereiteten sich innerlich auf den nächsten Aufstand vor. Auch stießen die Kolonialherren und Siedler in Alltagssituationen immer wieder auf unerwarteten Widerstand. Sie mußten sich damit auseinandersetzen, daß ihre Vorstellung totaler Kontrolle nicht richtig funktionierte. In der konkreten politischen und menschlichen Begegnung bemerkten sie Eigensinnigkeit und Widerstand, und auch die Geschichte hinter den einzelnen Personen. Ich habe daher ja die Hysterie und den Sicherheitskomplex der deutschen Siedler nach dem Sieg zum Thema gemacht. Also steckt selbst in den Allmachtsphantasien ein Stück Ahnung von der Ohnmacht, Menschen wirklich restlos nach eigenen Vorstellungen organisieren zu können. Ich glaube sogar, daß man beim „social engineering“ der südafrikanischen Apartheid nachweisen kann, daß bei allen Allmachtsgefühlen gleichzeitig bewußt war, daß die Dynamik in Gesellschaften so stark ist, daß man sie letztendlich nicht vollständig kontrollieren kann. Dieser „Widerspruch“ ist auch bei den Hilfsorganisationen zu beobachten. Einerseits gibt es Allmachtsgefühle über die Kraft der Organisationen, Verabsolutierungen über die Wucht des modernen Krieges und die Größenordnung von Hunger, andererseits aber ist doch wohl praktisch allen Helfern bewußt, wie begrenzt ihre Möglichkeiten und die Auswirkungen ihrer Einsätze sind.

Meier: Es gibt durchaus sehr kritische und sehr gute Beiträge, Artikel und Untersuchungen von den Hilfsorganisationen selbst, die sozusagen vom Erkenntniswert her an der Spitze sind. Aber es handelt sich bei diesen Organisationen zumeist um große Apparate, um Hilfsbürokratien und die sind träge. Es dauert sehr lange, bis die sich mal einen Millimeter bewegt haben. Es gibt ja wirklich zahllose Versuche und seit Jahrzehnten wird diskutiert, was verändert werden kann, aber es gibt wenig wirkliche Veränderungen.

Bley: Darüber habe ich auch nachgedacht. Es gibt auch institutionelle und soziale Gründe für diesen Zustand. Keiner kann als Friedensassistent

oder als Flüchtlingshelfer sein Leben im Luwero-Dreieck verbringen. Solche Krisen sind nur einige Jahre lang akut und dann werden die Bataillone in andere Länder verlegt. Wenn die betreffende Person Pech hat, muß sie nach Laos oder Birma oder wo gerade eingegriffen wird. Fünf bis sechs Stationen sind unvermeidlich für eine Karriere, doch dann kommt mit Mitte vierzig das große Problem der Verankerung in den eigenen Institutionen zu Hause. Dieses wird zur Zeit abgebaut; die Projektzeiten und das Herumreisen, von einem Projekt zum anderen, eventuell auch von einer Organisation zur anderen, von Friedensregulierung zur Flüchtlingshilfe in Demobilisierungsprojekte, Hunger- und Katastrophenhilfe. Da muß man also auch noch über die Zäune springen, um in allen Organisationen präsent zu sein. Anders können die Helfer keine soziale Existenz aufbauen. Das führt zu diesem flächigen Moduldenken, was Du ja mit Recht auch in Deinem Aufsatz anprangerst. Da kommen wir zu einem riesigen Problem: Was für Ausbildungsprogramme und was für Karrieremuster und welche Durchlässigkeiten wollen wir den in der internationalen Hilfe tätigen Menschen eigentlich anbieten und zumuten.

Schubert: Ich möchte noch einmal darauf beharren, daß kritische Stimmen, die es sicherlich gibt, häufig auch deshalb kritisch sind, weil eine Stimme aus einer Organisation eine andere Organisation kritisiert – wie ja auch Anfang des Jahrhunderts eine Kolonialmacht die unhaltbaren Zustände bei der anderen Kolonialmacht kritisiert hat. Aber ist nicht trotz dieser kritischen Stimmen immer noch der Glaube an Intervention vorherrschend. Intervention ist ja ein sehr weitläufiger Begriff. Nicht nur die militärische Intervention wurde in den letzten Jahren auch für Afrika wieder verstärkt diskutiert, auch das UNHCR benutzt ja den Begriff der Intervention.

Meier: Der humanitären Intervention.

Schubert: Die Kritik beruht doch häufig allein darauf, zu sagen, nicht der Interventionsgedanke ist falsch, wir haben es nur falsch gemacht. Aber der Glaube an die Möglichkeiten der Intervention, sozusagen an die Möglichkeiten des weißen Mannes, die Probleme des schwarzen Mannes zu lösen, ist doch nach wie vor ungebrochen.

Bley: Ob der ungebrochen ist, weiß ich nicht – vor allem seit Somalia und dem jugoslawischen Bürgerkrieg und seit insbesondere die scheinbar wunderbare Lösung in Kambodscha in die Krise gerät. Auf der einen Seite gibt es ja die Tendenz der Großmächte, mindestens für „unwichtige“ Gebiete zu sagen, die Lösung muß den ortsgebundenen Mächten überlassen und deren Interventionsmöglichkeiten sollen gestärkt werden. Dies gilt für ökonomisch und politisch „unwichtige“ Gebiete wie Afrika. Man weiß, es ist begrenzt, was man dort machen kann. Auf der anderen Seite führt natürlich die extreme Katastrophe, sofern sie medienwirksam dargestellt wird, zum Interesse der Großorganisationen, Hilfe auch zu leisten, weil sie sonst ja um ihre Aufgaben gebracht werden. Dies hat eine extreme Sogwirkung, selbst dann, wenn die Großmächte gar keine wirklichen Interessen in den betroffenen Gebieten mehr haben. Aber ob der Glaube an

die Intervention ungebrochen ist? Es handelt sich wohl eher um den Glauben, daß man in extremen Notlagen improvisiert helfen muß. Dieser Glaube ist ungebrochen und die Hilfsorganisationen sagen natürlich, wir haben den Apparat dafür, wir haben eine interne kritische Diskussion, wir lernen aus unseren Fehlern, wir sind da, wenngleich es manchmal krasse Fehlschläge gibt. Nehmen wir einmal die Krise in Zaire, die doch wohl wirklich gezeigt hat, daß es fast unmöglich ist, Hilfe zu gewähren, ohne den militärischen Parteien gleichzeitig Assistenz, ungewollte Assistenz zu geben. Ich denke, daß die Organisationen an diesem Punkt weiter nachdenken müssen. Jedenfalls reden sie jetzt erst einmal darüber, daß Korruption in die Politik eingeplant werden muß, daß z.B. mit militärischen Banden umgegangen werden muß. Es wird dann fast zu einer Kosten-Nutzen-Analyse, ob man sagt, wenn sie uns 80 Prozent klauen, dann gehen eben wir raus; wenn sie aber nur 30 Prozent wollen, dann bleiben wir drin. Die Organisationen werden sich als Organisationen natürlich nicht aufgeben. Dem kommt ja auch etwas entgegen. Nehmen wir diese große Karriere von Amnesty International, wenngleich es sich hier nicht um eine klassische Hilfsorganisation handelt. Diese überall in der Welt vertretenen NGOs sind ja die ersten wirklich aktiven globalen Einrichtungen, die keine nationale Verankerung mehr haben. Auch wenn sie aus den westlichen Industrieländern kommen, handelt es sich hier um wirklich globale Akteure und ich denke, sie haben eine sichere Überlebenskarriere, weil sie auf Weltprobleme antworten. Sie werden auch immer eine hohe Akzeptanz haben, wenn sie beschließen zu intervenieren. Das globale Bewußtsein wird durch diese Organisationen mit transportiert und dadurch werden sie auch sehr lebendig bleiben.

Krüger: Die Allmachtsphantasien sind also nicht ungebrochen, sondern in den Allmachtsphantasien ist die Unsicherheit schon immer enthalten und hat zugenommen. Andererseits wird der Interventionsgedanke durch die Globalisierung doch eher gestärkt.

Bley: Das ist ein Gedanke. Der andere ist: Diese ganze Durchsetzungsrhetorik, um die Gelder zu bekommen, den Spendenwillen zu stärken oder die Politiker zu organisieren, besagt ja immer auch, was man sich vornimmt, kann man auch schaffen. Ein Projekt löst demnach theoretisch die Probleme der Welt. Die ganze Antragssprache ist ja so gefaßt, daß Projekte immer Erfolg haben und ein klares Instrumentarium besitzen. So kommt es zu dem Modulgedanken. Alles muß überall einsetzbar sein, denn eine Organisation kann sich nicht für jeden Einzelfall etwas neues ausdenken. Daraus entstehen immer wieder solche „Allmachtsgedanken“: Wir haben das Rezept für alles und jedes. Dies wird immer wieder institutionell gefördert und man muß die Stiefworte des neuesten und 27. Kriteriums der Entwicklungshilfe erfüllen, obwohl man genau weiß, daß man nicht alle gleichzeitig erfüllen kann – Frauen und Kinder, Alte und Junge, Krieg und Frieden, Ökologie. Diese Ansprüche können natürlich nicht erfüllt werden, wenn aber diese „Spiegelstriche“ alle untergebracht werden, wird das Pro-

jekt genehmigt. Diese Durchsetzungssprache der Verbandsmanager mit Rücksicht auf Haushaltsausschüsse und die Durchsetzungsrhetorik wird eben bleiben. Das ist das Problem der Großorganisationen.

Krüger: Du hast auch gesagt, daß Organisationen wie Amnesty International die ersten globalen Vereinigungen waren und auch wichtig bleiben werden, weil sie auf Weltprobleme internationale Antworten geben.

Bley: Daraus entwickelt sich ihre Legitimität, daß sie versuchen auf Weltprobleme zu antworten. Ob man da Ohnmachtsgefühle oder Allmachtsgefühle hat – jedenfalls besteht ja der Eindruck, daß viele Probleme schwer lösbar sind, daß man eingreifen muß, unabhängig von dem Problem, daß die Hilfsorganisationen in politische Koalitionen hineingeraten. Für mich gibt es hier ein Beispiel aus der Geschichte der Solidaritätsbewegung. Warum gab es dieses ungeheure und erfolgreiche, über Jahrzehnte durchgehaltene Engagement für Südafrika, aber andere schwere Katastrophenfälle wie der Rote Terror in Addis Abeba und andere Fälle wie Birma sind einfach nicht in den Rang gekommen, vom Weltbewußtsein behandelt zu werden und eine Stoßrichtung zu bekommen. Da gibt es eine Mischung von Gründen. Ich will einmal was ganz bösartiges in bezug auf Südafrika sagen: Weil es eben in der Grundstruktur doch auch ein demokratisches Staatswesen war bei aller Diktatur, konnte hier auch interveniert werden. Es gab Interventionsspielräume. Wenn jemand sich so dicht abschließt wie die Nordkoreaner oder das Regime in Birma, dann läßt man irgendwann auch die Finger davon, weil keiner herankommt. Insofern sind auch die Kampagnen von Hilfsorganisationen durch politische Konstellationen mitgeprägt und bestimmt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich etwas ganz Ernsthaftes in den USA in bezug auf den Irak – Stützung von alternativen Bewegungen und dergleichen – entwickeln kann, angesichts der fixierten politischen Position, Saddam Hussein an der Macht zu halten und gleichzeitig zu schwächen. Da hören dann auch alle auf, denn es gibt keine Spielräume. Südafrika ist übrigens auch ein gutes Beispiel für das Globalisierungsphänomen, weil dort seit 1948 so grundsätzlich die Menschenrechte institutionell mißachtet wurden. Gleichzeitig hat Südafrika sich als eine demokratische, der westlichen Wertegemeinschaft zugehörige Gesellschaft betrachtet. Sie haben jahrzehntelang gerade deshalb internationalen Gegenwind bekommen, weil sie behaupteten, sich an universalen Normen zu orientieren. Moderne Systeme sind möglicherweise zynisch genug, einen solchen Fehler – sich auf universelle Menschenrechte zu beziehen – nicht zu machen. Statt dessen werden Oppositionen direkt und kurz, mit modernen Herrschaftsmethoden abgewürgt.

Krüger: Ich glaube, es gibt noch einen anderen Grund für das westliche Interesse an Afrika und speziell Südafrika. Asien erscheint grundsätzlich als viel fremder. In Südafrika besteht z.B. das Sprachenproblem nicht. Es ist eine viel größere Nähe da. So haben wir uns ja z.B. am Ende der siebziger Jahre für alle möglichen Befreiungsbewegungen engagiert, aber China

ist immer fremd geblieben, während Afrika und Lateinamerika viel stärker emotional besetzt wurden.

Bley: Das ist ein gutes Argument. Das hängt natürlich auch mit den scheinbar viel fester gefügten Strukturen asiatischer Gesellschaften zusammen, aber vielleicht auch mit der Sprachenfrage und mit dem Zugang.

Meier: Ich möchte noch eine Frage stellen, die sich auf eine weitere Rolle des internationalen Hilfsapparates bezieht. In Eritrea ist mir vom ehemaligen Chef der eritreischen Flüchtlingsbehörde erzählt worden, daß Menschenrechtsorganisationen mit der Aufgabe in die DR Kongo geschickt wurden, krasse Menschenrechtsverletzungen aufzudecken und zwar nicht mit dem Ziel, dieses zu dokumentieren, sondern mit dem Ziel, die neue Regierung Kabila zu diskreditieren. Da wurde im Grunde genommen eine Verschwörungstheorie konstruiert, wonach sich die Mächtigen des Systems internationaler Hilfsorganisationen bedienen, um andere Systeme zu diskreditieren. Meine Frage an Dich wäre jetzt: Glaubst Du, daß die internationale Hilfe – sei es Flüchtlings- oder Entwicklungshilfe – ein Ziel bewußt oder unbewußt verfolgt, daß über ihre eigentliche Definition hinausgeht?

Bley: Das ist eine ganz schwierige Frage. Ich kann es mir nur aus dem deutschen Kontext beantworten, wo ja alle unsere sogenannten NGOs mehr oder weniger zu hundert Prozent – gut, es gibt ein gewisses Spendenaufkommen – doch von öffentlichen Mitteln abhängen und über den Etat des BMZ und ähnlichen Einrichtungen gehen, die Hilfsorganisationen also in einem hohen Ausmaß von öffentlichen Mitteln abhängig sind. Wenn man übrigens sehr stark von Spendern abhängig ist, gibt es natürlich einen Honoratiorenkreis, über dessen Vorstellungen der Spendenfluß auch gefördert wird. Ich weiß es von der UNICEF, wo wir ja der zweitgrößte Geber in der Welt sind. Bei den privaten Spenden ist es schon ganz wichtig, welche Linie man fährt, wie der Schatzmeister und andere Honoratioren eben auf Ideen reagieren. Die Führungsfiguren hier, aber auch die Koordinatoren in den Ländern draußen, die in einem regelmäßigen Gespräch mit den Botschaftern sind, spüren genau, wo die Interessen liegen. Insofern werden sie automatisch vorsichtig werden. Hier ist eventuell das kritische Vermögen, eine Instrumentalisierung zu durchschauen, nicht besonders hoch entwickelt. Dies halte ich schon für gefährlich.

Meier: Aber Du würdest nicht sagen, daß das, was ich geschildert habe, systemischen Charakter hat und daß es quasi eine Nebenaufgabe des wie auch immer zuständigen internationalen Hilfsapparates ist, sich auch noch um andere Angelegenheiten, die über ihr Mandat hinausgehen, zu kümmern – im Interesse ihrer Financiers, also der Mächtigen der Welt, der USA oder Europas?

Bley: Am Beispiel der USA kann natürlich schon überlegt werden, ob nicht bei der großen Durchlässigkeit – Chef einer Hilfsorganisation, State Department, Universität, Think Tank – Hilfsorganisationen dem Establishment und dessen Interessen verpflohtet bleiben. Aber andererseits kann

man mindestens bei den Gründervätern von Organisationen sehen, daß sie fast besessen von ihrem Thema sind. Da gibt es auch einen großen moralischen Rigorismus. Sicherlich werden sie Kompromisse machen – taktische und politische – aber es gibt Grenzen, und es ist berechtigt zu sagen, daß sie eine Kernüberzeugung haben, von der sie sich nicht abbringen lassen, selbst wenn sie objektiv in Widersprüche geraten. Das mag anders sein, wenn sozusagen professionelle Geschäftsführer von einer Institution zur anderen wandern und dann unter anderem auch eine Hilfsorganisation effektiv managen, die eben nicht von diesem Rigorismus, sondern von taktisch-pragmatischen Überlegungen geleitet sind: Wie sichere ich das Mitteilvolumen oder eine Steigerung von fünf Prozent pro Jahr? Dann muß man heiße Themen vermeiden oder man ist auch mal großzügig und macht mit. Das kann ich mir besonders bei großen Apparaten vorstellen. Es ist schwer zu sagen, ob es jetzt einfacher geworden ist, nachdem der Kalte Krieg zu Ende ist und es keine eindeutigen Feindbilder mehr gibt. Richtig relevant wird es meines Erachtens nur dort, wo wirkliche Interessen involviert sind, z.B. bei der Hilfe in Tschetschenien oder bei der Frage der Ölpipeline. Was gibt es jedoch für Interessen, Kabila zu destabilisieren? Das sind sehr komplizierte Fragen. Es hat ja auch immerhin Organisationen gegeben, die hinter Obote in Uganda standen. Es dauerte sehr lange, bis sich die Überzeugung durchgesetzt hatte, daß es sich hier um ein katastrophales Regime handelt. Ursprünglich war es die logische Konsequenz aus dem Ende von Amin, daß Obote unterstützt werden muß. Insofern sind die Interessenslagen auch ganz schwierig in solchen Bereichen, festzustellen und zu bewerten, wen man stützen oder nicht stützen soll?

Krüger: Das betrifft noch einmal die andere Seite der von Dir angesprochenen möglichen Verharmlosung durch die Zielrichtung unserer Forschung und unseren Fokus – sowohl was Krieg wie auch Nachkriegszeiten betrifft. Wenn in vielen Fällen doch keine internationalen Interessen bedroht sind oder keine Stellvertreterkriege geführt werden, würde das doch eher für eine Neubewertung der Frage sprechen, welche Mächte in Afrika Geschichte machen.

Bley: Ich denke doch, daß alle Forscher in den Projekten sich der politischen Rahmenbedingungen, auch der weltpolitischen Rahmenbedingungen und der Auseinandersetzungen der Großmächte bewußt sind, sei es in Zaire oder in Eritrea. Schon allein deshalb, weil man immer mit politisierten Leuten vor Ort diese ganzen Aspekte diskutiert: Was machen die Franzosen? Was machen die Amerikaner? Der weltpolitische Zusammenhang ist ja bei der Forschern präsent. Er steht nur nicht im Zentrum unserer Untersuchung. Er wird mitgedacht. Ich denke, daß wir hier in Hannover welt-systemorientiert und komparativ denken. Wir unterliegen daher nicht der Gefahr, die internationale Dimension zu übersehen. Wenn man aber richtig ernsthaft über den CIA und andere Aktivitäten und Steuerungsmechanismen arbeiten würde, dann käme man vielleicht zu ganz anderen Einschätzungen, wer da wen stabilisiert oder destabilisiert. Wir haben aber eben

einen anderen Weg gewählt, nämlich zunächst einmal die Sozialgeschichte von Krieg und Nachkriegszeit in den Mittelpunkt zu stellen.

Schubert: Du hast ja eben auch von den Fällen gesprochen, wo Interessen wirklich bedroht sind. Es gibt sicherlich in Afrika in der nachkolonialen Zeit eine ganze Anzahl von Kriegen, die – um einen Buchtitel zu zitieren – „vergessene Kriege“ sind. Hier sind keine Interessen, zumindest keine massiven Interessen involviert. Ich würde den Fall Uganda gerade in der Obote-Zeit als einen solchen vergessenen Krieg hezeichnen, bei dem auch die Einmischung externer Mächte zu vernachlässigen ist. Es gab absurde Koalitionen. Die Obote-Regierung hatte gleichzeitig Militärberater aus Großbritannien und Nordkorea. Wir befinden uns da ja noch in der Zeit des Ost-West-Gegensatzes, aber man kann von der Weltpolitik ausgehend hier keine Frontlinien ausmachen. Auch deshalb ist es nicht nur gerechtfertigt, sondern auch geboten, in die Gesellschaften hineinzuschauen, um innerstaatliche und innergesellschaftliche Konfliktlinien zu suchen.

Krüger: Und dabei ist es wichtiger, den Blick auch auf die Subjekte zu richten. Es wäre einfach zu sagen, Frankreich hat hier Interessen und England dort und daher ist es auch kein Wunder, daß dieses oder jenes passiert, so daß man auf einer oberflächlichen Ebene stehen bleibt und eigentlich nicht über afrikanische Geschichte spricht, sondern über internationale Beziehungen.

Bley: Diese Überzeugung teile ich seit langem. Man kann nicht destabilisieren, man kann auch nicht revolutionieren, wenn nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse in dem Lande selber dafür grundlegende Anknüpfungspunkte bieten. Diese Putschkonstellation etwa in Brazzaville, ob nun für die eine oder die andere Ölgesellschaft die Verträge gemacht werden, mag in gewissen strategischen Momenten über Waffenlieferungen und sonstige Unterstützung schon mal die Entscheidung produzieren, welcher Militärdiktator oder welche Gruppe an die Macht kommt. Aber daß es überhaupt möglich ist, dort eine Bürgerkriegssituation zu nutzen, hängt auch wesentlich mit den internen Konstellationen zusammen und wenn man die nicht versteht, dann kann man auch gar nicht einschätzen, warum bei den einen Intervention funktioniert und bei den anderen nicht.

Meier: Ich möchte gerne an das anknüpfen, was Du vorhin schon gesagt hast. Du nanntest eine besondere Kultur der sozialen Beziehungen in afrikanischen agrarischen Gesellschaften, die sich immer dann beweist, wenn es zu schwierigen Situationen kommt, vielleicht als Überlebenskultur. Wenn ich mir die Beispiele Uganda und Eritrea anschau, erkenne ich einen partiellen Widerspruch. Die Flüchtlinge verlassen sich zum großen Teil auf familiäre Netzwerke. Aus der Migrationsforschung wissen wir – und sind häufig ganz erstaunt –, daß diese Netzwerke nicht nur zwei afrikanische Nachbarländer umfassen, sondern durchaus auch den Kontinent verlassen und, zum Schrecken mancher Politiker hier, auch Europa erreichen können. Am Beispiel Uganda wird aber deutlich, daß diese Netzwer-

ke Grenzen haben. Hinzu kommt das Problem der veränderten Beziehung der Generationen zueinander.

Bley: Es ist klar, daß diese agrarische Gesellschaft durch Lager und die Fluchtmöglichkeit in die Stadt auch an Logik verlieren kann, weil es individualistische Ausweichstrategien gibt. Aber die Hauptsache ist folgendes: Beim Nachdenken darüber, wie wirkungsvoll Überlebensstrategien sind und wie sich diese Menschen unter Ausnutzung etablierter sozialer Verbindungen vernetzen, darf man dies nicht als traditionalistisch mißverstehen. Die alte patriarchalische Gesellschaft, die so grundsätzliche Dinge wie die Gründung eines eigenen Haushalts und die Verteilung von Land von ein oder zwei alten Herren abhängig machen, wurde unter bedrohlichen Umständen häufig gesprengt. Aber auch die Innigen können ja nicht darauf verzichten, stabile Solidaritätsnetze wiederaufzubauen. Sie lösen sich etwas stärker von den Familienzusammenhängen ab, indem sie z.B. Beerdigungsgesellschaften unter Wanderarbeitern aufbauen. So entstehen neue Solidaritätsformen. Auch die Jungen stehen vor der Frage, wie sie ihre Überlebensstrategien vernetzen und dabei werden sie dann auch eine ganze Reihe von Dingen, die sicher und verläßlich sind, notfalls auch wieder erfinden und in den weiteren Zusammenhang von Verwandten, Blutsfreunden und Nachbarn integrieren. Es dauert eben sehr lange, bis etwa ein Netzwerk in einem marginalen Stadtteil wirklich verläßlich geworden ist. Wir untersuchen also sehr viel längere und komplexere Zusammenhänge und nicht nur partielle Krisensituationen.

Meier: Ich möchte noch einmal ein Beispiel aus Eritrea nennen. Unter vielen demobilisierten Kämpfern und Kämpferinnen macht sich Enttäuschung breit, weil Frieden eben auch schwierig sein kann und unter Umständen die Überlebensfähigkeit für diese Menschen im Frieden erst einmal nicht gesichert ist, während sie im Kriege durch die Befreiungsbewegung EPLF gesichert gewesen sein soll – jedenfalls sagt das der Mythos momentan.

Bley: Hier deutet sich ein historischer Vergleich mit der Frontgeneration nach dem Ersten Weltkrieg an, die in SA, Frontkämpferbund, Reichsbanner oder in die Freikorps gegangen sind, eben in militärische Organisationen. Dies ist sicherlich auch ein bestimmtes Jugendphänomen, wenn junge Menschen in dieser formativen Periode eine so lange Zeit im Krieg waren und ihr Leben nicht mehr umstellen können, der Krieg der Normalzustand wird, mindestens aber die den Krieg tragenden Organisationen. Es gibt afrikanische Beispiele wie Simbabwe, wo mit der Rigorosität der ZANU den Ex-Soldaten keinerlei organisatorischer Zusammenhang gewährt wurde, den diese zu gerne gehabt hätten. Sie wären gern als Bataillon oder Kommando auf Genossenschaftsfarmen gegangen, um dort ihre Frontgemeinschaft aufrechtzuerhalten, weil die anderen Verhältnisse und sozialen Bindungen abgebrochen waren. Das wurde rigoros unterbunden, weil man Angst hatte, daß sich da radikal-soziale Bewegungen entwickeln würden.

Schubert: Kann man zusammenfassend sagen, daß es keine klare Einteilung in Ausnahmezustand und Normalzustand gibt? Gesellschaftliche Prozesse gehen weiter, auch während der Konflikte. Sie können sich nur verschärfen, beschleunigen; manchmal ist auch das Gegenteil der Fall. Der Krieg ist nicht das Ende interner gesellschaftlicher Prozesse.

Bley: Das halte ich für eine Zuspitzung. Ich denke z.B. an den Dreißigjährigen Krieg. Diese Sehnsucht in den Gedichten und Chorälen nach den Kriegen. Frieden ist ein anderer Zustand als Krieg, auch wenn der Staat gewalttätig, ungerecht und interventionistisch ist. Ich glaube, es ist ein Unterschied. Auch schlechte Herrschaft, die halbwegs berechenbar ist, ist wenigstens berechenbare Herrschaft, und Krieg ist doch ein anderer Zustand. Ich denke, daß Menschen den Unterschied von Frieden und Krieg kennen, bei allen Grauzonen. Dies gilt selbst für die Herero unter den Eingeborenenverordnungen. Es wurde noch nach 1907 geschossen, aber es war doch Kriegsende, wenn auch mit dem schlimmsten Frieden, den man sich vorstellen kann. Aber die Menschen haben doch wahrgenommen, daß jetzt die Chance für einen etwas stetigeren Rekonstruktionsversuch und Überlebensversuch bestand.

Krüger: Ich glaube ohnehin, daß sehr viel von dem Erstaunen über das, was in der Hererogesellschaft nach dem Krieg passiert ist, sich nur auf der Grundlage der Forschungsgeschichte erklärt. Zwar hast Du z.B. schon in Deinem Buch die Rücksiedlung der Herero auf ihr Weideland hinter dem Rücken der Farmer beschrieben, aber in der Forschung überwiegt das Bild der totalen Zerstörung der Hererogesellschaft. Die Rekonstruktion der Hererogesellschaft ist vermutlich kein singulärer Prozeß. Sie ist dennoch bewundernswert, aber viel von dem Erstaunen kommt vermutlich daher, daß Drechsler immer mit dem Bild von der „Ruhe des Friedhofs“ wiederholt wurde.

Bley: Weil das natürlich für die Kritik am deutschen Kolonialismus wichtig war. Es war eben ein Genozid. Aber die Herero haben im 19. Jahrhundert aus ihrem Staatsbildungs- und Hegemonialversuch eine ganz bestimmte und besondere Identität entwickelt, und dies hat die Chance zu einem Rekonstruktionsprozeß auf so schwacher Grundlage wie der reduzierten Viehwirtschaft mit einem Siegesmythos verknüpft. Es war auch ihre einzige Chance zwischen den Deutschen, später den Buren und der Mehrheitsbevölkerung in Namibia, überhaupt einen eigenen Platz zu identifizieren. Wenn Gesellschaften einen relativen Verstaatlichungsprozeß in der proto-kolonialen und frühkolonialen Zeit entfalten konnten – wie auch in Buganda – hat diese Zeit der politischen Autonomie mit ihren eigenen Institutionen eine unglaublich prägende Wirkung. Ob jemand daran mit restaurativen Gedanken direkt anschließen will oder nicht. Es handelt sich um eine andere Form von politisierter Ethnizität als in Fällen ohne diesen Grad von Hegemonie und ohne staatliche Institutionen. Das wäre jedenfalls eine Ausgangsvermutung, die man an anderen Fällen überprüfen müßte.

Hannes Siegrist

Das Bürgertum als Gegenstand und Subjekt der italienischen Geschichte

Der italienische Historiker Alberto M. Banti wendet sich in seiner „Geschichte des Bürgertums im liberalen Italien“¹ gegen das weitverbreitete Geschichtsbild, wonach die italienische Gesellschaft der Periode 1860–1920 ganz entscheidend vom „Bürgertum“ geprägt worden sei. Seine These lautet: Ein nationales Bürgertum hat es damals gar nicht gegeben. Die Mittelschichten des neuen Nationalstaats seien sozial und kulturell, regional und beruflich, hinsichtlich der materiellen Interessen sowie aufgrund weltanschaulicher und politischer Präferenzen so sehr gespalten gewesen, daß von „Bürgertum“ im Sinne einer Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung der Mittelschichten nicht die Rede sein könne. Die vielfältigen Fraktionen und Milieus der Mittelschichten hätten ihre Besonderheiten so sehr betont, daß der Sinn für Gemeinsamkeiten sich nur schwach ausprägen konnte. Nach Banti waren die italienischen Mittelschichten zum einen strukturell stark differenziert, zum anderen weder konsens- noch handlungsfähig; die Fraktionen und sozio-kulturellen Milieus konnten sich nicht über gemeinsame bürgerliche Wertorientierungen, Einstellungen, Programme, Interessen und Symbole verständigen. Ja, sie wollten kein einheitliches italienisches Bürgertum werden. Befangen in lokalen und territorialen Mentalitäten und Beziehungen, stellten sie den italienischen Nationalstaat von Anfang an unter den Primat des Monarchen und der Exekutive.

Bis zum Ersten Weltkrieg lassen sich nach Banti die italienischen Mittelschichten also nur mit Begriffen wie „heterogen“, „fraktioniert“ und „segmentiert“ fassen. Der Erste Weltkrieg und die darauffolgenden Krisenjahre hätten dann aber die Mittelschichten zu einem nationalen Bürgertum zusammengeschweißt. Und der Faschismus der frühen zwanziger Jahre sei eine genuin bürgerlich-nationalistische Bewegung gewesen.

In der Darstellung über die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg faßt der Autor die Ergebnisse der älteren und jüngeren Forschung zusammen, indem er das Ganze einer Meistererzählung unterordnet, die der gängigen unitarischen und national-liberalen Meistererzählung in manchen Punkten widerspricht. In mancher Beziehung schließt er damit an die vielfältigen alternativen Geschichtsbilder an, die seit der Gründung des italienischen Nationalstaats von der Zerrissenheit der italienischen Gesellschaft erzählen. Banti versteht sich indessen nicht als ein traditionalistischer Historiker der „vielen und ver-

1 A. M. Banti, *Storia della borghesia italiana. L'età liberale*, Rom 1996.

schiedenen Italien“, seine Revision des Geschichtsbildes ist vielmehr methodologisch motiviert: Als Anhänger einer poststrukturalistischen Historiographie verwirft er die strukturalistische Historiographie und den Objektivismus der Sozialgeschichte. Er plädiert für eine Geschichtsschreibung, in der Kategorien wie Ambivalenz, Subjektivität und Historizität zentral sind. Dagegen ist nicht einzuwenden! Sein Versuch, die Sozialgeschichte und die politische Geschichte konsequent zu historisieren und mit den Ergebnissen der neueren Diskurs-, Begriffs- und Symbolgeschichte zu verbinden, kommt allerdings über einige gute Ansätze nicht hinaus. Das liegt sogar mehr am Autor als am Stand der neueren kulturgeschichtlichen Forschung, die in Italien vielleicht etwas weniger entwickelt ist als in Frankreich, aber nicht wesentlich hinter der deutschen zurückhinkt.

1. Mittelschichten und Bürgertum

In den Jahren nach der Nationalstaatsgründung waren die Voraussetzungen für die Herausbildung und Integration eines italienischen Bürgertums zunächst günstig. Das Zensuswahlrecht bevorzugte die Besitzenden und die Gebildeten, d.h. jene Gruppen, die oft als Bürgertum bezeichnet wurden. Eine kleine Gruppe der erwachsenen männlichen Bevölkerung wurde qua Verfassung und Recht zur Trägerschicht der bürgerlichen Gesellschaft. Es gab soziale Muster und kulturelle Leitbilder von Bürgerlichkeit, bürgerliche Institutionen und bürgerlich-nationale Praktiken, Symbole und Rituale, und die staatstragenden und verfassungstloyalen Teile der Mittelschichten waren durch klientelistische und politische Beziehungen nationwide vernetzt.

Nach Banti gelang es jedoch der Kerngruppe des staatstragenden nationalen Bürgertums nicht, ein die Emotionen und Interessen *aller* Besitzenden und Gebildeten ansprechendes Programm zu formulieren, das die Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung der Mittelklassen in einem umfassenden „italienischen Bürgertum“ bewirkt hätte. Die vom Autor dargestellten Ansätze zu überregionalen Interessengemeinschaften waren indessen unübersehbar: süditalienische Latifundisten, toskanische Landbesitzer und Großlandwirten der Poebene sprachen miteinander und suchten nach gemeinsamen Wegen; dasselbe gilt für die Freiberufler aus dem Süden und Norden, für die Kaufleute aus Apulien und Genua und für die Industriellen aus dem nördlichen Industriedreieck. Diese Zusammenschlüsse mochten, wie Banti immer wieder betont, mehr punktueller und vorübergehender Natur sein, alles in allem spricht aber einiges dafür, daß sich ein nationales Bürgertum formierte. Richtig ist dann allerdings, daß die papstloyalen Teile der katholischen Mittelschichten bis zum Ersten Weltkrieg die Teilnahme an den nationalen Wahlen verweigerten und daß süditalienische Bourbonenanhänger, republikanische Demokraten und Sozialisten aus dem (Klein-)bürgertum in einer Fundamentalopposition entweder zum laizistischen Nationalstaat oder zur liberalen Gesellschaftsordnung und zur Monarchie standen. Der Autor sieht deshalb auch für Italien jene These der internationalen Bür-

gertumsforschung bestätigt, wonach es in vielen europäischen Ländern im 19. und 20. Jahrhundert zwar Mittelschichten gab, aber kein „Bürgertum“.²

Dem Leser stellt sich indessen die Frage, ob die von Banti angeführten Gründe für die Belegung der These ausreichen, und ob seine These einer systematischen und vergleichenden Betrachtung standhält. Leider verzichtet der Autor auf einen expliziten Vergleich mit den bürgerlichen Mittelschichten in anderen Ländern, der aufgrund des sehr guten internationalen Forschungsstandes relativ leicht zu skizzieren gewesen wäre. Eine starke Differenzierung und erhebliche Spannungen innerhalb der Mittelschichten lassen sich auch für Länder wie Deutschland, Frankreich und die Schweiz konstatieren, d.h. in Ländern, in denen sich die Mittelschichten als „Bürgertum“ verstanden. Die neuere deutsche Bürgertumsforschung z.B. betont, daß die Mittelschichten im Kaiserreich sozial, wirtschaftlich und territorial heterogen waren und das Bürgertum durch erhebliche politische Konflikte und kulturelle Spannungen charakterisiert war.³ Forschungen über das Bürgertum in der föderalistischen Schweiz, das seit 1830/48 in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur dominierte, verweisen ebenfalls auf starke innere Differenzierungen.⁴ Die französischen Mittelschichten erscheinen uns heute keineswegs mehr so homogen, wie eine bürgerlich-republikanische, aber auch eine marxistische Historiographie lange weismachen wollte. Man wird sich unter „Bürgertum“ in jedem dieser Fälle ein halboffenes Kartell einiger Fraktionen der Mittelschichten vorstellen müssen. Vor dem Hintergrund des Vergleichs wirkt Bantis Diagnose über die extreme Differenzierung und Segmentierung der italienischen Mittelklassen schon weniger plausibel.

Unter „Bürgertum“ versteht Banti – im Anschluß an Lepsius, Kocka und andere – eine spezifische ständische „Vergesellschaftung der Mittelschichten“. Es umgreift die Gebildeten und Besitzenden verschiedenster Stufen und Branchen, ungeachtet der Stellung als abhängige Beamte und höhere Angestellte oder selbständige Unternehmer und Freiberufler. Es ist charakterisiert durch eine gemeinsame soziale und kulturelle Praxis, durch spezifische wirtschaftliche und politische Interessen und Vorstellungen über die Abgrenzung nach außen.⁵ Die internationale Bürgertumsforschung hat immer wieder deutlich gemacht, daß das Bürgertum ein 'flüssiges' Phänomen ist. Es mag sich bisweilen in deutlichen Formen verfestigen, macht alles in allem aber einen erheblichen Wandel durch. Kontinuität und Wandel lassen

2 M. R. Lepsius, Zur Soziologie des Bürgertums und der Bürgerlichkeit, in: J. Kocka (Hrsg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987, S. 79-100, hier S. 96; J. Kocka, Das europäische Muster und der deutsche Fall, in: ders. (Hrsg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert, Göttingen 1995, S. 9-84, bes. 9ff.

3 Vgl. H.-U. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1849-1914, München 1995; Kocka, Muster (Anm. 2).

4 A. Tanner, Arbeitsame Patrioten – wohlhabende Damen. Bürgertum und Bürgerlichkeit in der Schweiz 1830-1914, Zürich 1995.

5 Kocka, Muster (Anm. 2).

sich am besten mit Hilfe eines abstrakten Idealtypus begreifen. Das ist nun allerdings nicht das Anliegen von Banti, der sich darauf konzentriert, jene Faktoren, Diskurse und Mentalitäten zu eruieren, die eine Fusion der italienischen Mittelschichten zu einem nationalen Bürgertum erschwerten und verhinderten. Dagegen ist im Prinzip wenig einzuwenden. Kritisch wird es aber, wenn der Verfasser auf einen objektivierenden historisch-systematischen Vergleichsmaßstab – um nichts anderes handelt es sich beim Idealtypus „Bürgertum“ – verzichtet, die Beantwortung der Frage nach der Existenz eines Bürgertums ganz allein seinen historischen Subjekten überläßt und dabei vor allem die Absichten und Ansichten jener Zeitgenossen referiert, die seine These stützen. Das ist dann wohl ein falsch verstandener Neo-Historismus und noch kein überzeugendes Argument gegen eine Sozialgeschichte, die mit objektivierenden Kategorien arbeitet. Es wird hier offensichtlich, daß der Verfasser es auf eine der Sache letztlich wenig dienliche methodologische Debatte mit prominenten italienischen Historiker und Soziologen der sechziger und siebziger Jahre anlegt. Deren objektivistische Klassen- und Schichtungsstudien können indessen nicht mit der internationalen Bürgertumsforschung der achtziger und neunziger Jahre gleichgesetzt werden.

Banti argumentiert ganz richtig, daß „Bürgertum“ für den Historiker keine theoretisch abgeleitete Abstraktion ist; weder im Sinne der marxistischen Klassentheorie, noch im Sinne der liberalen Verfassungs-, Staats-, Wirtschafts- und Kulturtheorien, die dem besitzenden und gebildeten Bürger höhere moralische Tugenden, spezifische soziale und wirtschaftliche Kompetenzen und eine generelle Allgemeinwohl- und Fortschrittsorientierung zuschreiben. Er erinnert zu Recht daran, daß „Bürgertum“ ursprünglich keine statische und objektive Kategorie war, sondern ein historischer Kampf- und Mobilisierungsbegriff, der soziales Handeln anleitete und motivierte. Er verzichtet dann aber darauf, die Spannung zwischen der Begrifflichkeit der historischen Akteure und derjenigen des Historikers und Soziologen fruchtbar zu machen. Statt darüber zu reflektieren, d.h. zwischen Deutungen der historischen Subjekte und den von außen herangefragten objektivierenden Begriffen der Historiker abzuwägen, entschließt er sich grundsätzlich dafür, nur die zeitgenössischen Bedeutungen zu referieren – ohne wirkliche Kritik und Gewichtung!

Eine lohnende und interessante Lektüre bieten immerhin die Kapitel und Abschnitte über kleine und große Vergesellschaftungen der Mittelschichten – vom lokalen Verein über den nationalen Interessenverband zum klientelistischen Netzwerken – und über die großen Interessenkonflikte und kulturellen Spannungen zwischen Nationalstaatsgründung und Faschismus. Darstellungen über die Verhältnisse in verschiedenen Städten, Wirtschaftsregionen, politisch-sozialen Gruppen und kulturellen Milieus stützen die These von der Differenzierung und Heterogenität der italienischen Mittelschichten. Die Vergleiche sind allerdings oft nicht konsequent durchgeführt; sie zielen vor allem darauf ab, Unterschiede festzustellen, während die Su-

che nach Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten jeweils ziemlich rasch beendet wird. Auch die Frage nach den Austauschbeziehungen und Kulturtransfers zwischen den regionalen, wirtschaftlichen und politischen Fraktionen der italieidischen Mittelschichten wird nicht konsequent beantwortet. Wichtige Gesetzgebungsprozesse und nationale Verbandsgründungen werden zwar behandelt, das Scheitern interessiert aber mehr als die kurz- und langfristige Bedeutung für die Einebnung von Unterschieden innerhalb der Mittelschichten.

Worum waren die italienischen Mittelschichten so heterogen und gespalten? Der Verfasser nennt dafür verschiedenste Gründe: Strukturen und Mentalitäten langer Dauer in Wirtschaft und Gesellschaft, politische Erfahrungen und Wahrnehmungsweisen in den Regionen, Interessenkonflikte und kulturelle Spannungen, die Geschichte der italienischen Einigung und inneren Nationsbildung. Hier breitet er die Forschungsergebnisse gerade auch der jüngeren italienischen Historiographie in klarer und differenzierter Weise aus. Leider versäumt er aber, die grundsätzliche Frage zu stellen, was Vielfalt und Einheitlichkeit für eine Gesellschaft und Kultur bedeuten. Ist Vielfalt eine „Tugend“ und ein gesellschaftlicher „Reichtum“, oder ein „Entwicklungshindernis“ und ein „Mangel“ an nationaler Homogenität? Wozu ist nationale Homogenität gut, ab welchem Punkt wird sie schädlich?⁶ Diese Frage ist nicht allein wissenschaftlich zu beantworten. Weil der Verfasser sie weder historisch klärt, noch eine Wertentscheidung macht, schwankt er bei der Bewertung der Ansichten und Absichten seiner historischen Subjekte und der Verhältnisse, in denen diese agierten. In der oftmals sehr detaillierten Vermessung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Wirklichkeiten Italiens werden unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe verwendet; der Leser erfährt nicht, wie diese sich zueinander verhalten.

Banti schwankt – wie viele andere italienischen Historiker – zwischen einer nationalen, regionalen und lokalen (städtischen) Perspektive. Dasselbe Phänomen wird einmal eher negativ als Ausdruck von Lokalismus oder Campanilismo (Kirchturmpolitik) interpretiert, der dem nationalen Anliegen entgegensteht, das andere Mal aber als Ausdruck eines legitimen lokalen Denkens, das traditional begründet ist oder auf der strategisch geschickten Nutzung moderner lokaler Ressourcen und Beziehungen beruht. Sicher ist, daß die reiche städtische Kulturtradition Nord- und Zentralitaliens eine Ressource war, auf die viele Bürger nicht verzichten konnten oder wollten, solange das Nationale keinen sicheren Ersatz dafür bot. Die lokalistischen Strategien der Mittelschichten waren nicht in jedem Fall Ausdruck bloßer Borniertheit und mangelnden Horizonts. Die Vielfalt und Buntheit der städ-

6 Zur Bedeutung der Region als Ressource: A. Bagnasco, *La costruzione sociale del mercato*. Bologna 1988; ders., *L'Italia in tempi di cambiamento politico*. Bologna 1996, S. 65-72. Zur Problematik des Föderalismus: O. Janz/P. Schiera/H. Siegrist (Hrsg.), *Centralismo e federalismo tra Otto e Novecento. Italia e Germania a confronto*. Bologna 1997.

tischen und regionalen Kulturen konnte auch als Reichtum der italienischen Gesellschaft gesehen werden. Die nationale liberale Einigungsbewegung hatte dazu noch ein ambivalentes Verhältnis, die nationalistische Ideologie und Bewegung des frühen 20. Jahrhunderts hingegen diskreditierte die inneritalienische Multikulturalität und versprach den italienischen Mittelschichten eine Zukunft als „nationales Bürgertum“. Die weitere historische Entwicklung zeigt, welche materiellen und moralischen Risiken und Gefahren damit verbunden waren.

Um den Gestaltwandel der italienischen Mittelschichten zu begreifen, analysiert der Verfasser Berufs- und Statusgruppen, Sozialstrukturen, Interessenkonflikte und Aushandlungsprozesse sowie Sprache und Diskurse, Vorstellungen und Mentalitäten, Symbole und kulturelle Praktiken. Im Mittelpunkt seiner Darstellung stehen dabei die Besitzer und die Gebildeten, die Inhaber wirtschaftlichen und kulturellen Kapitals. Nach den beiden ersten Kapiteln über den neuen Staat respektive die politischen Kämpfe werden dann aber aus nicht ganz einsichtigen Gründen zuerst „die Aristokratien“ (Kapitel 3) behandelt – noch vor den Grundbesitzern, Freiberuflern, Beamten, Bankiers und Industriellen (Kapitel 4-6). Banti hält den Unterschied zwischen dem Adel und den nichtadeligen Angehörigen der Mittelschichten für gering. Da sich auch die Adeligen nach den neuen wirtschaftlichen und meritokratischen Kriterien orientieren mußten, sei der Unterschied zwischen Blaublütigen und Bürgerlichen im liberalen Italien vernachlässigbar. Das ist im italienischen Fall sicher ein Stück weit richtig, da große Teile der Adelligen aus dem patrizischen Stadtbürgertum und dem neuernannten (Staats-) Adel stammten. Trotzdem meine ich, daß Banti die Spannungen zwischen Adel und Bürgertum, die in manchen europäischen Gebieten, zeitweise auch in Teilen Italiens, eine zentrale Bedeutung für das Selbst- und Fremdverständnis des Bürgertums spielten, unterschätzt. Er blendet die feinen kulturellen Unterschiede aus und reduziert seine Darstellung auf die wirtschaftlichen und politischen Ähnlichkeiten zwischen dem Adel und den bürgerlichen Mittelschichten.

Im Anschluß an Bourdieus Kategorien des wirtschaftlichen und kulturellen Kapitals und an die historische Professionalisierungsforschung fragt der Verfasser in mehreren Kapiteln nach den Strategien zur Statusreproduktion und zum Machterhalt einzelner Gruppen wie der Landbesitzer und Landwirte, den Industriellen und Bankiers, der Immobilienbesitzer und Kaufleute sowie der höheren Beamten und Freiberufler, insbesondere der Juristen, Mediziner und Ingenieure. Die kleinste Untersuchungseinheit ist also die Berufs- und Statusgruppe. Die in der internationalen Bürgertumsforschung üblichen Differenzierungen in Bildungsbürgertum und Wirtschaftsbürgertum hält er dagegen im Falle Italiens für unergiebig. Angesichts der Tatsache, daß Besitz und Bildung öfter Hand in Hand gingen, ist es sicher kein Nachteil, nicht von vornherein von dieser Unterscheidung auszugehen. Tatsächlich rekonstruiert der Autor unter der Hand dann aber

doch wieder regionale und nationale Teil-Wirtschaftsbürgertümer und Teil-Bildungsbürgertümer.

Der Zusammenhang zwischen sozialen Strukturen und Gruppen der Mittelschichten einerseits, Formen und Inhalten des Denkens, Fühlens und Handelns andererseits, wird in dem hier besprochenen Band manchmal erhellt und manchmal verdunkelt. Auf der einen Seite argumentiert Banti mit Ergebnissen einer allgemeinen Ideen- und Diskursgeschichte, auf der anderen behandelt er die Sozialgeschichte relativ kleiner Berufs- und Statusgruppen. Die Vermittlung der beiden Ebenen gelingt nicht immer überzeugend, bei der Zurechnung bestimmter Vorstellungen und Bilder zu Individuen, sozialen Gruppen und Zeiten bleibt eine erhebliche Kontingenz. Banti ist sich dessen bewußt und fordert dazu auf, diese Spannung auszuhalten: „Manches mag widersprüchlich erscheinen, und ist es tatsächlich. Das ist aber nichts Besonderes. Das Denken und Handeln der Menschen ist eben nicht immer kohärent, klar und logisch.“⁷ Er verläßt sich in diesen Fällen auf die „dichte Beschreibung“. So einleuchtend und nützlich das bisweilen ist, so sehr hätte man dem Autor aber an mancher Stelle doch etwas mehr Mut zur Strukturierung des Stoffes gewünscht.

Am besten finde ich die Abschnitte und Kapitel über Grundbesitzer und Großlandwirte in den verschiedenen Landwirtschaftszonen, Immobilienbesitzer, Großhändler, Bankiers, Versicherungsunternehmer, Industrielle und Transportunternehmer sowie die jeweiligen Fach- und Interessenverbände. Hier ist Banti als hervorragender Kenner der Geschichte des italienischen Wirtschaftsbürgertums in seinem Element. Er weist auf die enorme Bedeutung der – teilweise in der Stadt lebenden – Grundbesitzer im italienischen Bürgertum hin, d.h. auf eine Problematik, die in der deutschen Bürgertumsforschung aus sachlichen und ideologischen Gründen in der Regel ausgeklammert wird. Er zeichnet das Bild der regionalen Unterschiede der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels und verdeutlicht die Probleme, die sich daraus für die Integration der Mittelschichten in einem nationalen Bürgertum ergaben. Die Ressourcen der Grundbesitzer und Industriellen waren in der Regel weniger mobil als das Wissen der Gebildeten und deshalb auch nicht so leicht zu vereinheitlichen und nach gleichen Standards zu behandeln. Während die einen die 'Naturwüchsigkeit' der inneritalienischen Unterschiede betonten, suchten andere im Rahmen einer landesweiten Kommunikation nach Gemeinsamkeiten. Sie entwickelten abstrakte Formen und Instrumente, die im ganzen Land gleich angewendet werden konnten. In den Diskussionen über Rechtsformen, Steuern, Subventionen und Zolltarife sowie im Diskurs des Agrar- und Industrieprotektionismus bildeten sich Öffentlichkeiten und Ansätze eines italienischen Bürgertums aus.

7 „La cosa può sembrare contraddittoria. Ed effettivamente lo è. Niente di strano in ciò. Gli individui, nelle loro azioni, nei loro pensieri, non sono sempre necessariamente coerenti, lucidi, geometrici: anzi, non lo sono (non lo siamo) quasi mai.“ (Einleitung, S. X).

2. Bildungsbürgertum und Professionen

Indem Banti die Bildungsberufe unter denselben Fragestellungen behandelt wie die Wirtschaftsberufe, macht er sie bisweilen zur Karikatur der letzteren. Er unterschätzt die Eigenarten der Professionen und des Bildungsbürgertums („borghesia umanistica“). Es ist unverständlich, warum er die in der internationalen Forschung relativ gut ausgearbeitete Konzeption des „Bildungsbürgertums“ nicht wenigstens in heuristischer Absicht verwendet, als strukturierendes und ordnendes Fragenaster. Die Konzeption einer gedachten Gemeinschaft der Gebildeten gab es ja auch im Italien des 19. Jahrhunderts, etwa in der Selbst- und Fremdverständigungskategorie der „borghesia umanistica“, d.h. einer Vergesellschaftung, die entweder auf dem Besitz von Bildungspatenten beruhte oder auf einer ähnlichen Bildungsidee und Bildungserfahrung, gemeinsamen Diskursen und sozio-kulturellen Praktiken.⁸ Zumindest einige Züge der gebildeten Mittelschichten wären damit besser zu begreifen gewesen.

Der Autor betrachtet die freien Berufe und gebildeten Beamten primär als dem Gelderwerb verpflichtete Kleinbürger, die protegierte Märkte anstreben, eine regionale Autonomie des Wissens verteidigen und eine Schließung des Berufszugangs fordern. Selbstverständlich hatten auch die Akademiker Erwerbsinteressen, ich habe an anderer Stelle am Beispiel der italienischen Advokaten ausdrücklich auf den Geschäftssinn und die Erwerbsstrategien von akademischen Freiberuflern hingewiesen.⁹ Die Darstellung der höher gebildeten Bürger und Professionen kann und darf sich indessen nicht auf diesen Aspekt beschränken, sie muß die Besonderheiten hinsichtlich des Wissens, der Ethik, der Berufskultur und Lebensweise sehr viel deutlicher herausarbeiten. Es genügt nicht, Angaben über die Zahl der Studenten- und Absolventen, das Verhältnis von Anbietern und Nachfragern auf den Dienstleistungs- und Berufsmarktsegmenten, die Programme von Kammern, Berufsvereinen und Verbänden und die finanzielle Lage der Akademiker zu referieren. Banti behandelt diese Gruppen zu sehr nach dem Muster der amerikanischen Professionssoziologie der achtziger Jahre, nämlich unter der Fragestellung, was eine Berufsgruppe tun kann, um sich eine höhere Stellung und ein besseres Einkommen zu verschaffen. Er verfällt dabei in den objektivistischen Gestus, den er ansonsten strikt ablehnt.

8 Marco Meriggi hat die Kategorie noch verwendet. M. Meriggi, Italienisches und deutsches Bürgertum im Vergleich, in: Kocka, Bürgertum (Anm. 2), S. 147-165. Die italienische Debatte könnte von der reichen deutschen Forschung profitieren. Allerdings müßte die deutsche Assoziation zwischen Protestantismus und Bildung in vergleichender Perspektive neu reflektiert werden.

9 H. Siegrist, Advokat, Bürger und Staat. Sozialgeschichte der Rechtsanwälte in Deutschland, Italien und der Schweiz (18.-20. Jahrhundert), Frankfurt a. M. 1996, S. 705-720. Vgl. auch den von Maria Malatesta herausgegebenen Band über Ärzte, Ingenieure, Advokaten, und Notare: M. Malatesta, Society and the professions in Italy, 1860-1914, Cambridge 1995.

Der Autor zeigt, wie heterogen und gespalten die Professionen hinsichtlich der beruflichen Praxis, der sozialen und ökonomischen Lage und der politischen und kulturellen Einstellungen waren. Er spitzt die Differenzierungsthese dann aber so sehr zu, daß man sich wundert, warum er überhaupt noch über „die Ärzte“ bzw. „die Ingenieure“, „die Advokaten“ und „die Beamten“ schreibt, wenn die Angehörigen und Fraktionen der jeweiligen Berufsgruppe doch so wenig Gemeinsamkeiten hatten und angeblich nichts miteinander zu tun haben wollten. Den Kapiteln über die Professionen und höheren Beamten fehlt eine überzeugende integrierende Fragestellung und eine dem Gegenstand angemessene Perspektive. Die These, daß diese Berufe und Statusgruppen eine Strategie der Exklusion und Protektion betrieben, kann vieles, aber nicht alles erklären.

Mein Geschichtsbild sieht anders aus: Die Bildungsberufe repräsentierten das System von Macht, Wissen und Weltdeutung, das schon in der vorunitarischen Periode durch die Modernisierung einiger italienischer Staaten ausgebaut worden war. Im liberalen Nationalstaat, der sich als ein Kultur- und Rechtsstaat verstand und den Fortschritt in Wirtschaft, Technik und Gesundheitswesen zu fördern beanspruchte, gewannen die Bildungsberufe weiter an Bedeutung. Sie diffundierten in viele Bereiche des gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Mit der Rationalisierung und dem Ausbau der modernen Institutionen im nationalen Maßstab wurden immer mehr Professoren und Lehrer, Advokaten, Richter und Verwaltungsbeamte, Ärzte, Ingenieure und Architekten gebraucht. Diese modernen Werte- und Funktionseliten verdankten dem liberalen Nationalstaat Einiges: die höheren Schulen und Universitäten, moderne Berufsbilder und Berufsgesetze, Stellen und Marktmonopole, eine gewisse ethische Autonomie und Autorität, die Überlegenheit gegenüber dem Nichtexperten, die Sanktionierung neuer Wissens- und Behandlungsformen und die Zurückdrängung des Laienwissens, etwa des traditionellen und magischen Wissens im Feld des Heilens. Sie profitierten auch vom Ausbau und der Differenzierung kommunaler Institutionen. Als Angehörige der nationalen und lokalen Funktions- und Werteliten hatten sie ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung des Zusammenhangs von Macht, Status, Wissen und Erwerb. Sie mußten zu den Besitzenden, die ihre Dienstleistungen am stärksten nachfragten, ein Vertrauensverhältnis unterhalten, das teils auf der gemeinsamen Orientierung an universalistischen und bürgerlichen Werten beruhte, teils auf lokalen Konventionen und Beziehungen.

Jede dieser Berufsgruppen entwickelte ihre eigene Berufskultur – mit lokalen, regionalen und nationalen Eigenarten. Die berufliche Identität vermischte sich mit derjenigen des Bürgers der Stadt und der Nation. Die Angehörigen der Bildungsberufe hatten ihre eigenen Mythen und Rituale sowie ihre lokalen und nationalen bürgerlichen Helden, die in Reden und Büchern geehrt sowie durch Büsten und Statuen, Gemälde und Straßennamen sym-

bolisch repräsentiert wurden.¹⁰ Die beruflichen und territorialen Identitäten standen bei diesen Berufsgruppen in einem Verhältnis der Ergänzung und fruchtbaren Spannung. Je nach Ziel und Zweck stützten sich die Angehörigen der bürgerlichen Berufe auf lokale, regionale, nationale oder universale Werte, Beziehungen und Ressourcen.

Der Erste Weltkrieg wird von Banti leider nur noch mit knappen Bemerkungen über die Befürworter und Gegner des Kriegseintritts gestreift. Die Geschichte der Mittelschichten im Ersten Weltkrieg wäre also noch zu schreiben. Für die Professionen bedeutete der Kriegseintritt meines Erachtens eine neue Stufe der Nationalisierung – und eine funktionale und politische Aufwertung *par excellence*. Ingenieure und Industrielle lieferten das Material und die Technik für die Materialschlacht. Die Inhaber höherer Bildungspatente führten als Offiziere und Unteroffiziere die Bauern und Arbeiter in den Krieg. Ärzte waren gefragt wie nie zuvor. Lehrer, Geistes- und Sozialwissenschaftler beteiligten sich an der nationalistischen Propagandaschlacht, schufen die Motivation für den Kampf und formulierten nationale Heils- und Tröstungsideologien für die Toten und Hinterlassenen. Richter verurteilten die Kriegsdienstverweigerer und Deserteure.

Die Enttäuschung der bürgerlichen Professionen nach dem gewonnenen nationalen Krieg war groß. Für ihre Leistungen bekamen sie wenig Lob, es gingen ihnen sogar selbstverständlich genossene Vorrechte und Vorteile verloren. In den politisch und wirtschaftlich unruhigen Nachkriegsjahren war ihre Hegemonie als professionelle Experten ebenso bedroht wie ihre Rolle als lokale und nationale Werte- und Funktionseliten. Teile der gebildeten und der besitzenden Mittelschichten folgten deshalb den Versprechungen des Faschismus, von dem sie sich die Sicherung der bürgerlich-nationalen Ehre, des Status des Gebildeten und Experten und der Rechte des Eigentümers erhofften. Vor diesem Hintergrund entwickelt Banti die provozierende These, daß der Faschismus *die* Bewegung des Bürgertums gewesen sei.

3. War der Faschismus die Partei des Bürgertums?

Banti schreibt: „Wenn es jemals eine Partei des Bürgertums gegeben hat, so war es die Faschistische Bewegung. Viele Besitzende und Gebildete, d.h. viele Bürgerliche ... fanden im Faschismus jene parteiförmige Organisation, der sie sich zugehörig fühlten.“¹¹ Dafür würden sozialstrukturelle Argumente sprechen, wie die Angaben über die soziale Rekrutierungsbasis des frühen Faschismus, aber auch zahlreiche zeitgenössische Selbstbeschreibungen und Absichtserklärungen von Bürgerlichen und Faschisten. An diesem

10 Siegrist, Advokat (Anm. 9), S. 693-696, 886-888, 912-914.

11 „Se mai c'era stato un partito 'borghese' questo fu il movimento fascista; molti degli 'abbienti' e dei 'colti', insomma molti dei 'borghesi' ... trovarono nel fascismo – e fu la prima volta dall' unità – la loro formapartito, un'organizzazione politica strutturata alla quale aderire.“ (Banti, S.341)

Punkt rückt der Autor unvermittelt von seiner These der Differenziertheit der Mittelschichten ab. Er zieht nicht einmal in Erwägung, daß der Faschismus *eine von mehreren* Bewegungen der Mittelschichten bzw. der Besitzer und Gebildeten gewesen sein könnte, was sicher richtiger wäre. Er verzichtet darauf, die vielfältigen Reaktionen der Mittelschichten auf den Faschismus darzustellen und – was dringend geboten wäre – zu zeigen, wieviel Energie, Mut und Phantasie nichtfaschistische Bürgerliche bewiesen, um alternative demokratische und rechtsstaatliche Wege aus der Krise zu suchen.¹²

Seine These steht insgesamt auf tönernen Füßen: Wenn beispielsweise in manchen Städten Anfang der zwanziger Jahre nur fünf bis zehn Prozent der Advokaten, dabei vor allem jüngere, der Faschistischen Partei angehörten, so fragt man sich, warum er die 90 Prozent, die ihr fernblieben, undifferenziert dem 'verängstigten und zu autoritären Lösungen neigenden nationalen Bürgertum' zuschlägt. Meine eigenen Forschungen weisen darauf hin, daß die Faschisten erhebliche Probleme mit liberalen, demokratischen und sozialistisch-demokratischen Advokaten hatten, die sich mit den unterschiedlichen Gegnern des Rechtsstaats nicht einlassen wollten und den Faschismus aus beruflichen und weltanschaulichen Gründen ablehnten.¹³ Als Juristen war ihnen bewußt, daß wesentliche Elemente ihrer Arbeit und Berufskultur den Rechtsstaat und eine individualistische bürgerliche Kultur und Öffentlichkeit brauchten. Die von den Faschisten versprochenen protektionistischen Maßnahmen zum Schutz von Preisen und Märkten fielen für sie weniger ins Gewicht. Wieviele Besitzer-Advokaten sich vom Faschismus die Sicherung der Verfügungsfreiheit über das Privateigentum versprachen, ist ungeklärt. Pauschale Aussagen sind aufgrund des jetzigen Forschungsstandes schwierig. Alles in allem gilt: Solange weiterführende Spezialstudien fehlen, sind verallgemeinernde Gleichsetzungen von Bürgertum und Faschismus zweifelhaft. Spezialstudien bringen zur Zeit größere Erkenntnisse als eine vage Verknüpfung allgemeiner Thesen aus der Begriffs-, Ideen- und Politikgeschichte mit Einzelbefunden aus der Sozialgeschichte.

Das wird am Ende auch bei der Lektüre der Begriffs- und Diskursgeschichte deutlich, die vom Autor für die Periode 1860 bis etwa 1930 skizziert wird. Banti historisiert und subjektiviert den Begriff Bürgertum und weist aufgrund diskurs- und begriffsgeschichtlicher Befunde auf die Vielfalt der positiven und negativen Bedeutungen hin. Er hält fest, daß in Italien zwischen 1860 und 1900 die negativen Bedeutungen dominierten. „Bürgertum“ sei assoziiert worden mit „borniertem Eigeninteresse“, „unerfüllten Politikerversprechungen“, „Cliquenwirtschaft“, „Klassenherrschaft“ und „Ausschließung“. Wollte man „Bürgertum“ positiver sehen, so verwendete man bei der Umschreibung der damit gemeinten Mittelschichten oder Eliten Begriffe mit stärker einschließendem Charakter wie „Nation“ und „Vater-

12 Dies versucht für Deutschland K. H. Jarausch, *The unfree professions. German lawyers, teachers and engineers 1900–1950*, New York 1990.

13 Siegrist, *Advokat* (Anm. 9), S. 734–736.

land“. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts machten sich dann aber konservative Unternehmer, Publizisten und Intellektuelle den Begriff Bürgertum in neuer Weise zu eigen, indem sie sich als exklusives Bürgertum mit weitgehenden Herrschafts- und Hegemonieausprüchen in der Gestaltung des sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens darstellten. Aufgrund der Konvergenzen des semantischen Feldes von „Bürgertum“ mit demjenigen von „Nation“ und „Patriotismus“ wurden unterschiedlich Auffassungen von Bürgertum öfter verwischt. Die bürgerlichen radikal-nationalistischen Jungrebelln des frühen 20. Jahrhunderts und die Interventionisten des Ersten Weltkriegs bezogen sich voluntaristisch auf die Begriffe der nationalliberalen Politiker der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts, die „Nation“ und „Bürgertum“ gleichgesetzt hatten. In ihrem Gefolge identifizierten sich verängstigte Landbesitzer, Industrielle, Freiberufler und Jungakademiker in den frühen zwanziger Jahren mit einer spezifischen Vorstellung von „Nation“. Daran anschließend definierte Mussolini „Bürgertum“ anhand von Einstellungen und Wertorientierungen wie „nationalistisch“, „kämpferisch“, „fortschrittsgläubig“ und „der italienischen Zivilisation dienend“. Nach Mussolini war das „Bürgertum“ der gute Teil der Nation, dem man ungeachtet der Stellung, aufgrund von Mentalität und Gesinnung, angehören konnte. Auch der Arbeiter konnte nun Bürger sein, wenn er die entsprechende Einstellung hatte.

Die von Banti vorgelegte kurze Begriffs- und Diskursgeschichte betont die Kontinuität der Bedeutung von „Nation“/„Bürgertum“ und unterschätzt die radikale Umwertung und innere Aushöhlung der Begriffe seit der Jahrhundertwende. Dieser Bruch wäre deutlicher geworden, wenn rivalisierende Begriffe wie „cittadino“ (Bürger im Sinne von Staatsbürger, auch Stadtbürger) und „civile“ (zivilisiert, gebildet, gediegen, anständig) mituntersucht worden wären.

4. Schluß

Bantis Geschichtsbilder-Revision beruht auf einer Vorentscheidung über methodologische Präferenzen: er will die Mittelschichten als Subjekt darstellen und lehnt deshalb objektivierende Erkenntnisverfahren und eine Sozialgeschichte, die das Bürgertum als „Gegenstand“ behandelt, ab. Indem er ohne den Bezug auf systematische historische Typen von Bürgertum und Bürgerlichkeit operiert, verzichtet er auf eine Strategie, die eine intellektuelle Distanz zum historischen Material und zu den Quellen ermöglicht. Er liefert sich damit den subjektiven Deutungen der historischen Akteure, von denen manche weniger naiv waren als er glaubt, aus. Indem er auf die Klärung seines vorwissenschaftlichen Standpunkts und der Bewertungsmaßstäbe verzichtet, fällt ihm sein Gegenstand früher oder später aus den Händen. Das Werk enthält viele interessante Zusammenfassungen über einzelne Forschungsstände, nicht mehr und nicht weniger. Als Muster einer modernen Gesellschafts- und Kulturgeschichte würde ich es nicht bezeichnen.

Oliver Janz

Protestantische Pfarrer vom 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert. Deutschland und England im Vergleich

Die Historiographie der protestantischen Kirchen und Religion in Deutschland hat die evangelischen Geistlichen lange Zeit vor allem als Träger politischer und theologischer Einstellungen untersucht. In England liegen dagegen schon seit längerem auch eine Reihe von Studien zur Berufs- und Sozialgeschichte dieser sozialen Gruppe vor, in Deutschland erst seit kurzem.¹ Vergleichende Studien zur Geschichte der Pfarrer in den beiden wichtigsten protestantischen Ländern Europas sind bisher völlig ausgeblieben, obwohl die Sozialgeschichte dieser sozialen Gruppe in England und Deutschland zahlreiche strukturelle Parallelen aufweist. Im folgenden sollen in groben Umrissen einige zentrale Fragen und mögliche Ergebnisse einer solchen komparativen Gegenüberstellung skizziert werden. Ich beschränke mich dabei für England aus pragmatischen Gründen auf die gut erforschte anglikanische Geistlichkeit, die bis ins 20. Jahrhundert in England den überwiegenden Teil der protestantischen Geistlichen stellte und wie der deutsche Pfarrerstand in staatskirchlichen Traditionen stand. Damit treten vermutlich die Ähnlichkeiten zwischen den beiden Fällen stärker in den Vordergrund als dies bei einer Berücksichtigung auch der anderen protestantischen Denominationen in England, die in Deutschland so gut wie keine Entsprechung haben, geschehen würde.²

1 Für die Literatur zur Pfarrerschaft in der frühen Neuzeit vgl. L. Schorn-Schütte, *Evangelische Geistlichkeit in der Frühneuzeit. Deren Anteil an der Entfaltung frühmoderner Staatlichkeit und Gesellschaft. Dargestellt am Beispiel des Fürstentums Braunschweig-Wolfenbüttel, der Landgrafschaft Hessen-Kassel und der Stadt Braunschweig*, Gütersloh 1996; Zum 19. und frühen 20. Jahrhundert: O. Janz, *Bürger besonderer Art. Evangelische Pfarrer in Preußen 1850–1914*, Berlin/New York 1994; F. M. Kuhlemann, *Religion, Bildung und bürgerliche Kommunikation. Zur Vergesellschaftung evangelischer Pfarrer und des protestantischen Bildungsbürgertums in Baden 1860–1918*, in: K. Tenfelde/H.-U. Wehler (Hrsg.), *Wege zur Geschichte des Bürgertums*, Göttingen 1994, S. 149–170.

2 Aus Platzgründen verzichte ich auf Anmerkungen, wo ich für die deutsche Entwicklung, vor allem im 19. Jahrhundert, Ergebnisse eigener Studien präsentiere. Vgl. O. Janz, *Bürger besonderer Art* (Anm. 1).

1. Die anglikanische Geistlichkeit und die deutsche evangelische Pfarrerschaft im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert

Die Reformation und die beiden folgenden Jahrhunderte hatten der Kirche in England erhebliche Einbußen an Besitz und Vermögen gebracht, vermutlich in stärkerem Umfang als den Kirchen in den evangelischen Territorien des Alten Reiches. Ein großer Teil der Pfründen gelangte unter die Kontrolle des Staates und vor allem des grundbesitzenden Adels.³ Dies führte dazu, daß die anglikanischen Geistlichen meist nur über einen geringen sozialen Status verfügten, niedrige Einkommen und sich nicht sehr exklusiv rekrutierten. Auch ihr Bildungsgrad war niedrig: Um 1750 verfügten nur etwa 50 Prozent der Geistlichen über eine akademische Ausbildung, deutlich weniger als in den deutschen Territorien. Der Lebensstil der anglikanischen Geistlichkeit war einfach und unterschied sich meist nicht sehr stark von dem der bürgerlichen Bevölkerung. Viele Pfarrer waren zur Ausübung von Nebentätigkeiten gezwungen, die oft nichts mit ihrem geistlichen Amt zu tun hatten. Häufig bedienten sie zudem mehrere Pfarrgemeinden gleichzeitig. Der Absentismus war außerordentlich verbreitet, denn viele Pfarrer hielten sich nicht in ihren Gemeinden auf, stellten unterbezahlte Vertreter an oder vernachlässigten ihre Gemeinden gänzlich.⁴ Die Kirchenorganisation war durch Lokalismus und Fragmentierung gekennzeichnet. Eine zentrale Kirchenbürokratie, die eine wirksame Aufsicht über die Pfarrer hätte führen können, fehlte weitgehend. Der Pfarrerstand war sozial äußerst stark differenziert. Neben einigen Pfarrern mit guten Pfründen und abwesenden Pfründeninhabern stand ein Heer von schlecht dotierten Geistlichen und unterbezahlten Vikaren, die meist nicht fest angestellt waren.⁵

In der zweiten Hälfte des 18. und dem frühen 19. Jahrhundert vollzog sich jedoch ein tiefgreifender Wandel, der den anglikanischen Geistlichen insgesamt einen deutlichen sozialen Aufstieg brachte.⁶ Hervorgerufen wurde er vor allem durch starke Einkommensverbesserungen. Im Zuge der „enclosures“ vergrößerte sich der zu den Pfründen zählende Landbesitz. Der Zehnt wurde für die Geistlichen meist außerordentlich vorteilhaft abgelöst. Stellenweise erhielten die Pfarrer 15 bis 20 Prozent des Gemeindelandes zugesprochen.⁷ Hinzu kam die günstige Agrarkonjunktur, die die

3 Vgl. A. J. Russell, *The Clerical Profession*, London 1980, S. 29; A. Gilbert, *Religion and Society in Industrial England. Church, Chapel and Social Change 1740–1914*, London 1976, S. 5f.

4 Noch 1812 gab es 4800 Amtsinhaber, die nicht in ihren Gemeinden lebten, aber nur 3700 angestellte Vertreter. Über 1000 Gemeinden waren daher ohne Pfarrer oder Pfarrverweser, vgl. A. Gilbert, *Religion and Society* (Anm. 3), S. 112.

5 Vgl. A. J. Russell, *The Clerical Profession* (Anm. 3), S. 30f.

6 Vgl. W. R. Ward, *Religion and Society 1710–1850*, London 1972, S. 9ff.; R. Towler/A. P. Coxon, *The Fate of the Anglican Clergy. A sociological study*, London 1979, S. 7f.

7 Vgl. W. R. Ward, *The Tithe Question in England in the Early Nineteenth Century*, in: *Journal of Ecclesiastical History* 1965, S. 69ff.; D. Mc Clatchey, *Oxfordshire clergy*

Preise für Agrarprodukte hochtrieb und damit die Pfründeneinkommen verbesserte. Im Zuge dieser Entwicklung wurde die Rekrutierung der Pfarrerschaft wesentlich exklusiver.⁸ Die höheren Einkommen machten den Pfarrerberuf nun auch für die Söhne der *gentry* attraktiv.

Mit der zunehmenden Attraktivität des Pfarrerberufs und seiner gewandelten Rekrutierungsbasis veränderte sich auch die Ausbildung der Geistlichen. Der kultivierte und allseitig gebildete Gentleman-Pfarrer wird nun zur kulturellen Norm in der anglikanischen Geistlichkeit. So erhielt der überwiegende Teil der Pfarrer im frühen 19. Jahrhundert seine Ausbildung an den Universitäten, meist in Oxford und Cambridge, wo auch die übrige Elite des Landes studierte.⁹ Die Akademisierung der Pfarrer war also hier keine Folge staatlicher Normierung, sondern Begleiterscheinung des ökonomischen und sozialen Aufstiegs der Pfarrerschaft. Das gewandelte soziale Profil der Geistlichen schlug sich auch in ihrem Lebensstil nieder: Viele Pfarrer bauten sich nun herrschaftliche Pfarrhäuser, die sich deutlich von den Bauernhäusern abhoben und eher den Gutshäusern der Herrenschaft ähnelten.¹⁰ Die Geistlichen der anglikanischen Kirche wurden nun als *gentlemen* betrachtet und als der *gentry*, der bürgerlich-adligen Gutsbesitzerschicht ebenbürtig angesehen.¹¹ Die Annäherung und Osmose von *gentry* und Pfarrerstand stützte sich vor allem auf das gemeinsame Interesse an der Auflösung der Gemeindeländereien, die im Bündnis gegen die ländlichen Unterschichten durchgesetzt wurde.¹² Diese soziale Allianz verstärkte sich noch in der Periode der Französischen Revolution und im Kontext der sozialen Unruhen und Revolten, die das Land im frühen 19. Jahrhundert erschütterten, denn für die konservative Herrenschaft wurden Kirche und Pfarrerschaft nun immer mehr zu einem Faktor der politischen Stabilität und der sozialen Kontrolle über die Unterschichten.¹³

Ausdruck des veränderten sozialen Status der Pfarrer war auch, daß ihnen nun vermehrt öffentliche Ehrenämter mit weitgespannten Justiz- und Polizeifunktionen übertragen wurden. Die Pfarrer wurden nun häufig zu Friedensrichtern (*magistrates*) oder andern Ämtern der lokalen Verwaltung nominiert, ein Vorgang, der zwischen 1780 und 1830 kontinuierlich zunahm. Um 1830 war etwa jeder achte Pfarrer im Nebenamt Richter, waren

1777–1869. A study of the established church and of the role of its clergy in local society, Oxford 1960, S. 109ff.

8 Vgl. A. J. Russell, *The Clerical Profession* (Anm. 3), S. 32; D. Mc Clatchey, *Oxfordshire clergy* (Anm. 7), S. 26ff.

9 Der Höhepunkt der Akademisierung wurde in der Generation der zwischen 1834 und 1843 ordinierten Geistlichen erreicht: 89,4 Prozent der Ordinanden kamen von Universitäten, rund 80 Prozent allein von Oxford und Cambridge. Vgl. A. Haig, *The Victorian Clergy*, London 1984, S. 32.

10 Vgl. D. Mc Clatchey, *Oxfordshire Clergy* (Anm. 7), S. 23ff.

11 Vgl. R. Towler/A. P. Coxon, *The Fate of the Anglican Clergy* (Anm. 6), S. 7f.

12 Vgl. D. Mc Clatchey, *Oxfordshire clergy* (Anm. 7), S. 99–112.

13 Vgl. A. Gilbert, *Religion and Society* (Anm. 3), S. 76–81; A. J. Russell, *The Clerical Profession* (Anm. 3), S. 32.

über die Hälfte der *county-magistrates* in England anglikanische Pfarrer.¹⁴ In manchen Regionen lag der Anteil der Pfarrer, die diese Nebenfunktion ausübten, deutlich höher: In Oxfordshire etwa stieg der Anteil der Pfarrer an den *Justices of Peace* von 1775 bis 1816 von 31 Prozent auf 36 Prozent an.¹⁵ Den Pfarrern unterstand überdies wie in Deutschland das lokale Volksschulwesen, das in England rein kirchlichen Charakter trug und nach 1810 starken Aufschwung nahm, sowie das gemeindliche Armenwesen. Die Pfarrer waren auch Standesbeamte und überwachten das lokale Gesundheitswesen. Insgesamt hatten die anglikanischen Geistlichen auf lokaler Ebene einen erheblichen sozialen und politischen Einfluß.

Dem hohen sozialen Status und den diffusen, weit über das religiös-geistliche Feld hinausreichenden Berufsfunktionen der Pfarrer entsprach ihr Selbstverständnis und Sozialverhalten. Weit entfernt davon, sich an einem klerikalen Sonderethos zu orientieren, sahen sich die Pfarrer der anglikanischen Kirche in erster Linie als *gentlemen*, als Teil der kultivierten und besitzenden Herrenschaft. In ihren politischen Funktionen und Anschauungen, in ihren sozialen Interessen und ihrem öffentlichen Auftreten, ihrem Lebensstil und ihren Freizeitbeschäftigungen unterschieden sich die Landgeistlichen nur wenig von der grundbesitzenden Oberschicht. Oft besaßen sie zusätzlich zu ihren Pfründen eigenes Land oder pachteten Ländereien dazu und bewirtschafteten mitunter ihre Besitzungen in eigener Regie.¹⁶ Ihr Engagement in der Gemeindearbeit hielt sich meist in engen Grenzen. Ihre bescheidenen kirchlichen Amtspflichten und ihr Einkommen ließ ihnen meist genug Zeit, standesgemäßen, kultivierten Müßiggang zu pflegen und an der Geselligkeit der ländlichen Oberschicht teilzunehmen, mit der sie häufig auch durch Herkunft und Heirat verbunden waren. Sie gingen auf die Jagd, züchteten Pferde, hielten Jagdhunde, nahmen an Pferderennen und Bällen teil.¹⁷ So entstand die Sozialfigur des „squire“ (*squire/parson*), die auch das literarische Pfarrerbild der Zeit dominierte. Zementiert wurden diese Verhältnisse durch die Vorbildung der Pfarrer, die sie gemeinsam mit der übrigen Oberschicht an den Universitäten absolvierte. Eine spezifisch theologische Fachbildung und besondere formale Zugangsvoraussetzungen hatte sich bis zum ersten Drittel des 19. Jahrhunderts kaum herausgebildet. Um Pfarrer zu werden, genügte die allgemeine, klassisch orientierte Vorbildung, wie sie vor allem in Oxford und Cambridge vermittelt wurde. Sie zielte vor allem auf die informelle Sozialisation der Studenten und vermittelte die allgemeinen Habitus-Attribute des *gentleman*, weniger eine spezifische akademische Berufsbildung.

14 Vgl. W. B. D. Heency, *A different kind of clergyman. Parish Clergy as professional men in early and mid-victorian England*, Hamden/Conn. 1976, S. 64ff. Nach anderen Angaben waren um 1830 sogar rund die Hälfte der *magistrates* Pfarrer: vgl. A. J. Russell, *The Clerical Profession* (Anm. 3), S. 159f.

15 Vgl. D. Mc Clatchey, *Oxfordshire clergy* (Anm. 7), S. 179ff.

16 Vgl. ebenda, S. 99ff., 116ff., 120ff.

17 Vgl. W. R. Ward, *Religion and Society* (Anm. 6), S. 9ff.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Der Pfarrerberuf der anglikanischen Kirche hatte sich im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert zu einem *Annex des Gentleman-Status* entwickelt. Er war eine vormoderne „Status-profession“ und glich darin dem Offiziersberuf, dem höheren Verwaltungsdienst, dem Dienst in den Kolonien und dem diplomatischen Korps und rekrutierte sich auch aus den gleichen sozialen Trägerschichten.¹⁸

Dieses hier grob skizzierte Bild der Entwicklung, das für die Mehrheit der Pfarrerschaft gilt, muß freilich differenziert werden: Nicht alle Pfarrstellen profitierten im gleichen Maß von der beschriebenen ökonomischen Entwicklung und den *enclosures*. Die Größe und der Ertrag der Pfründen variierten ebenso wie das private Vermögen der Pfarrer aus Heirat oder Erbschaft, das in vielen Fällen zur Aufbesserung unzulänglicher Pfründeneinkommen und zur Sicherung einer standesgemäßen Lebensführung herangezogen werden mußte. Das Fehlen der Residenzpflicht und der verbreitete Absentismus der Pfarrer führte überdies dazu, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Gemeinden von schlecht bezahlten *curates* versorgt wurden, denen oft lebenslang der Sprung in ein festes Pfarramt versagt blieb.¹⁹ So gab es in der anglikanischen Kirche neben dem dominanten Typus des *squarson*, der über ertragreiche Pfründen oder größeres privates Vermögen verfügte, auch im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert noch eine Art Klerikerproletariat mit niedrigem Einkommen, schlechten Aufstiegschancen und geringem Prestige, das sich auch erheblich weniger exklusiv rekrutierte als die übrige Pfarrerschaft.²⁰

Ein Vergleich zwischen der anglikanischen Geistlichkeit und dem evangelischen Pfarrerstand in den deutschen Territorien vor 1800 stößt auf einige Schwierigkeiten zumal gerade der preußische Pfarrerstand für die Zeit vor 1830 kaum untersucht worden ist. Angesichts der politischen und kirchlichen Zersplitterung und der konfessionellen Sondertraditionen und der geringen Fluktuation der Pfarrer zwischen den einzelnen protestantischen Territorien kann für das Alte Reich streng genommen nur von territorialen „Pfarrerständen“ gesprochen werden.

Hinzu kommt, daß auch diese regionalen „Pfarrerstände“ in sich sozial stark differenziert waren. So gab es enorme Unterschiede in der Ausstattung der ländlichen Pfründen und der Höhe der ländlichen Pfarrereinkommen, die sich auch in der anglikanischen Kirche beobachten lassen. Die Haupttrennlinie verlief jedoch in Deutschland nicht zwischen Stelleninhabern und subalternen Vikaren, sondern zwischen den Pfarrern der größeren

18 Vgl. W. B. D. Heeney, *A different kind of gentleman* (Anm. 14), S. 4ff.

19 In Oxfordshire etwa wurden noch 1808 knapp 17 Prozent der Gemeinden von am Ort ansässigen „*stipendary curates*“ versorgt, ein Anteil der sich seit 1778 nicht vermindert hatte. 1778 wurden nur 60 Prozent der Gemeinden von am Ort oder in der Nähe ansässigen Amtsinhabern versorgt, ein Anteil, der sich bis 1808 sogar auf 50 Prozent verminderte. Vgl. D. Mc Clatchey, *Oxfordshire clergy* (Anm. 7), S. 31.

20 Vgl. ebenda, S. 73ff.

Städte und den Landgeistlichen, die die Masse der Pfarrer stellten.²¹ Die Stadtpfarrer rekrutierten sich exklusiver und heirateten auch häufiger in die bürgerliche Oberschicht, verfügten meist schon vor dem 18. Jahrhundert über eine akademische Ausbildung, waren mobiler, hatten oft länger und an mehreren Universitäten studiert, verfügten über größere Bibliotheken und über breitere kulturelle und wissenschaftliche Interessen. Die Stadtpfarrer wurden nicht nur meist besser bezahlt, sondern erhielten auch vorwiegend feste Geldbesoldungen aus städtischen oder landesherrlichen Kassen, während die Pfründenwirtschaft und die Naturalabgaben den Pfarrhäusern auf dem Land bis tief ins 19. Jahrhundert ein stark agrarisch-traditionelles Profil verlieh.²²

Die beiden Hauptgruppen der Pfarrerschaft waren jedoch schon im 18. Jahrhundert in erheblichem Umfang durch Mobilitätsprozesse über die Generationen hinweg verbunden und wiesen kein grundsätzlich divergierendes Sozialprofil mehr auf. Die Rekrutierung der gesamten Pfarrerschaft wies seit dem Ende des dreißigjährigen Krieges deutliche Tendenzen zur ständischen Verfestigung auf und wurde immer exklusiver, eine Entwicklung, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreichte. Die Pfarrer rekrutierten sich in wachsendem Umfang aus der stadt-bürgerlichen Honoratiorenschicht, der in städtischen und landesherrlichen Diensten stehenden mittleren Beamtenschaft und der Bildungsschicht und zu einem großen Teil vor allem aus den evangelischen Pfarrhäusern selbst, während der direkte Aufstieg aus ländlichen und unterbürgerlichen Schichten in den Pfarrerberuf an Bedeutung verlor.²³

Parallel dazu vollzog sich eine zunehmende Normierung des Bildungsgangs, der Qualifikationsstandards und des Zugangs zum Pfarramt im 18. und frühen 19. Jahrhundert, die zu einer beträchtlichen Vereinheitlichung

21 Als dritte Gruppe könnte die kleine (und ebenfalls städtische) Spitzengruppe der Hofprediger und Konsistorialräte genannt werden.

22 Vgl. L. Schörn-Schütte, *Die Geistlichen vor der Revolution. Zur Sozialgeschichte der evangelischen Pfarrer und des katholischen Klerus am Ende des Alten Reiches*, in: H. Berding u.a. (Hrsg.), *Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution*, Frankfurt a. M. 1989 S. 216-244, 226ff.

23 Im 18. Jahrhundert lag die Selbstrekrutierung in der Regel nicht unter 40 Prozent. Vgl. L. Schörn-Schütte, *Die Geistlichen vor der Revolution* (Anm. 22), S. 220. Für Preußen (Studenten der evangelischen Theologie an der Universität Halle): J. Conrad, *Das Universitätsstudium in Deutschland während der letzten 50 Jahre*, Jena 1884, S. 51. In Braunschweig und Hessen-Kassel lag die Selbstrekrutierung der Pfarrer schon im Zeitraum 1685–1750 mit rund 50 Prozent sehr hoch. Vgl. L. Schörn-Schütte, *Evangelische Geistlichkeit in der Frühneuzeit* (Anm. 1), S. 92f. Sehr exklusiv war auch die Herkunft der Pfarrer im 18. Jahrhundert in Württemberg. Hier führte eine sehr restriktive Rekrutierungspolitik und die faktische Monopolisierung der Pfarrervorbildung durch die Klosterschulen und das Tübinger Stift dazu, daß im 18. Jahrhundert 44 Prozent der Geistlichen aus dem Pfarrerstand und weitere 35 Prozent aus der übrigen Honoratiorenschicht stammten. Vgl. G. Bormann, *Studien zu Berufsbild und Berufswirklichkeit evangelischer Pfarrer in Württemberg: Die Herkunft der Pfarrer 1700–1965*, in: *Social Compass* 12 (1966), S. 95-137, S. 100ff., S. 129f.

der sozialen Gruppe führte. Im frühen 18. Jahrhundert gelangte noch eine beträchtliche Zahl von Pfarrern ohne längeres Studium ins Amt. Um 1750 dagegen hatte sich ein mindestens zweijähriges Theologiestudium als Vorbildung der Pfarrer weitgehend durchgesetzt.²⁴ Auch der Zugang zum Studium wurde zunehmend normiert, in Württemberg und Hessen-Darmstadt schon im frühen 18. Jahrhundert, denn hier gelangte der Nachwuchs fast ausschließlich über die Klosterschulen und Stipendiananstalten zum Theologiestudium, in Preußen erst durch die Einführung des Abiturs 1788, das die Zugangsberechtigung zu den Hochschulen regelte. Im frühen 19. Jahrhundert war der Besuch des Gymnasiums zu einem festen Bestandteil der Pfarrervorbildung geworden. Und auch der Zugang zum Kandidatenstand wurde im 18. Jahrhundert immer mehr durch die Einführung und Verschärfung von kirchlichen Prüfungen reglementiert. Damit homogenisierten und erhöhten sich die Anforderungen an die Qualifikation der Nachwuchspfarrer erheblich.²⁵

Trotz der auch um 1800 noch beträchtlichen inneren Differenzierung der deutschen evangelischen Pfarrerschaft lassen sich daher einige Gemeinsamkeiten im Vergleich zur anglikanischen Geistlichkeit benennen:

1. Die Geistlichen verfügten in beiden Fällen an der Wende zum 19. Jahrhundert über einen herausgehobenen Sozialstatus. Er stützte sich auf ihre höhere Bildung, ihr Amt, das sie als Vertreter einer Staatskirche und der Obrigkeit auswies, auf rechtliche Privilegien (vor allem in Deutschland) und eine auch ökonomisch (besonders in England) privilegierte Position, sowie ein hohes Maß an sozialer Sicherheit. Die Pfarrer hatten in beiden Fällen (mit Ausnahme der unterbezahlten englischen *curates*) im 18. und frühen 19. Jahrhundert einen kollektiven sozialen Aufstieg vollzogen, in Deutschland vor allem durch staatliche Normierung der Zugangsvoraussetzungen, die eine vollständige Akademisierung und ein höheres Bildungsniveau brachten und die soziokulturelle und rechtliche Ankoppelung an die sich formierende Schicht der „Gebildeten“²⁶, in England vor allem durch die Assimilation und Verflechtung mit der bürgerlich-adligen Mischklasse der *gentry*, ein Prozeß der ebenfalls von einer fast völligen Akademisierung begleitet war.

2. Die evangelischen Pfarrer in Deutschland wiesen wie ihre anglikanischen Kollegen im 18. und frühen 19. Jahrhundert ein relativ breit gefä-

24 So wird in Preußen ab 1736 von den Pfarrern ein Studium von mindestens zwei Jahren verlangt. Vgl. O. Janz, Bürger besonderer Art (Anm. 1), S. 110. Zur Entwicklung des Bildungsganges und Bildungsstandes der Pfarrer in Hessen-Kassel und Braunschweig vgl. L. Schorn-Schütte, Evangelische Geistlichkeit in der Frühenzeit (Anm. 1), S. 159-228.

25 Vgl. G. Bormann, Studien zu Berufsbild und Berufswirklichkeit evangelischer Pfarrer, S. 100ff.; O. Janz, Bürger besonderer Art (Anm. 1), S. 112-118; L. Schorn-Schütte, Die Geistlichen vor der Revolution (Anm. 22), S. 224ff.

26 Vgl. L. Schorn-Schütte, Die Geistlichen vor der Revolution (Anm. 22); S. 230; O. Janz, Bürger besonderer Art (Anm. 1), S. 109-118.

chertes Rollenprofil auf. Neben ihren kirchlich-geistlichen Funktionen (Predigt und Seelsorge) erfüllten sie eine ganze Reihe von sekundären Funktionen im öffentlich-staatlichen Bereich, meist auf kommunaler Ebene. Obrigkeitliche und kirchliche Funktionen waren vielfach nicht klar gegeneinander abgegrenzt. Die Pfarrer waren Standesbeamte, legten Statistiken an, verkündeten staatliche Verordnungen von den Kanzeln, sie hatten erhebliche Kompetenzen im Volksschulwesen, in der Armenfürsorge und im Gesundheitswesen, vor allem auf dem Land. Die englischen Landpfarrer waren darüber hinaus im Nebenamt oft auch Friedensrichter und lokale Polizeichefs.

3. Auch in ihrer Ausbildung trug die Pfarrerschaft noch nicht den Charakter eines modernen Berufs, sondern einer Status-Profession. In beiden Fällen erhielten die Pfarrer primär eine allgemeine, klassisch orientierte Bildung. Das evangelische Theologiestudium in Deutschland war zwar seit den Reformen des frühen 19. Jahrhunderts vermutlich wissenschaftlicher orientiert als die Ausbildung der anglikanischen Geistlichen in Oxford und Cambridge, aber auch die deutschen Universitäten dienten mit ihren parakademischen Sozialisationsinstanzen wie z.B. den Studentenverbindungen, in die auch die Theologen eingebunden waren, nicht nur der Vermittlung von Fachwissen, sondern waren mindestens ebenso stark auf den Erwerb bildungsbürgerlicher Habitusformen gerichtet. Eine berufsbezogene Fachschulung nach dem Studium hatte sich bis ins frühe 19. Jahrhundert kaum ausgebildet. Zwar wurden in einigen deutschen Territorien im 18. Jahrhundert Predigerseminare gegründet. Sie erfassten jedoch nur einen kleinen Teil des Pfarrernachwuchses.²⁷ In Preußen fehlten sie ganz und die Zahl der Hilfspredigerstellen und Vikariate blieb überall gering. So kamen die Pfarrer in den meisten Fällen ohne eine praxisnahe kirchliche Berufsvorbereitung ins Amt.

4. Auch in Deutschland bildeten die evangelischen Geistlichen daher kein ausgeprägtes, separates klerikales Standesethos aus. Sahen sich die anglikanischen Geistlichen in erster Linie als *gentlemen*, so die deutschen Pfarrer in erster Linie als gebildete Bürger. Der Anspruch der protestantischen Geistlichen auf Zugehörigkeit zu der kultivierten Oberschicht, die freilich in Deutschland und England ganz unterschiedlich strukturiert war, rangierte im Selbstbild wie in der Fremdwahrnehmung klar vor den spezifisch geistlichen Elementen ihres Berufs. Dies schlug sich auch im Sozialverhalten und in der sozialen Verflechtung nieder, die sich in beiden Fällen an sozialen Status-Grenzen orientierte und nicht primär durch die Eigenarten des geistlichen Berufs geprägt wurden. So nahmen die Geistlichen in beiden Fällen an den Geselligkeitsformen und kulturellen Praktiken der jeweiligen

27 Vgl. ebenda, S. 195; L. Schorn-Schütte, Die Geistlichen vor der Revolution (Anm. 22), S. 225f.

umfassenderen Bezugsschicht, Bildungsbürgertum hier, *gentry*-Klasse dort, teil.

5. In ökonomischer Hinsicht unterschied sich die Pfarrerschaft in beiden Fällen deutlich von den entstehenden professionellen und bürokratischen Funktionseliten und wies in vieler Hinsicht noch die Merkmale einer traditionellen Amtsträgerschaft auf. Die Landpfarrer wurden nicht mit festen Geldzahlungen besoldet, sondern lebten von den lokalen Pfründen und von Abgaben und Gebühren der Gemeindeglieder, die zum Teil bis ins 19. Jahrhundert in Naturalien entrichtet wurden. Die ländlichen Pfarrhäuser waren daher in beiden Fällen tief in eine agrarische Ökonomie eingebunden. Viele Pfarrer bewirtschafteten ihre Ländereien in eigener Regie oder mußten Pächterträge und Naturalabgaben selbst vermarkten.²⁸ Auch dies erweiterte ihr Tätigkeitsprofil und setzte der professionellen Konzentration auf die kirchlichen Aufgaben Grenzen.

Neben diesen strukturellen Gemeinsamkeiten gab es jedoch auch wichtige Unterschiede, die auf unterschiedliche soziale und politische Kontexte und Traditionen verweisen:

1. Bei allen geschilderten Gemeinsamkeiten stellt sich der soziale Status, die ökonomische Lage, die sozialen Kontakte, die Rekrutierung und soziale Verflechtung der evangelischen Pfarrer in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert und ihre Position in der ländlichen Gesellschaft sehr anders dar als im Fall ihrer anglikanischen Kollegen.

Ein dem englischen *enclosure-movement* vergleichbares Phänomen fehlt in Deutschland weitgehend. Ob die deutschen Pfarrer von der Agrarkonjunktur profitiert haben, ist bisher noch nicht untersucht. Sicher ist jedoch, daß sich die Pfarrländereien und Abgaben in unserem Zeitraum in Deutschland insgesamt nicht nennenswert vergrößert haben. Die Klagen der Pfarrerschaft im späten 18. und 19. Jahrhundert über ihre unzureichende Besoldung müssen kritisch gelesen werden. Manche Pfarrer verfügten über durchaus reiche Pfründen. Insgesamt aber blieb die materielle Situation der evangelischen Pfarrer in Deutschland, nicht nur im Vergleich zur grundbesitzenden Oberschicht, sondern auch im Verhältnis zum städtischen Bildungsbürgertum, äußerst bescheiden. Der herausgehobene Sozialstatus der Geistlichen definierte sich viel stärker als in England über Amt und Bildung, nicht über gehobene Einkommen oder Vermögen. So konnte sich eine dem englischen *squire* vergleichbare Sozialfigur im ländlichen Pfarrerstand Deutschlands nicht ausbilden.

Dies verweist auch auf das Rekrutierungsprofil des evangelischen Pfarrerstandes in Deutschland: Die Pfarrer verfügten von Hause aus nur in seltenen Fällen über nennenswerte Vermögen. Der Pfarrerberuf war vielmehr ein Aufstiegskanal aus dem mittleren Beamtentum (Volksschullehrer, mittlere Beamte) und städtischem Mittelstand (Handwerker, kleine

²⁸ Vgl. ebenda, S. 228.

Gewerbetreibende) in die Schicht der Gebildeten. Ein großer Teil der Pfarrer (rund 40 Prozent) rekrutierte sich aus den weitgehend vermögenslosen Pfarrhäusern selbst. Für den Adel, aber auch für großbürgerliche Familien und selbst für die Söhne höherer Beamter blieb der Pfarrerberuf relativ unattraktiv. So wies die Pfarrerschaft in Rekrutierung und Heiratsverhalten ein betont bürgerlich-mittelständisches Profil auf.²⁹

Ganz anders als in England stellt sich in Deutschland vor allem das Verhältnis zwischen ländlicher Pfarrerschaft und der grundbesitzenden, adligen Oberschicht dar. Die evangelischen Pfarrer stammten hier nicht nur selten aus dieser Schicht, sie heirateten auch selten in sie hinein. Auch die geselligen Kontakte zwischen Pfarrhäusern und adligen Familien waren nicht stark, von der Elite des theologischen Berufsstandes und regionalen Abweichungen einmal abgesehen. Die evangelische Pfarrerschaft erscheint daher in gewisser Hinsicht als bürgerlicher als ihr anglikanisches Pendant. Daß es in Deutschland kaum zur sozialen Assimilation zwischen Pfarrerschaft und Landadel, aber auch zu nur schwachen Verbindungen zwischen Pfarrern und bürgerlichen Gutsbesitzern gekommen ist, läßt sich nicht nur auf die bescheidene Dotation der Pfarrstellen zurückführen, sondern hängt wohl auch damit zusammen, daß in Deutschland die Pfarrpründen im Gegensatz zu England nicht verkäuflich waren und daher von bürgerlichen oder adligen Familien nicht zur Versorgung ihrer Söhne appropriiert werden konnten. Hinzu kommt schließlich, daß die Trennlinien zwischen Bürgertum und Adel in Deutschland insgesamt deutlich schärfer markiert waren als in England.³⁰ Die ausgeprägte Exklusivität der aristokratischen Oberschicht verhinderte hier enge soziale Kontakte und Heiratsverbindungen und der Pfarrerberuf nahm anders als die standesgemäße Offiziers- und Beamtenlaufbahn kaum elitären Charakter an, während die stärker als der deutsche Landadel verbürgerlichte *gentry* den Pfarrern als sozialer Partner und Referenzgruppe eher zur Verfügung stand.

2. Für die deutsche evangelische Pfarrerschaft wurde im Unterschied zur anglikanischen Geistlichkeit das Modell des staatsnahen akademischen Bildungsberufes und das „Bildungsbürgertum“ bestimmend, eine Sozialformation, die sie nicht nur entscheidend mitgeprägt haben, sondern in der sie auch quantitativ im frühen 19. Jahrhundert noch eine starke Stellung einnahmen.³¹ Der Eintritt in diese Schicht, die der Staat an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert durch rechtliche Privilegierung aus der ständischen Gesellschaft herausgelöst hatte, vollzog sich primär über staatlich verbriefte Bildungsdiplome, die zum Eintritt in privilegierte staatsnahe Berufspositionen führte. Die Einbindung der evangelischen Pfarrer in dies

29 Vgl. ebenda, 220ff.; dies., *Evangelische Geistlichkeit in der Frühneuzeit* (Anm. 1), S. 91-97; O. Janz, *Bürger besonderer Art* (Anm. 1), S. 501.

30 Vgl. J. Kocka, *The Middle Classes in Europe*, in: *Journal of Modern History* 67 (1995), S. 788-791.

31 Vgl. O. Janz, *Bürger besonderer Art* (Anm. 1), S. 109-118, S. 508.

„Berechtigungswesen“ über den Gymnasialbesuch, das 1788 in Preußen eingeführte Abitur, den Besuch staatlicher Universitäten mit ihren theologischen Fakultäten und über staatskirchliche Prüfungen war die Grundlage ihrer Integration in die Schicht der akademisch Gebildeten.

Das deutsche Gymnasium und die am Anfang des 19. Jahrhunderts reformierten Universitäten waren zudem durchzogen von einer spezifisch deutschen, im Neuhumanismus wurzelnden Bildungsidee, die den Absolventen dieser Institutionen ein starkes berufsübergreifendes Selbstverständnis vermittelte. Das Selbstverständnis der evangelischen Pfarrer als „gebildete Bürger“ dokumentierte sich in ihrem Sozialverhalten, in ihrer aktiven Partizipation an der bürgerlichen Kulturwelt des deutschen Idealismus und der Romantik, in einer ausgedehnten, nicht auf kirchliche Themen beschränkten, schriftstellerischen und wissenschaftlichen Tätigkeit neben dem Amt, in der musischen Kultur der Pfarrhäuser, ihrer Teilnahme an bürgerlichen Salons, Lesegesellschaften, Geselligkeitsclubs und schließlich in der ausgeprägten Bildungszentriertheit der Pfarrhäuser, die alle Energien auf die für die Status-Reproduktion der Familie entscheidende Ausbildung der Söhne konzentrierte.

In England dagegen fungierte die akademische Bildung in weit geringerem Maße als soziale Klammer für die gehobenen Berufsgruppen wie Pfarrer und Ärzte, Anwälte und höhere Beamte. Ein vergleichbares Bürgertum der Gebildeten, eine spezifische Bildungsschicht, die relativ klar gegen Kaufleute, Bankiers und Unternehmer auf der einen Seite, die landbesitzende Oberschicht und den Adel auf der anderen Seite, abgegrenzt war, bildete sich hier nicht heraus. Die höheren akademischen Berufe scheinen in England im frühen 19. Jahrhundert in viel schwächerem Maße als in Deutschland über ein distinktes, berufsübergreifendes Selbstverständnis verfügt zu haben. So etwas wie ein „Kultur der Professions“ mit gemeinsamen Merkmalen und einem abgegrenzten sozialen Selbstbewußtsein bildete sich erst später heraus. Das deutsche Bildungsbürgertum verdankte sein Entstehen und sein spezifisches Profil dagegen dem Zusammentreffen von zwei Faktoren: Einer relativen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rückständigkeit auf der einen, der Tradition eines starken, frühmodernen Staates auf der anderen Seite, der als Faktor der gesellschaftlichen Modernisierung fungierte: Hier wurden die „Gebildeten“ zu den Trägern bürokratisch geprägter Modernisierung, ein Übergangsphänomen, das die Grenzen der ständischen Gesellschaft sprengte, aber auch noch kein Konglomerat von modernen Funktionseleiten und Expertenberufen darstellte.

Die Einbindung der Pfarrer in die bürgerliche Bildungsschicht und ihre Orientierung auf das höhere, akademisch gebildete Beamtentum, das deren Kern bildete, wurde gefördert durch die staatskirchlich-bürokratischen Züge des preußisch-deutschen Protestantismus. So kommt es etwa in Preußen anders als in England schon im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts unter staatlicher Lenkung zum Aufbau einer straff bürokratisch und hierarchisch

organisierten protestantischen Staatskirche, die im Kern bis 1918 Bestand hatte.³² Damit verstärkte sich der Einfluß des Staates und der Kirchenbürokratie auf den Zugang zum Kandidatenstand und zum Pfarramt, auf die Besetzung der Pfarrstellen, verstärkte sich die zentrale Kontrolle über die Pfarrer, ihre Bildungsstandards, ihre amtliche Tätigkeit und ihr außeramtliches Verhalten, während sich der Einfluß lokaler Gewalten, der Gemeinden und Pätrone, deutlich abschwächte. Die evangelischen Pastoren gewannen damit endgültig das Profil von akademisch gebildeten Staatsbeamten. Das Modell des modernisierten Beamtentum strahlte massiv auf die protestantischen Kirchen und ihre Amtsträger aus. Die Elemente dieses Modells waren: staatlich kontrolliertes und vermitteltes Fachwissen, staatlich kontrollierter Berufszugang, lebenslange Anstellung und Alimentation, soziale Absicherung, behördliche Disziplinargewalt und klare Kompetenzzuweisung.

Die Beamtenförmigkeit des evangelischen Pfarrerberufs wurde in Deutschland dadurch gefördert, daß die protestantischen Staatskirchen weitgehend konkurrenzlos blieben. Freikirchen wie in England, man denke an die Ausbreitung des Methodismus im frühen 19. Jahrhundert, blieben eine Randerscheinung. Pietismus und Erweckungsbewegung konnten hier in die Landeskirchen integriert werden. Das verlieh diesen den Charakter von para-staatlichen Kultusorganisationen, als deren konkurrenzlose Vertreter sich die Geistlichen betrachten konnten.

2. Die anglikanische und die deutsche evangelische Pfarrerschaft in der viktorianischen Epoche

Die Gemeinsamkeiten zwischen den Pfarrern der anglikanischen Kirche und den evangelischen Geistlichen in Deutschland haben im Laufe des 19. Jahrhunderts eher zugenommen. Diese Konvergenzen verweisen auf strukturell ähnliche Problemlagen von Religion, Kirche und theologischem Berufsstand im Prozeß der Modernisierung, der Industrialisierung und der zunehmenden Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Subsysteme.

1. Die Pfarrer der protestantischen Staatskirchen waren zwischen 1830 und 1900 mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert. Bevölkerungswachstum, Urbanisierung und Industrialisierung lösten den traditionellen Kontext ihres beruflichen Handelns auf und unterminierten den bisherigen patriarchalischen Status der Geistlichen. Sie schufen neue soziale Subjekte und Probleme, auf die Kirche und Pfarrerstand reagieren mußten.³³

Nicht nur in der wachsenden Arbeiterschaft, sondern auch in den Oberschichten nahmen Religionskritik und Distanz zum kirchlichen Leben zu, eine Abkehr von religiösen Weltbildern und kirchlichen Deutungsangeboten, die sich vor allem im Zeichen des technischen und naturwissenschaft-

³² Vgl. ebenda, S. 11-25.

³³ Vgl. A. Gilbert, *Religion and Society* (Anm. 3), S. 94-124

lichen Fortschritts, des Positivismus, einer bürgerlichen Fortschritts- und Wissenschaftsgläubigkeit vollzog. Diese Entwicklung schuf eine neue kulturelle und soziale Distanz zwischen den Pfarrern und den gebildeten Mittelklassen und Eliten:

Im Zuge der technisch-industriellen Entwicklung, der Verschulung, der Medikalisierung und der Ausdehnung der öffentlichen Verwaltungen kommt es zu einem erheblichen Wachstum und zu einer funktionalen Differenzierung der höheren Berufe. Neue Expertenberufe entstehen (Oberschullehrer, Architekten, Ingenieure, Chemiker, Volksschullehrer), ältere akademische Berufe expandieren und professionalisieren sich (Ärzte, Juristen). Auch hierauf mußte die Geistlichkeit reagieren, bedrohte und veränderte diese Entwicklung doch ihr bisheriges breites Funktions- und Berufsprofil.³⁴

Parallel zu diesen Vorgängen setzte eine Tendenz zur Verfachlichung und Verwissenschaftlichung der höheren Bildung und der akademischen Berufswelt ein. Diese Entwicklung setzt die überkommene, relativ unspezifische Pfarrervorbildung unter Reformdruck. Damit geht eine Tendenz zur verstärkten meritokratischen Legitimation von Berufsrollen und sozialen Chancen einher, die die vor allem auf Status und Allgemeinbildung basierende traditionale Pfarrerrolle verändern und bedrohen mußte, zumal für den theologischen Berufsstand in einer zunehmend technisch-industriell und bürokratisch-rational strukturierten Gesellschaft der Nachweis ihres gesellschaftlichen Nutzens besonders schwer zu führen war.

2. In beiden Fällen kommt es auf diesem, hier nur grob skizzierten, Hintergrund zu sehr ähnlichen berufs- und sozialgeschichtlichen Entwicklungen in der Pfarrerschaft, die sich als Tendenzen zu einer spezifisch klerikalen Professionalisierung interpretieren lassen.

Im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts setzt eine Reform der verkrusteten Strukturen der anglikanischen Kirche ein. Sie vollzieht sich unter staatlicher Lenkung und unter starkem Druck der Öffentlichkeit und einer utilitaristisch-meritokratischen Kirchenkritik, die von der kirchlichen Organisation eine Steigerung ihrer Effizienz und Leistung fordert. Anders als in den früh modernisierten und bürokratisierten deutschen Ländeskirchen mußte hier zunächst einmal die Hauptamtlichkeit und Hauptberuflichkeit der Pfarrerrolle und eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Pfarrstellen gewährleistet und die größten Exzesse des Patronage-Systems beseitigt werden. Dies geschieht durch eine Reihe von Parlaments-Akten: Zielscheibe der Maßnahmen war zunächst die Eindämmung des Absentismus, der eine flächendeckende Versorgung der Kirchenmitglieder verhinderte, ein Problem, das in Deutschland so gut wie keine Bedeutung besaß. Die Residenzpflicht des Pfarrers war in Deutschland traditioneller Bestandteil des Kirchenrechts und wurde in der Praxis auch befolgt. In England wurde 1813 den abwesenden Stelleninhabern, die ihre

34 Vgl. A. Haig, *The Victorian Clergy* (Anm. 9), S. 5ff.

Gemeinden nicht versorgten, die Anstellung und angemessene Bezahlung eines Pfarrverwesers (*curate*) zur Pflicht gemacht. Das machte den Absentismus kostspielig. Dennoch war er weiterhin verbreitet. Ab 1817 konnten die Bischöfe die Anstellung von *curates* anordnen.³⁵ Aber erst durch die Gesetze von 1838 und 1850 wird in der anglikanischen Kirche die Residenzpflicht allmählich durchgesetzt und gleichzeitig der weitverbreitete *pluralism*, ein in den deutschen Landeskirchen weitgehend unbekanntes Phänomen, zurückgedrängt: Seit 1838 konnte ein Pfarrer nicht mehr als zwei Pfarrstellen, seit 1850 nur noch eine Pfarrstelle bekleiden.³⁶ Der Absentismus nahm infolge dieser Maßnahmen deutlich ab: 1827 hatten erst 42 Prozent der Pfarrstellen einen am Ort wohnenden Amtsinhaber, 1850 dagegen war das Problem des Absentismus weitgehend beseitigt: Nur noch 9,5 Prozent der Gemeinden hatten keinen am Ort wohnenden Pfarrer.³⁷

Auch die Hauptberuflichkeit des Pfarramts war in den deutschen evangelischen Landeskirchen früher durchgesetzt worden als im anglikanischen Pendant. So erlaubte das Allgemeine Landrecht zwar die Bewirtshaftung der eigenen Pfründe, verbot den Pfarrern jedoch die Ausübung von Handel oder Gewerbe. Eigene Ländereien besaßen die evangelischen Pastoren in Deutschland ohnehin nur in seltenen Fällen und auch Land zur Pfründe hinzuzupachten, war im deutschen Pfarrerstand unüblich, so daß die Pastoren allenfalls ihre Pfründen selbst verwalteten. In der anglikanischen Kirche dagegen mußte zunächst einmal das Maß des selbst bewirtschafteten Landes auf ein bestimmtes Maß reduziert werden (1817), wobei zugleich Aktivitäten in Handel und Gewerbe eingeschränkt wurden. Im Zuge dieser Verordnungen wurden die Pfründeninhaber auch zur Instandhaltung der Pfarrhäuser verpflichtet und für die angestellten *curates* Minimalgehälter festgelegt.³⁸ Das führte zu einer gewissen Homogenisierung des Pfarrerstandes und seiner Lebensbedingungen und schob der rücksichtslosen Ausbeutung der zur Stelle gehörenden Vermögenswerte einen Riegel vor. Hinzu kam schließlich 1836 der *Clergy Discipline Act*, der die Disziplinar-Aufsicht über die Geistlichen verstärkte und ein Minimum an berufsethischen Verhaltensregeln festschrieb.

3. Entscheidende Anstöße zur stärkeren Professionalisierung der Pfarrer gingen von Kirche und Pfarrerstand selbst aus. In beiden Fällen wurden diese Tendenzen vor allem von den evangelikalen und neoorthodoxen Bewegungen getragen, von den *Evangelicals* und dem *Oxford-Movement* auf der einen, der Erweckungsbewegung und dem Neuluthertum auf der anderen Seite, Strömungen, die auch über die nationalen Grenzen hinweg in

35 Vgl. ebenda, S. 36.

36 Vgl. D. Mc Clatchey, *Oxfordshire clergy* (Anm. 7), S. 45.

37 Vgl. A. J. Russell, *The Clerical Profession* (Anm. 3), S. 37. Detaillierte Zahlen liegen für Oxfordshire vor: Hier wurden noch 1834 34. Prozent der Gemeinden nicht vom zuständigen Stelleninhaber betreut, 1866 waren elf Prozent, vgl. D. Mc Clatchey, *Oxfordshire clergy* (Anm. 7), S. 31.

38 Vgl. A. J. Russell, *The Clerical Profession* (Anm. 3), S. 36.

Wechselbeziehungen standen.³⁹ Diesen Bewegungen innerhalb des Protestantismus war die Abkehr vom theologischen Rationalismus gemeinsam, ein ausgeprägter Biblizismus, das Insistieren auf der persönlichen Gläubigkeit der Pastoren und die Konzeption des Pfarrerberufs als totaler Berufsrolle, die eine uneingeschränkte Identifikation erforderte.⁴⁰ Sie akzentuierten alle die Kernelemente des Pfarramts (Verkündigung, Spendung der Sakramente, Seelsorge) und insistierten auf einer gesellschaftlichen Sonderrolle des Pfarrers und einem distinkten klerikalen Berufs- und Verhaltensethos. Diese Pfarramtskonzeption läßt sich als Reaktion auf die oben beschriebenen Herausforderungen begreifen, war ein Rückzug auf die *core-functions* des Pfarrerberufs, zugleich aber auch ein Versuch, diese offensiv wieder an zentraler Stelle in der Gesellschaft zu platzieren. Sekundäre Funktionen wurden abgewertet und letztlich abgestoßen, zugleich aber der Versuch unternommen, den Pfarrerberuf in seinen Kernfunktionen nicht nur zu erhalten, sondern ihm auch erhöhte Professionalität, Legitimation und Autonomie zu verleihen. Das verband sich mit einem rigiden klerikalen Sonderethos, einer Reklerikalisierung des sozialen Selbstverständnisses der Pfarrer, mit dem Anspruch auf einen autonomen und privilegierten sozialen Ort über und außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft.⁴¹ Die evangelikalen, neopietistischen Kirchenmänner betonten vor allem die persönliche Gläubigkeit der Pastoren als Berufsvoraussetzung, neoorthodoxe und hochkirchliche Strömungen insistierten dagegen etwas stärker auf der sakralen Weihe, dem *character indelibilis* des Pfarramtes und versuchten das Amt in Abkehr vom reformatorischen „allgemeinen Priestertum der Gläubigen“ aus der apostolischen Sukzession abzuleiten, eine deutlich katholisierende, die Distinktion zwischen Laien und Geistlichen unterstreichende Tendenz. Immer aber wurde der geistliche Charakter des Pfarramtes und die totale Identifikation mit seinen Inhalten in den Vordergrund gerückt. Diese Strömungen konnten in beiden Kirchen im Vormärz wachsenden Einfluß verbuchen und wurden nach der Jahrhundertmitte dominant.

4. Auf diesem Hintergrund kommt es in beiden Fällen zu einer deutlichen Intensivierung der Kernelemente des Pfarrerberufes.⁴² So wurde die Liturgik ausgestaltet, die Kirchenmusik weiter entwickelt, Kirchbauten renoviert und die Kulturräume sorgfältiger ausgestaltet. Die Zahl der Gottesdienste nahm zu, es kam zu einem *revival* der Nebengottesdienste, Morgen- und Abendandachten wurden eingeführt, die Abendmahlsfeier häufi-

39 Vgl. ebenda, S. 37ff.

40 Vgl. W. B. D. Heeney, A different kind of gentleman (Anm. 14), S. 15ff.

41 Vgl. A. J. Russell, The Clerical Profession (Anm. 3), S. 40f.; W. B. D. Heeney, A different kind of gentleman (Anm. 14), S. 11-14.

42 Vgl. D. Mc Clatchey, Oxfordshire clergy (Anm. 7), S. 101ff.; W. B. D. Heeney, A different kind of gentleman (Anm. 14), S. 35ff.

ger abgehalten, kurz: die Pfarrer versuchten sich stärker als bisher als *specialists of the sanctuary* zu profilieren.

Hinzu trat eine Differenzierung der Gottesdiensttätigkeit: in England wurden nach methodistischem Vorbild *open-air*-Gottesdienste eingeführt und Kultusangebote für spezifische Zielgruppen, für Kinder und Jugendliche, für Fischer und Matrosen, Arbeiter, Frauen, Gefängnisinsassen, oft auch an bisher ungewöhnlichen Orten.⁴³ All dies ist Ausdruck eines verstärkten „marketings“ von Religion, Versuch, eine bereits weitgehend entchristlichte Gesellschaft erneut zu missionieren, wobei in England die Konkurrenz der anderen Denomination diesen Bemühungen in der anglikanischen Kirche zusätzliche Schubkraft verlieh.

Zur Intensivierung der Kernelemente der Pfarrerrolle gehört auch die verstärkte Hinwendung zur Bibelarbeit, der Akzent auf die Exegese. Zu nennen ist hier auch die Aufwertung der Konfirmation und die Intensivierung des Konfirmationsunterrichts, dann auch die Ausweitung der Seelsorge, ihre Spezialisierung, die Aufnahme von individueller Seelsorge und von Hausbesuchen. Vor allem aber bemühen sich die Pfarrer nun um eine Verstetigung ihres Kontaktes zur Kerngemeinde der Kirchentreuen, um den Aufbau einer spezifisch kirchlichen Subkultur. Dies vollzieht sich vor allem in einer Vielzahl von kirchlichen Vereinen, die nun gegründet werden, und in Gemeindekreisen (Frauenkreise, Bibelabende, Jugendvereine, Arbeitervereine, soziale Selbsthilfeorganisationen wie kirchliche Sparkassen, Nähvereine usw.). Beim Aufbau dieser kirchlichen Vereinskultur spielten die Pfarrfrauen eine prominente Rolle, aber auch angagierte Laien, oft Frauen aus den gehobenen Gesellschaftsschichten. Und schließlich entstehen ganz neue Gruppen von hauptberuflichen, nichtakademischen kirchlichen Hilfskräften samt dem damit verbundenen System von Ausbildungsstätten (Diakonissen, Gemeindeschwestern, *bible women*).⁴⁴ So entwickelt sich der Pfarrer vor allem im städtischen Kontext (und die Zahl der städtischen Pfarrer nimmt im Zuge der Urbanisierung deutlich zu) immer mehr von einem patriarchalischen Verwalter der kirchlichen Sitte zu einem kirchlichen Gemeindemanager, dessen Berufsarbeit intensiver, stetiger und komplexer wird und ein hohes Maß an Arbeitsdisziplin erfordert. Die Arbeitsbelastung steigt mit dem Anwachsen der Gemeinden in den industriell-städtischen Ballungszentren und den damit verbundenen regelmäßigen Routine-Amtshandlungen wie Taufe, Konfirmation, Trauungen und Beerdigungen drastisch an. Die Zeit für außerkirchliche Beschäftigungen und Nebentätigkeiten, die um 1800 noch eine so große Rolle spielten und für die Einbindung der Pfarrer in die kultivierte Oberschicht entscheidend waren, wird nun immer knapper.

5. Während sich die Kernelemente der Pfarrerrolle intensivierten und erweiterten, kam es auf der anderen Seite zu einem weitgehenden Verlust der

43 Vgl. ebenda, S. 36ff.

44 Vgl. ebenda, S. 59ff.

sekundären Berufsfunktionen, insgesamt also zu einer Rollenkontraktion. Ihre Funktionen als Standesbeamte gaben die anglikanischen Pfarrer bereits 1836 ab. Die Zivilehe wurde eingeführt, die Trauungen in Freikirchen legitimiert, staatliche Meldebehörden aufgebaut. Die Pfarrer gaben damit eine wichtige weltliche Verwaltungsfunktion an den Staat ab. In Deutschland kommt es dagegen erst im Kulturkampf 1875 reichsweit zur Einführung der Zivilehe, in Preußen ein Jahr zuvor. Dieser Vorsprung Englands erklärt sich wohl aus der stärkeren konfessionell-kirchlichen Vielfalt und dem Emanzipationsdruck, der von den freikirchlichen Denominationen ausging und eine Liberalisierung des Verhältnisses von Staat und Kirche begünstigte.⁴⁵

Auch von den ehrenamtlichen Justiz- und Polizeiaufgaben auf Kreisebene (*county bench*) ziehen sich die anglikanischen Pfarrer zurück.⁴⁶ Hierfür sind mehrere Faktoren verantwortlich zu machen: Das neue geistliche Amtsverständnis sah den Pfarrer nun nicht mehr als patriarchalische Autoritätsperson, sondern als Freund, Ratgeber, Seelsorger der Gemeindemitglieder und wies ihm überdies einen Ort über den sozialen Klassen und ihren Konflikten zu. Seine Funktion sollte es sein, diese zu vermitteln und auszugleichen. Dies vertrug sich nur schlecht mit den repressiven Funktionen der Justiz und Polizei. Hinzu kam die wachsende Arbeitsbelastung der Pfarrer sowie die starke Kritik der radikalen politischen Kräfte und der anderen Denominationen an der engen Verbindung von anglikanischer Kirche und Staat. Und schließlich unterlag der Justiz- und Polizeidienst seinerseits einem zunehmenden Professionalisierungsprozeß. So ging die Zahl der Pfarrer, die Nebenämter in diesen Bereichen wahrnahmen, immer mehr zurück, vor allem nach der Reform der Polizeiverwaltung von 1856. In Warwickshire etwa waren um 1830 noch 40 Prozent der *magistrates* im Hauptberuf Pfarrer, 1868 dagegen nur noch sieben Prozent.⁴⁷

Auch aus dem Armen- und Gesundheitswesen zogen sich die Pfarrer zurück.⁴⁸ Zwar verwaheten die Pfarrer in beiden Ländern bis ins 20. Jahrhundert kirchliche Arnenstiftungen, doch ihre Bedeutung für das Armenwesen geht schon früh stark zurück, in England spätestens 1834 mit dem *Poor Law*, das den Aufbau einer staatlichen Armenfürsorge und die Einrichtung von Arbeitshäusern brachte. Im frühen 19. Jahrhundert waren daneben viele Geistliche noch informell ärztlich tätig oder versorgten Gemeindemitglieder auf dem Land mit Medikamenten. Auch dies ging mit der allmählichen Verbesserung der ärztlichen Versorgung des Landes zurück.

45 Vgl. A. J. Russell, *The Clerical Profession* (Anm. 3), S. 142-146.

46 Vgl. W. B. D. Heeney, *A different kind of gentleman* (Anm. 14), S. 64ff.; A. J. Russell, *The Clerical Profession* (Anm. 3), S. 160ff.

47 Vgl. ebenda, S. 165.

48 Vgl. W. B. D. Heeney, *A different kind of gentleman* (Anm. 14), S. 75-78; A. J. Russell, *The Clerical Profession* (Anm. 3), S. 169-184.

Zentrale Funktionen hatten die Pfarrer in beiden Ländern im ländlichen Volksschulwesen. In England wurde, in deutlichem Rückstand zu Deutschland, das Volksschulwesen überhaupt von der Kirche aufgebaut, vor allem von dem 1811 gegründeten kirchlichen Schulverein, der staatliche Zuschüsse erhielt und bis 1833 schon 7000 Schulen gegründet hatte.⁴⁹ Die Pfarrer waren nicht nur am Bau und an der Aufsicht über die Schulen beteiligt, sie übernahmen oft auch einen großen Teil des Unterrichts neben ausgeschiedenen Soldaten. 1851 besuchten schon 75 Prozent der englischen Volksschulkinder staatlich unterstützte Schulen der anglikanischen Kirche.⁵⁰ Nach 1850 zogen sich die Geistlichen jedoch allmählich aus dem Unterricht zurück. Ihr Engagement für den Bau von Volksschulen war jedoch ungebrochen, da eine Volksschule als Symbol eines funktionierenden Gemeindelebens galt und so wurden bis 1870 weiter Volksschulen in kirchlicher Regie gegründet. In dieser Zeit entsteht nun auch in England ein professioneller Lehrerstand, zum einen, weil kirchliche Lehrerseminare eingerichtet werden, zum anderen, weil die finanzielle Konsolidierung der Schulen die Anstellung hauptamtlicher Lehrkräfte erlaubt. 1870 wird das kirchliche Volksschulwesen vom Staat übernommen.⁵¹ Auch in Preußen war die Aufsicht über die Volksschulen bis 1872 Sache der Pfarrer, obwohl das Schulwesen staatlich war, die Lehrer zu den Staatsbeamten zählten und sich etwas früher als in England zu einem eigenständigen, subakademischen Beruf entwickelten. Aber auch nach 1872 behielten die Pfarrer auf dem Land noch häufig die Aufsicht über die örtlichen Volksschulen, eine Funktion, die sie nun allerdings in rein staatlichem Auftrag ausübten. Bis zum Ersten Weltkrieg wurden sie allmählich durch staatliche Schulinpektoren abgelöst.

6. Zur Professionalisierung der Pfarrer im 19. Jahrhundert gehört auch die Bildung berufsständischer Organe und Interessenvertretungen, die den Aufbau einer eigenständigen pastoralen Subkultur förderten.⁵² Nach 1830 wurden in der anglikanischen Kirche verstärkt *clerical meetings*, Treffen der Pfarrer auf Kreisebene, eingeführt, parallel zu den deutschen „Pfarrkonferenzen“, die sich in der gleichen Zeit deutlich intensivierten. Diese mehr oder weniger regelmäßigen Treffen dienten dem beruflichen Austausch, der Fortbildung und der informellen Geselligkeit. Daneben wurden in der anglikanischen Kirche auch regelmäßige Synoden auf Kreisebene unter Vorsitz eines Dekans eingeführt, ein Amt, das nun wiederbelebt wurde.⁵³ Es entsprach den preußischen Superintendenten, die am Anfang des Jahrhunderts wieder eingeführt worden waren. Auch in Deutschland gab es in dieser Zeit starke Tendenzen zur Einführung synodaler Organe.

49 Vgl. ebenda, S. 192ff.

50 Vgl. ebenda, S. 200.

51 Vgl. W. B. D. Heeney, A different kind of gentleman (Anm. 14), S. 87ff.

52 Für England: A. J. Russell, The Clerical Profession (Anm. 3), S. 42ff.

53 Vgl. W. B. D. Heeney, A different kind of gentleman (Anm. 14), S. 107-111.

Im Rheinland und in Westfalen wurden sie ab 1818 eingeführt, im restlichen Preußen allerdings erst mit der Kreissynodalordnung von 1873, in vielen anderen deutschen Landeskirchen jedoch schon wesentlich früher. Sie förderten die überlokale Vernetzung des kirchlichen Lebens und der Pfarrer und dienten als wichtige kirchliche Diskussionsforen und als kollegiale Disziplinar- und Kontrollorgane.

Die berufsständische Integration verstärkte sich auch durch das Entstehen kirchlicher Vereine, Parteibildungen und Institutionen wie der Inneren Mission. Sie banden die Geistlichen immer mehr in überlokale kirchliche Zusammenhänge ein. Die Mobilität und Reisetätigkeit (Vorträge, Konferenzen, Fortbildungsseminare) der Pfarrer nahm zu, nicht zuletzt dank verbesserter Transportbedingungen, und brach die Isolation der Landpfarrer allmählich auf. In den 1890er Jahren bildeten sich in Deutschland schließlich auch berufsständische Interessenvertretungen (Pfarrervereine), zuerst auf regionaler, dann auch auf nationaler Ebene. Parallel zu diesen Entwicklungen intensivierte sich die theologische Fachöffentlichkeit, vermehrten sich die theologisch-kirchlichen Zeitschriften, von denen nun fast jeder Pfarrer die eine oder andere abonnierte. Nationale Pfarrer-Adreßbücher erschienen und auch pastoraltheologische Literatur, die auf die kirchliche Praxis abstellte, erlebte eine Blüte.

7. Ein zentrales Element der entstehenden klerikalen Subkultur war die Entwicklung eines spezifisch pastoralen Verhaltens- und Berufskodex und eines spezifisch pastoralen Lebensstils und Habitus.⁵⁴ Die anglikanischen Geistlichen der Generation nach 1830 sahen sich nun als „different kind of gentlemen“, die protestantischen Geistlichen als „Bürger besonderer Art“. Dies klerikale Sonderethos wurde über Pastoralhandbücher und theologische Studienratgeber verbreitet, es wurde in den entstehenden theologischen Konvikten, Predigerseminaren und im Lehrvikariat eingepflegt, von Kirchenleitungen, Superintendenten, Synoden und Pfarrkonventen verstärkt und kontrolliert, in den Pfarrhäusern an die Söhne und Töchter, oft künftige Pfarrer und Pfarrfrauen, weitergegeben. Es dokumentierte sich in spezifischen Kleidungsnormen, einem spezifischen Sprach- und Predigtduktus, Habitus und körperlichem Verhaltensstil. Es erstreckte sich nicht nur auf die Amtsführung, in der nun stärker bisher auf die professionelle Distanz zur Klientel geachtet wurde, sondern auch auf das Privat- und Familienleben, die Freizeitbeschäftigungen, Geselligkeit und Sozialkontakte der Pfarrer. Jagd, Tanz, Sport und Wirtshausbesuch galten nun für Pfarrer als unzulässig, sie sollten kein „großes Haus“ mehr führen, Zurückhaltung beim Alkoholgenuß üben, ja selbst der Theater- und Konzertbesuch galt nun vielen Pastoraltheologen als zweifelhaftes Vergnügen. Das Pfarrhaus der viktorianischen Epoche wurde in seinem Lebensstil ganz auf die klassischen Werte eher klein- als großbürgerlicher Mittelschichten, auf Werte wie Sparsamkeit, Disziplin, Mäßigung, Familiensinn usw. ver-

⁵⁴ Vgl. A. Haig, *The Victorian Clergy* (Anm. 9), S. 13ff.

pflichtet, die es der Gemeinde (und hier vor allem den zu erziehenden Unterschichten) vorleben sollte. Die privaten sozialen Kontakte sollten sich auf die Kollegen und die kirchentreuen Familien beschränken. Dieses rigide „decorum clericale“ führte dazu, daß sich viele Pfarrer von den Geselligkeitsformen und kulturellen Praktiken der bürgerlichen und aristokratischen Oberschichten zurückzogen. In England dokumentiert sich das etwa in der Gründung von Pastoren-Clubs in London, eigener Hotels für Pfarrer an der Riviera⁵⁵, in Deutschland im Rückzug aus bürgerlichen Geselligkeitsverlecken und im Rückzug der Nachwuchstheologen aus den Studentenverbindungen, die für die Vermittlung berufsübergreifender Sozialkontakte und Habitusformen der Akademikerschicht eine herausragende Rolle gewannen.

8. Auch in der Ausbildung der Theologen kommt es in beiden Fällen zu klaren Professionalisierungs- und sozialen Abschottungstendenzen. Alle Richtungen der anglikanischen Kirche der Zeit wie auch der deutschen evangelischen Landeskirchen waren sich darineinig, daß die jungen Theologen stärker als bisher auf die immer komplexeren Probleme und Bedürfnisse der kirchlichen Praxis vorbereitet werden sollten, daß sie nicht nur über eine profundes theoretisches Berufswissen, sondern auch über praxisorientierte pastorale Berufstechniken sowie über einen spezifisch pastoralen „Charakter“ verfügen sollte, zu dessen Merkmalen die persönliche Gläubigkeit, eine unbedingte Glaubwürdigkeit in Verkündigung und Seelsorge, die Internalisierung des „decorum clericale“ und die totale Identifikation mit der Berufsrolle und dem Berufsethos zählten. Die Forderung nach einer stärkeren kirchlichen Sozialisation der jungen Theologen wurde daher in vielfältigen Varianten zu einem Leitmotiv der kirchlichen Diskussion in beiden Ländern.⁵⁶

Bis 1830 gab es an den englischen Universitäten keine theologische Fachschulung, in deutlichem Rückstand zu Deutschland, wo sich die akademische Bildung der Theologen seit dem späten 18. Jahrhundert stark verwissenschaftlicht und differenziert hatte. Die akademische Ausbildung der anglikanischen Pfarrer unterschied sich daher nicht grundsätzlich von der anderer Hochschulabsolventen.⁵⁷ Erst zwischen 1830 und 1860 differenziert sich die Theologie als eigenes Fach im Kanon der englischen Universitäten aus. 1843 wird in Cambridge ein freiwilliges theologisches Zusatzexamen eingeführt (*Cambridge voluntary*).⁵⁸ Die Absolventen von Oxford und Cambridge konnten jedoch von den Bischöfen auch weiterhin ohne Examen ordiniert werden. Erst 1870 wird *Divinity* in Oxford zu einem regulären Studiengang und Prüfungsfach (*degree subject*), eine deut-

55 Vgl. A. J. Russell, *The Clerical Profession* (Anm. 3), S. 235ff.

56 Vgl. A. Haig, *The Victorian Clergy* (Anm. 9), S. 72-90.

57 Vgl. A. J. Russell, *The Clerical Profession* (Anm. 3), S. 97ff.; R. Towler/A. P. Coxon, *The Fate of the anglican clergy* (Anm. 6), S. 10-13, 17ff.

58 Vgl. A. Haig, *The Victorian Clergy* (Anm. 9), S. 75.

liche Tendenz zur Fachschulung und Verwissenschaftlichung der theologischen Ausbildung nach deutschem Vorbild.⁵⁹

Daneben läßt sich eine klare Entwicklung zur Institutionalisierung der praktischen Berufsvorbereitung feststellen. In manchen süddeutschen Landeskirchen gab es schon vor dem 19. Jahrhundert Predigerseminare, deren Besuch nach dem Studium obligatorisch war, bzw. das meist einjährige Lehrvikariat bei einem erfahrenen Geistlichen. In Preußen und den meisten anderen norddeutschen Landeskirchen war weder der Besuch eines Predigerseminars noch ein Lehrvikariat vorgeschrieben. Die wenigen vorhandenen Predigerseminare konnten nur von einer Elite der Nachwuchstheologen besucht werden. Die jungen Theologen waren daher in der oft jahrelangen Kandidatenzeit weitgehend sich selbst überlassen und meist in berufsfremden Bereichen tätig, vor allem als Hauslehrer und an Schulen. Erst in den 1890er Jahren wurde in Preußen für jede Provinz ein Predigerseminar gegründet und auch das Lehrvikariat zur Regel gemacht. Hinzu kam, daß nach 1850 ein immer größerer Teil der Kandidaten vor der Übernahme einer festen Pfarrstelle eine Zeit lang als Hilfsprediger fungierte. Um 1900 war daher die Pfarrerkarriere weitgehend professionalisiert, verkirchlicht und „verlaufbahnt“. Sie führte von der Universität, die mit dem ersten theologischen Examen angeschlossen wurde, ins Predigerseminar oder in ein Lehrvikariat. Im Anschluß daran wurde das zweite kirchliche Examen abgelegt. Die Kandidaten arbeiteten dann einige Jahre als Hilfsprediger, bevor sie eine feste Pfarrstelle übernahmen.

Auch in England verbreitete sich das Lehrvikariat nach 1830 in großem Umfang. Zu einem obligatorischen Bestandteil der Pfarrerlaufbahn ist es jedoch erst nach dem Ersten Weltkrieg geworden.⁶⁰ Daneben entstanden eine ganze Reihe von *Theological Colleges*, die meist einer kirchlich-theologischen Strömung zugeordnet waren. Wie die deutschen Predigerseminare waren sie meist regional ausgerichtet.⁶¹ Die Theologen studierten hier nicht nur, sondern lebten hier auch zusammen, ganz wie in den katholischen Priesterseminaren und den meisten deutschen Predigerseminaren der evangelischen Kirchen. Dies erleichterte die informelle Vermittlung der pastoralen Verhaltensstandards, die Kontrolle über die persönliche und religiöse Entwicklung der Kandidaten, die Ausbildung einer korporativen professionellen Identität. Die anglikanischen Theologen schließen sich hier an parallele Tendenzen in anderen Berufszweigen an: Armee, Verwaltung, Ärzte und Lehrerschaft entwickelten ähnliche *Professional schools*. Zwischen 1831 und 1876 wurden elf theologische Colleges gegründet, meist in

59 Vgl. A. J. Russell, *The Clerical Profession* (Anm. 3), S. 239f.; R. Towler/A. P. Coxon, *The Fate of the anglican clergy* (Anm. 6), S. 17-20.

60 Vgl. W. B. D. Heeney, *A different kind of gentleman* (Anm. 14), S. 99-101; A. Haig, *The Victorian Clergy* (Anm. 9), S. 89.

61 Vgl. W. B. D. Heeney, *A different kind of gentleman* (Anm. 14), S. 101ff.

Regie der Bischöfe, also in kirchlicher Verantwortung.⁶² Auch hierin sind sie den deutschen Predigerseminaren vergleichbar, die nicht wie die theologischen Fakultäten dem Staat direkt, sondern den Landeskirchen unterstanden. Der Besuch eines theologischen *residential college* wurde jedoch in der anglikanischen Kirche erst nach dem Ersten Weltkrieg obligatorisch. Dennoch prägten diese Einrichtungen die Vorbildung der Pfarrer immer mehr: Im Zeitraum 1902–1906 hatten schon 50 Prozent der Ordinanden eine über das Studium hinausgehende Ausbildung an einem der theologischen Colleges erhalten.⁶³

Die theologischen Colleges erlangten jedoch in England eine noch stärkere Bedeutung und viel weitreichendere Funktionen als die deutschen Predigerseminare. Denn anders als in Deutschland, wo die akademische Ausbildung für die Theologen ausnahmslos Pflicht blieb und Predigerseminar und Lehrvikariat lediglich eine zweite, post-akademische Ausbildungsphase darstellten, wenn auch eine zunehmend obligatorische, haben die *Theological Colleges* die traditionelle universitäre Ausbildung der Pfarrer in England nicht nur immer mehr ergänzt, sondern auch ersetzt. So kam in der viktorianischen Epoche ein wachsender Teil der Pfarrer nun ohne Universitätsabschluß und nur mit dem College-Abschluß ins Pfarramt. Damit „verkirchlichte“ sich die Ausbildung eines großen Teiles der anglikanischen Pfarrerschaft bereits in der primären Phase der theologischen Fachschulung, im deutlichen Gegensatz zu Deutschland, wo kircheneigene Hochschulen sich bis zum Ersten Weltkrieg nicht durchsetzen konnten. Der Anteil der Ordinanden ohne Universitätsausbildung stieg in der anglikanischen Kirche kontinuierlich an: 1834–1843 waren nur zehn Prozent der Ordinanden *non-graduates*, 1872–1891 jedoch kamen schon über 30 Prozent der Theologen ohne die universitäre, meist in Oxford und Cambridge erworbene „*gentlemen*-Ausbildung“ ins Pfarramt, 1902–1906 dann sogar 35 Prozent.⁶⁴ Die deutsche Pfarrerschaft stellt sich daher im Vergleich zu England als stärker akademisch-wissenschaftlich geprägt, praxisferner und „bildungsbürgerlicher“ dar, was nicht zuletzt mit dem Reformdruck zu erklären ist, der von den anderen Denominationen auf die anglikanische Kirche ausging. Bezöge man die Ausbildung der Pfarrer dieser Freikirchen in den Vergleich mit ein, würde sich der beobachtete Unterschied noch wesentlich deutlicher darstellen, denn die Geistlichen dieser Kirchen wurden, wenn überhaupt, auf eigenständigen theologischen Fachschulen für die Praxis vorbereitet. Insgesamt läßt sich also sagen: Das Ideal des umfassend gebildeten *gentleman*-Pfarrers blieb in der anglikanischen Kirche zwar weiter stark⁶⁵, ebenso wie das Modell des bildungsbürgerlichen Pfarrers in Deutschland, und diese Modelle wurde in beiden Kir-

62 Vgl. R. Towler/A. P. Coxon, *The Fate of the anglican clergy* (Anm. 6), S. 17ff.; A. Haig, *The Victorian Clergy*, S. 74, 78, 86ff.

63 Vgl. A. Haig, *The Victorian Clergy* (Anm. 9), S. 87f.

64 Vgl. ebenda, S. 32.

65 Vgl. A. J. Russell, *The Clerical Profession* (Anm. 3), S. 243f.

chen vor allem von den liberalen Kräften in der Kirche vehement verteidigt. Dies konnte jedoch nicht verhindern, daß die Ausbildung der Pfarrer sich immer stärker verfächlichte, verkirchlichte und auf ein zunehmend abgeschottetes, kirchliches und pastoral-klerikales Milieu ebnengte, in England vielleicht noch stärker als in Deutschland, denn hier kamen vor dem Ersten Weltkrieg schon mehr als ein Drittel der Pfarrer ohne die klassische Oxbridge-Bildung in das Pfarramt.

Neben diesen ähnlichen Entwicklungstendenzen fallen jedoch auch markante Unterschiede ins Auge:

1. Unterschiede ergeben sich vor allem in der Konstruktion der Berufslaufbahn, der Kontrolle über den Zugang zum Pfarramt und der professionellen Standards. Der Prozeß der Konstruktion und Professionalisierung der höheren, akademischen Berufe vollzieht sich in Deutschland viel stärker unter staatlicher Lenkung. Dies gilt auch für die Pfarrerkarriere. Der Zugang zum Pfarrerberuf wird in Deutschland relativ früh staatlich normiert und nach bürokratisch-meritokratischen Gesichtspunkten gestaltet. In England hält sich dagegen eine weit größere Uneinheitlichkeit, finden wir einen weit geringeren Grad an staatskirchlicher Zentralisierung und meritokratischer Rationalität, der sich auch als Professionalisierungsrückstand interpretieren läßt.

In der anglikanischen Kirche fehlte bis tief in die viktorianische Epoche hinein ein einheitliches Prüfungswesen, das den Zugang zur Ordination regelte. Die Entscheidung über die Zulassung zur Ordination und damit zum Pfarrerberuf lag im Ermessen der einzelnen Bischöfe, die etwa den preußischen Generalsuperintendenten entsprachen. Familiäre Beziehungen und Nepotismus spielten daher beim Zugang zum Pfarrerstand lange eine erhebliche Rolle. Zwischen 1845 und 1860 verschärfen und objektivierten sich zwar die bischöflichen Examina, aber erst 1874 einigten sich die anglikanischen Bischöfe auf eine einheitliche, gemeinsame Prüfung mit homogenen Standards für die Absolventen der theologischen Colleges.⁶⁶ Die Kandidaten von Oxford und Cambridge legten nun immer häufiger das freiwillige theologische Examen ab. Beide Examina waren jedoch weiterhin nicht zwingend vorgeschrieben, d.h. die Bischöfe konnten auch weiterhin Kandidaten ordinieren, die diese Examina nicht abgelegt hatten. Sie setzen sich erst allmählich als Regelprüfungen durch. Der Zugang zu den theologischen Colleges wurde sogar erst 1893 durch eine einheitliche Prüfung geregelt.⁶⁷ Noch 1908 waren jedoch 60 Prozent der amtierenden Pfarrer nicht durch ein theologisches College gegangen und hatten damit keine professonalisierte, spezifisch theologisches Fachschulung erhalten. Erst

66 Vgl. A. Haig, *The Victorian Clergy* (Anm. 9), S. 155.

67 Vgl. ebenda, S. 157.

1912 wird eine theologische Ausbildung an den Universitäten oder theologischen Colleges für die Ordination zwingend vorgeschrieben.⁶⁸

In Deutschland finden wir dagegen schon um 1800 standardisierte und relativ einheitliche Prüfungsbestimmungen und Zugangsvoraussetzungen. Die deutschen Theologen besuchten das humanistische Gymnasium, legten das Abitur ab, studierten mindestens 6 Semester an den theologischen Fakultäten der staatlichen Universitäten und legten zwei Prüfungen vor kirchlichen Behörden ab, in denen auch staatlich besoldete Theologieprofessoren als Vertreter der theologischen Fakultäten saßen. Ausnahmen von dieser Regel waren vor allem nach 1820 äußerst selten. In England dagegen wurden bis ins späte 19. Jahrhundert sogenannte *literates*, Kandidaten ohne Oxbridge- oder college-Ausbildung, zur bischöflichen Prüfung und Ordination zugelassen.

Entscheidende Unterschiede ergeben sich auch, wenn man den eigentlichen Zugang zum Pfarramt, die Modalitäten der Pfarrstellenbesetzung betrachtet. In der anglikanischen Kirche unterstand ein großer Teil der Pfarrstellen privaten Patronen, die über die Besetzung der Stellen entschieden. Ähnliche Patronage-Strukturen hielten sich im Gegensatz zu Deutschland auch in der Armee und der staatlichen Verwaltung. Erst 1853 wurde im *Indian Civil Service* der Ämterkauf und die Patronage abgeschafft, in den folgenden zwei Jahrzehnten auch in anderen Teilen der Verwaltung, zuletzt 1871 in der Armee.⁶⁹ In der anglikanischen Kirche haben sich moderne meritokratische Karrierestrukturen am spätesten durchgesetzt. Alle Reformversuche scheiterten hier an den Besitzrechten der lokalen Patrone, die das Kirchenpatronat als ihr Eigentum betrachten. Auch in Preußen war das private Patronat weit verbreitet, besonders in den Gebieten östlich der Elbe. In der anglikanischen Kirche haftete das Patronat jedoch nicht als Ehrenrecht an bestimmten Gütern wie in Preußen, sondern war von ihnen gelöst und verkäuflich. Das ermöglichte den Ämterkauf. 1878 befanden sich elf Prozent der privaten Patronate im Besitz der Stelleninhaber, also der Pfarrer selbst. Weitere acht bis neun Prozent der privaten Patronate waren in Händen von Personen, die den gleichen Familiennamen trugen wie die aktuellen Amtsinhaber.⁷⁰ Über 20 Prozent der Privatpatronate waren also von den Pfarrern oder ihren Familien appropriiert worden. Aber auch bei den anderen Stellen privaten Patronats spielten bei der Besetzung familiäre Beziehungen oder gar Bestechung noch eine erhebliche Rolle.⁷¹ Die anglikanische Geistlichkeit wies also auch im 19. Jahrhundert noch in erheblichem Umfang den Charakter einer vormodernen Amtsträgerschaft auf. Die Tendenz wies freilich auch hier in Richtung des deutschen Modells, denn die Kompetenzen der Bischöfe bei der Besetzung der Stellen nahmen allmählich zu, die Stellen privaten Patronats verloren an Gewicht.

68 Vgl. R. Towler/A. P. Coxon, *The Fate of the anglican clergy* (Anm. 6), S. 24-27.

69 Vgl. A. J. Russell, *The Clerical Profession* (Anm. 3), S. 26.

70 Vgl. ebenda, S. 245ff.

71 Vgl. W. B. D. Heeney, *A different kind of gentleman* (Anm. 14), S. 111ff.

1878 unterstanden allerdings immer noch ein Drittel aller Pfarrstellen privaten Patronen.

In Deutschland war das Patronat nicht nur unverkäuflich, die der Besetzung vorgeschalteten Qualifikationskontrollen waren auch wesentlich einheitlicher und strenger. Der Einfluß der Patrone auf die Besetzung der Pfarrstellen war schon am Anfang des 19. Jahrhunderts massiv eingeschränkt worden. Damit war die Verfügungsgewalt der zentralen Kirchenbehörden über die einzelnen Pfarrstellen wesentlich ausgeprägter. Ämterkauf und Bestechung der Patrone oder Gemeinden standen unter schwerer Strafe und kamen im 19. Jahrhundert nur noch in Ausnahmefällen vor. Beziehungen spielten auch hier noch lange eine große Rolle. Viele Rittergutsbesitzer, die ein Patronat innehatten, versuchten die vakanten Stellen mit Kandidaten zu besetzen, die als Hauslehrer in ihren Familien gearbeitet hatten. Doch die Patrone konnten in Preußen seit 1810 (ebenso wie die Gemeinden bei Stellen, die durch Gemeindewahl besetzt wurden) nur noch aus dem Kreis der Kandidaten auswählen, die bereits das zweite kirchliche Examen abgelegt hatten. Gemeinden und Patrone hatten überdies lediglich ein Vorschlagsrecht. Jede Stellenbesetzung mußte von den zuständigen Konsistorien bestätigt werden. Diese Unterschiede im Grad, in dem sich bürokratisch-meritokratische Prinzipien im Kirchendienst durchgesetzt hatten, und damit auch im Grad der Professionalität und Autonomie der Kirche bei der Kontrolle der pastoralen Berufsstandards, sind auf die stärker behördenkirchlichen Strukturen des deutschen Protestantismus zurückzuführen, wie sie sich spätestens im frühen 19. Jahrhundert nach dem Vorbild der staatlichen Verwaltungen verfestigt hatten.

2. Bürokratische Sozialmodelle hatten für den Status und das Selbstverständnis der Pfarrer insgesamt eine ganz unterschiedliche Bedeutung. Der sozialrechtliche Status der Pfarrer war auch nach 1850 in Deutschland noch in enger Anlehnung und Analogie zum staatlichen Beamtentum konstruiert. Die Pfarrer blieben öffentliche Beamte, auch wenn sie nach der formalen Trennung von Kirche und Staat keine unmittelbaren Staatsbeamte mehr waren, denn das landesherrliche Kirchenregiment blieb bestehen und damit auch das besondere Verhältnis zum Monarchen, dem sie den Treueid zu schwören hatten. Sie genossen weiter wichtige Privilegien des Beamtentums: Die lebenslange Anstellung, Absicherung im Alter über ein System sich entwickelnder staatlicher Pensionskassen, immer in enger Anlehnung an die Beamten, und andere rechtliche Privilegien. Ein Faktor hat sicher im Vergleich zu ihren anglikanischen Kollegen entscheidend dazu beigetragen, daß sich die evangelischen Pfarrer in Deutschland weiter als Beamte einer öffentlichen, quasi-staatlichen Kultuseinrichtung fühlen konnten: Das Monopol über ihr Berufsfeld ging im Kern nicht verloren. Es kam zwar zu massiven Entkirchlichungstendenzen im Protestantismus, besonders beim Kirchenbesuch und der Abendmahlsteilnahme. Aber der Kirchenaustritt blieb bis 1914 ein Randphänomen und auch die Nachfrage

nach den lebensbegleitenden kirchlichen Amtshandlungen blieb bis zum Ersten Weltkrieg fast ungebrochen. Mit anderen Worten: Die evangelische Bevölkerung ließ sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch weiterhin von den Pfarrern der evangelischen Landeskirchen taufen, konfirmieren, trauen und beerdigen. Die Pfarrer hatten zwar mit einer wachsenden Kirchenferne und religiösen Indifferenz im Alltag zu kämpfen, aber nicht mit der Konkurrenz anderer protestantischer Religionsgemeinschaften. Die Bedeutung der protestantischen Sekten blieb marginal und auch die neopietistischen Strömungen des späten 19. Jahrhunderts (Gemeinschaftsbewegung) konnten weitgehend in den Landeskirchen gehalten werden.

Völlig anders stellte sich die Situation für die anglikanische Geistlichkeit dar: Die Pfarrer hatten hier nicht nur traditionell mit der Konkurrenz der Dissenter zu kämpfen, im späten 18. begannen die protestantischen Freikirchen auch massiv zu expandieren und neue Denominationen entstanden, ein Prozeß, der sich im 19. Jahrhundert beschleunigt fortsetzte. Das religiöse und kirchliche Leben „denominationalisierte“ sich. Die anglikanische Kirche wurde immer mehr zu einem Anbieter religiöser Dienstleistungen unter anderen: 1911 standen den knapp 26.000 Pfarrern der episcopal churches im ganzen Königreich allein 4500 methodistische Pfarrer gegenüber und rund 13.000 Pfarrer anderer protestantischer Religionsgemeinschaften. Der anglikanische Klerus stellte also vor dem Ersten Weltkrieg nur noch zwei Drittel der hauptamtlichen protestantischen Geistlichen.⁷²

3. Wichtige Unterschiede ergeben sich auch, wenn wir die ökonomische Lage und den sozialen Status der anglikanischen und der deutschen evangelischen Pfarrer im späten 19. Jahrhundert vergleichen. Die anglikanischen Pfarrer wurden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hart von der Agrarkrise getroffen, ohne daß die Einnahmeausfälle in nennenswertem Umfang durch zentralkirchliche Fonds ausgeglichen worden wären. Der Wert ihrer Pachterträge ging drastisch zurück. Das Durchschnittseinkommen der Pfründeninhaber, das 1837 bei ungefähr 500 Pfund gelegen hatte, ging bis 1897 auf 246 Pfund zurück.⁷³ Manche Pfarrländereien waren nun schwer verpachtbar und so wurde in manchen Fällen sogar die Selbstwirtschaft wieder aufgenommen.⁷⁴ Der ehemals privilegierte ökonomische Status der Pfarrer gehörte bald der Vergangenheit an. Dies galt vor allem für den ländlichen Pfarrerstand.⁷⁵

Dieser Statusverlust der anglikanischen Geistlichen schlug sich auch in einer deutlichen Öffnung ihrer Rekrutierung nieder. Ein Indiz für die schwindende Exklusivität des Pfarrerberufs war der wachsende Anteil von

72 Vgl. R. Currie/A. D. Gilbert/L. H. Horsley, *Churchs and churchgoers: Patterns of church growth in the British isles since 1700*, London 1977, S. 196-207.

73 Vgl. R. Towler/A. P. Coxon, *The Fate of the anglican clergy* (Anm. 6), S. 21-24.

74 Vgl. A. Haig, *The Victorian Clergy* (Anm. 9), S. 297.

75 Vgl. A. J. Russell, *The Clerical Profession* (Anm. 3), S. 238ff., 246f.

non-graduates unter den Ordinanden, der von zehn Prozent (1834–1843) auf 35 Prozent (1902–1906) absank. Die sinkende Attraktivität des Pfarrerberufs läßt sich auch an der Berufswahl der Absolventen von Oxford und Cambridge ablesen: Bis zur Jahrhundertmitte gingen noch 75 Prozent der Absolventen in den Kirchendienst, schon 1864–1873 jedoch nur noch 50 Prozent, ein Anteil der in den folgenden Jahrzehnten weiter absank. Immer weniger angehende Theologen konnten sich die teure Ausbildung an den Elite-Universitäten leisten und so sank der Anteil der Oxbridge-Absolventen an den Pfarrer von 1834 bis 1906 von 80 Prozent auf 54 Prozent ab.⁷⁶ Die wachsende Zahl von Pfarrern, die sich eine Oxbridge-Ausbildung nicht leisten konnten und über die theologischen Colleges in den Pfarrerberuf einströmten, kamen meist aus kleinbürgerlichen, bürgerlichen und auch aus proletarischen Familien. Sie erhielten meist Pfarrämter in den nördlichen Regionen des Landes, wo die pastorale Arbeit schwer und unattraktiver war, die Pfarrer mit größeren Gemeinden und schärferer Konkurrenz durch andere Kirchen konfrontiert waren und die Stelleneinkommen niedrig lagen. So hat sich die innere Differenzierung des anglikanischen Pfarrerstandes nach Ausbildung, Rekrutierung, Einkommen und Arbeitsbedingungen im späten 19. Jahrhundert wieder erheblich erhöht.⁷⁷

Bis weit über die Jahrhundertmitte scheint ein beträchtlicher Teil der anglikanischen Pfarrer über erhebliche Vermögen verfügt zu haben. Dies erlaubte der Mehrzahl der Pfarrer auch dort, wo die Stelleneinkommen niedrig lagen, eine standesgemäße Lebensführung. Zeitgenössische Schätzungen der Mitte des Jahrhunderts gingen davon aus, daß die privaten Einkünfte der Pfarrer etwa dem Gesamtumfang ihrer Stelleneinkommen entsprachen. Die anglikanische Pfarrerschaft war daher zu dieser Zeit insgesamt „poor as a profession, but rich as a class“ und um 1850 nach materieller Lage und Lebensführung noch eindeutig Teil der „better-off-professions“.⁷⁸ In Cambridgeshire verfügten noch 1860 nicht weniger als 20 Prozent der Pfarrer über sehr erhebliche Vermögen und gut die Hälfte hinterließen Vermögen von mindestens 2000 Pfund. Das entsprach dem siebenfachen eines zu dieser Zeit als ausreichend betrachteten Pfarrer-Jahreseinkommens.⁷⁹ Vermögen dieser Größenordnung waren im deutschen Pfarrerstand erheblich seltener. Die Agrardepression der 1870er und 1880er Jahre und die Öffnung der Rekrutierungsbasis der anglikanischen Geistlichen nach unten führte jedoch dazu, daß immer weniger Pfarrer über größere private Vermögen und Einkommen verfügten. So konnten die anglikanischen Pastoren nun mangelhafte Pfründeneinkommen immer seltener aus privaten Einkünften aufbessern und die bisherigen Standards der pastoralen Lebensführung oft nicht mehr halten.

76 Vgl. ebenda, S. 242ff., A. Haig, *The Victorian Clergy* (Anm. 9), S. 29–32.

77 Vgl. ebenda, S. 117ff., 124–135.

78 Vgl. ebenda, S. 308, 313.

79 Vgl. ebenda, S. 316ff.

Diese Entwicklung rief eine Reihe von Reformversuchen hervor. 1863 wurde ein kirchlicher Hilfsfonds (*Ecclesiastical Fund*) gegründet, der die Einkommen der Pfarrer zumindest in Stadtgemeinden mit mehr als 4000 Seelen aufzubessern versuchte. Auch wurden in den folgenden Jahrzehnten zahlreiche Pfarrhilfsgesellschaften gegründet, die die materielle Lage der Pfarrer und Gemeinden verbessern sollte. All das blieb jedoch Stückwerk und ohne durchgreifenden Erfolg. Die Einkommen blieben äußerst inhomogen und hingen weiterhin fast ausschließlich von den lokalen Pfründen ab. Die Abschaffung des Pfründensystems und die Einführung einer zentralen Besoldung mit dem Ziel einer sozialen und regionalen Homogenisierung der Pfarrerschaft scheiterte nicht zuletzt an dem Lokalismus der Pfarrer und den Besitzrechten der Patrone.⁸⁰

So ähnelte die Situation in der anglikanischen Kirche im ausgehenden 19. Jahrhundert immer mehr den Verhältnissen, die in den deutschen Landeskirchen lange geherrscht hatten: von Stelle zu Stelle stark variierende, insgesamt relativ niedrige Pfarreinkommen, die nicht mit dem Dienstalter oder der Arbeitsbelastung der einzelnen Pfarrer korrelierten, eine nach unten relativ offene Rekrutierung mit stark kleinbürgerlich-mittelständischem Einschlag, daher immer seltener größere private Vermögen, geringe soziale Absicherungen für Alter und Krankheit und eine insgesamt bescheidene materielle Lage, die sich deutlich von den anderen höheren Bildungsberufen, den höheren Staatsbeamten, Richtern, Anwälten und Ärzten, abhob.⁸¹

Doch die Entwicklung in der anglikanischen Kirche konvergierte nicht, sondern überkreuzte sich mit der in Deutschland: Denn während sich die soziale und materielle Lage der anglikanischen Pfarrer im späten 19. Jahrhundert aufgrund der verschleppten Reform des traditionellen Pfründensystems verschlechterte, konnten die evangelischen Pfarrer in Deutschland ihren Status ökonomisch stabilisieren und insgesamt sogar verbessern, obwohl die soziale Rekrutierung der Theologen sich auch hier vorübergehend stark nach unten ausweitete.⁸² In der Besoldungsfrage und den Strategien, die die Pfarrer hierbei verfolgten, wurde eindrucksvoll die Stärke bürokratischer Sozialmodelle für den Pfarrerstand und die im Vergleich zu England deutlich ausgeprägtere anstaltskirchliche Struktur des deutschen Protestantismus deutlich.

80 Vgl. W. B. D. Heeney, *A different kind of gentleman* (Anm. 14), S. 113ff. Die geringe Durchsetzungskraft zentraler Organe in der anglikanischen Kirche zeigte sich auch an der Entwicklung des kirchlichen Pensionswesens. Die erst 1894 eingeführte kirchliche Pensionskasse für Pfarrer verfügt über keinen Beitrittszwang und kann nur bescheidene Leistungen erbringen. Zu einer durchgreifenden Reform, die einen Zwangsbeitrag für die Pension auf alle Pfarrereinkommen einführt, kommt es erst in den 1920er Jahren. Vgl. A. Haig, *The Victorian Clergy* (Anm. 9), S. 319-329.

81 Vgl. ebenda, S. 297ff.

82 Die Zunahme der Pfarrstellen und der Theologiestudenten führte dazu, daß sich in den ersten beiden Jahrzehnten des Kaiserreichs über 50 Prozent der Nachwuchs-Theologen aus nicht-akademischen Berufsgruppen rekrutierten.

Nach ersten Reformschritten in den 1870er Jahren (ich beschränke mich auf das preußische Beispiel) wird in den 1890er Jahren das traditionelle dezentrale Pfründensystem im Kern durch eine einheitliche zentrale kirchliche Besoldung abgelöst, die den Pfarrern eine nach Dienstalter gestaffelte, feste Besoldung garantierte. Diese Reform glich die Pfarrerbesoldung in ihrer Struktur weitgehend an die staatliche Beamtenbesoldung an und auch die Höhe der Gehälter orientierte sich nun an der anderer akademischer Beamtengruppen im Staatsdienst (Oberlehrer, Richter). Auch die soziale Absicherung der Pfarrer im Alter und die ihrer Hinterbliebenen wurde nun umfassend geregelt, immer in enger Anlehnung an das Sozialrecht der höheren Beamten im Staatsdienst. Möglich wurde dieser einschneidende Strukturwandel nur durch ein massives finanzielles Engagement des Staates. Die evangelische Kirche konnte hier von der politischen Konjunktur der Zeit profitieren (Ende des Sozialistengesetzes 1890, Wahlerfolge der Sozialdemokratie, neuer sozialpolitischer Kurs Wilhelms II.), in der die Kirche den „staatserhaltenden Kräften“ als Bollwerk gegen die erstarkende Sozialdemokratie galt. So wurden auch die Gebühren für einzelne kirchliche Amtshandlungen, die bis 1893 von den Pfarrern erhoben wurden, aus politischem Interesse an der Eindämmung der Entkirchlichung durch staatliche Subventionen abgelöst. Damit wurden kurz vor der Jahrhundertwende jahrzehntelang erhobene standespolitische Forderungen der evangelischen Pfarrer eingelöst. Ihr Adressat war immer in erster Linie der Staat gewesen und ihre soziale Referenzgruppe das höhere, akademisch gebildete Beamtentum. Im Ergebnis hatte sich die protestantische Kirche nochmals deutlich etatisiert und bürokratisiert. Ein krasser Statusverlust der evangelischen Geistlichen, der sich auch in Deutschland abgezeichnet hatte (Entkirchlichung, Agrarkrise, Verkleinbürgerlichung der Rekrutierung) war vermieden worden. Die Reform der Pfarrerbesoldung im ausgehenden 19. Jahrhundert dokumentiert eindrucksvoll wie stark im deutschen Fall die politischen Entscheidungsträger, aber auch der Pfarrerstand selbst auf staatskirchliche Ordnungsvorstellungen und das Modell des evangelischen Pfarrers als staatsnahe akademischen Bildungsberuf fixiert waren.

Mitteilungen und Berichte

Neue Lokalgeschichtsschreibung in Afrika und Südasien/ New Local Historiographies in Africa and South Asia

Workshop am Zentrum Moderner Orient, Berlin, 10.-12. Oktober 1997

Lokalgeschichte ist keine Domäne der Universitätshistoriker. Hierzulande entstand im frühen 19. Jh. im Kontext der deutschen Nationalbewegung eine mehrheitlich von Amateurhistorikern getragene Orts- und Landesgeschichtsschreibung, die „Heimatgeschichte“.¹ Ende der siebziger Jahre kamen – nun in eher kritischer Absicht – die lokalhistorischen Aktivitäten der „Geschichtswerkstätten“ dazu. Doch sind solche Formen der Geschichtsschreibung nicht auf westliche Nationalstaaten mit vergleichsweise alter Schrifttradition beschränkt. Im Oktober 1997 hat sich ein Workshop am Zentrum Moderner Orient, Berlin, mit der Herausbildung solcher neuen, vor allem von nichtakademischen Historikern verfaßten Formen von Lokalgeschichtsschreibung („neue Lokalgeschichten“) in Afrika und auf dem indischen Subkontinent befaßt.

In afrikanischen und asiatischen Gesellschaften wird Geschichte in vielfältigen Formen dargestellt: als mündliche Überlieferung, in Bildern und in rituellen oder theatralischen Darstellungen. Die meisten Gesellschaften verfügen über spezifische Genres als dominante Formen der Repräsentation lokalen historischen Wissens. In jüngerer Zeit kamen vielerorts neue Formen dazu, die sich – im lokalen Kontext gesehen – neuartiger narrativer Techniken bedienen, damit auch oft neue Botschaften vertreten und sich an ein anderes Publikum wenden. In vielen dieser Gesellschaften ist die mündliche Überlieferung die etablierte („traditionelle“) Form der Darstellung lokalen historischen Wissen und erfolgt oft durch Spezialisten. Der mündlichen Überlieferung stehen zunehmend schriftlich verfaßte „neue“ Lokalge-

schichten gegenüber. Auch in Gesellschaften, die über eine ältere Schrifttradition verfügen, wird Lokalgeschichte auf neue Weise geschrieben, etwa als Popularisierung traditioneller historiographischer Genres. Andere neue Formen der Präsentation lokaler Geschichte, etwa durch elektronische Medien (in den letzten Jahren zunehmend Videokassetten), gewinnen ebenfalls an Bedeutung, spielten im Workshop jedoch nur eine untergeordnete Rolle.

Der Workshop verfolgte drei Hauptziele:

- Angesichts ihres geringen Bekanntheitsgrads und der Tatsache, daß die universitäre akademische Geschichtsschreibung sie meist nicht ernst nimmt, als „unauthentisch“ disqualifiziert oder nur als Quelle rezipiert, galt es zunächst, neue Lokalgeschichten in Afrika und Südasien überhaupt erst einmal zu identifizieren, zu explorieren und exemplarisch zu dokumentieren.

- Die neuen Lokalgeschichten sollten als Genre mit spezifischen Inhalten und Darstellungsformen analysiert werden. Dabei ging es zum einen um einen Vergleich mit den – im jeweiligen lokalen Kontext – „traditionellen“ Formen der Repräsentation lokalen historischen Wissens, zum anderen um ihr Verhältnis zur westlich-akademisch geprägten Historiographie.

- Die neuen Lokalgeschichten sollten in den jeweiligen gesellschaftlichen Kontext eingeordnet und als Element des lokalen historischen Diskurses analysiert werden. Dabei standen Fragen nach der sozialen und politischen Position der Autoren, ihrem Publikum, den Produktionsbedingungen und dem (sozioökono-

mischen) Umfeld neuer Lokalgeschichten im Vordergrund. Ein die Diskussionen des Workshops durchziehendes Thema war die „Produktion von Lokalität“⁴²: Inwieweit tragen neue Lokalgeschichten zur Konstruktion lokaler Identität bei? In welcher Weise weisen sie über den von ihnen thematisierten lokalen Kontext hinaus?

Am Beginn des Workshops stand eine Sektion mit vier Beiträgen über neue Lokalgeschichten in Südnigeria, wo dieses Genre aufgrund starker Verbreitung formeller Schulbildung und weitverbreiteten Druck- und Publikationsmöglichkeiten eine ausgeprägte Konjunktur erlebt. Diese Fallbeispiele erhielten einen für den Workshop paradigmatischen Charakter. *Axel Harneir-Sievers* (Berlin) analysierte Lokalgeschichten aus der Igbo-Region als Genre, das das „Wesen“ lokaler Gemeinschaften unter Rückgriff auf drei Konzepte beschreibt: auf „Geschichte“; auf eine überhistorisch verstandene, in ihrer Unterscheidung von den Nachbargemeinschaften spezifische „Kultur“; sowie auf (moderne) „Entwicklung“, die von der Entwicklung von Christentum und Bildungswesen, aber beispielsweise auch durch individuellen kommerziellem Erfolg verkörpert wird. Am Fall von Benin City behandelte *Benson Osadolor* (Ibadan/Hamburg) neue Lokalgeschichtsschreibung in einem zentralisierten Königtum, die von Interessen der lokalen Aristokratie, aber auch nationalstaatlicher Kulturpolitik geprägt wird. Hier vermischen sich Historiographie und theatralische Darstellungen. Mit I. B. Akinyele stellte *Toyin Falola* (Austin) einen Historiker der Yoruba-Stadt Ibadan vor, der das Vehikel der Lokalgeschichtsschreibung für den eigenen politischen Aufstieg in der „traditionellen“ Hierarchie der Stadt nutzte. Am Beispiel Calabars zeigte *Ute Röschenthaler* (Berlin), wie verschiedene Versionen von Lokalgeschichte – teilweise unter Berufung auf prestigeträchtige Quellen wie die Bibel oder universitäre Afrikaforschung – der Legitimation ethnischer Machtansprüche

dienen. Einer dieser Gruppen, den Efik, gelang es, ihre vorkoloniale ökonomische Dominanz in koloniale und postkoloniale politische, Bildungs- und eben auch historiographische Hegemonie zu transformieren.

In zwei weiteren Sektionen wurden neue Lokalgeschichten im südlichen und in Ostafrika exploriert. Dabei wurden erhebliche Unterschiede zum nigerianischen Fall deutlich. *Ngwabi Bhebe* (Harare) stellte das staatlich gesponsorte *Oral History Programme* Simbawes vor, das bisher allerdings vorrangig akademischen Zwecken dient. Ebenfalls für Simbabwe analysierte *Terence Ranger* (Oxford) die Gründe für das Fehlen neuer Lokalgeschichtsschreibung im nördlichen Matabeleland: die späte Missionierung dieser *frontier*-Region und die Gewalt, die ihre Bevölkerung in den letzten Dekaden erlebte. Anstelle der Verschriftlichung tritt hier die Darstellung von Geschichte im Ritual, etwa der Errichtung eines Schreins für die Helden des Befreiungskampfs. *Robert Papstein* (Amsterdam) stellte Gruppen sambischer Amateurchistoriker vor, die in Kooperation mit europäischen Universitätshistorikern Lokalgeschichten publizieren. Er sah hierin einen Weg, dem Verlust lokaler historischer Traditionen entgegenzuwirken, wies allerdings auch auf die mit der Erstellung von Lokalgeschichten oft einhergehende Stärkung lokaler ethnischer Identitäten hin, die bisweilen im Widerspruch zu Interessen des sambischen Nationalstaats (und der in ihm dominierenden ethnischen Interessen) stehen. *Wilhelm Möhlig* (Köln) analysierte Formen und Politik der Verschriftlichung lokaler historischer Traditionen in Kavango (Nordnamibia). *Thomas Geider* (Köln) gab einen Überblick zur swahilischsprachigen Literatur an der ostafrikanischen Küste, die Stadtchroniken und ethnische Geschichtsschreibung umfaßt und seit der Kolonialzeit von den Missionen und teilweise sogar vom Staat unterstützt wurde. *John Lonsdale* (Cambridge) analysierte die Veränderungen im historischen Bewußt-

sein bei den Kikuyu (Kenia) im Verlauf der Kolonialzeit. An die Stelle der Polyphonie vorkolonialer historischer Erzählungen – so beschrieb er die „historische Amnesie“ der Kolonialzeit – trat der Rückgriff auf durch biblische Themen dominierte Erzählungen ohne große historische Tiefe.

In einer vierten Sektion wurden den afrikanischen Beispielen drei Fallstudien aus der indischen Subkontinent gegenübergestellt. *Martin Gaenszle* (Heidelberg) beschrieb die Bedeutung des Rituals in traditionellen Formen der Darstellung von Geschichte bei den Kiranti (Nepal) und verglich sie mit neuen historischen Schriften, die teilweise den Ursprung der Kiranti in den Nahen Osten verlegen, alte Schrifttraditionen für sich beanspruchen und neuerdings auch „Animismus“ als Zeichen kultureller Autonomie werten. *Antje Linkenbach-Fuchs* (Heidelberg) sah für Indien kaum Parallelen zur afrikanischen neuen Lokalgeschichte. Sie betonte dagegen den regionalen, nationalen und *community*-orientierten Charakter neuer nichtprofessioneller Geschichtsschreibung und führte dies unter anderem auf die in Indien vorherrschenden translokalen sozialen und religiösen Identitäten zurück. Einige von ihr analysierte historische Werke über Garwhal (Uttar Pradesh) betonten vor allem die überregionale Signifikanz der Region für ganz Indien, das in diesen Texten als eine auf der hinduistischen Religion und Sozialordnung basierende Zivilisation verstanden wird. *Hugh van Skyhawk* (Heidelberg) plädierte für einen vorsichtigen Umgang mit lokalen historischen Traditionen durch die neuen, speziell die elektronischen Medien.

In der Diskussion erwies sich die Differenzierung zwischen nichtprofessioneller und akademischer Geschichtsschreibung, die einen Ausgangspunkt des Workshops gebildet hatte, als nur begrenzt tragfähig. Zwar gibt es typische Unterschiede zwischen beiden „Welten“, was Zielsetzungen der Autoren und die Rezeptionsweisen ihrer Bücher betrifft. Doch verschwammen die Abgrenzungen

nicht nur, weil auch Universitätshistoriker populäre lokalgeschichtliche Texte verfassen, sondern vor allem deshalb, weil die Schriften nichtprofessioneller Historiker häufig Konzepte von „Geschichte“ verwenden, die dem formellen Schul- und Universitätssystem entstammen. Die Grenzen zwischen „Geschichte“ und „Ethnographie“, aber auch die Abgrenzungen zwischen Genres sind nicht klar zu ziehen. Oft stehen „Geschichte“ und Vorstellungen unwandelbarer ahistorischer „Tradition“ nebeneinander. Neue Lokalgeschichten stehen im Hinblick auf narrative Formen und Inhalte der akademischen Geschichtswissenschaft oft näher, als deren Vertretern lieb ist. Allerdings sind sie nicht einfach als „authentische“ Quellen lokaler Geschichte lesbar. Sind neue Lokalgeschichten aus Afrika, wie *Adam Jones* (Leipzig) es pointiert formulierte, vielleicht in erster Linie Quellen zur afrikanischen *Geistesgeschichte* des 20. Jh.s?

Zugleich wurde deutlich, daß neue Lokalgeschichten nicht nur konzeptionell, sondern auch inhaltlich über den von ihnen thematisierten lokalen Zusammenhang hinausreichen. Zwar verwenden viele neue Lokalgeschichten die lokale Gesellschaft als Untersuchungseinheit. Sie versuchen, die betreffende Lokalität „auf den Begriff zu bringen“ und sie als räumliche oder ethnische, verwandtschaftliche oder auch moralische Gemeinschaft zu (re-) konstruieren. Diese Konstruktion geschieht jedoch in aller Regel unter Rückgriff auf überlokale und globale Narrative, etwa indem sie „(moderne) Entwicklung“, die großen Religionen, den Kolonialismus und den Nationalstaat einbezieht. Die neue Lokalgeschichtsschreibung beschreibt ihren Gegenstand immer auch als Ergebnis der Aneignung überlokaler Faktoren und Kräfte durch die lokale Gesellschaft.

Die Schlußsektion nahm Johannes Fabians Studie zum „Vokabular von Elisabethville“³ zum Ausgangspunkt einer Reflexion über den Produktionsprozeß neuer Lokalgeschichten. Wie positionieren Autoren sich im Verhältnis

zur oralen Tradition und deren Repräsentanten, wie etablieren sie ihre eigene auktoriale Autorität gegenüber der Leserschaft? Manche der Texte lassen sich als popularisierte Formen lokalen historischen Wissens verstehen, andere als dessen Usurpation durch Vertreter aufstrebender Eliten. Neue Lokalgeschichten laufen Gefahr, alternative Versionen historischen Wissen zu dominieren, zu verdrängen und zu entkontextualisieren, wie *Bernt Glazer* (Berlin) betonte. Einerseits wird vielfach davon ausgegangen, daß Verschriftlichung allein schon aufgrund ihres sozialen Prestiges bereits Autorität schafft – die symbolische Bedeutung des Buchs ist bisweilen größer als seine reale Leserschaft. Andererseits zeigte *Brigitte Bühler* (Berlin), daß im lokalen historischen Diskurs der Wiya in Kamerun schriftliche, von Kolonialbeamten bzw. -ethnologen erstellte Versionen durchaus keine herausgehobene Position besitzen. Vielmehr werden sie als *Geschichten* (zumal solche recht fragwürdigen Charakters) in den mündlichen Diskurs über *Geschichte* integriert. Während *Jan-Georg Deutsch* (Berlin) auf die Notwendigkeit, solche Aspekte der intertextuellen Dimension eingehender zu untersuchen, verwies, forderte *Achim von Oppen* (Berlin) zum Abschluß dazu auf, die Ausgangskonzepte des Workshops – „neu“, „lokal“, und „Historiographie“ – zu überdenken.

Aufgrund des explorativen Charakters des Workshops (dessen überarbeitete Beiträge in Buchform veröffentlicht werden sollen) blieben manche Fragen offen. Erstens hätte die regionale Bandbreite des Vergleichs weiter gefaßt wer-

den können: Südafrika mit seiner weitentwickelten akademischen Lokal- und Alltagsgeschichtsschreibung, wo jedoch zugleich afrikanischer Lokalhistoriographie der Ruf einer *Bantustan*-Geschichte anhaftet, blieb ebenso außen vor wie Äthiopien, wo eine Tradition lokaler Geschichtsschreibung im Umfeld der Klöster existiert. Eine zweite Leerstelle bestand beim Thema „Religion und Lokalgeschichte“, da es wenig Fallbeispiele aus islamisch geprägten Gesellschaften gab. Die Aneignung der christlichen „Weltreligion“ geschieht, wie an der Vielzahl der in ihrem Kontext entstandenen neuen Lokalgeschichten deutlich wird, offenbar häufig in Form lokalhistorischer Selbstvergewisserung. Gibt es im Islam eine ähnliche Tendenz, oder erweist er sich hier als die stärker globalisierte und globalisierende Religion? Das Zentrum Moderner Orient plant eine Folgeveranstaltung speziell zu diesem Fragenkomplex.

Axel Harneit-Sievers

- 1 Vgl. C. Applegate, *A Nation of Provincials. The German idea of Heimat*, Berkeley 1990.
- 2 A. Appadurai, *The Production of Locality*, in: R. Fardon (Hrsg.), *Counterworks. Managing the Diversity of Knowledge*, London 1995, S. 204-225.
- 3 J. Fabian, *History from Below. The „Vocabulary of Elisabethville“ by André Yav*, Amsterdam 1990.

Soziale Gruppen der neuen Bundesländer im Wandel

Kolloquium am 28./29. November 1997, Lyon

Am 28. und 29. November 1997 fand in Lyon ein Kolloquium zum Thema „Soziale Gruppen der neuen Bundesländer im Wandel“ statt, das gemeinsam von einer Forschergruppe der Universität Lyon II, die sich mit Studien zum zeitgenössischen Deutschland befaßt, und von der an der Universität Paris VIII angesiedelten Gruppe „Geschichte der DDR und der neuen Bundesländer“ organisiert wurde. Es ging um die Neuordnung innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft und das Schicksal einzelner sozialer Gruppen seit der Wiedervereinigung.

Die ersten Beiträge konzentrierten sich auf den produktiven Bereich. *Hervé Joly* (CNRS-Lyon II) analysierte, was heute aus den Generaldirektoren der fünfzig größten DDR-Kombinate geworden ist. Dadurch, daß sie ihr Wissen in der Regel erst in der Praxis erworben hatten, unterschied sich der soziale Charakter ihres Milieus wesentlich von dem auf den westlichen Chefetagen. Nach einer sehr kurzen Übergangs- und Umstrukturierungsphase waren bis auf einen alle von ihnen durch eine neue Betriebsleitung abgesetzt worden. Ihre Umstellungsbeeinträchtigungen sind in der Regel gescheitert, und man kann tatsächlich von einer generellen Beseitigung der Wirtschaftselite sprechen.

Michèle Dupré (CNRS-Lyon) sprach über den Werdegang der Leiter von Betrieben mittlerer Größe, wobei sie sich auf eine Feldstudie in Buna und in diesem Zusammenhang veröffentlichte Daten stützte. Die verhältnismäßig größte Zahl ostdeutscher Betriebsleiter (Eigentümer oder Angestellte) hält sich noch immer in den kleinsten Firmen. Bei diesen Führungskräften, die oftmals aus bescheidenen Verhältnissen stammen, handelt es sich vor allem um Techniker, denen das Management bis dato wenig vertraut war. Als Eigentümer leiden sie unter einem chronischen Mangel an Ei-

genkapital, als Angestellte sind ihre Einkommen sowie ihr sozialer Status weit aus bescheidener als bei ihren westlichen Pendants.

Unternehmenskultur war das Thema des Beitrags von *Sandrine Kott* (Poitiers). Die „Ostalgie“, die sich im Laufe der letzten Jahre entwickelt hat, wird besonders deutlich am Verlust des Gemeinschaftsgefühls innerhalb der Unternehmen. Der Begriff der Unternehmenskultur sollte in diesem Zusammenhang jedoch nicht mißverstanden werden, lag schließlich der Ausdruck des solidarischen Zusammenhalts in der DDR nicht so sehr in der produktiven Arbeit als solcher, sondern vielmehr in den kulturellen und Freizeitaktivitäten, ohne daß man von einer tatsächlichen Identifikation mit den betrieblichen Interessen hätte sprechen können.

Guillaume Lacquement (Montpellier/Perpignan) versuchte im Anschluß, das Gewicht des kollektivistischen und präkollektivistischen Erbes bei den Umstellungen auf dem Lande aufzuzeigen. Das heute vorrangige Modell ist nicht der Familienbetrieb, wie er von der Regierung gewünscht wird, sondern die große Kooperative, deren Angehörige oftmals von mittleren oder Großbauern aus der unmittelbaren Nachkriegszeit abstammen. Zu beobachten ist die Zunahme kleinerer „Teilzeit“-Bewirtschaftungen, die dem Umstand zu verdanken sind, daß vor 1989 durchaus auch der eine oder andere privat bewirtschaftete Flecken Erde existierte. Einige ehemalige LPG-Vorsitzende konnten sich auf die individuelle Bewirtschaftung im größeren Rahmen umstellen, aber viele Privatbauern aus DDR-Zeiten haben den Übergang nicht geschafft.

Leonore Ansoarg (Potsdam) stellte die Ergebnisse einer Untersuchung zur Frauenarbeit in der Textilindustrie im ländlichen Raum in Wittstock im Norden von Brandenburg vor. Noch zu DDR-Zeiten

erlebte der dortige Betrieb eine starke Fluktuation an Arbeitskräften, die sich negativ auf seine Produktivität auswirkte. An diese Periode bewahrten die befragten Arbeiterinnen nur eine gute Erinnerung, und das waren die Brigadefeiern. Verglichen mit ihren Kolleginnen aus den umliegenden LPG haben die entlassenen Arbeiterinnen heute keinerlei Chance auf Wiedereinstellung.

Eine zweiter Komplex von Vorträgen betraf die sozialen Gruppen außerhalb des produktiven Bereiches. Für *Françoise Périgaut* (Lyon II) war die Ärzteschaft eine der wenigen Gruppen, die die Umwälzungen der Wendezeit unter günstigen Bedingungen überstanden haben, denn als Ärzte blieben sie schließlich nach wie vor denselben spezifischen Werten verhaftet. Die große Mehrheit der vor 1989 in Ambulanzen tätigen Mediziner hat sich seither selbständig gemacht. Dabei haben die ostdeutschen Ärzte das liberale System umfassend aufgenommen und sind inzwischen im Angesicht von Reformen, die die Ausgaben für Medikamente limitieren sollen, dessen schärfste Verfechter. Diese Reformen werden von ihnen als eine Rückkehr zum System des Etatismus erlebt, das ihnen aus der jüngsten Vergangenheit noch sehr deutlich in unangenehmer Erinnerung geblieben ist.

Jean-Luc Susini (Muntpellier) hat die Fakten analysiert, die einen Einfluß auf die Umstellung des Personalbestandes der DDR-Armee (NVA) hatten: Während es in der NVA eine relativ starke Überbesetzung gab, kam es nach der Wiedervereinigung innerhalb der Bundeswehr zu einer bedeutenden Reduzierung der Armeebestände und Finanzen. Einer beachtlichen Zahl an Offizieren und Unteroffizieren ist die Umstellung dennoch gelungen (von 25.000 überhaupt Integrierbaren, bewarben sich 15.000, unter denen 12.000 eine Zurücksetzung im Dienstgrad erlebten). Letztere leiden heute oftmals an einem Gefühl beruflicher Abwertung.

Michael Hofmann (Dresden) bemühte sich, die Umriss einer sozialen

Kategorie der DDR zu zeichnen, die er „Bildungsbürgertum“ nennt. Dazu zählt er diejenigen, die ihren sozialen Aufstieg als kulturelle Bereicherung erfahren haben. Sie waren es, die Glasnost und Perestroika vor 1989 am vehementesten verteidigt hatten und die auf zahlreichen Foren während der Wendezeit aktiv waren. Die Wiedervereinigung hat sie nun ihrer Lebensgrundlage beraubt, und so zeigt sich bei ihnen eine starke Tendenz zur Ostalgie.

Eine Beschreibung der Erwartungen und Enttäuschungen der ostdeutschen Homosexuellen kam von *Michel Celse* (Valenciennes). In der DDR der achtziger Jahre forderten Gruppen von Homosexuellen oftmals unter dem Deckmantel der Kirche die positive Anerkennung ihrer Homosexualität, die seit 1968 nicht mehr strafbar war. In der Wendezeit standen sie den Bürgerbewegungen recht nahe und teilen heute eine ganze Reihe von deren enttäuschten Hoffnungen.

Die Themen Bildung und Wissenschaft standen im Mittelpunkt eines dritten Vortragskomplexes. *Martin Sabrow* (Potsdam) erinnerte daran, daß die Annäherung zwischen ost- und westdeutschen Historikern und der Niedergang der DDR-Historiographie bereits weit vor dem Fall der Mauer begonnen hatten. Nichtsdestoweniger war die institutionelle Umgestaltung im Historikermilieu radikal: Kein DDR-Historiker blieb in den Funktionen, die er zuvor innehatte. Zwei Drittel arbeiten nach wie vor als Historiker weiter, wenngleich unter erschwerten Bedingungen. Es herrschen geteilte Meinungen über die Bewertung ihrer Tätigkeit vor 1989, die seinerzeitigen Schulbücher bleiben jedoch ihr „schlechtes Gewissen“.

Catherine Talandier (Paris VII) hat festgestellt, daß sich die Annäherung zwischen Lehrern der Sekundarstufen, die aus Ostdeutschland stammen und denen aus dem Westen nur mühsam vollzogen. Ausgehend von Umfragen, die mit ehemaligen DDR-Lehrern durchgeführt wurden, hat sie einige der Spezifika ostdeutscher Lehrer herausgestellt. Sie

fühlen sich im großen und ganzen dem neuen Schulsystem verbunden, allerdings mit einigen Einschränkungen: die nunmehr den Lehrern gelassene Freiheit wird als übertrieben eingeschätzt, ohne daß man deshalb den Zwängen der alten Lehrpläne nachtrauert würde. Man bedauert, daß sich die Schule zu wenig um die Erziehung kümmert und daß die Kontakte mit den Eltern anonym geworden sind.

Georges Roche (Grenoble III) untersuchte in Brandenburg die Umwandlung des Religionsunterrichts in „Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde“. Die Einführung dieses Schulfaches hat seine Ursache einerseits in der Ablehnung der steinernen Ideologie, mit der man es vor 1989 zu tun hatte, und andererseits in der Überlegung, daß es notwendig ist, wieder zu einer sozialen Bindung zurückzufinden. Das Projekt beruht sicherlich zu Unrecht auf dem Postulat, daß ein neues Lebensmodell gegen das alte ausgetauscht werden kann. Es macht sowohl die Befürchtungen der Mittelklasse als auch die spezifische politische Situation in Brandenburg deutlich.

Drei Beiträge waren dem intellektuellen und Künstlerratium gewidmet. *Klaus Schuhmann* (Leipzig) zeichnete den Werdegang von einigen Größen der ostdeutschen Literatur seit 1989 nach. Auf die Illusionen von einer erneuerten DDR folgte eine schwarze Periode, in der die öffentliche Diskussion das Bild der Schriftsteller der ehemaligen DDR beschädigt hat. Heute nun fassen diese Schriftsteller in der neuen Gesellschaft Fuß („Ankunft im Alltag“) und lassen von neuem ihre Stimme vernehmen, so im Zusammenhang mit der Erfurter Erklärung.

Jean Mortier (Paris VIII) hatte die Situation einiger DDR-Liedermacher untersucht. Waren sie einst kritische Sänger innerhalb der vor 1989 tolerierten Grenzen, so haben sie heute Schwierigkeiten, ihr Publikum wiederzufinden. Einige haben sich aus der Szene zurückgezogen, andere haben ersannliche Erfolge, wie Gerhard Gundermann zum

Beispiel, der offen zu seiner Vergangenheit als Informeller Mitarbeiter (IM) der Stasi steht und heute den Menschen in Ostdeutschland nach wie vor mit seinen Texten aus dem Herzen spricht.

Jacques Poumet (Lyon II) befaßte sich mit der Darstellung der sozialen Veränderungen in den Kabarettprogrammen des Ostens. Die sozialen Umwälzungen erlauben es den Kabaretts nicht mehr wie vor 1989, mit stabilen sozio-professionellen Stereotypen zu arbeiten. Sie stützen sich auf ein östliches „Wir“, das durch ein kollektives Minderwertigkeitsgefühl, das Bewußtsein einer kollektiv erlittenen Diskriminierung und einen spezifischen Blick auf die Institutionen des vereinten Deutschlands gekennzeichnet ist. Die Kabaretts stellen 'Ossis' und 'Wessis' Rücken an Rücken gegeneinander und geißeln sowohl die Nostalgie („Ostalgie“) als auch das entgegengesetzte Gefühl der betonten Ablehnung alles dessen, was mit der DDR verbunden ist.

Die Vereinigungen von Opfern des DDR-Regimes, wie sie von *Sylvie Le Grand* (Paris VIII) untersucht wurden, sind nicht aus den ehemaligen oppositionellen Gruppen der achtziger Jahre hervorgegangen. Es handelt sich um informelle Gruppen ehemaliger politischer Gefangener, um solche, die die Erinnerung an die sowjetischen Internierungslager verbindet, um Vereinigungen, die sich darauf spezialisiert haben, Opfern politischer Diskriminierung juristischen Beistand zu leisten. Alle sie wollen als Opfer, aber auch als Verfechter der Demokratie anerkannt werden und führen einen Diskurs, der gern Nazismus und Kommunismus auf dieselbe Stufe stellt.

Anne-Marie Pailhes (Paris X) hat sich mit den Reaktionen der Ostdeutschen auf die Umbenennung von Straßen und Plätzen beschäftigt. Umfragen und die Bestände der Stadtarchive lassen zwischen vier Typen von Reaktionen unterscheiden: Ablehnung der DDR, Argwohn gegenüber dem neuen deutschen Staat, Suche nach dem Unpolitischen, Rückbesinnung auf die Werte der

Vergangenheit. Die Reaktionen zeigen eine ostdeutsche Gesellschaft, die sich in voller Umstrukturierung befindet und in der ein relativ einheitlicher sozialer Raum der Ungewißheit politischer Bezügen Platz gemacht hat.

Jean-Pierre Kérivin (Grenoble III) lieferte eine statistische Studie zur Kriminalität in den neuen Bundesländern. Er hob dabei besonders hervor, daß die Kriminalitätsrate etwa um 1992 eine explosive Entwicklung erfuhr, um sich dann auf einem im Vergleich zur DDR wesentlich höheren Niveau zu stabilisie-

ren. Allen voran stehen dabei Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. In qualitativer Hinsicht sind Gewaltdelikte und Brandstiftungen im Osten stärker verbreitet als im Westen. Drogendelikte kommen noch in geringerem Maße vor, nehmen jedoch zu.

Die Veröffentlichung der Beiträge dieses Kolloquiums ist für das Frühjahr 1998 in der Zeitschrift *Allemagne d'aujourd'hui* vorgesehen.

Jacques Poumet

Buchbesprechungen

Michel Balard, Autour de la première croisade, Publications de la Sorbonne, Paris 1996, 648 S.

Der Bd. versammelt die Beiträge eines 1995 in Clermont-Ferrand von der *Society for the Study of the Crusades and the Latin East* veranstalteten Kolloquiums. Die Tagung vereinte Mediävisten aus der ganzen Welt in der Stadt, in der 900 Jahre zuvor Urban II. zum ersten Kreuzzug aufgerufen hatte. Die 48 von Michel Balard zusammengefaßten Beiträge widmen sich elf verschiedenen Schwerpunkten: Quellenproblemen, dem Aufruf von Clermont und seinen Auswirkungen, der Entdeckung „des Anderen“, einer anderen Kultur, dem Krieg, den Ritterorden, der Predigt (Verkündigung) und ihren Resultaten, dem Heiligen Krieg und dem Jihad, dem Kreuzzug zwischen Politik und Ideologie, den Kreuzfahrern („francs“) und „den Anderen“, dem Beitrag der Archäologie und der Kunst der Kreuzfahrer.

Im folgenden wird nur auf die bedeutendsten Beiträge eingegangen. Im Rahmen des ersten Schwerpunktes, der Quellenproblematik, wären dabei die Artikel von Peter R. Grillo und von Simonetta Cerrini zu nennen, die einen Vorgeschmack auf zwei neue Publikationen geben. So bereitet Grillo eine Edition der französischen Version der „Historia Jerosolimitana“ vor, die der Bischof von Dol Baudri nach dem ersten Kreuzzug verfaßte. Cerrini untersucht die französischen und lateinischen Regeln des Templerordens. Ihr Artikel zieht eine Bilanz dieses Komplexes und erfährt die Gesamtheit der überlieferten Handschriften, die demnächst als Edition vorliegen sollen. Hinsichtlich des ersten Kreuzzuges sind der Artikel von John France, der dessen ideologische Hintergründe behandelt, sowie die Studie von Thérèse de Hemptinne über zwei flandri-

sche Gräfinnen mit exemplarischem Verhalten zu nennen. Clémence und Sibylle von Flandern haben, soweit es in ihrer Macht stand, die Kreuzzüge ermutigt und sich daran beteiligt. Ihr Fall bestätigt die von Jonathan Riley-Smith 1992 durch systematische Genealogiestudien entwickelten Schlüsse. Die Ehefrauen der Kreuzfahrer, die sich in der gregorianischen Reform engagierten, haben die Überfahrt nach Jerusalem wie auch den Aufschwung der Ritterorden begünstigt.

Einige interessante Artikel fügen sich in die Mentalitätsstudien ein, die derzeit in der Kreuzzugshistoriographie *en vogue* sind. Zu erwähnen ist der Beitrag von Svetlana Loutchitskaja über das Bild der muslimischen Völker bei den Chronisten des ersten Kreuzzuges wie auch der hervorragende Beitrag von Benjamin Z. Kedar über die Wahrnehmung der religiösen Motivationen des jeweiligen Gegners. Der kurze Aufsatz von Margaret Jubb über das Bild von Saladin im Werk von Wilhelm von Tyrus und dessen Nachfolgern zeigt, wie die französischen Übersetzer im 13. Jh. den Erzfeind der Christen rehabilitiert haben, indem sie die Urteile des lateinischen Originaltextes abschwächen. Die Studie von J. M. Rodríguez García über die Idee des Kreuzzuges während der Herrschaft von Alfons X. von Kastilien bietet einen exzellenten Gesamtüberblick über die iberische Halbinsel.

Eine Reihe nüchtererer Aufsätze vermittelt neue Aufschlüsse über einige militärische Aspekte der Kreuzzüge, wie die Schwäche der reitenden Bogenschützen in den ehrstlichen Reihen, die durch Brieftauben abgesicherte Kommunikation oder auch das Lösegeldregime im Reich von Jerusalem im 12. Jh. Zwei ebenso interessante Beiträge liefern genauere Angaben über die Anfangszeit des Templerordens. Zu verdanken haben wir

die Aufsätze *Anthony Luttrell* und *Dominic Selwood*, letzterer Autor einer verlockenden Hypothese über die Beziehungen des ersten Meisters des Templerordens, Hugues de Payns, zum Heiligen Bernhard. Diese oft fragmentarischen Studien nach dem Vorbild des Artikels von *M. Said Omran* über die Waffenruhen zwischen den Kreuzfahrern und den Muselmanen zwischen 1174 und 1217 haben den Vorteil, daß sie neue Forschungswege eröffnen.

Das gleiche gilt für den Teil, der dem Beitrag der Archäologie gewidmet ist. *Brigitte Porées* Artikel über die archäologischen Entdeckungen im Königreich Jerusalem erinnert an die großen Fortschritte dieses Jahrhunderts. Er wird durch vier besonders aufschlußreiche Studien ergänzt. Die erste von *Ronnie Ellenblum* unterscheidet drei Etappen der Kolonialisierung des Königreichs Jerusalem, indem er die letzten Resultate der israelischen Archäologie auswertet. Diese Studie verändert die von *Meron Benvenisti* 1970 gezogenen Schlußfolgerungen auf vorteilhafte Weise.¹ Zwei Regionalstudien widmen sich den zur Zeit der Kreuzzüge durchgeführten Veränderungen in den Häfen von Akkon und Arsuf (Arsuf), die zum Besitz der Familie Ibelin gehörten. Die ins Auge gefaßten Rekonstruktionen sind mit der Entdeckung der Ruinen eines nicht identifizierten Dorfes im Nordwesten von Jerusalem (1992) in Beziehung zu setzen. *Adrian J. Boas* stellt in einem Ausgrabungsbericht die recht überzeugende Hypothese auf, daß es sich bei diesen Ruinen um einen Teil des antiken Dorfes Arimathea handelt.

Der Tagungsband von Clermont endet mit einem letzten Schwerpunkt, der sich der von den Kreuzfahrern entwickelten Kunst sowohl im Okzident als auch im Orient widmet. So findet man in der Auvergne zahlreiche Kirchen aus der ersten Hälfte des 12. Jh.s, deren Gewölbe vom Einfluß ehemaliger Pilger zeugen.

Trotz einiger Studien von geringerem Interesse verleiht die Qualität und die Anzahl der von *M. Ballard* herausgegebe-

nen Beiträge (48 von 53 vorgetragenen) dem Tagungsband von Clermont einen unschätzbaren Wert. Die vielfältigen Studien spiegeln die aktuellen Tendenzen in der Geschichtsschreibung der Kreuzzüge wider und ebenso die Bedeutung, die die *Society for the Study of the Crusades and the Latin East* seit der Veröffentlichung ihres ersten Tagungsbandes im Jahr 1985² gewonnen hat.

Pierre Vincent Clavierie

(Übersetzung von Thomas Höpel)

- 1 M. Benvenisti, *The Crusaders in Holy Land*, Jerusalem 1970.
- 2 P. Edbury (Hrsg.), *Crusade and Settlement. Papers read at the first conference of the society for the study of the crusades and the latin East and presented to R. C. Smail*, Cardiff 1985.

Jutta Heinz, Wissen vom Menschen und Erzählen vom Einzelfall. Untersuchungen zum anthropologischen Roman der Spätaufklärung, de Gruyter, Berlin 1996, 369 S.

Die vorliegende, als Dissertation eingereichte Arbeit von *Jutta Heinz* muß sich den methodologischen Anforderungen unterschiedlicher Disziplinen stellen, vor allem denen der Philosophie bzw. Anthropologie und der Literaturtheorie.

Im Zentrum ihrer Studie stehen die ästhetischen und ideologischen Aspekte des anthropologischen Romans der Spätaufklärung, der sich durch eine ganz besondere Stellung sowohl innerhalb der Literaturgeschichte als auch innerhalb der Philosophie auszeichnet. Denn er stand und steht nicht nur als Genre unter ästhetischen Gesichtspunkten unter einem starken Rechtfertigungsdruck, sondern mußte sich seinerzeit vor allem auch gegen den Vorwurf der moralischen Irreführung verteidigen.

Die Autorin selbst versteht den anthropologischen Roman der Spätaufklärung als eine Art Vorläufer der

„Vermittlung zwischen dialogischer Struktur und moralischem *telos*“ (S. 15) wie sie auch in einer modernen Diskursethik vertreten werden. Sie ordnet ihren eigenen Ansatz dem diskursethischen Konzept von Albrecht Wellmer zu. Damit ist die Position, aus der heraus sie ihre Betrachtungen anstellt, umrissen.

Um nun die Hintergründe der dargestellten Legitimationsnotwendigkeiten zu erläutern, beleuchtet die Autorin – nach ihren einleitenden Betrachtungen zu Forschungsgeschichte und Forschungskonzept des Verhältnisses von Literatur und Anthropologie – zunächst den philosophisch-anthropologischen Teil des Problems (Kapitel 2: Entstehung und Entwicklung der Anthropologie im 18. Jh. – Ansätze zu einer Wissenschaftsgeschichte). In dessen Zentrum stehen zum einen der Wandel des anthropologischen Menschenbildes vom abstrakten Vernunft- zum konkreten emotional motivierten Einzelwesen, zum anderen das *commercium*-Problem, das heißt die durch Descartes' Dualismus ausgelöste Debatte um das Zusammenspiel von Leib und Seele, von Denken und Fühlen. Die Autorin beschreibt in diesem Abschnitt ihrer Arbeit mehrere Lösungsansätze von zum Teil längst vergessenen Medizinern und Philosophen, deren Theorien sich, wie Jutta Heinz später zeigt, in einigen anthropologischen Romanen niederschlugen. Aus der Diskussion des *commercium*-Problems entwickeln sich in der Philosophie und in der Anthropologie eine ganze Reihe von Fragen im Rahmen der Problematik des Verhältnisses von biologischer Gattung und menschlichem Einzelwesen, insbesondere was die Ursachen und die Folgen von Leidenschaften und Einbildungskraft anbelangt. Gerade die Gefahren der Einbildungskraft, die sich zu Schwärmerei, Hypochondrie und Melancholie steigern kann, werden im anthropologischen Roman der Spätaufklärung anhand von Einzelschicksalen thematisiert.

Um ihren Untersuchungsgegenstand nicht nur wissenschafts-, sondern auch gattungsgeschichtlich bestimmen und be-

schreiben zu können, stellt Jutta Heinz in einem weiteren großen Abschnitt (Kapitel 3: Gespräche über die Seele – die anthropologische Neubegründung des Romans im 18. Jh.) die literaturtheoretischen Hintergründe der Bestimmung des anthropologischen Romans der Spätaufklärung dar, untergliedert in rezeptions-ästhetische, werkästhetische und wirkungsästhetische Betrachtungen. Auf diese Weise trägt sie „erste Bausteine zu einem Gattungsmodell des anthropologischen Romans in der Theoriedebatte“ zusammen (S. 163). Sein Anspruch und seine Stärke liegen in der Darstellung von Einzelschicksalen, anhand derer anthropologische Erkenntnisse vermittelt werden, und zwar durch ein literarisches Angebot zum Dialog.

In den darauffolgenden Untersuchungen zu einzelnen Textbeispielen beleuchtet Jutta Heinz vor allem auch den Zusammenhang von Thematik und literarischer Gestaltung. Abgesehen von der Tatsache, daß hier einige kaum bekannte oder in Vergessenheit geratene Romane der Öffentlichkeit wieder zur Kenntnis gebracht werden, und neben der ebenso konsequenten wie überzeugenden Anwendung der theoretischen Vorüberlegungen auf das Textkorpus ist vor allem die stilistische Brillanz dieser Arbeit hervorzuheben. Sie läßt die Lektüre nicht nur zu einer erkenntnisreichen Tätigkeit werden, sondern auch zum ästhetischen Genuß. Die Feinfühligkeit, mit der die Autorin dieser wissenschaftlichen Arbeit die dichterischen Eigenheiten der Romanautoren in ihrer Analyse nachvollzieht, verdient besondere Anerkennung. Da machen sich gelegentlich auftretende *lapsi* – die Pouilly aus Wetzels Roman „Wilhelmine Arend“ wird als Schwester eines Makkaronibäckers „geoutet“ (S. 216) – und vereinzelte Druckfehler nur als kleine Unebenheiten bemerkbar.

Mit ihrer Darstellung der Erträge des anthropologischen Romans und der Anknüpfung dieser Textsorte an moderne diskursethische Ansätze trägt die Autorin wesentlich zur Rehabilitierung einer vernachlässigten Textsorte bei, die litera-

turwissenschaftliche und anthropologische Anerkennung verdient.

Zusammen mit den umfangreichen Literaturangaben und den Anregungen für Vertiefungen und Nebenbetrachtungen kann das Buch von Jutta Heinz sowohl der Germanistik als auch der Philosophie neue Anstöße geben.

Ingrid Weber

Jürgen Osterhammel, Shanghai, 30. Mai 1925. Die chinesische Revolution, Deutscher Taschenbuchverlag, München 1997, 276 S. (= 20 Tage im 20. Jahrhundert).

Das vorliegende Buch ist ein Band aus der dtv-Reihe „20 Tage im 20. Jahrhundert“, die, von 20 Tagesereignissen ausgehend, eine „umfassende historische Darstellung der Geschichte der historischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung vom Beginn des Jahrhunderts bis zum Ende des Jahrtausends“ geben will. Osterhammel wählt für sein Thema (die chinesische Gesellschaft in der Übergangsphase vom späten Kaiserreich bis zur Gründung der Volksrepublik im Jahre 1949) ein im Westen wenig bekanntes Datum: Im Mai 1925 kam es in Shanghai nach Entlassungen in japanischen Baumwollfabriken zu Streiks, in deren Verläufe japanische Vorarbeiter auf chinesische Arbeiter schossen. Die Arbeitskämpfe weiteten sich aus, und Studenten organisierten Proteste gegen die Sonderrechte der Ausländer in China. Auf einer großen Demonstration am 30. Mai ließ ein englischer Polizeiinspektor das Feuer auf Studenten eröffnen. Ein Dutzend junger Männer starb, zahlreiche weitere Personen wurden verletzt. Dies war der Wendepunkt der sogenannten „Großen Revolution“, die bis 1927 zu einer Welle nationalistisch gesinnten Aufbegehrens breiter Bevölkerungsschichten gegen die ausländischen Mächte führte.

Mehrere hundert Streiks, an der sich fast die Hälfte der chinesischen Arbeiter-

schaft beteiligte, waren die Folge der Schüsse in Shanghai. Ein einschneidendes Erlebnis war der 18. Juni, an dem es bei einer Demonstration in Kanton zu Schießereien kam, bei denen 52 Chinesen starben und weitere 117 Verletzungen erlitten. Es folgte ein Generalstreik, dem sich auch die Hausangestellten der Ausländer – teilweise unfreiwillig – anschlossen. Die Streiks und ein über ein Jahr währendender Boykott, insbesondere gegen englische Waren, ermöglichten der Guomindang, ihre Machtstellung in Kanton zu sichern. Von hier aus unternahm sie 1926 den Nordfeldzug, der 1928 mit der Einnahme Beijings seinen Abschluß fand, nachdem Chiang Kaishek bereits 1927 die Hauptstadt nach Nanjing verlegt und in einem Blutbad die Zusammenarbeit mit den Kommunisten beendet hatte. Der Nordfeldzug, der gegen Fremdmächte und Militärmachthaber gerichtet war und zur Rückgewinnung einiger ausländischer Konzessionen und zum Rückzug des Großteils der Missionare aus China führte, wäre ohne die Welle nationaler Gefühle und die Bildung von Gewerkschaften und Bauernverbänden kaum erfolgreich gewesen. Zur Organisation der Bauern hatte besonders Mao Zedong beigetragen, dem es in den Jahren 1925 und 1926 in seiner Heimatprovinz Hunan gelang, über zwei Millionen Bauern in Bauernbünden zusammenzuschließen. In den Städten hatte die KP in diesen Jahren großen Zulauf unter der jungen städtischen Bildungsschicht. Die schon länger von vielen intellektuellen angestrebte Politisierung breiter Bevölkerungsschichten gelang somit erstmals in dieser Zeit. Auch die chinesischen Unternehmer und Kaufleute stellten sich für einige Zeit auf die Seite der Studenten und Arbeiter. Sie verfolgten jedoch vorrangig das Ziel, ihre eigenen Wirtschaftsinteressen gegen die ausländische Konkurrenz zu stärken. Da die Expansionschancen der chinesischen Unternehmen aber durch die Boykotte bald an Grenzen stießen, einigten sie sich nach kurzer Zeit wieder mit den Ausländern, nachdem sie ihnen in Shanghai stärkere

Beteiligung an der Stadtverwaltung abgerufen hatten.

Osterhammel beschränkt sich in seiner Darstellung keineswegs auf diese Epoche der „Großen Revolution“. Sein Buch ist eine Sozialgeschichte von der späten Kaiserzeit bis zur Gründung der Volksrepublik. Im Vordergrund steht die Analyse gesellschaftlicher Gruppen – Bourgeoisie, Intellektuelle, Bauern und städtische Unterschichten – und politischer Programme.

Es gelingt dem Autor in vorbildlicher Weise, die zahlreichen Einzeluntersuchungen, die in den letzten Jahren unser Wissen über bestimmte Aspekte des spätkaiserlichen und republikanischen Chinas erweitert haben, zu einem stimmigen Bild zusammenzufassen, ohne über strittige Fragen hinwegzugehen. Dabei wird auch die chinesische Forschung gebührend berücksichtigt. Damit wird hier im besten Sinne der aktuelle Stand der Wissenschaft wiedergegeben. Immer wieder werden auch Bezugspunkte zum heutigen China aufgezeigt. Die große Stärke von *Osterhammel* ist aber, daß er sich in der Weltgeschichte der Neuzeit so gut auskennt, daß er Vergleiche mit anderen Ländern ziehen kann, die das Geschehen in China für den Sinologen in eine neue Perspektive rücken und dem Historiker das Verständnis der Ereignisse erleichtern.

Dennoch erscheinen einige kritische Anmerkungen notwendig. Während sich *Osterhammels* Werk „China und die Weltgesellschaft“ von 1989 positiv von anderen, meist sinozentrischen Darstellungen der neueren Geschichte Chinas unterscheidet, indem es Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen den Staaten aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet, ist im vorliegenden Buch von den ausländischen Mächten in China nur marginal die Rede. Besonders verwunderlich und bedauerlich ist in diesem Zusammenhang, daß *Osterhammel* sich in keiner Weise mit dem schon in den dreißiger Jahren erschienenen und in der Erstausgabe mit einem Geleitwort von Trotzki versehenen Standardwerk über

den 30. Mai, Harold R. Isaacs' „The Tragedy of the Chinese Revolution“ (überarb. Neuauflage, Stanford 1951), auseinandersetzt. Isaacs vertritt die These, daß nicht nur die Sowjetunion maßgeblich auf die chinesische Entwicklung eingewirkt habe, sondern daß auch die Geschehnisse in China in den Jahren 1925 bis 1927 die innenpolitische Situation in der Sowjetunion und besonders den Machtkampf zwischen Stalin und Trotzki entscheidend beeinflusst hätten. Eine stärkere Einbettung in solche Fragen der internationalen Wechselwirkungen hätte die Reihe dem Ziel, in 20 Bänden eine Geschichte des 20. Jh.s zu liefern, sicher nähergebracht.

Die Wahl bestimmter Tage für die Buchtitel dieser Reihe suggeriert, daß diese Daten Kristallisationspunkte längerfristiger Entwicklungen sind. Die Möglichkeiten, die sich daraus für die Darstellung ergeben hätten, werden nicht ganz ausgeschöpft. Zwar beginnt das Buch mit einem Kapitel, das wie das Buch „Shanghai, 30. Mai 1925“ heißt und typographisch vom Rest des Buches abgesetzt ist, aber selbst in diesem steht die Analyse im Vordergrund. Elemente einer narrativen Geschichtsschreibung fehlen weitgehend. Freilich ist die Analyse gesellschaftlicher Gruppen gerade die Stärke dieses Buches; auch gibt es bereits eine Reihe guter Darstellungen der politischen Entwicklungen der Republikzeit (1912–1949); dennoch hätte der Titel des Buches nahegelegt, daß die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften und Parteien, zwischen Chinesen und Ausländern anhand von Beispielen aus dem engeren Zeitraum der „Großen Revolution“ lebendig zur Anschauung gebracht werden. Material dazu wäre durchaus vorhanden. In deutscher Sprache aus Sicht der Ausländer sei hier nur auf Nora Waln, Süße Frucht, bittere Frucht China (Berlin 1935) hingewiesen.

Dennoch verdient *Osterhammels* Buch zweifellos den Rang eines Standardwerkes über die chinesische Republikzeit. Auch in anderen Sprachen liegt

keine so umfassende, klare Darstellung der gesellschaftlichen Gruppen dieser faszinierenden Periode der chinesischen Geschichte vor.

Klaus Birk

Helga Bories-Sawala, „Franzosen im Reichseinsatz“. Deportation, Zwangsarbeit, Alltag, Erfahrungen und Erinnerungen von Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 1996, 3 Bde., 475, 696 und 352 S.

Mit auf drei Bände verteilten mehr als 1500 Seiten legt *Helga Bories-Sawala* die erste umfangreichere Studie zu den Franzosen im Zwangsarbeitssystem des nationalsozialistischen Deutschlands vor. Bisher befaßte sich die deutsche Forschung weitgehend mit dem wirtschaftsgeschichtlichen Aspekt der Zwangsarbeit. Sie nahm bei apologetisch gefärbten Schriften, in denen auch ein wehmütiger Blick auf den „europäischen Wirtschaftsraum“ der Nationalsozialisten nicht fehlte, ihren Anfang, um erst in den achtziger Jahren mit Werken wie denen Herberts zu einer ausgewogeneren Sicht zu gelangen. Die ostdeutsche Forschung blieb lange in der These von der Sklavenarbeit für imperialistische Konzerne befangen.

Dem steht die weitgehend marginalisierte Erinnerung der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter selbst gegenüber, der Umgang mit ihnen und ihrer Erinnerung wurde in Frankreich erst im Zuge der großen Diskussionen um Vichy in den neunziger Jahren thematisiert. Dieses Spannungsverhältnis, die Verdrängungs- und Tabuisierungsprozesse gaben der Verf. den Anstoß zu dieser Arbeit (Bd. 1, S. 22). Die Arbeit ordnet sich damit in die Reihe der Studien ein, die sich mit dem komplizierten Wechselspiel von Zuschreibungen zur Résistance und zur Kollaboration, dem Verhältnis von Geschichte, Erinnerung und Identität zuwenden.

Reizvoll ist dabei zweifellos, daß sich eine deutsche Forscherin den sich erinnernden Franzosen annähert. Daß dies erst jetzt geschieht, ist aus vielerlei Hinsicht nachvollziehbar, verwundert aber doch, da die Erinnerungen an diese unfreiwilligen deutsch-französischen „Begegnungen“ schon bei Andeutungen den Vertretern der betroffenen Generationen sehr präsent sind.

Helga Bories-Sawala geht es in ihrer 1995 in Bremen angenommenen Dissertation nicht vornehmlich um die Prozesse der Erinnerungsbildung und -tradierung, sondern um die Fixierung der Erinnerungen der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter. Nicht nur die Nutzung der Methoden der Oral History macht dabei eine Beschränkung auf eine Lokalstudie notwendig. Die Verf. wählte dafür die Stadt Bremen aus. (Leider geht dies aus dem Titel nicht hervor.) Damit die nach Deutschland verbrachten Franzosen ihre eigene Erlebniswelt zur Geltung bringen konnten, wurde besonderer Wert auf den alltagsgeschichtlichen Aspekt gelegt.

Die Verf. beschränkt sich nun nicht auf Interviews mit acht ehemaligen Kriegsgefangenen und zwölf Fremdarbeitern. Vielmehr wird der Forschungsstand breit erörtert, werden verschiedene Rahmenbedingungen dargestellt. So braucht *Bories-Sawala* allein 50 Seiten zur Erläuterung ihrer Fragestellung, um dann auf mehr als 100 Seiten die Quellen und Methoden zu präsentieren. Dann erläutert sie die allgemeineren historischen Umstände: den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in der deutschen Kriegswirtschaft und die Beschaffung von Arbeitskräften aus Frankreich. Erst mit der Darstellung des Einsatzes der Kriegsgefangenen in Bremen (Kapitel 3.3.) und des Zwangseinsatzes französischer Arbeiter (Kapitel 3.4.) werden die Interviewaussagen systematisch in die Darstellung einbezogen, ersetzen oder illustrieren aber weitgehend nur andere Quellen. Bis hierhin sind 470 Seiten beschrieben, die allein eine Qualifizierungsschrift abgeben könnten und den Forschungsstand sehr gut zusammenfas-

sen bzw. für Bremen erstmalig überhaupt herstellen.

Kapitel 4 (der Alltag) und 5 (Bewußtsein und Selbstwahrnehmung) sind dann das Feld, in denen die Oral History ihre wirkliche Nutzanwendung findet. Dabei ergeben sich aber kaum für Bremen spezifische Ergebnisse. Interessant ist die Selbst- und Fremdsituierung der verschiedenen Gruppen. Hier ist auf weiteren 530 Seiten viel Material zu Arbeit, Leben zwischen Kontrolle und Selbstbehauptung, „Betreuung“, Selbsthilfe usw. zusammengetragen, das dem aus bisher gedruckten Erinnerungen und Darstellungen bekannten nicht widerspricht.

Kapitel 6 beschreibt das Kriegsende und die Heimkehr sowie die Wiedereingliederung der aus Bremen zurückgekehrten Franzosen. Kapitel 7 (Französische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter im Nachkriegsfrankreich: Vektoren der Erinnerung) führt auf den Ausgangspunkt der Untersuchung zurück. Hier kommt wieder den Befragungen ein besonderer Stellenwert zu. Die Zwiespältigkeit zwischen offizieller Legitimation der Republik mit Hilfe der Résistance und der Verteidigung des Selbstwertgefühls der ehemaligen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter wird mit Interviewpassagen eindrücklich vergegenwärtigt. Hier werden auch die Mechanismen der Hierarchisierung der Opfer deutlich, die gerade die Zwangsarbeit aus dem Blick verdrängen.

Der Blick auf die drei dicken Bände läßt aber auch einige Fragen aufkommen. Wieso wurde dem Geflecht *institutioneller* Rahmenbedingungen so wenig Raum gegeben? Man erfährt nichts zur Arbeitsverwaltung, zur Gestapo, zur Rüstungsverwaltung und zum Kriegsgefangenenwesen. Wieso findet die Folie, vor deren Hintergrund das alles geschah, keine Berücksichtigung? Zu Bremen finden sich nur wenige Seiten, gar nichts zum Alltag der deutschen Bevölkerung. Wieso wurden Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter gemeinsam thematisiert, obwohl sie doch streng getrennt blieben – häufig genug ist die Darstellung denn

auch in zwei gewissermaßen parallele Abschnitte gespalten.

Bedauerlich ist der Verzicht auf die Konsultation der Bestände des Bundesarchivs-Militärarchiv, da die Aktenlage zum Wehrkreis X, in dem Bremen lag, eher gut ist.¹ Nicht recht einsichtig ist ebenfalls, wieso die Archive der katholischen Kirche Frankreichs nicht benutzt wurden, zumal aus ihnen vielleicht doch mehr zu erschließen ist, als das Wirken französischer Geheimpriester (Bd. 1, S. 63).

Verdienstvoll ist zweifellos auch Bd. 3, der neben dem Literaturverzeichnis eine große Zahl von Dokumenten der Öffentlichkeit zugänglich macht. Sehr interessant ist eine Aufstellung von Erinnerungsliteratur. Bedauernswert ist, daß die Dokumente ohne Kommentar bleiben. Ihr Sinn ist erst im Gesamtkontext zu erschließen. Kommentarbedürftig ist z. B. die Faksimilierung eines Schreibens des damaligen Anwalts Karl Carstens, der als Verteidiger eines wegen Mißhandlung von Kriegsgefangenen Verhafteten positive Aussagen derselben zu erreichen versuchte, und in diesen Angelegenheiten mit Hans Filbinger zusammenarbeitete. Überhaupt wäre eine Transkription und sorgfältigere Auswahl der Dokumente hilfreich gewesen. Das Merkblatt über das Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen (Dok. 4.24.) z. B. ist in jedem Archiv der Epoche verfügbar.

Die Veröffentlichungsform kann insgesamt leider, weder mit dem Umfang noch mit ihrer Gestaltung (Zitlerweise, extensive Interviewzitate, munnfressender Satz, kein Register) oder mit dem Preis, keinen durchschlagenden Beitrag dazu leisten, die Zwangsarbeit zurück in das Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit zu heben. Positiv schlägt zweifellos die Konfrontation deutscher Sichtweisen mit französischen Ansichten zu Buche, die eine Beschränkung der Befragten auf eine Opferrolle verhindert.

Weite Teile der Arbeit sind sehr nützlich, es ist schade, daß sie in diesem dicken Werk ja eher verborgen bleiben werden. *Helga Bories-Sawala* hat mit

großem Fleiß wichtiges Material zusammengetragen, dessen Durcharbeitung den Umfang einer Dissertation offensichtlich sprengt. Es entstand ein ineinander verschränktes Gebirge aus drei Dissertationen: Geschichte der Zwangsarbeit bzw. Kriegsgefangenschaft, Geschichte des Alltags, Geschichte der Erinnerung. Der Materialreichtum macht das Buch jedoch zu einem Meilenstein und bietet dem Forscher viele Anknüpfungspunkte. Man hofft, daß die Verfasserin eine intensivere Verwertung des Stoffes noch vorlegen möchte. Eine Weiterarbeit besonders in Hinblick auf die Dynamiken von Gedächtnisprozessen scheint wünschenswert.

Hans-Martin Moderow

- 1 Vgl. U. Brammer, Spionageabwehr und „Geheimer Meldedienst“. Die Abwehrstelle im Wehrkreis X Hamburg 1935–1945, Freiburg 1989.

Robert Finzsch, Jürgen Martschukat, Reconstruction und Wiederaufbau in Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika 1865, 1945 und 1989, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1996, 109 S. (= Krefelder Hefte zur deutsch-amerikanischen Geschichte, Bd. 2).

Mancher mag den Kopf schütteln: Zu unterschiedlich – sowohl hinsichtlich der historischen Umstände wie der geographischen Lage – erscheinen doch die drei zu vergleichenden Ereignisse. Die Autoren haben sich davon nicht abschrecken lassen. Sie begründen ihre Auswahl der Vergleichsfälle hauptsächlich mit zwei Argumenten: Erstens sind die Vergleichsgrößen ihrer Meinung nach „stimmig“. Gemeinsam haben alle drei Fälle, daß sich die Gestalter des Wiederaufbaus als (selbsternannte oder herbeigerufene) Helfer verstanden, die Demokratie und Marktwirtschaft durchsetzen wollten. Sie wurden von den Betroffenen

teilweise als Besatzer oder Kolonisatoren angesehen.

Zweitens verfügen die Autoren ihrer Meinung nach über eine „klar definierte, übergeordnete Fragestellung von transnationaler Relevanz“. Diese Fragestellung ist jene nach den Methoden und Ergebnissen des Wiederaufbaus von durch radikale Umbrüche betroffenen Gesellschaften. „Alle drei Perioden stellten eine hohe Herausforderung für die involvierten Zeitgenossen dar. Es handelt sich schlichtweg um entscheidende Einschnitte der Geschichte beider Staaten“, schreiben die Autoren, Wissenschaftler der Universität Hamburg.

Zielsetzung und generelle Probleme des Wiederaufbaus sind Gegenstand des ersten, die Erfahrungen unterschiedlicher Klassen, Rassen (USA) und Geschlechter im Umbruch Thema des zweiten, der Umgang mit den herrschenden Eliten nach deren Niederlage Gegenstand eines dritten Teils des Buches. Im vierten Abschnitt wird die Rolle der politischen Parteien in der Phase raschen Wandels untersucht. Im fünften Teil geht es um die Probleme nationale bzw. regionale Identität. Mit der Widerspiegelung der Reconstruction in den USA und in Westdeutschland nach 1945 in politischen Karikaturen befaßt sich ein abschließender Beitrag von *Anja M. Kriegel*.

Als Vorteil des Vergleichs formulieren die Autoren, „daß Selbstverständlichkeiten ... so auf die Probe gestellt werden können.“ (S. 53). Zu den Selbstverständlichkeiten der Rekonstruktionsphase in Ostdeutschland gehört die Bestrafung der „schuldigen“ Eliten durch Verdrängung aus ihren Positionen bzw. durch das Vorgehen der Gerichte. Nimmt man allerdings alle drei „Wiederaufbaufälle“, dann ist die ostdeutsche Variante die Ausnahme. Die Autoren stellen für die USA nach dem Bürgerkrieg fest, „daß keine radikale Bestrafung der konföderierten Kriegsverbrecher und Hochverräter vorgenommen worden ist, sondern ehemalige Konföderierte im Anschluß an den Krieg in der Regel in regionale und nationale Politik integriert

worden sind“ (S. 38). Nur für einen relativ kurzen Zeitraum sah die Situation für die nationalsozialistischen Funktionselite in den Westzonen anders aus. „Mit der Staatsgründung 1949 wurde die Verantwortung für die Entnazifizierung endgültig in die Hände der jungen Bundesrepublik gelegt. ... Der frappierende Mangel an qualifizierten Kräften, die Suche der neugegründeten Parteien nach Mitgliedern sowie die Möglichkeit, MitbürgerInnen durch ein Zeugnis von Schuld reinzuwaschen (Persilschein), führte zu einer zuweilen recht nachlässigen Entnazifizierung ...“ (S. 34).

Gewissermaßen entschuldigend verweisen die Autoren auf eine Besonderheit der Entwicklung nach 1945: Man mußte den Umbruch mit den eigenen Leuten bewältigen, während man in den Südstaaten und den neuen Ländern auch Spezialisten für Demokratie und Marktwirtschaft aus dem „Hauptland“ mobilisieren konnte.

An diesem Beispiel offenbart sich das Problem des Drei-Regionen-Vergleichs: eine gewisse Inkongruenz des westdeutschen Falles mit den beiden anderen.

In den Beispielen Südstaaten und DDR teilte sich ein Land nach Jahrzehnten gemeinsamer Vergangenheit für eine kürzere oder längere konfrontative Periode, die durch heißen bzw. Kalten Krieg gekennzeichnet war. Nach der Niederlage der abgefallenen Region hielt es die Zentralregierung für ihre Pflicht, für eine dauerhafte Integration des wiedergewonnen Gebietes in des „Hauptland“ zu sorgen.

Anders war die Situation der Westzonen nach dem Kriege. Die westlichen Siegermächte kamen mit der Absicht, sich wieder zurückzuziehen. Sie wollten ihre Errungenschaften, Demokratie und Marktwirtschaft, auf das Wiederaufbauggebiet übertragen, aber niemals – abgesehen von Frankreichs Absichten mit dem Saargebiet – Westdeutschland politisch und wirtschaftlich in ihren Staat integrieren.

Es ist daher nur auf den ersten Blick überraschend, wenn sich der Vergleich

zwischen der DDR nach 1989 und den Südstaaten der USA nach 1865 für die Autoren als weitaus fruchtbarer erwies, als der zwischen der Umbruchsituation in den Westzonen nach 1945 und den neuen Bundesländern Anfang der neunziger Jahre.

Insgesamt sind die Ergebnisse dieses Vergleichs der Reintegrationsfälle im Hinblick auf Ostdeutschlands Eingliederung in die Bundesrepublik nicht sehr ermutigend. Wie in den Südstaaten der USA nach dem Bürgerkrieg sich ein „Lost Cause“-Mythos entwickelte, so hat sich in den neuen Bundesländern die „Ostalgie“ ausgebreitet. „Daß die Republikaner es ... nicht geschafft haben, die regionale Identität des Südens aufzulösen und diesen in die Union zu integrieren, sondern in ihrem Bemühungen zahlreiche Rückschläge verzeichnen mußten, könnte für die Zukunft des vereinten Deutschland nachdenklich stimmen“, resümieren die Autoren die Ergebnisse des Vergleichs zwischen den Südstaaten der USA und den Ostländern der Bundesrepublik (S. 47).

Jörg Roesler

Thomas Raabe, SED-Staat und katholische Kirche. Politische Beziehungen 1949–1961, Schöningh, Paderborn 1995, 294 S. (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen; Bd. 70).

Bei der Arbeit Raabes handelt es sich um eine 1994 von der Ludwig-Maximilians-Universität München angenommene, von Hans Günter Hockerts betreute historische Dissertation, die der Autor für die Ende 1995 erschienene Buchausgabe ergänzt und überarbeitet hat; 1997 kam bereits eine zweite Auflage heraus. Der Verf. hat mit dieser Untersuchung seine Forschungen zu diesem Thema beendet und arbeitet seit 1995 als Pressesprecher der Berliner Senatsverwaltung für Inneres. Die Kommission für Zeitgeschichte, eine von den katholischen Kirchensteu-

erzählern der Bundesrepublik finanzierte Einrichtung (mit Forschungsstelle in Bonn), verdeutlichte mit der Aufnahme von *Raabes* Arbeit in ihre Reihe, daß sie – im Rahmen ihrer den deutschen Katholizismus im 19. und 20. Jh.s umspannenden Tätigkeit – in der Kirchengeschichte von SBZ und DDR einen weiteren Schwerpunkt ihrer Einzelstudien und Quelleneditionen setzen will.

Raabe ging es wie vielen, die nach Wende und Ende der DDR deren Geschichte zu analysieren suchten und während ihrer Arbeit am Thema – *Raabes* Archiv-Forschungen datieren schwerpunktmäßig 1991/92 – das rasante Anwachsen der Quellen auf ein selbst für Spezialstudien oft kaum noch überschaubares Maß registrieren mußten. Insofern gibt es objektive Schwierigkeiten bei der Strukturierung solcher Stofffülle. *Raabes* Buch ist kein Werk aus einem Guß. Es besteht aus drei Teilen, deren Verknüpfung nur begrenzt gelungen ist. Er gliedert seine Untersuchung in einen kurzen Abriss der Ausgangssituation, in eine Beschreibung der Exponenten der Auseinandersetzung zwischen DDR-Staat und Katholiken, in eine (besonders isoliert dastehende) Skizze von „DDR-Kirchenpolitik im Zeichen der Sowjetisierung 1949/50“ und in „Kirchenpolitische Fallstudien“. Auf den 60 Seiten seines Hauptkapitels über die Exponenten gibt *Raabe* einen guten Überblick über das kirchenpolitische Beziehungsgeflecht der zwölf Jahre zwischen Staatsgründung und Mauerbau; zur Vervollständigung wären noch zwei Absätze zum Friedensrat der DDR und zu den kirchenrelevanten Aspekten der Organe des DDR-Außenhandels wünschenswert gewesen. Kritisch bewertet *Raabe* die Funktion von Otto Nuschke als Chef der Ost-CDU, würdigt aber dessen (in *Raabes* Sicht indes meist erfolglosen) Einsatz für Belange beider Kirchen als stellvertretender Ministerpräsident (S. 60ff., 68, 71, 86ff. u. 267).

Raabes „Fallstudien“, die mehr als die Hälfte seines Manuskripts ausmachen, sind informativ, stehen aber ziemlich un-

vermittelt nebeneinander. Gelungen sind besonders die beiden Abschnitte über die „Einrichtung einer katholischen Hochschule in Erfurt“ und über den „Kampf der SED gegen die christliche Jugendarbeit“. Behandelt werden außerdem „Schule und sozial-karitativer Bereich als Konfliktfelder zwischen Kirche und Staat“, „Jugendweihe und andere sozialistische Riten als Konfliktpotentiale zwischen Kirche und Staat“ sowie „Katholikentage, kirchliche Wallfahrten und staatliche Interventionen“. Bei *Raabes* „Fallstudie“ Nr. 6 handelt es sich um die Zusammenfassung dreier weiterer Exempel, nämlich die Verschärfung des Grenzregimes 1952, den 17. Juni 1953 und die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft 1960/61. Einerseits gibt es in den „Fallstudien“ Überschneidungen zu den „Exponenten“, andererseits vermißt man gezielte Querverweise, und in einer zwanzigseitigen Schlußbetrachtung wird vieles einfach nur rekapituliert. Insgesamt entfaltet *Raabe* gleichwohl ein breites Themenspektrum, bietet aber weniger, als der Leser nach dem eine analytische Gesamtdarstellung nahelegenden Titel „SED-Staat und katholische Kirche – Politische Beziehungen“ erwarten zu dürfen geneigt ist.

Einige Interpretationen, Bewertungen und Thesen in *Raabes* Arbeit dürfen kritisch befragt werden, so z. B. die Aussage (S. 40f.), es habe „in der DDR keine Institution gegeben, die engere Kontakte zur Bundesrepublik gehabt hat als die katholische Kirche“. Gerade in dem von *Raabe* behandelten Zeitraum vom Ende der vierziger Jahre bis zum Mauerbau waren maßgebliche Kräfte des deutschen Protestantismus auch politisch noch dezidiert gesamtdeutsch engagiert (so anfechtbar eine solche Entschiedenheit auch sein mochte und so hart dann Enttäuschungen und Umorientierungen nach 1961 waren). Zweifel sind auch an den Ansichten *Raabes* zur Gültigkeit und Anwendbarkeit der Konkordate im Gebiet der DDR und Ost-Berlins sowie zur Rechtsgrundlage kirchlicher Arbeit überhaupt (S. 30f. und 252) erlaubt, etwa,

wenn er schreibt, die katholische Kirche habe in der DDR de facto keine Rechte besessen, die sie habe einklagen können; der Differenziertheit der Wirklichkeit der DDR dürfte – unbeschadet aller grundsätzlichen Problematik ihrer „sozialistischen Rechtsordnung“ – m. E. eher die These nahekommen, daß beide großen Kirchen in der DDR (in deren zweiter Lebenshälfte gewiß mehr als in deren erster) faktisch weit mehr Wirkmöglichkeiten und Freiräume besaßen, als ihnen bei DDR-üblicher Auslegung von Gesetzen und Verordnungen „zugestanden“ hätten, oder umgekehrt: Hätte die Staatsmacht die Kirchen tatsächlich auf das förmlich Einklagbare beschränkt, hätte es allerdings weit, weit trüber ausgesehen.

Schließlich lassen sich zum unstrittigen Befund der tiefgreifenden Säkularisierung der DDR-Bevölkerung auch andere Deutungen vornehmen, als dies *Raabe* mit den Worten tut, das Ansteigen des Anteils der Nichtchristen auf 70 Prozent sei ein spätes Ergebnis der SED-Kirchenpolitik (S. 272), die damit noch heute ihre „verwüstende Wirkung“ offenbare. Waren die Gegebenheiten im sozialistischen Deutschland auch andere als in Polen, wo die Staat-Kirche-Auseinandersetzung und die nationale Schutzfunktion des Katholizismus in den siebziger und achtziger Jahren offenkundig als retardierendes Moment des Säkularisierungsprozesses wirkten, so scheint gerade die innergesellschaftliche Entwicklung der DDR nach dem Mauerbau eine derartig monokausale Erklärung wie die von *Raabe* mindestens zu relativieren.

Martin Höllen

Andreas Malycha, Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Dietz, Berlin 1996, 350 S.

Nach seinem Band über die SED-Gründung von 1946¹ untersucht der Ber-

liner Historiker *Andreas Malycha* in einer Folgestudie die Transformation der vereinigten Arbeiterpartei in eine am stalinistischen Vorbild ausgerichteten Partei neuen Typs. Der provokativ formulierte Titel „Partei von Stalins Gnaden?“ ist indes etwas irreführend, da *Malycha* schon auf den ersten Seiten anmerkt, daß seine Darstellung zur „Interaktion“ zwischen den sowjetischen Besatzern und der SED-Führung „keine neuen Erkenntnisse liefern“ könne (S. 22). Seine Studie konzentriert sich in diesem Kontext auf die Frage, mit welchen Methoden „die zentralen Weichenstellungen in der SED durchgesetzt“ wurden, ob eventuelle „Handlungsspielräume“ durch die SED-Führung „wahrgenommen und genutzt“ wurden, und wie die Kommunisten ihr marxistisch-leninistisches Parteiverständnis in der SED durchsetzten. Dabei orientiert er sich an dem in der Forschung kontrovers diskutierten Problem, inwieweit die Entwicklung der SBZ durch die Moskauer Nachkriegsplanungen vorgeprägt war, und inwieweit es sich um einen historischen Prozeß mit Alternativen handelte (S. 26ff.). Warum *Malycha* für diesen Vorgang den Begriff „Stalinisierung“ verwendet, wenn er doch eigentlich „Sowjetisierung“ in der Definition seines Potsdamer Kollegen Michael Lemke² meint, wird trotz seiner terminologischen Erörterungen nicht ersichtlich (S. 14ff.).

Einleitend skizziert der Verf. Lenins Konzeption einer „Partei neuen Typs“ mit ihrem ausgeprägten Avantgarde-Verständnis und einem streng hierarchischen Aufbau (S. 33) sowie Stalins Weiterentwicklung des Modells in Form einer brutalen Radikalisierung der Parteisäuberungen. Zum besseren Verständnis der weiteren Entwicklung der SED referiert *Malycha* an dieser Stelle noch einmal seine Ergebnisse zur Parteigründung 1945/46, wobei er besonders darauf abhebt, daß die Volksfrontpolitik der KPD eine rein taktische Funktion erfüllte, während die Partei ungebrochen am sowjetischen Modell festhielt (S. 56f.). In dieses Bild paßt es dann aber nicht, daß

er einen politischen Gegensatz zwischen Walter Ulbricht und Anton Ackermann wegen dessen Thesen über einen „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ konstruiert (S. 58f.). Dieselbe Ambivalenz in der Beurteilung der grundlegenden Ziele Ulbrichts begegnet dem Leser noch einmal bei *Malychas* Hinweisen auf den Zusammenhang zwischen der sozialistischen „Gesellschaftsperspektive“ und der Abgrenzung der SED-Führung gegenüber den westlichen Besatzungszonen bzw. seit 1949 gegenüber dem westdeutschen Teilstaat (S. 145). Die Frage, ob sich Ulbricht von vornherein darüber im klaren war, daß der Aufbau der „volksdemokratischen Ordnung“, die Option für den Ostzonenstaat“ bedingte, oder ob er erst schrittweise zu der Erkenntnis kam, daß sich das sozialistische Gesellschaftsmodell nur in der SBZ verwirklichen ließ, bleibt jedenfalls offen.

Was den politischen Charakter der neugegründeten SED angeht, resümiert *Malycha* noch einmal in aller Deutlichkeit, daß es sich mit Rücksicht auf die widerstrebenden Sozialdemokraten noch nicht um eine stalinistische Kaderpartei gehandelt habe. Dagegen sprachen zunächst das Parteistatut und die Massenbasis der vereinigten Arbeiterpartei. Indem der Verfasser neben der zentralen Ebene auch die Entwicklung der Landesverbände in seine Analyse einbezieht, vermittelt er ein plastisches Bild von der mangelhaften Integration ehemaliger Sozialdemokraten und Kommunisten in der neuen Partei und von den weiterhin schwelenden Konflikten, die beispielsweise in der kontroversen Bewertung des relativ schlechten Abschneidens der SED bei den Landtagswahlen im Herbst 1946 ihren Ausdruck fanden. Daß selbst der sächsische Landesvorsitzende Otto Buchwitz als sozialdemokratisches Außengesicht der neuen Einheitspartei eine äußerst zwiespältige Haltung zur Entwicklung der SED einnahm (S. 180f. u. 207), wurde unlängst von Wolfgang Leonhard bestätigt.³

Die Anstrengungen der kommunistischen SED-Mitglieder, die sozialdemokratischen Relikte in der Parteistruktur zu beseitigen, setzten *Malychas* Untersuchungen zufolge direkt nach der Parteigründung ein. Sie begannen mit der schrittweisen Aufwertung der Betriebsparteilgruppen gegenüber den Ortsgruppen, der Stärkung der hauptamtlichen Sekretäre gegenüber den gewählten Vorständen und der Ausschaffung der Bezirksparteistrukturen, deren Verankerung im Parteistatut die Sozialdemokraten als Gegengewicht zu den zentralistischen Bestrebungen ihrer kommunistischen Genossen Anfang 1946 durchgesetzt hatten (S. 157ff.). Wie *Malycha* überzeugend belegen kann, war die Durchsetzung des „demokratischen Zentralismus“ sowjetischen Zuschnitts kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung für die Umwandlung der SED in eine Staatspartei mit umfassenden Kompetenzen bei der Lenkung von Staat und Wirtschaft (S. 90).

Zum wichtigsten Mittel der Transformation der SED in eine leninistische Kaderpartei wurden die von *Malycha* ausführlich beschriebenen Parteiaübungen, denen vorrangig Sozialdemokraten, seit der politischen Eskalation 1948/49 aber auch ehemalige kommunistische Westemigranten, Buchenwald-Häftlinge und andere unabhängig denkende Kommunisten zum Opfer fielen (S. 130ff. u. 219f.).

Was für ein fundamentaler Wandel sich in der Mitgliedschaft der SED nach 1946 abspielte, zeigt der Verf. anhand statistischen Materials. Demnach stellten die ehemals dominierenden Sozialdemokraten Ende 1951 nur noch eine kleine Minderheit, was allein schon den „Charakter als Einheitspartei“ ad absurdum führte (S. 134). Noch aufschlußreicher ist aber die Feststellung, daß Ende 1951 nur noch knapp 16 Prozent der eingeschriebenen SED-Mitglieder vor 1933 einer der beiden Arbeiterparteien angehört hatten. Dieser Umbruch blieb nicht auf die Mitgliedschaft beschränkt, sondern spiegelte sich auch auf der Ebene

der Parteileitungen wider, bei deren Neuwahl im Herbst 1949 nur noch knapp 27 Prozent der ehemaligen Funktionäre wiedergewählt wurden (S. 221). Während die höheren Leitungsebenen fest in der Hand ehemaliger Kommunisten blieben (S. 223), erlebte die Partei nach 1946 einen radikalen personellen Austausch, der, wie *Malycha* zu recht schreibt, „Auswirkungen auf das weltanschaulich-politische Profil der Gesamtpartei haben“ mußte (S. 83).

Nur fragt sich der Leser an dieser Stelle, wie diese „Auswirkungen“ ausgesehen haben mögen, und mehr noch, wer die neuen Mitglieder und Funktionäre waren. Sieht man einmal von dem Zitat aus einer Erklärung des Parteivorstands vom Januar 1950 ab, daß ein Großteil der neuen Leitungsmitglieder „Arbeiter aus der Produktion und Aktivisten“ (S. 223) waren, bleibt *Malycha* eine Antwort auf diese Frage schuldig. Wie schwierig es ist, den personellen Strukturwandel der SED schlüssig zu analysieren, hat Kowalczyks jüngster Versuch gezeigt,⁴ der auf der Grundlage gewagter Zahlenakrobatik zu dem Schluß kam, daß der Rückgang des sozialdemokratischen Mitgliederanteils mit einer Zunahme ehemaliger „NSDAP-Mitglieder usw.“⁵ korrespondierte. Daß *Malycha* gar nicht erst den Versuch unternommen hat, in dieser Frage weiterzukommen und die neuen Mitglieder, die seit den späten vierziger Jahren das Gros der „Partei neuen Typus“ stellten und ihr äußeres Erscheinungsbild bestimmten, weitgehend vernachlässigt, trübt den Eindruck seines neuen Buches, das ansonsten wichtige Ergebnisse zu den strategischen Zielen der Kommunisten und zu ihrer Auseinandersetzung mit den ehemaligen Sozialdemokraten in der SED vorstellt.

Thomas Schaarschmidt

- 1 A. Malycha, *Auf dem Weg zur SED. Sozialdemokratie und Einheitspartei in den Ländern der Sowjetischen Besatzungszone 1945/46. Eine Quellenedition*, Bonn 1995.

- 2 M. Lemke, Die Sowjetisierung der SBZ/DDR im ost-westlichen Spannungsfeld, in: *APuZg B 6/97*, S. 41-53.
- 3 W. Leonhard, Was geschah am 13. Juni 1947? Der ungeklärte Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs, in: *Deutschland Archiv 30* (1997), S. 782.
- 4 I.-S. Kowalczyk, „Wir werden siegen, weil uns der große Stalin führt!“ Die SED zwischen Zwangsvereinigung und IV. Parteitag, in: I.-S. Kowalczyk/A. Mitter/S. Wolle (Hrsg.), *Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54*, Berlin ²1996, S. 171-242.
- 5 Ebenda, S. 239. Zu „usw.“ gehören für Kowalczyk auch alle ehemaligen HJ- und BDM-Mitglieder (vgl. S. 237).

Christoph Meyer, Die deutschlandpolitische Doppelstrategie. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland (1954–1972), Olzog Verlag, Landsberg am Lech 1997, 490 S.

Zu den wenigen Kräften, die in den Jahrzehnten der deutschen Teilung den Willen zur Wiedervereinigung beharrlich am Leben zu erhalten versuchten, zählten das Kuratorium Unteilbares Deutschland und sein geschäftsführender Vorsitzender Schütz. In der Bundesrepublik trat das Kuratorium vor allem durch demonstrativ-propagandistische Aktionen am 17. Juni, dem früheren „Tag der deutschen Einheit“, in Erscheinung – Grund genug, um von der SED als „revanchistische“ Organisation attackiert zu werden. Wie Meyer in seiner Kölner Dissertation zeigt, erschöpfte sich die Tätigkeit des Kuratoriums jedoch keineswegs darin, einem ritualisierten „Wiedervereinigungsnationalismus“ zu fröhnen, und der Vorsitzende gehörte sogar zu den Vordenkern der Neuen Ostpolitik.

Die Arbeit basiert zum größten Teil auf unveröffentlichten Quellen aus den einschlägigen staatlichen und parteinahen Archiven – zu nennen sind neben dem Bestand des Kuratoriums im Bun-

desarchiv insbesondere die Nachlässe Kaiser, Scholz, Wehner, Brandt, Gradl, von Merkatz und Dehler – sowie aus dem Privatbesitz von Schütz; außerdem hat Meyer einige ehemalige Mitarbeiter des Kuratoriums interviewt. Gerade weil er eine solch beeindruckende Menge an Archivalien ausgewertet hat, fällt auf, daß er keine Akten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts herangezogen hat, nicht einmal die mit dem Jahr 1963 einsetzende, leicht zugängliche Aktenedition zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik. Dies ist um so erstaunlicher, als Meyer den engen Zusammenhang zwischen Deutschland- und Außenpolitik selbst mehrfach betont.

Im ersten Kapitel der überwiegend chronologisch angelegten Studie werden die außenpolitischen Rahmenbedingungen skizziert und die wichtigsten Akteure vorgestellt. Das zweite Kapitel handelt von der Gründung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland: Überlegungen, wie der „zunehmenden inneren Entfremdung gegenüber der Bevölkerung der Sowjetzone“ (S. 41) begegnet werden könnte, kursierten in Bonner politischen Kreisen schon seit Anfang der fünfziger Jahre. Realisiert wurde der Aufbau einer überparteilichen „pressure group“ jedoch erst nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 und dem Mißerfolg der Berliner Außenministerkonferenz vom Frühjahr 1954. Als politische Träger fungierten die im Bundestag vertretenen Parteien, finanziert wurde das Kuratorium von den Spitzenverbänden der Wirtschaft, den Gewerkschaften und vom Deutschen Städtetag. Schon diese Konstellation verhinderte eine einseitige Instrumentalisierung durch die Regierung bzw. die Opposition. Aufgrund der eher lockeren organisatorischen Strukturen avancierte der Geschäftsführer mit seiner deutschlandpolitischen Doppelstrategie – Druck in Richtung Wiedervereinigung sowohl auf der Ebene der Parteien und der Regierung als auch durch die Mobilisierung der Bevölkerung – rasch zum politischen Kopf des Kuratoriums. Die Landes-, Kreis- und Ortsverbände waren von der

Zentrale unabhängig und stellten oft kaum mehr als „lose, nur sporadisch zusammenstretende Honoratiorenzirkel“ (S. 110) dar.

Im nächsten Teil beschreibt Meyer die Suche nach Aktionsformen, die geeignet schienen, der Welt den deutschen Willen zur Wiedervereinigung glaubhaft zu demonstrieren. Nachdem weder die Schülerfeiern noch die Versendung von Briefen und Päckchen „nach drüben“ oder die Aufstellung von Weihnachtsbäumen entlang der „Zonengrenze“ die erhoffte Resonanz brachten, konzentrierte sich das Kuratorium auf die Ausgestaltung des 17. Juni zum nationalen Gedenk- und Feiertag. Der politische Durchbruch gelang jedoch erst während der zweiten Berlinkrise. Diesem Zeitabschnitt, den Jahren 1958 bis 1963, ist das vierte Kapitel gewidmet. Am gleichen Tag, als Chruschtschow sein Ultimatum verkündete, startete Schütz mit Hilfe des Verlegers Axel Springer die Aktion „Macht das Tor auf!“ Mit dieser Initiative konnte sich das Kuratorium finanziell und strukturell stabilisieren und seinen Einfluß in der politischen Arena steigern. Zu den Höhepunkten der Aktivitäten zählten die drei Beschwerden an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen wegen der Verletzung der Menschenrechte in der DDR und die damit verbundenen Vorschläge zur Wiedervereinigung.

In den beiden folgenden Kapiteln analysiert der Autor die unterschiedlichen Aktionsformen des Kuratoriums – Feiern, Abzeichenverkauf, Fahnenstafetten, Kundgebungen, Kerzenaktionen – und die zugrundeliegenden deutschlandpolitischen Vorstellungen. Obwohl sich die meisten Redner von dem Begriff „Nationalismus“ distanzieren und statt dessen lieber von „Nationalbewußtsein“ oder einem „gesunden Nationalgefühl“ sprachen, konstatiert Meyer mit Recht durchaus Kontinuitätslinien zum deutschen Nationalismus vor 1945. Er bescheinigt dem Kuratorium folglich einen „gemäßigten Wiedervereinigungsnationalismus“ (S. 456). Diese Einstellung

hinderte Schütz freilich nicht daran, seit Mitte der sechziger Jahre nachdrücklich für einen Kurswechsel in der Deutschlandpolitik einzutreten. Diese Phase behandelt der letzte Teil des Buches. Indem Schütz für eine „deutsche Gemeinschaft“ zweier deutscher „Gliedstaaten“ warb, zwischen denen „nur staatsrechtliche, nicht völkerrechtliche Beziehungen bestehen“ könnten (S. 400f.), machte er sich zum Mitstreiter der auf „Wandel durch Annäherung“ vertrauenden sozial-liberalen Ostpolitik. Die damit verbundene, wenngleich nur vorläufige Anerkennung des status quo und die Aufkündigung des deutschlandpolitischen Konsenses zwischen Regierung und Opposition bedeutete indes zugleich den Anfang vom Ende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland.

Meyer hat eine engagierte und gründliche, mitunter etwas zu sehr ins Detail verliebte Studie vorgelegt. Seine Sympathie gilt insbesondere seinem „Helden“ Wilhelm Wolfgang Schütz, aber auch dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und späteren Außenminister und Bundeskanzler Willy Brandt; eher schlecht kommen Konrad Adenauer und dessen Gesinnungsfreunde weg. Die gut belegte Studie zeigt auf überzeugende Weise, wie abwegig die Versuche mancher Historiker sind, die Anfänge einer konstruktiven und kreativen Ostpolitik in die Zeit vor der sozialliberalen Koalition zu verlegen.

Werner Bühner

Weresa Rosenke, Thomas Siepelmeyer (Hrsg.), *Afrika – der vergessene Kontinent? Zwischen selektiver Weltmarktintegration und ökologischen Katastrophen*, Unrast Verlag, Münster 1994, 258 S.

Gemeinhin gilt der afrikanische Kontinent als ein einziges Krisengebiet mit Hunger, Unterentwicklung und Naturkatastrophen. Hinzu kommen Bürgerkriege, Korruptionsskandale, Cliquenwirtschaft,

Bildungsnotstand und Ernährungsprobleme. Afrika ist mithin im Bewußtsein des „industrialisierten Nordens“ das schlechte Gewissen, an dem nach Möglichkeit nicht gerüttelt werden sollte. Ab und an eine Geldspende, eine Unterschrift auf eine Petition – damit ist dem schlechten Gewissen Genüge getan. Als man 1992 aus Anlaß des 500. Jahrestages der Entdeckung Amerikas durch Christoph Kolumbus auch auf die mannigfaltigen ökonomischen, sozialen, politischen und ökologischen Probleme in der sogenannten Dritten Welt aufmerksam machte, stand verständlicherweise Lateinamerika im Mittelpunkt des Interesses – und des Mitleids. Andere Regionen rückten dabei – selbst die durch die „Entdeckungstat“ direkt betroffene indianische Urbevölkerung Nordamerikas – nur als periphere Erscheinung in das Blickfeld des öffentlichen Interesses. Aber auch der „vergessene“ schwarze Kontinent hat einen guten Teil seiner Probleme der Entdeckung Amerikas und der darauffolgenden Entwicklung in der Neuzeit zu verdanken. Doch welcher Politiker, Wissenschaftler oder Autor hat 1992 an Afrika gedacht oder erinnert, als den Folgen der Entdeckungstat eines Kolumbus im unterschiedlicher Weise gedacht wurde?

Wie aber leben nun die Menschen auf dem afrikanischen Kontinent? Wie meistern sie ihre alltäglichen Sorgen? Haben sie nicht ebenfalls Anspruch auf Reparationszahlungen für 500jährige Unterdrückung und Ausbeutung?

Das zweifellos vorhandenen Defizit im Wissen der Bevölkerung der deutschsprachigen Länder über die alltägliche soziale Degradierung und die fortschreitende ökologische Zerstörung, die Afrika aufgrund der anhaltenden Integration seiner Bergbau- und Agrarproduktion in den Weltmarkt erfährt, will nun dieses Buch abbauen helfen. Dabei legen die 21 Autorinnen und Autoren dar, wie durch die einseitig auf Europa ausgerichteten Weltmarkt-Einbindung für die große Mehrheit der Afrikaner die Lebensbedingungen zunehmend schwieriger werden.

Denn diese werden von jeder Form von „Entwicklung“ „zwangsabgekoppelt“, ja sie werden als überflüssig betrachtet. Andererseits bezahlen sie auch über den Schuldendienst die Kosten dieses Prozesses, der ihnen die Lebensgrundlage raubt.

Gegliedert ist das Buch in vier Komplexe, denen jeweils mehrere Fallstudien zugeordnet sind. Im ersten Teil wird in fünf Beiträgen versucht, die historische Hintergründe der aktuellen Entwicklung in Afrika schlaglichtartig zu beleuchten und einen Überblick über die derzeitige Diskussion zu geben. Nicht nur wegen der Kürze und der unterschiedlichen Ansätze zur Bewältigung der selbst gestellten Aufgaben müssen viele Fragen in diesen Studien offen bleiben.

Die folgenden Komplexe befassen sich mit den Rohstoffen und der Landwirtschaft in Afrika. In den Einzelstudien werden solche aktuellen und interessanten Fragen gestellt, wie die nach der Zerstörung der Naturlandschaft Botswanas durch den Bergbau, der Abholzung des Regenwaldes auf Madagaskar, der Rolle Afrikas auf dem Pestizid-Weltmarkt oder der Entwaldung in Gambia. Besonders interessiert die Autorinnen und Autoren, die aus Afrika, Europa und den USA stammen, die sozialen, ökologischen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Großprojekten im Minen- und Agrarsektor des afrikanischen Kontinents.

Ein besonderer Komplex ist der Vernichtung des Regenwaldes gewidmet; allerdings nur mit zwei Fallbeispielen aus Kamerun und Zaïre. Hier hätte eigentlich auch der Beitrag über Madagaskar hingehört.

Schonungslos werden in dieser engagierten Anleihe die Krisengewinnler benannt, die multinationalen Konzerne, die zum Teil korrupten Oberschichten in den afrikanischen Ländern und die Entwicklungsagenturen. Ebenso im Mittelpunkt der fundierten und sachkundigen Beiträge stehen die Verlierer, die Natur und die Menschen.

Berichtet wird auch über den aufkeimenden Widerstand und über erfolgversprechende Alternativen zum gegenwärtig

vorherrschenden Entwicklungsmodell. Diese Modelle „nachhaltiger Entwicklung“ basieren auf dem reichen Erfahrungsschatz der afrikanischen Bevölkerung im Umgang mit den lebenswichtigen Ressourcen.

Der besondere Verdienst dieses vom Arbeitskreis Afrika (AKAFRIK) Münster verantworteten Sammelbandes liegt zweifellos darin, daß er Themen aufgreift, die zwar unschwellig im Bewußtsein der Europäer vorhanden, jedoch nicht ausreichend in der Öffentlichkeit bekannt sind und diskutiert werden. Das Buch bietet dazu sehr fundierte Argumentationshilfen. Zugleich zeichnet es jedoch nicht bloß ein pessimistisches Bild eines zum Untergang verurteilten Kontinents, sondern zeigt, wie die Afrikaner das Dilemma überwinden können. Ob es gelingen wird, kann erst die Zukunft zeigen.

Ulrich van der Heyden

Ernest Gellner, Bedingungen der Freiheit. Die Zivilgesellschaft und ihre Rivalen, Klett-Cotta, Stuttgart 1995, 220 S.

Ernest Gellner zufolge gibt es genau sieben Bedingungen der Freiheit, so wie wir sie verstehen (oder auch nicht) – nämlich als zivilgesellschaftlichen Raum, in dem Menschen unbehelligt von staatlicher oder privater Gewalt ihren Geschäften nachgehen können.

Erstens: ein exponentielles Wachstum auf lange Sicht, so daß der gesellschaftliche „Bestechungsfonds“ ausreicht, um die Gewalthaber zu befrieden. Zweitens: ein pluralistisches Staatensystem, das gefährliche Machtballungen und flächendeckende Interventionen verhindert. Daher drittens: eine relativ machtfreie Sphäre des Ökonomischen, die nach ihren eigenen Gesetzen funktionieren darf. Viertens: ein homogener Raum, dessen arbeitsteilige Gliederung soziale Mobilität nicht abwürgt. Fünftens: eine „modulare“ Bereitschaft zur Selbstdiszi-

plin – jeder Mensch lebt seine Freiheit auf vernünftige, soll heißen: kompatible Weise aus. Sechstens: eine ideologische Patt-Situation, in der sich rivalisierende Religionen wechselseitig so schwächen, daß sie praktisch zur „zahnlosen“ Privatsache verkommen. Schließlich siebte: eine politische Balance, deretwegen sich Machthaber darauf einlassen, ihre Gewalt zu teilen und diese Teilung rechtlich festzuschreiben.

Das magische Siebeneck ist historisch so einmalig, daß sich die Frage nach seinem Export in andere Kulturkreise gar nicht erst stellt; insofern ist *Gellners* Traktat – verglichen mit vielem, was nach dem „Triumph des Westens“ geschrieben worden ist – von beruhigender Bescheidenheit. Diese nüchterne Buchhalter-Attitüde steht auch bombastischen Versuchen der Selbsterhöhung entgegen: Wir leben so, wie wir nun einmal gewohnt sind zu leben; andere ziehen andere Existenzweisen vor, und sollte es zum Konflikt kommen, ist keineswegs ausgemacht, daß unsere Art überlegen sein wird. Nicht alle „Rivalen“ kollabieren so lautlos wie die kommunistische Welt.

Konkurrierende Zivilisationen sind indes nur ein Grund künftiger Unsicherheiten. Der andere Grund: Zivilgesell-

schaften (im definierten Sinne) hängen von stetigen Wachstumsraten ab, und sobald diese sich nicht mehr einstellen wollen, müssen die Karten neu gemischt werden. Wenn nicht mehr Zuwächse zu verteilen sind, sondern Knappheitskonflikte anstehen, mag das Gesicht des Gemeinwesens grundsätzlich anders aussehen: dann werden Privilegien verteidigt, Auseinandersetzungen re-ideologisiert, und das Regime des gesunden Menschenverstands bricht zusammen. Wenn es soweit kommt, hat es halt anders nicht sollen sein.

„Der berühmte britische Sozialanthropologe“, heißt es im Klappentext, „zieht historisch Vergleiche und wagt Vermutungen über Zukunft. Das Ergebnis ist ein ergreifender Essay über die Chancen unserer Lebensform.“ Davon sind zwei Drittel falsch. Vergleiche werden zwar gezogen, doch die Prognosen sind (gewollt) so vage gehalten, daß wirklich niemand ergriffen wird. Wenn dieser Essay überhaupt „wirkt“, dann enervierend abgeklärt – voll des grauen Wissens jener Eule der Minerva, deren Flug mit einbrechender Dämmerung begonnen hat.

Wolfgang Fach

Resümeees

Gesine Krüger

Der Deutsche Kolonialkrieg 1904–1907: Unterwerfung und Eigen-Sinn der Herero

In Mittelpunkt dieses Beitrags steht die Frage nach Überlebensstrategien und Rekonstruktionsprozessen innerhalb der vom deutschen Kolonialkrieg besonders betroffenen Hererogesellschaft. Die Geschichte der Nachkriegszeit ist bisher noch wenig untersucht worden, und dabei insbesondere die unterschiedlichen Formen der Kriegsbewältigung. In diesem Beitrag werden Viehraub und der Wiederaufbau von Herden, unterschiedliche Formen der Arbeitsverweigerung und die konkrete wie symbolische Landbesetzung als bewußte Strategien der überlebenden Herero gezeigt. Auch die Entstehung neuer Institutionen, wie der sogenannten „Truppenspieler“ müssen im Kontext der Kriegsbewältigung verstanden werden, und nicht wie bisher als pittoreske, der deutschen Kolonialzeit verhaftete Traditionsvereine. Nur so wird der erfolgreiche Rekonstruktionsprozeß innerhalb der Hererogesellschaft verständlich, der trotz des Genozids und der drastischen Kontrollpolitik der deutschen Kolonialmacht stattgefunden hat.

The German Colonial War 1904–1907: Subjection and Authenticity of the Herero-People

by Gesine Krüger

The main focus of this paper is on survival strategies and process of reconstruction within the Herero society which was stricken hard by the military attacks of German colonialism. Little research has so far been done into the postwar history especially into the various ways in which people tried to cope with the implications of the war.

In this paper cattle pillage and the reconstruction of herds are shown along with the various forms of refusal to work, with concrete and symbolic land seizure as the strategies used by the surviving Herero people.

The emergence of new institutions such as the so-called „Truppenspieler“ should be seen in the context of Herero peoples coping with the wars, no longer as picturesque clubs rooted in the traditions of German colonialism. It is only in this context that the successful reconstruction process can be fully understood that has taken place in spite of genocide and the drastic control measures applied by the German colonial system.

Frank Schubert

„War came to our place“ – Der Bürgerkrieg im Luwero-Dreieck, Uganda, 1981–1986

Die Kriege Afrikas sind zumeist von außen betrachtet worden. Diese Perspektive reduziert die Hauptleidtragenden von Kriegen, die Zivilisten, auf die Rolle des Opfers. Am Beispiel des ugandischen Bürgerkriegs zu Beginn der achtziger Jahre wird gezeigt, daß Zivilisten mitnichten passiv sind, sondern aktiv versuchen, ihr Überleben selbst in Zeiten hoher Gewaltintensität und gesellschaftlicher Verwerfungen zu sichern, gegebenenfalls sogar zu verbessern. Das Spektrum der von der Zivilbevölkerung verfolgten Strate-

gien ist dabei sehr vielfältig und umfaßt durchaus auch sich widersprechende Verhaltensweisen, wie zum Beispiel Kollaboration und Widerstand. Zumist sicherten die Zivilisten ihr Überleben jedoch durch ihre große Mobilität (Flucht und Wechsel der Fronten).

Der Bürgerkrieg im Luwero-Dreieck wird zudem in den historischen Kontext eingeordnet.

„War came to our place“ – The 1981–86 Civil War in the Ugandan Luwero Triangle
by Frank Schubert

Wars in Africa have usually been studied from without. Such a perspective reduces the civilians who are the main sufferers in wars, to victims of those wars. By the example of the Ugandan Civil War in the early 1980s it is demonstrated that civilians are by no means passive but rather trying actively to secure their survival, even intimes of intense violence and societal upheaval, or even more so, to improve their chances of survival. The range of inventive civilian strategies is wide and varied, comprising even contradictory behavioral patterns such as collaboration and resistance. Usually, civilians ensure their survival by extreme mobility (flight and changing fronts). The Civil War in the Ugandan Luwero Triangle is seen within the framework of its historical context.

Thorsten Meier

Internationale Flüchtlingshilfe und afrikanische Flüchtlingsrealitäten am Horn von Afrika

Flüchtlinge in Afrika werden gemeinhin als extrem hilfebedürftig von internationaler Unterstützung angesehen. Der Artikel widerspricht dieser undifferenzierten Sichtweise und zeigt statt dessen, wie afrikanische Flüchtlinge selbst in schwierigen Lebenslagen noch versuchen, ihre Lebensplanungen unabhängig von internationalen Hilfsorganisationen zu verfolgen. Diese Bemühungen sind notwendig und erfolgreich. Die angebotenen Hilfeleistungen werden dabei oftmals nur selektiv angenommen, und ihre Aneignung kann durchaus im Widerspruch zu den Prinzipien internationaler Hilfsorganisationen stehen. Konflikte zwischen afrikanischen Flüchtlingen und internationalen Hilfsorganisationen sind daher weit verbreitet und erklären zum großen Teil den Mißerfolg der internationalen Flüchtlingshilfe in Afrika.

International Aid for Refugees in Africa and the African Refugee's Real Life Reactions at the Horn of Africa

by Thorsten Meier

Refugees in Africa are generally regarded as extremely dependent on international aid. This paper contradicts such a generalizing view and shows how, instead, African refugees, even in very difficult circumstances, try to pursue their principles of life independently of international relief programs. Such efforts are both necessary and successful. African refugees often carefully select what kind of help to accept, which can well be in contrast to the principles of international relief organisations. Conflicts between African refugees and international relief organisations are therefore very common and help to

understand much of the inefficiency or even failure of international relief programs in Africa.

Hannes Siegrist

Das Bürgertum als Gegenstand und Subjekt der italienischen Geschichte

Der Verfasser setzt sich mit dem Buch von Alberto M. Banti über die Geschichte des italienischen Bürgertums zwischen 1860 und 1920 auseinander, dessen Hauptargument darauf hinausläuft, die Existenz einer nationalen Bourgeoisie angesichts der Heterogenität der ihr zuzurechnenden Gruppen und Milieus zu verneinen. Erst der 1. Weltkrieg hätte die Selbstdefinition dieser Gruppen auf ein gemeinsames nationales Projekt gelenkt. Banti weist, gestützt auf die Theorien der neuen Kulturgeschichte, die Anwendung „objektiver“ Kriterien für die Bestimmung des Bürgertums zurück und orientiert sich an einer Diskursanalyse der Selbstbeschreibungen. Siegrist wendet dagegen ein, daß dieses Verfahren einerseits an vielen Punkten nicht mit der nötigen Konsequenz durchgeführt wurde und andererseits nicht gestattet, die nötige intellektuelle Distanz zum Gegenstand der Untersuchung zu gewinnen, um eine überzeugende Kulturgeschichte des Bürgertums zu schreiben..

The middle classes as subject and object in Italian history

by Hannes Siegrist

The book by the Italian historian Alberto M. Banti under review in this paper is a history of the middle classes in Italy from 1860 to 1920, the main argument being that there was no national bourgeoisie in Italy because the different groups and classes were to heterogeneous and unable to form one single class. According to Banti, it was only World War I that organised the middle classes as a national bourgeoisie et led their self-definitions towards a common national project. Based on the new cultural history, Banti disapproved of a history that takes for its starting point an „objective“ construction of what bourgeoisie should be, preferring a discourse analysis of self-descriptions of the different groups which were later to form the Italian bourgeoisie. Siegrist however tries to show that Banti's arguments, on the one hand, are not consistent or clear enough in a poststructuralist understanding and that his methodology, on the other, cannot allow him to gain the intellectual distance necessary to write a cultural history of the middle classes.

Oliver Janz

Protestantische Pfarrer vom 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert. Deutschland und England im Vergleich

Ausgehend von strukturellen Ähnlichkeiten beschreibt der Beitrag Möglichkeiten des Vergleichs zwischen der anglikanischen Geistlichkeit in England und den deutschen protestantischen Pfarrern. Gemeinsam ist beiden Gruppen vor allem die staatskirchliche Tradition, weshalb andere Pfarrergruppen vorerst aus dem Vergleich ausgeklammert bleiben. Ausgangspunkt ist die Beschreibung der sozialen Rekrutierung, der institutionellen Verankerung, der Breite der sozialen Funktionen und der mit der Privilegierung

durch Bildung gegebenen Aufstiegschancen der Geistlichkeit um 1750 sowie die Analyse der Wandlungsprozesse bis zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Hieran schließt sich die Erörterung konvergierender Tendenzen vor allem der Professionalisierung bis in das 20. Jahrhundert hinein an.

Als wichtige Unterschiede fallen besonders die geringere staatliche Lenkung der Professionalisierung und Pfarrstellenbesetzung sowie die größere Konkurrenz durch andere protestantische Religionsgemeinschaften in England gegenüber Deutschland auf.

The Protestant Clergy in Germany and England from the 18th to the early 20th Century – a Comparison

by Oliver Janz

Starting out from structural similarities, the paper states that a comparison of the Anglican clergy in England and German Protestant ministers can be justified. What both groups have in common is their tradition of Established Churches, which is why other groups of clergymen are not included in the comparison.

The starting point for research is a description of the clergy's social recruitment, their institutional incorporation, the range of their social functions and chances of upward mobility caused by their being privileged by education around the year 1750, as well as an analysis of the changes that had taken place by the first half of the 19th century. A discussion follows of converging trends, above all, of professionalisation well into the 20th century. Among the differences that strike the historian are a lower level of state interference with respect to professionalisation and appointments to parishes as well as tougher competition with other protestant religious communities in England compared with Germany.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Klaus Birk, Universität Leipzig, Ostasiatisches Institut

Werner Bühner, Dr. phil. habil., Technische Universität München, Institut für Sozialwissenschaften, Lehrstuhl für politische Wissenschaft

Helmut Bley, Prof. Dr., Universität Hannover, Historisches Seminar

Pierre Vincent Claverie, Université de Paris I

Wolfgang Fach, Prof. Dr., Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft

Axel Harneit-Sievers, Dr. phil., Zentrum Moderner Orient, Berlin

Ulrich van der Heyden, Dr. phil., Humboldt-Universität zu Berlin, Seminar für Afrikawissenschaften

Martin Höllen, Dr. phil., Berlin

Oliver Janz MA, Freie Universität Berlin, Fachbereich Geschichtswissenschaften

Gesine Krüger, Dr. phil., Universität Hannover, Historisches Seminar

Thorsten Meier MA, Universität Hannover, Historisches Seminar

Hans-Martin Moderow, M. A., Universität Leipzig, Geistes- und Sozialwissenschaftliches Zentrum

Jacques Poumet, Prof., Université Lyon 2, Faculté des Langues, Département d'Etudes Allemandes et Scandinaves

Jörg Roesler, Prof. Dr., Leibniz-Societät, Berlin

Thomas Schaarschmidt, Dr. phil., Universität Leipzig, Historisches Seminar

Frank Schubert MA, Universität Hannover, Historisches Seminar

Hannes Siegrist, Prof. Dr., Universität Leipzig, Institut für Kulturwissenschaft

Ingrid Weber, Dr. phil., Universität des Saarlandes, FB 5.1 Philosophie

« BIBLIOTHÈQUE ALBIN MICHEL
IDÉES »

○ Centre international de synthèse ○

Henri Berr et la culture du x^e siècle

Sous la direction de
Agnès Biard, Dominique Bourel, Eric Brian



○ Bibliothèque ALBIN MICHEL Idées ○

Albin Michel

1997

Inhalt

<i>Helmut Bley</i>	Krisenkontinent Afrika?
<i>Gesine Krüger</i>	Der Deutsche Kolonialkrieg 1904–1907: Unterwerfung und Eigen-Sinn der Herero
<i>Frank Schubert</i>	„War came to our place“ – Der Bürgerkrieg im Luwero-Dreieck, Uganda 1981–1986
<i>Thorsten Meier</i>	Internationale Flüchtlingshilfe und afrikanische Flüchtlingsrealitäten am Horn von Afrika
<i>Frank Schubert/ Thorsten Meier/ Gesine Krüger</i>	Die Allmacht von Organisationen und die Würde der Einzelnen. Zur Sozialgeschichte von Krieg und Nachkriegszeit in Afrika. Gespräch mit Helmut Bley
Forum	
<i>Hannes Siegrist</i>	Das Bürgertum als Gegenstand und Subjekt der italienischen Geschichte
<i>Oliver Janz</i>	Protestantische Pfarrer vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert. Deutschland und England im Vergleich